

Stenographisches Protokoll

88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VII. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 16. Dezember 1955

Inhalt

1. Personalien

- a) Krankmeldungen (S. 4167)
- b) Entschuldigungen (S. 4167)

2. Ausschüsse

Zuweisung des Antrages 196 (S. 4256)

3. Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (625 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1956 (653 d. B.)

Spezialdebatte

Gruppe IX: Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten (Fortsetzung)

Spezialberichterstatter: Krippner (S. 4178)

Redner: Wimberger (S. 4167), Roithner (S. 4168), Herzele (S. 4171) und Dr. Josef Fink (S. 4173)

Gruppe X: Kapitel 24: Verkehr und verstaatlichte Betriebe, Kapitel 28 Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, und Kapitel 29: Eisenbahnen

Spezialberichterstatter: Aigner (S. 4179 und S. 4245)

Redner: Dr. Stüber (S. 4181), Freund (S. 4183), Koplenig (S. 4188), Dr. Schwer (S. 4193), Hartleb (S. 4195), Appel (S. 4200), Dr. Gredler (S. 4204), Weinmayer (S. 4210), Czettel (S. 4215), Nedwal (S. 4219), Rom (S. 4221), Haberl (S. 4221), Polcar (S. 4224), Holzfeind (S. 4226), Dr. Kranzlmayr (S. 4226), Reich (S. 4228), Czernetz (S. 4231),

Altenburger (S. 4237 und S. 4244) und Dr. Pittermann (S. 4243)

Ausschußentschließung, betreffend unentgeltliche Mitnahme von Kindern auf der Eisenbahn (S. 4181)

Entschließungsantrag Holzfeind, Glaser u. G., betreffend die Anwendung des Feiertagsruhegesetzes im Post- und Telegraphendienst (S. 4226)

Gruppe VII: Kapitel 15: Soziale Verwaltung, Kapitel 28 Titel 9: Bundesapotheken, und Kapitel 28 Titel 10: Serotherapeutisches Institut

Spezialberichterstatter: Weikhart (S. 4245)

Redner: Kindl (S. 4246) und Elser (S. 4250)

Abstimmungen

Annahme der Gruppen V, VI und IX (S. 4193)

Eingebracht wurden

Antrag der Abgeordneten

Kysela, Altenburger, Wimberger, Grubhofer u. G., betreffend die Gewährung einer außerordentlichen Sonderzahlung zu den nach bundesgesetzlichen Vorschriften gewährten Renten (196/A)

Anfragen der Abgeordneten

Weinmayer, Cerny u. G. an den Bundesminister für Inneres, betreffend die Untersuchung des am 14. Februar 1948 in Waldegg entdeckten Doppelmordes (400/J)

Kandutsch, Dr. Reimann u. G. an den Bundesminister für Unterricht, betreffend die Vorgänge um die österreichische Skinationalmannschaft (401/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Hurdes, Zweiter Präsident Böhm, Dritter Präsident Hartleb.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet haben sich die Abg. Köck, Mayr, Dr. Oberhammer und Wunder.

Entschuldigt haben sich die Abg. Guth, Lins, Maria Kren und Truppe.

Wir gehen in die Tagesordnung ein: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (625 d. B.): **Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1956** (653 d. B.).

Wir setzen die **Spezialdebatte über die Gruppe IX des Bundesvoranschlages** fort. Sie umfaßt Kapitel 20: Handel, Gewerbe und Industrie, und Kapitel 21: Bauten.

Zum Worte gemeldet ist der Herr Abg. Wimberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wimberger: Hohes Haus! Ich möchte mich mit einem Gesetz beschäftigen, von dem ich und meine Fraktion der Meinung sind, daß es, weil es ein Fremdkörper in der österreichischen Rechtsordnung ist, ehebaldigst abgeschafft werden sollte und durch ein österreichisches Gesetz ersetzt gehörte. Es ist das das Rabattgesetz.

Meine Fraktion brachte am 11. Dezember 1953 eine Anfrage an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau ein mit dem Ersuchen, so bald als möglich einen Gesetzentwurf zur Beseitigung dieses asozialen Rabattgesetzes dem Parlamente, dem Hohen Hause vorzulegen. Das Rabattgesetz ist eine Schöpfung der Rechtsordnung des Dritten Reiches und wurde am 16. Februar 1940, also während des Krieges, durch eine Verordnung auf das damals annektierte Österreich ausgedehnt.

Der Anlaß zu unserer Interpellation an den Herrn Bundesminister war eine Auseinandersetzung, die im Dezember 1953 zwischen der Bundeswirtschaftskammer und dem Wiener Lehrerhausverein stattgefunden hatte. Der Wiener Lehrerhausverein ist eine unpolitische Organisation, die seit mehr als 50 Jahren eine Einkaufsorganisation führt. In dieser Einkaufsorganisation liegt ein Lieferantenverzeichnis jener Firmen und Geschäfte auf, die den Lehrern, die Mitglieder dieses Vereines sind, Rabatte gewähren. Ich weiß — und auch die Damen und Herren im Hause wissen das —, daß das nicht die einzige soziale Institution ist, die solche Abkommen mit Geschäftsleuten trifft. Es ist uns ebensogut bekannt, daß Rabatte auch, ohne daß man Mitglied eines solchen Vereines ist, an private Personen gegeben werden, und das ist ebensogut der Handelskammer und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft bekannt.

Da plötzlich, anfangs Dezember 1953, also vor Weihnachten, grub dann die Zwangskörperschaft Handelskammer dieses NS-Rabattgesetz aus und richtete an den Wiener Lehrerhausverein ein Schreiben, in dem die Leitung dieses Vereines darauf aufmerksam gemacht wurde, daß es nach dem Rabattgesetz verboten sei, mehr als 3 Prozent Rabatt zu gewähren. In diesem Schreiben wurde die Leitung des Vereines auch auf die Straffolgen der Übertretung dieses Gesetzes aufmerksam gemacht. Gleichzeitig ersuchte die Handelskammer um Übermittlung einer Abschrift des Lieferantenverzeichnisses.

Was bestimmt nun dieses Rabattgesetz? Es sagt, daß kein Geschäftsmann mehr als 3 Prozent Nettorabatt gewähren dürfe. Sollte diese Bestimmung übertreten werden, so wird ihm für die erste Übertretung eine Geldstrafe angedroht. Bei einer wiederholten Übertretung des Gesetzes wird sogar mit Gefängnis gedroht.

Auf unsere Anfrage antwortete dann der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau am 11. Jänner 1954. In seiner Antwort hieß es, daß sein Ministerium bereits am 31. August 1953 einen Vorentwurf zwecks Novellierung oder Neufassung des Gesetzes an die zuständigen Körperschaften ausgesendet habe. Wenn man nun bedenkt, daß einige Monate oder kurze Zeit, können wir sagen, nachdem der Vorentwurf ausgesendet wurde, die Handelskammer plötzlich querschießen begonnen hat, so kommt man zur Überzeugung, daß die Handelskammer, die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft durchaus kein Interesse an der Abschaffung dieses Gesetzes hat.

Die Frist für die Beantwortung über die Stellungnahme zum Vorentwurf ist dann

Ende 1954 abgelaufen. Am 21. April dieses Jahres gelangte abermals ein Schreiben der Handelskammer an den Wiener Lehrerhausverein, in dem sich die Handelskammer dezidiert zum Rabattgesetz bekannte und als Begründung ziemlich verschwommene Argumente vorbrachte. Auf das hin richteten wir dann abermals, und zwar am 22. Juni dieses Jahres, eine Anfrage, eine Interpellation an den Herrn Bundesminister. Es lief aber bis heute keine Antwort ein. Man muß also zwingend zu dem Schluß kommen, daß der Herr Handelsminister irgendwie unter Druck, vielleicht sogar unter verfassungswidrigem Druck der Handelskammer steht.

Es gibt doch immer ein so lautes Geschrei um die freie Marktwirtschaft, ja man hat sich sogar schon dazu verstiegen, diese Marktwirtschaft soziale Marktwirtschaft zu nennen. Und man spricht sich auch für die Privatinitiative aus. Hier aber, durch dieses Gesetz wird die Privatinitiative förmlich mit Absätzen getreten. Wenn eine große Firma Millionenbeträge für Reklamesendungen aufwendet, so darf sie nach den geltenden Gesetzen diese Ausgaben von den Einnahmen abschreiben. Wenn aber ein kleinerer Geschäftsmann oder ein Gewerbetreibender, um den Umsatz in seinem Geschäft zu heben, mehr als 3 Prozent Rabatt gewährt, dann wird er unreell genannt und mit Strafe bedroht. Da muß man sagen, daß das eine Knebelung, eine hundertprozentige Knebelung der Privatinitiative ist und daß diese Knebelung direkt dem Gedanken der freien Wirtschaft, natürlich auch der freien Konkurrenzwirtschaft ins Gesicht schlägt.

Ich möchte daher den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß dieses nationalsozialistische Gesetz so bald als möglich aus unserer Rechtsordnung herausgenommen und durch ein taugliches österreichisches Gesetz ersetzt wird. Der Herr Bundesminister würde sich dadurch die Dankbarkeit von vielen Geschäftsleuten und Handwerkern erwerben, aber auch den Dank von Millionen Konsumenten, und er würde dazu beitragen, daß nicht mehr böse Zungen so laut sagen, der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau wäre ziemlich stark in den Maschen der Handelskammer gefangen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächster Redner ist vorgemerkt der Herr Abg. Roithner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Roithner: Hohes Haus! Bevor ich mich meiner Aufgabe zuwende, möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Abg. Kandutsch zurückkommen, in denen er gestern

die Behauptung aufgestellt hat, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund einen Mercedes 300 besitzt. Der Herr Abgeordnete hat es aber unterlassen, zu sagen, wer diesen Mercedes 300 fährt. Ich möchte richtigstellen, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund über einen Mercedes 300 nicht verfügt. Ich bin somit in der Lage, dem Abg. Kandutsch im Auftrag des Herrn Präsidenten Böhm die freudige Mitteilung machen zu können, er möge sich heute den Geschenkschein beim Österreichischen Gewerkschaftsbund abholen, damit er die Lüge, die er gestern verbreitet hat, mit nach Hause führen kann. *(Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Stendebach: Wahrscheinlich nicht ein Mercedes 300, sondern 220! — Abg. Prinke: Ein Mercedes ist es auf jeden Fall!)*

Nun, Hohes Haus, möchte ich mich meiner Aufgabe zuwenden. Es ist unsere Aufgabe, unsere ganze Aufmerksamkeit der weiteren Vollbeschäftigung der Bauarbeiter zuzuwenden und alle Möglichkeiten zu prüfen, daß die Arbeiten nach Möglichkeit auf das ganze Jahr verteilt werden. Nicht zuletzt ist der Straßenbau ein entscheidender Faktor. Der Ausbau der Straßen soll auch dazu dienen, daß sich die Zahl der Verkehrsunfälle vermindert, die auf die erhöhte Frequenz zurückzuführen sind.

Ich möchte insbesondere einige Beispiele aus der Steiermark anführen: Im Land Steiermark haben wir 1301,2 km Bundesstraßen. Davon sind 982,8 km staubfrei, das sind 75,5 Prozent. 318,4 km sind noch Schotterstraßen, das sind 24,5 Prozent. Im Land Steiermark gibt es 2870,1 km Landesstraßen. Davon sind 781 km staubfrei, das sind 27,2 Prozent, und 2089,1 km Schotterstraßen, das sind 72,8 Prozent. Dieses Straßennetz wird zurzeit von zirka 39.000 Krafträdern, 11.000 PKW und 8000 LKW benützt. In den elf Monaten von November 1954 bis September 1955 wurden in der Steiermark insgesamt rund 18.000 fabriksneue Kraftfahrzeuge zugelassen. Dazu kommen noch täglich viele tausende Kraftfahrer aus den Bundesländern, die ihre Geschäftsabwicklung hier tätigen müssen.

Durch die gesteigerte Frequenz ergibt sich auch vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1955 die enorme Unfallziffer von 10.321. Es waren 220 Todesfälle, 1921 Schwerverletzte und 7038 Leichtverletzte zu verzeichnen. Krankenkassen, Unfallversicherungen usw. werden schwer belastet. Durch die hohe Anzahl der Verkehrsunfälle entsteht aber auch der Gesamtwirtschaft ein außerordentlicher Schaden. Die Ernährer von Familien können nicht durch Witwen- und Waisenrenten ersetzt werden. Es muß daher alles geschehen, damit die

Straßen so ausgebaut werden, daß sie der gesteigerten Frequenz einigermaßen entsprechen. Dadurch kann auch die Zahl der Verkehrsunfälle vermindert werden.

Bei der unregelmäßigen Bautätigkeit, wie wir sie gegenwärtig zu verzeichnen haben, erfüllen die bereitgestellten großen Beträge zum Teil nicht so ihren Zweck, wie sie ihn erfüllen könnten, wenn sie sinnvoll eingesetzt würden. Im Jahr 1953 hat man Baulose mit 300 bis 500 m vergeben. Nach wenigen Wochen mußte der ganze Maschinenpark in andere Bezirke übersiedeln. Der Abtransport brachte Zeitausfall und damit erhöhte Baukosten. Die Arbeiter, die von einem Bezirk in den anderen überstellt wurden, mußten Trennungsgelder bekommen, wodurch sich die Baukosten neuerlich erhöhten, da die einheimischen Arbeitskräfte inzwischen anderweitig vermittelt waren. Der Bund und das Land vergeben gesondert die Bauaufträge. Die Bundes- und Landesstraßen überschneiden sich. Verschiedene Firmen beginnen gleichzeitig nebeneinander mit den Arbeiten. Würde ein und dieselbe Firma die Bundes- und Landesstraßen-Baulose in Auftrag bekommen, könnten die Maschinen und Arbeitskräfte länger und besser eingesetzt werden, die Baukosten würden sich vermindern.

Seit Beginn des Baues der Autobahn müssen wir feststellen, daß dieser eine Übersättigung an Aufträgen gebracht hat, wodurch die Offertpreise um 20 und noch mehr Prozent erhöht wurden. Die Bauunternehmer begründen die erhöhten Offertpreise damit, daß sie alle verfügbaren Maschinen zur Autobahn abziehen mußten, daher mehr händisch gearbeitet werden muß und, um die Termine einhalten zu können, unermeßliche Überstunden gemacht werden müssen.

In der Obersteiermark wurden heuer Frauen für den Straßenbau eingesetzt, obwohl dies gesetzlich nicht zulässig ist. Die projektierten Straßenbauaufträge werden zusammengeballt erst im Juni und Juli vergeben. Das führt zu Engpässen bei Schotter. Die Folge war, daß auch die Schotterpreise erhöht wurden. Wie soll das Land, dem keine so großen Mittel zur Verfügung stehen wie dem Bund, die Straßen staubfrei machen? Die Landbevölkerung wird weiter Staub schlucken müssen, nur deshalb, weil man gegen eine vernünftige Bauplanung ist! Die ländlichen Gemeinden werden aus diesem Grund dem Fremdenverkehr noch lange nicht angeschlossen werden können.

Als ich am 16. November 1955 bei der Gruppe Handel vor dem Finanz- und Budgetausschuß fragte, wie es möglich war, so rasch die hohen Devisenbeträge für die Einfuhr

der großen Anzahl von Autos zu bekommen, erklärte der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, daß die Liberalisierung der Autoeinfuhr aus verschiedenen Gründen notwendig war. Die Liberalisierung dieser Position hätte uns, so wird gesagt, vor allem die Erreichung der vorgeschriebenen Perzenthöhe der Liberalisierung gewaltig erleichtert. Ferner läge es auch im eminenten Interesse der Förderung des österreichischen Straßenbaues, die Motorisierung zu forcieren, weil aus den erhöhten Einkünften des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer der Bau und die Erhaltung des gewaltigen Bundesstraßennetzes finanziert werden muß. Ich glaube kaum, daß sich diese Mehreinnahme so auswirken wird, wie es uns der Herr Minister vorgetragen hat.

Unsere planlose Bauwirtschaft, die uns auch bei den Baustoffen in Engpässe versetzt, wurde auch benützt, um die Ziegelpreise in der Steiermark um 10 Prozent zu erhöhen. In bezug auf die erhöhten Ziegelpreise antwortete der Herr Minister, daß das nicht stimmen könne, und versuchte dies damit auszugleichen, daß der Herr Bundeskanzler in der letzten Zeit die Ziegelpreiserhöhung der Wienerberger Ziegelei verhinderte. Die Ziegelpreiserhöhung in der Steiermark bleibt aber weiter bestehen. Wir wären dem Herrn Bundeskanzler sehr dankbar gewesen, wenn er auch im Mai in der Steiermark die zehnprozentige Ziegelpreiserhöhung verhindert hätte, damit auch in der Steiermark billiger gebaut werden könnte.

Hohes Haus! Bei der Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes 1955 wurde vom Nationalrat eine Entschließung angenommen, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, alle Bundesdienststellen anzuweisen und die übrigen Gebietskörperschaften zu ersuchen, die nachstehenden Grundsätze bei Vergebung von öffentlichen Arbeiten zu befolgen: „Bei der Vergebung von Bauaufträgen sind die Termine derart zu vereinbaren, daß zu ihrer Erfüllung die Leistung von Überstunden nicht notwendig ist und die Fertigstellungsarbeiten womöglich in den Wintermonaten vorgenommen werden können.“

Das daraufhin ergangene Rundschreiben vom 14. März 1955, Zl. 32.200-1/55, hat das Bundesministerium für Finanzen an sämtliche Bundesministerien gerichtet, und das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat unter Zahl III/67.177-7/55 die Landesarbeitsämter informiert. Wieweit dieser Erlaß respektiert wurde, geht daraus hervor, daß die Termine nicht verlängert wurden. Es wird unter allen Vorwänden versucht, angeblich, um die Termine einhalten zu können,

bei den Arbeitsinspektoraten die Ausdehnung der Arbeitszeit auf 60 bis 65 Stunden wöchentlich zu erwirken. Zur Erhärtung meines Vorbringens möchte ich dem Hohen Haus nur die Zahlen vom heurigen Sommer bekanntgeben, wo in wenigen Monaten bei den Arbeitsinspektoraten 60 Ansuchen auf Erhöhung der Arbeitszeit auf 60 und 65 Stunden vorlagen. Daraus können Sie ersehen, in welche Situation die unteren Beamten der Arbeitsinspektorate gebracht werden, weil vom Ministerium nicht die erforderlichen gesetzlichen Vorkehrungen getroffen werden. Dazu soll eben das Arbeitszeitgesetz derart durchbrochen werden, um uns so in der Zukunft noch mit diesem so wichtigen Gesetz hinhaltend.

Der Herr Minister sagte zu meinen Ausführungen am 16. November 1955, daß der Vorwurf einer planlosen Bauwirtschaft nicht zutreffend sei. Man hat sich bemüht, so sagte der Minister Dr. Illig, ein planvolles Wirtschaften ins Werk zu setzen. So werden die Arbeiten der Bundesstraßenverwaltung und auch des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds durch den größten Teil des Winters zu einem erheblichen Teil durchgezogen. Der Herr Minister erklärte, es sei aber ein ehernes Naturgesetz, daß man bei 10 oder 20 Grad unter Null überhaupt nicht mehr bauen kann.

Hohes Haus! Die Bauarbeiter haben von 1945 bis 1950 tatsächlich unter den schlechtesten Bedingungen mit zerissenen Kleidern und Schuhen arbeiten müssen. Sie können sich selbst überzeugen, wenn Sie nachsehen, wieviel Arbeitslosengeld in diesen Jahren zur Auszahlung gebracht wurde, nämlich fast gar nichts. Damals hatte man nicht einmal genug Kohle, um den Eisenbahnverkehr aufrechtzuerhalten oder um die Fabriken in Gang zu bringen. Jetzt, wo es aber möglich ist, die Winterarbeiten zum Beispiel bei Hochbauten mit Thermoblocks fortzusetzen, wird dies vielfach nicht gemacht, und so werden unnützerweise zehntausende Arbeitskräfte brachgelegt beziehungsweise zum Feiern verurteilt. Dies ist eine große Schädigung unserer gesamten Volkswirtschaft.

Wäre es nicht besser, anstatt die Arbeitslosengelder zu bezahlen, die PAF-Zuschüsse zu erhöhen und mit diesen Mitteln Heizaggregate und andere technische Einrichtungen, die das Weiterarbeiten im Winter ermöglichen, anzuschaffen? Dadurch könnte die Kaufkraft gehoben werden. Es würden sich Mehreinnahmen für die Bundes-, Länder- und Gemeindefinanzen ergeben. Die Ausgaben aber würden sich vermindern. Dadurch könnte wohl am besten unsere Konsumkraft gehalten und die Stabilität unserer Währung

erhalten werden. Wenn es die Gemeinde Wien fertiggebracht hat, daß der größte Teil der Bauarbeiter auch in den Wintermonaten durcharbeiten konnte, so müßte dies auch in den anderen Bundesländern in größerem Ausmaße als bisher möglich sein. Es fehlt nur der Wille und die erforderliche Zielstrebigkeit hierzu.

In den verstaatlichten Betrieben in der Obersteiermark wurden in den Wintermonaten sogar mehr Arbeitskräfte beschäftigt als im Sommer. Beim Bahnhof- und Postbau in Graz wurde ebenfalls über die Wintermonate durchgearbeitet. Dieses Ministerium hat wirklich seine Bauten über das ganze Jahr hindurch weitergeführt. Die verstaatlichten Betriebe haben aber auch für über 3000 Arbeiter in den letzten fünf viertel Jahren neue Dauerarbeitsplätze geschaffen.

Die Sozialistische Partei hat sich seit der Errichtung der Zweiten Republik immer aufrichtig und mit positiven Vorschlägen im Bewußtsein der Verantwortung, die mitzutragen wir bereit sind, für eine Vollbeschäftigung eingesetzt. Die Vollbeschäftigung kann aber nur so verstanden werden, daß auch die Saisonschwankungen der Wintermonate zum größten Teil beseitigt werden. Das ist sicherlich nur möglich, wenn in Österreich wirklich planmäßiger gearbeitet wird als bisher. Dies wäre mit wenigen Unkosten möglich. Dazu ist es notwendig, eine Kommission zu schaffen, welche die Koordinierung ermöglicht, vor allem die Arbeitsaufträge an die einzelnen Gebiete prüft, damit Engpässe bei Baustoffen und Arbeitskräften vermieden werden. So wird es auch möglich sein, in Hinkunft die Baustoffpreise stabil zu erhalten. Es würden auch unnütze Überstunden vermieden werden, die letzten Endes auf Kosten der Gesundheit der arbeitenden Menschen gehen, worüber die Unfallstatistik der Bau- und Holzarbeiter des Landes Steiermark genügend Aufschluß gibt. Wir hatten im Jahre 1954 im Bau- und Bauhilfsgewerbe 4018 Unfälle, in der Holzverarbeitung und verwandten Gewerben 2128, zusammen also 6146 zu verzeichnen. Davon waren tödlich: im Baugewerbe männlich 21, im Holzgewerbe 10, zusammen 31.

Wie berechtigt unsere Wünsche sind, gestatte ich mir mit einem weiteren Beispiel zu erhärten. Am 9. September 1955 wurde das ASVG beschlossen, das für die Arbeitnehmer in Österreich einen großen Fortschritt brachte. Kein Gesetz, das im Nationalrat beschlossen wird, kann für alle Bevölkerungsschichten eine hundertprozentige Befriedigung bringen. So ist es auch bei diesem Gesetz, das uns sicher einen großen Fortschritt bringt. Trotzdem müssen die Bauarbeiter bis zum

70. Lebensjahr arbeiten — obwohl sie auch schon mit ihrem 15. Lebensjahr zu arbeiten beginnen —, damit sie den vollen Rentenanspruch erreichen können, denn wenn der Bauarbeiter in einem Jahr nur acht Monate arbeiten kann, dann würde es eine Arbeitszeit von 55 Jahren erfordern, um die notwendigen 44 Arbeitsjahre für die Wartezeit erreichen zu können. Dies kann nur damit ausgeglichen werden, daß den Bauarbeitern das ganze Jahr hindurch die Beschäftigung gesichert wird.

Am 22. Oktober wurde auf dem Bundeskongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes das Aktionsprogramm einstimmig von allen Fraktionen beschlossen. Einer der vorzüglichsten Punkte in diesem Programm ist, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit über die Wintermonate so weit als möglich eingeschränkt werden soll. Dieses Problem empfehlen wir neuerlich und eindringlich nicht nur allen zuständigen Ministern, sondern der gesamten Bundesregierung zur Beachtung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als Gegenredner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Herzele. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herzele: Hohes Haus! Können Sie sich, meine Damen und Herren, vorstellen, wie unsere Zahlungsbilanz aussehen würde, wenn plötzlich die durch den Fremdenverkehr aufgebrachten Devisen einmal in Fortfall kämen? Unsere Währung könnte einer solchen Belastung nicht standhalten. Die Folgen wären unabsehbar und katastrophal. Man müßte nun annehmen, daß die verantwortlichen Stellen alles aufbieten, um diesen wichtigen Zweig unserer Wirtschaft in seinem Wettkampf mit den übrigen Reiseländern Europas zu unterstützen, ihn konkurrenzfähig zu machen und zu erhalten. Während man Exporteure, die einen Bruchteil des Risikos eines Fremdenverkehrsbetriebes zu tragen haben, in Form von Rückvergütungen für die Deviseneingänge belohnt, hat man für die Fremdenverkehrsbetriebe nichts übrig. Dem Schutz der Hotellerie wird von amtlicher Seite viel zuwenig Augenmerk zugewendet.

Das Hotel ist eine Betriebsform, die heute, will sie sich behaupten, mit außerordentlich starken Anforderungen belastet ist. Die Hotelbautechnik hat sich in den letzten Jahren enorm gehoben, und die Ansprüche des Hotelpublikums sind immer höher und höher geworden. Die Hotellerie hat in den letzten 17 Jahren schwere Rückschläge erlitten, wodurch die Zahl der Fremdenbetten gegenüber den Jahren 1937/38 stark zurückgegangen ist. Während man in den genannten Jahren noch rund 364.000 Fremdenbetten zählte,

waren es am 30. April dieses Jahres nur rund 304.000. Man muß die Anstrengungen der bestehenden Hotels in der letzten Zeit, die es ermöglichten, daß diese Anzahl erreicht wurde, umsomehr würdigen, wenn man jetzt von der Bundeshandelskammer erfährt, daß in den letzten Jahren rund 300 Gewerbescheine für Fremdenbeherbergung erloschen sind. Dadurch hat aber die Hotelnot im letzten Sommer zu Grotesken geführt, wie sie wohl nur in den Kriegsjahren möglich waren.

Fragt man aber, woher das alles kommt, dann wird man natürlich sofort, und zwar von befugter und unbefugter Seite, erklären: Ja, die Besatzungsmächte waren daran schuld! Gewiß, ein erklecklicher Teil der Hotels war von fremden Truppen besetzt, aber das war nicht allein die Ursache. Vor allem muß angeführt werden, daß immer mehr und mehr Hotels ihrem Zweck entfremdet werden und man zu dieser — man möchte beinahe sagen — Hotelzerstörungsaktion sogar Bundesmittel herangezogen hat. Ich will nur einige Fälle aus der Umgebung von Wien erwähnen. So hat man in Melk ein Hotel als Postamtsgebäude adaptiert, in St. Pölten ist das Bezirksgericht in einem Hotel untergebracht, und in Baden wurde ein ganz modernes Hotel mit Badezimmern usw. unter der Ägide des Finanzministers Dr. Margarétha in ein Finanzamt umgewandelt. Diese traurige Serie verfehlter Transaktionen ließe sich beliebig fortsetzen.

Ganz besonders aber litt die Hotellerie darunter, daß die Frage der Besatzungskosten erst heuer in Angriff genommen wurde und daß bisher nur sogenannte kleine Besatzungskosten erstattet wurden. Zu all diesen Übelständen kommt noch die Tatsache, daß zahlreiche Hotels vollkommen kriegszerstört sind. Die Hoteliers sind daher auf ihre ERP-Mittel und auf die staatlich garantierten Bankkredite angewiesen, die wohl sehr zweckmäßig sind, aber durch allerlei Kulissenmanöver stark an Wert eingebüßt haben, weil ja derartige Kredite oft nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten vergeben werden. Werfen Sie doch einmal einen Blick in die benachbarte Schweiz! Dort wurde nun ein eigenes Bundesgesetz geschaffen, das mit staatlichen Mitteln die Modernisierung der Hotels erreichen soll.

Bei uns sind die von den Besatzungsmächten verlassenen Hotels in einem entsetzlichen Zustand zurückgeblieben. Es fehlt nicht nur der Komfort, sondern man hat sogar Armaturen, Leitungsrohre und natürlich sämtliche Einrichtungsgegenstände entfernt. Hier, meine Damen und Herren, muß schnellstens geholfen

werden. Diese Hilfe muß zunächst darin bestehen, daß ein Hotelwiederaufbaufonds geschaffen wird und außerdem exekutionsrechtliche Schutzbestimmungen statuiert werden. Darüber hinaus müßten Neugründungen von Hotelbau- und -betriebsgesellschaften gebührenfrei gestellt werden — eine Anregung, die der Herr Finanzminister nicht übersehen möge, falls er einmal so viel Zeit erübrigen sollte, wenigstens die Protokolle der Debatten, die zu seinem Budget hier in diesem Hause gehalten wurden, durchzulesen.

Ich kann leider nicht umhin, hier auch auf die unguten verfassungsrechtlichen Zustände im Fremdenverkehr hinzuweisen. Die Fremdenverkehrsgesetzgebung ist Landessache, obwohl Österreich ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist. Dies scheint mir ein Widerspruch zu sein. Es wäre viel zweckmäßiger, den Fremdenverkehr mit Rücksicht auf den Art. 4 der Bundesverfassung der Grundsatzgesetzgebung des Bundes zu unterstellen, denn es ist unverständlich, neun verschiedene Fremdenverkehrsgesetze zuzulassen. Schließlich ist Österreich so klein, daß man eine solche Zersplitterung in einem rein wirtschaftlichen Sektor nicht zulassen kann.

In diesem Zusammenhang will ich die drückende Besteuerung der Fremdenverkehrsbetriebe nicht unerwähnt lassen. Ist es nicht ein Widerspruch, daß man ein Glas Bier getränkesteuerfrei erhält, weil es angeblich ein Volksnahrungsmittel ist, daß man aber zum Beispiel eine Tasse Kaffee oder ein Glas Kakao, das man zum Frühstück zu sich nimmt, mit Getränkesteuer belegt? Man zeige mir jenen Mann oder jene Frau, die auf nüchternem Magen ein Glas Bier zu sich nehmen. Ich glaube, diese Regelung der Getränkeabgabe dürfte wohl am Biertisch ersonnen worden sein, und zwar nach einem reichlichen Konsum dieses meines Wissens alkoholhaltigen Getränkes.

Diese traurige Entwicklung im Fremdenverkehr hat aber gleichzeitig dazu geführt, daß Gastwirtschaften in immer größerem Umfang Einmannbetriebe geworden sind, also Betriebe, in denen nur der Inhaber und seine Familienangehörigen tätig sind. Eine solche Entwicklung ist deshalb abzulehnen, weil sie die Möglichkeit des Heranwachsens eines gastgewerblichen Nachwuchses abwürgt. Wir haben derzeit in Österreich ungefähr 40.000 Gastwirtschaftsbetriebe, wovon mehr als die Hälfte, rund 25.000, ohne fremde Arbeitskräfte arbeiten. Das hat immer wieder seine Nachteile. Oder glaubt etwa irgend jemand, daß der fremde Gast nicht merkt, daß er immer wieder auf ungelernete gastgewerbliche Kräfte stößt?

Dabei sind gerade die Fremdenverkehrsbetriebe verpflichtet, verschönernde Investi-

tionen durchzuführen, weil diese Betriebe mehr noch als andere Einrichtungen verhalten sind, den Fremden, die unsere schöne Heimat besuchen, den Aufenthalt so angenehm als möglich zu gestalten. Letzten Endes sind diese Betriebe ja die Visitenkarte des Reiselandes Österreich. Sie mit allen Kräften zu unterstützen, muß daher eine der wesentlichsten Aufgaben des zuständigen Ministeriums sein.

Ich schlage daher vor, folgende Maßnahmen hiefür zu ergreifen:

1. Die Fremdenverkehrsgesetzgebung muß vereinheitlicht werden, denn sie ist eine Wirtschaftsgesetzgebung.

2. Für den Bestand der Hotels müssen besondere gesetzliche Schutzvorschriften erlassen werden, die jede Zweckentfremdung unterbinden.

3. Es ist ein Hotelaufbaufonds zu errichten und es sind exekutionsrechtliche Schutzbestimmungen zu schaffen.

4. Die Steuern, die Hotels und Gastwirtschaften betreffen, müssen pauschaliert werden können, wobei eine gesetzliche Steuerrückvergütung für Deviseneingänge statuiert werden soll.

Wenn unser Land den großen Vorsprung, den die anderen europäischen Reiseländer bereits erzielt haben, wieder einholen will, dann sind diese von mir erwähnten Maßnahmen zwingend, sie sind sofort in die Tat umzusetzen. Es ist mir dann aber auch um die zukünftigen Zahlungsbilanzen nicht bange, denn diese Investitionen und Regelungen werden durch Mehreingänge an Devisen der gesamten Bevölkerung zugute kommen. (*Beifall bei der WdU.*)

Präsident: Ich erteile dem noch als Proredner vorgemerkten Abg. Dr. Fink das Wort.

Abg. Dr. Josef Fink: Hohes Haus! Darf ich zunächst auf einige Bemerkungen von Vorrednern eingehen, die den Fremdenverkehr betreffen. Es hat in der gestrigen Sitzung der Herr Abg. Kandutsch auf Äußerungen von mir im Finanz- und Budgetausschuß verwiesen. Und da steht tatsächlich im Protokoll drinnen — ich habe nachgesehen —, daß ich dem Abg. Strasser als ersten Satz geantwortet habe: Der Kollege Strasser hat grundsätzlich recht. Strasser hat nämlich gewisse Bedenken wegen des Überwiegens des deutschen Reiseverkehrs geäußert und eine gewisse Einseitigkeit als bedenklich bezeichnet.

Darf ich jetzt die Fortsetzung meiner Äußerung wiedergeben, dann klärt sich das Ganze auf. Ich habe gesagt, Strasser hat grundsätzlich recht, daß er darauf hinwies; im Fremdenverkehr ist es nicht gut, wenn man nur auf ein Pferd setzt, es ist immer besser, wenn man

mehr Eisen im Feuer hat, denn dann ist man vor unliebsamen Überraschungen bewahrt und hat eine gewisse Krisensicherung. Ich habe darauf hingewiesen, daß man 1933 mit der Tausendmarksperrre einen Anschauungsunterricht unangenehmster Art gegeben hat.

Ich habe meine Antwort auf Strassers Ausführungen damit eingeleitet, daß ich ihm grundsätzlich recht gegeben habe in dem Wunsch nach einer möglichst großen Streuung des Fremdenverkehrs. Ich habe in meinen weiteren Ausführungen gesagt: Ich kann Kollegen Strasser hier beruhigen, seine Bedenken sind nicht gerechtfertigt, denn heute ist im österreichischen Fremdenverkehr bereits eine bedeutende Streuung vorhanden, und der Prozentsatz der sehr erwünschten Gäste aus der westdeutschen Bundesrepublik ist keineswegs so hoch, wie er vor 1938 gewesen ist. Wir haben vor 1938 zum Beispiel in Tirol 80 bis 90 Prozent Besucher aus Deutschland gehabt. Heute sind es rund 58 Prozent. Also es ist eine gewisse Ausgewogenheit gegenüber der Zeit vor 1938 festzustellen. Ich glaube, damit die Aufklärung gegeben zu haben.

Dann hat der Herr Abg. Stüber in seinen Ausführungen zum Fremdenverkehr unter anderem erwähnt, daß — wenn ich es nur im großen wiederhole — bei gewissen Messen und internationalen Ausstellungen zuwenig Werbung für Österreich gemacht werde — ich glaube, ungefähr dem Sinn nach war es so —, daß Österreich dabei zuwenig in Erscheinung trete. Ich komme in einem anderen Zusammenhang noch darauf zurück. Den Wunsch nach einem möglichst stärkeren Hervortreten Österreichs unterstreiche ich ohneweiters, darüber sind wir uns alle einig.

Und nun glaube ich, als Aufklärung etwas sagen zu können, wobei mir der Herr Handelsminister zustimmt, indem er meinen Antrag und mein Verlangen unterstreicht: nämlich daß die Österreichische Fremdenverkehrswerbung noch viel mehr Geld brauchen würde, um alle diese sehr berechtigten Wünsche erfüllen zu können. Wenn wir die Fremdenverkehrswerbung statt mit rund 20 Millionen jetzt mit dem doppelten Betrag dotiert hätten, dann könnte diese Anregung des Herrn Abg. Stüber, die ich als positiv werte, selbstverständlich erfüllt werden. Ich glaube, daß das bereits zur Notiz genommen wird und daß man ein anderes Mal diese Mängel und diese Unterlassung wird vermeiden können.

Darf ich noch kurz auf die Ausführungen meines Vorredners, des Herrn Abg. Herzele, eingehen. Er hat von der Zweckentfremdung der Hotellerie gesprochen und hat in seinem Vierpunkteprogramm angeregt, man soll auf gesetzlichem Wege dafür Sorge tragen, daß

dieser Zweckentfremdung Einhalt geboten werde. Abgesehen davon, daß Zweckentfremdungen, die im Krieg allerdings stattgefunden haben, in letzter Zeit doch nicht mehr allzu häufig aufgetreten sind, hätte ich Bedenken gegen eine solche Maßnahme. (*Ruf bei der WdU: Wir können sie aber nennen!*) Ja, es sind einige Fälle gewesen, aber ich hätte grundsätzliche Bedenken gegen eine solche gesetzliche Regelung und gegen eine gesetzliche Bindung, denn wir treiben uns damit selber in eine geradezu diktatorische Planwirtschaft hinein. Ich bin nicht der Meinung, daß man das machen soll, sondern man soll hier wirklich dem Gesetz von Angebot und Nachfrage und der freien wirtschaftlichen Entwicklung seinen Lauf lassen. Das ist meine Auffassung.

Wenn der Abg. Herzele gemeint hat, Kredite seien nach parteipolitischen Gesichtspunkten vergeben worden, so muß ich schon aus einer ziemlich reichen Erfahrung — und diese meine Erfahrung im öffentlichen Leben geht jetzt bald auf vier Jahrzehnte zurück, denn ich gehörte bereits in den Jahren 1934 bis 1938 dem Komitee der österreichischen Hotelhilfe an und habe jetzt die Ehre, im Aufsichtsrat der Österreichischen Hotel-treuhand mittätig zu sein — schon sagen: Mir ist da von einer parteipolitischen Vergabe von Krediten nichts bekannt. (*Abg. Herzele: Ich bin bereit, solche Fälle schriftlich zu geben!* — *Abg. Kindl: Wenn der Herr Minister Wert darauf legt, bringen wir konkrete Fälle, wo die Existenz damit ruiniert wurde!*) Ich muß schon sagen: Meine Mitarbeiter und ich selber haben uns immer davon freizuhalten gesucht, darauf zu sehen, ob einer rot oder schwarz angestrichen ist oder sonst irgendeine andere Farbe hat, sondern man hat den Fall nach der fremdenverkehrsmäßigen Wichtigkeit, nach der wirtschaftlichen Bedeutung und nach dem Devisenertrag geprüft. Daß vielleicht da und dort Fälle vorgekommen sein mögen, wo eine Seite eine Benachteiligung darin fand, das gebe ich zu. (*Abg. Dr. Kraus: Fragen Sie Ihren Parteifreund Kargl!* — *Abg. Kindl: Zwischen Tirol und Niederösterreich ist ein großer Unterschied!*) Ich bin dankbar, wenn mir solche Fälle bekanntgegeben werden. Sie werden geprüft werden.

Ich darf nun weitergehen, um die ohnehin schon sehr vorgeschrittene Zeit nicht noch mehr in Anspruch zu nehmen. Der Herr Abg. Herzele hat auf das Beispiel der Schweiz hingewiesen und hat die Schweiz als besonderes Musterland und die Schweizer als Fremdenverkehrsförderer bezeichnet. Selbstverständlich, die Schweiz kann auf diesem Gebiet bedeutend mehr tun. Denn wenn man bei zwei Weltkriegen und Revolutionen, Um-

stürzen und Währungsentwertungen sozusagen vom Polstersitz in der Loge aus zuschauen kann und davon nicht im geringsten betroffen wird, so kann man auch die Fränkli-Millionen ein bißchen freigebiger auf den Tisch legen, als wir ausgeblutete Österreicher es zu tun vermochten.

Aber daß auch Österreich gerade in bezug auf die Förderung seines Fremdenverkehrs in Ansehung der hohen devisenbringenden und budgetären Bedeutung des Fremdenverkehrs wirklich viel getan hat, das geht aus einigen Ziffern hervor, die ich ganz kurz bringen möchte.

Für den Fremdenverkehr sind an ERP-Krediten bis zum 31. Oktober dieses Jahres 385 Millionen Schilling ausgegeben worden, dazu sind für Seilbahnen und für Liftprojekte und ähnliches rund 77 Millionen Schilling gegeben worden. Weiters sind aus der sogenannten Bankenaktion für besatzungsgeschädigte und zweckentfremdete Betriebe, die wiederum der Hotellerie und dem Fremdenverkehr dienstbar gemacht wurden, bis zu diesem Stichtag 90 Millionen Schilling gewährt worden. Zudem ist bereits eine neue Aktion mit weiteren 50 Millionen Schilling in Aussicht genommen, das heißt, in den Grundzügen steht sie bereits fest. Das sind insgesamt 602 Millionen Schilling. Da kann man denn doch nicht sagen, daß für unsere bescheidenen österreichischen Verhältnisse für den Fremdenverkehr nichts getan werde. Ich glaube, hier eine weitere Begründung nicht mehr bringen zu müssen, denn die Ziffern sprechen bei Gott für sich selber. (*Abg. Herzele: Die Hotellerie wird sich bei Ihnen bedanken!* — *Abg. Altenburger: Bei euch sicher nicht, denn ihr habt sie zuerst zugrunde gerichtet!*)

Darf ich noch ganz kurz einiges Grundsätzliche sagen, was hier in diesem Zusammenhang zum Kapitel Fremdenverkehrsförderung noch gesagt werden muß. (*Lebhafte anhaltende Zwischenrufe bei der WdU und Gegenrufe bei der ÖVP.*) Wir sind uns bewußt, daß der Fremdenverkehr neben dem Landschaftsschutz, der dankenswerterweise schon wiederholt erwähnt worden ist, auch des Bautenschutzes bedarf. Ich richte hier an alle zuständigen Faktoren den Appell, unser einmaliges herrliches österreichisches Landschaftsbild vor Verschandelungen durch Bauten, seien es Bauten welcher Art immer, soweit es eben im Einflußbereich der öffentlichen Hand liegt, möglichst zu schützen. Und das soll auf der ganzen Linie geschehen. Ich sage das deswegen, weil es nicht unser Ziel sein kann, schließlich noch einmal droben beim Großglockner oder in der Wachau oder irgendwo in der Steiermark oder in Tirol einen Naturschutzpark einzurichten. Das kann nicht der Zweck des Schutzes unserer

Landschaft sein, sondern es muß so gehalten werden, daß die ganze Landschaft planmäßig geschützt wird, damit sie organisch und harmonisch bleibt, damit das ganze Land Österreich, das ganze Bundesgebiet das Schatzkästlein an Schönheit bleibt, das es heute Gott sei Dank im großen und ganzen noch ist.

In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die Notwendigkeit der Pflege des Fremdsprachenunterrichtes an allen unseren Schulen. Wir sind heute zur Drehscheibe des europäischen Fremdenverkehrs geworden, und was in der Schweiz schon seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit ist, das muß auch bei uns in Österreich zur Übung werden. Wir müssen den Fremdsprachenunterricht so pflegen, daß es hier ein Mindestmaß an Schwierigkeiten im Verkehr mit dem fremden Gast gibt.

Wenn vorhin — ich knüpfe an die Ausführungen des Herrn Abg. Stüber an — gesagt wurde, man hätte da und dort im Ausland das Gefühl, daß zuwenig an Werbung für Österreich geschieht, so kann man dem dadurch entgegenreten, daß man einmal das Budget der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung erhöht und daß man anderseits — und das ist ein Wunsch, der mir von verschiedenen Seiten, auch von ausländischen Stellen, zugetragen wird — darangeht, das Gehaltsschema der Angestellten der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung im Ausland und ihre Anzahl zu überprüfen. Es wird notwendig sein, da und dort die Zahl der Angestellten zu vermehren. Es wird aber auch wohl notwendig sein, Vergleiche bezüglich der Bezahlung unserer Angestellten in der Fremdenverkehrswerbung mit der in anderen Staaten anzustellen. Hier, glaube ich, sind wir schon noch etwas zurück, und hier könnte Abhilfe geschaffen werden.

Ich muß noch einmal auf die Ausführungen des Abg. Herzele bezüglich der verfassungsmäßigen Stellung des Fremdenverkehrs zurückkommen. Die Förderung des Fremdenverkehrs ist im großen und ganzen nach unserer Bundesverfassung Ländersache. Das wissen wir. Es ist nach erheblichen Schwierigkeiten und dank bedeutender Anstrengungen und einer klugen Taktik des Herrn Handelsministers gelungen, die gesamtösterreichische Fremdenverkehrswerbung als Zentralstelle ins Leben zu rufen und österreichische Gesamtwerbung im Ausland zu betreiben. Aber ich kann die Konstruktion der Länderkompetenz eigentlich nicht als unglücklich bezeichnen, denn Österreich ist nun einmal kein einheitliches Gebilde. Wir sind ein buntes Mosaik. Gott sei Dank! Unsere Bundesländer haben ihre individuelle Schönheit, und ich halte es daher auch für

begrüßenswert, daß von allen neun Bundesländern für den österreichischen Fremdenverkehr geworben wird. Daß dazu jetzt noch die kraftvolle Zentralwerbung in Gestalt der gesamtösterreichischen Fremdenverkehrswerbung tritt, ist meiner Ansicht nach begrüßenswert. Man kann ja nicht genug Pferde vor den Wagen spannen, und im großen und ganzen hat dieser Wagen — das beweisen die Ziffern — eine sehr ergiebige Devisenfracht in den letzten Jahren in die österreichische Scheune gebracht. Daher sind die Bedenken des Herrn Abg. Herzele wohl nicht so schwerzunehmen, wie er sie bringt. Daß sich aus den Kompetenzabgrenzungen gewisse Unzukömmlichkeiten ergeben, das sei zugegeben.

Wenn Herzele den Ausdruck gebraucht hat, es sei eine traurige Entwicklung im Fremdenverkehr festzustellen, so kann ich dem auch nicht beipflichten. Der Abg. Herzele hat in dem Zusammenhang gesagt: Ja, bei soundso vielen Gaststätten ist kein Bedienungspersonal mehr, das heißt, es wird nur von familieneigenen Leuten der Dienst versehen. (*Abg. Herzele: 25.000, nicht 40.000!*) Ja, ich weiß schon, ich möchte aber dazu folgendes sagen. Das Gastgewerbe ist natürlich ebenso der Zeitentwicklung und den Zeitströmungen unterworfen wie alles andere. Vor 100 Jahren, als die Eisenbahnen aufgekomen sind, wo Tausende und Zehntausende und vielleicht Hunderttausende von Fuhrwerksbetrieben stillgelegt worden sind, war das auch eine ganz ungeheure Umstellung und war mit sehr, sehr viel Verlust und sehr viel Trauer und auch mit Schwierigkeiten und Härten für den einzelnen verbunden. Aber deswegen konnte man doch eigentlich nicht einen Naturschutzpark für die vielen Rösser errichten, die damals durch die Eisenbahn brotlos geworden sind. Es war eine sehr schmerzliche und schwierige Umstellung, und heute ist natürlich auch das Gastgewerbe wie so mancher andere Beruf in einer Umstellung begriffen. Ich glaube, richtig zu sagen, wenn ich erwähne, daß es vor ungefähr 20 Jahren noch 36.000 selbständige Schuhmachermeister gab und heute nur noch 12.000. Ungefähr wird es stimmen. Auch dieses Gewerbe ist in einer ganz bedeutenden Umstellung, man kann sagen, in einer Revolution begriffen. Nur der Wechsel ist beständig auf Erden, Herr Abg. Herzele! (*Abg. Herzele: Aber Sie gaben doch gerade zu, daß der Fremdenverkehr von Jahr zu Jahr ansteigt! Da müßten doch die Stätten, die für den Fremdenverkehr bestimmt sind, auch entsprechend zunehmen!* — *Abg. Wallner: Das ist ja ein Zwischenreferat!*)

Zum Kapitel Steuern könnte in anderem Zusammenhang noch kurz gesprochen werden. Zie haben da die Getränkesteuer ange-

schnitten. Aber ich kann eigentlich jetzt schon kurz darauf erwidern.

Um die Getränkesteuer ist meiner Ansicht nach viel zuviel geredet und geschrieben worden. Es war vergangenen Winter — Herr Abg. Herzele, wenn ich dies kurz darstellen darf — so, daß hoffnungsvolle Gespräche mit dem Herrn Finanzminister stattgefunden haben, die Getränkesteuer aus Bundesmitteln im Wege des Finanzausgleiches an die Gemeinden zu ersetzen. Nur auf diese Weise wären die Gemeinden in der Lage gewesen, auf die Getränkesteuer zu verzichten. Man kann heute eine Säule aus dem Gemeindehaushalt — das ist die Getränkesteuer geworden — nicht herausreißen, ohne den Gemeinden einen Ersatz zu geben. Ich bedaure, daß durch den Staatsvertrag und durch die scharfe Beanspruchung unserer finanziellen Mittel durch den Staatsvertrag derzeit nicht mehr die Möglichkeit besteht, diesen Plan des Finanzministers zu verwirklichen. Wir müssen also — wertmäßig gesprochen — heute darauf ausgehen, auf Gemeindeebene Erleichterungen und Milderungen bei der Getränkesteuer zu erreichen. Es geschieht auch beides. Es ist zum Beispiel in Tirol heute so weit, daß das Frühstück im allgemeinen nicht mehr getränksteuerpflichtig ist, da es gelungen ist, in sehr langen und mühseligen Verhandlungen die Bürgermeister zu überzeugen, daß das Frühstück eine Mahlzeit und kein Luxusgetränk ist, sodaß der Kakao und, wie Sie richtig sagten, der Kaffee — in alten Zeiten hat man Brennsuppe oder Mus gegessen — nicht mehr besteuert wird. In Tirol sind wir — verzeihen Sie, wenn ich nochmals darauf zurückkomme — so weit, daß die Pauschalierung der Getränkesteuer auf breiter Ebene besonders in kleinen und mittleren Gemeinden vorgenommen wird. Durch die Pauschalierung werden Härten beseitigt und Erleichterungen gerade für kleinere und mittlere Gastwirte geschaffen. Ich halte es derzeit für unmöglich, die Getränkesteuer zu beseitigen. (*Abg. Herzele: Davon habe ich auch nicht gesprochen!*) Daher empfehle ich als alter Hase und als alter Praktiker den Weg, auf Gemeindeebene auf möglichste Erleichterung und Vereinfachung der Getränkesteuer hinzuwirken. Dies geschieht auch. Es geschieht natürlich keineswegs nur in Tirol, das ich damit nicht als Musterland hinstellen wollte, aber das Hemd ist mir am nächsten und deshalb habe ich bei Tirol begonnen. Auf diesem Weg haben alle Bemühungen natürlich meine volle Unterstützung.

Ich habe davon gesprochen, daß man den Fremdsprachenunterricht fördern soll. Ich glaube, damit ist man einverstanden, daß, um gewisse Wünsche nach einer besseren

Auslandswerbung zu erfüllen, die Fremdenverkehrswerbung besser dotiert wird und daß man wohl auch prüfen muß, ob man die Angestellten der Fremdenverkehrswerbung ein bißchen besser bezahlen könnte. Auch diesen Wunsch möchte ich anmelden.

Da ich ein Tiroler bin, möchte ich hier auch einige tirolerische Wünsche bringen. Es betrifft die Straßen Tirols. Es ist von verschiedenen Vorrednern hier sehr richtig gesagt worden: Bei den Straßen liegt die Zukunft des Fremdenverkehrs. Das ist vollkommen richtig. Ich verweise darauf, daß gerade im Westen das Problem der Nord-Süd-Verbindung besonders wichtig ist, und zwar deswegen, weil sich sonst der Nord-Süd-Verkehr über die Schweiz in einer bedenklichen Weise wiederum weiter nach dem Westen zu verlagern droht. Sie alle kennen das Bernhardino-Projekt. Die Schweiz hat ja genügend Geld zur Verfügung, um dieses ungeheure Projekt zu verwirklichen. Wir müssen also dem Ausbau der Nord-Süd-Verbindungen in Tirol und Salzburg — selbstverständlich auch in Vorarlberg — unser ganz besonderes Augenmerk zuwenden.

Ich erwähne hier die wichtige Verbindung, die einerseits gespeist wird vom Arlberg und vom Fernpaß her über Landeck und das Reschenscheideck nach Meran. Wichtig ist der Ausbau der Reschenstraße von Landeck bis Pfunds, denn dort liegen die Dinge sehr im argen. Ich erwähne weiter das altbekannte und so wichtige Projekt der Nord-Süd-Verbindung Scharnitz—Innsbruck—Brenner. Ich erwähne im weiteren die Verbindung Aachensee—Zillertal—Gerlos und im weiteren Verlauf dann die Felbertauern-Straße. Das ist noch Projekt, aber es wird wohl auch einmal verwirklicht werden. Ich füge noch hinzu, daß der Ausbau der Paznauntal-Straße in Tirol im vergangenen Jahr schon recht, recht langsam vor sich gegangen ist und daß wir wünschen würden, daß ein bißchen mehr Zug hineinkommt.

Dann ist ein weiterer wichtiger gesamtösterreichischer Wunsch der Ausbau der überlasteten Arlbergstrecke. Es müßte das Doppelgleise auf der Arlbergbahn zunächst von Innsbruck bis Landeck und auf der Vorarlberger Seite von Feldkirch bis Bludenz gelegt werden. Dies ist für diese beiden Bundesländer, und nicht nur für diese, sondern für ganz Österreich und für den Ost-West-Verkehr eine unabdingbare Forderung.

Ich komme kurz auf den Flugverkehr zu sprechen. Hier liegen wir in Österreich noch in den Windeln, das weiß ich. Damit endlich einmal die Fluglinie Innsbruck—Wien aktiviert werden kann, wird es wohl notwendig sein, zu prüfen, ob man nicht ausländischen

Fluggesellschaften — selbstverständlich terminiert, befristet — die Möglichkeit geben soll, diese Fluglinie, deren Teilstrecke von Zürich nach Innsbruck bereits besteht, zu aktivieren. Irgendwie muß der Flugverkehr eingerichtet werden. Es ist selbstverständlich, daß man hier vorsichtig zu Werke gehen wird, damit man dann einer österreichischen Fluggesellschaft nicht irgendwie den Weg oder die Luft verbaut. Aber wir können nicht jahrelang warten, bis es so weit ist. Ich empfehle daher dringend — denn das ist ein Fremdenverkehrsförderungskapitel ersten Ranges —, hier Mittel und Wege zu prüfen, damit derzeit — und ich sehe keinen anderen Ausweg — ausländische Fluggesellschaften österreichische Strecken befiegen können. Ich wiederhole noch einmal: Selbstverständlich wird man hier mit aller gebotenen Vorsicht vorgehen und alle Kautelen treffen, damit man sich nicht für die Zukunft einen Weg verbaut.

Herr Kollege Herzele und auch andere Herren Abgeordnete haben auf das Besatzungsschadenvergütungsgesetz Bezug genommen. Hier haue ich gerne in die gleiche Kerbe, indem ich sage: Ein brauchbares Besatzungsschadenvergütungsgesetz ist eine Fremdenverkehrsförderung ersten Ranges. Der derzeit vorliegende Entwurf, der ja eigentlich schon sehr weit gediehen ist, enthält Härten, die von den Betroffenen als ungerecht und als untragbar empfunden werden. Es sind geradezu eigentumsfeindliche Bestimmungen drinnen, zum Beispiel, daß die Entschädigungssumme 1 Million Schilling nicht übersteigen darf. Es ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet diese Klausel drinsteht, denn die ominösen Verzichtserklärungen sind vielfach in einer Zwangslage abgegeben worden — nicht unter Zwang, aber unter Zwangslage, ich bitte, mich richtig zu verstehen —, und das ist geradezu eine unmoralische Sache.

Ich habe da zum Beispiel einen Fall, da war der Schaden mit 400.000 S bemessen. Die Abfindung — der arme Mann war in einer Zwangslage — ist mit einem Betrag von sage und schreibe 10.421 S vorgenommen worden. Das geht natürlich nicht. Diese Abfindungen können wir keineswegs billigen.

Des weiteren erhebe ich im Zusammenhang mit dem Besatzungsschadenvergütungsgesetz die Forderung nach Steuerfreiheit für Schadenersatzbeträge, wenn sie innerhalb von zwei Jahren zum Wiederaufbau verwendet werden. Die Rahmenwerte sollen mindestens ein Drittel der Wiederbeschaffungskosten erreichen. Damit wäre einer wesentlichen Forderung Rechnung getragen.

Der Stichtag 31. Dezember 1945 ist ebenfalls nicht annehmbar. Das müßte geändert werden.

Schließlich wäre noch zu sagen, daß der Begriff „Zeitpunkt des Schadenseintrittes“ im derzeitigen Gesetzentwurf nicht geklärt ist. Logisch scheint mir als Zeitpunkt des Schadenseintrittes der Tag der Freigabe.

Ich habe noch — wenn ich noch einen Punkt zur Fremdenverkehrsförderung kurz streifen darf — auf dem Gebiete des Steuerwesens einiges zu sagen. Hier kann ich wiederum anknüpfen an die Ausführungen des Abg. Herzele, der verlangt hat, es soll ein Kreditfonds für die Dotierung von Fremdenverkehrsbetrieben für die Hinausgabe von langfristigen niedrigverzinslichen Darlehen geschaffen werden. Einverstanden, vollkommen einverstanden! Und ich sage das hier nicht zum ersten Mal. Ich bewege mich hier auch in Bahnen, die der Herr Handelsminister bereits in Mayrhofen, in Vöslau und meines Wissens anderswo vorgezeichnet hat, wenn ich folgendes sage: Fremdenverkehr ist stiller Export, aber er ist Export. Und wir verlangen hier die Gleichstellung mit der exportierenden Industrie. Die exportierende Industrie bekommt die Umsatzsteuer aus dem Titel Export rückvergütet. Was hier für die Industrie gerecht ist, das muß wohl auch für den Fremdenverkehr als gerecht anerkannt werden.

Nun, scheint mir, ist der Weg einer detaillierten Exportrückvergütung sehr schwierig, sehr kompliziert. Er würde einen Stab von neuen Hilfskräften und Beamten erfordern. Aber es wird die Forderung angemeldet, daß unter dem Titel Exportrückvergütung der Umsatzsteuer ein Kreditfonds für die Hotellerie geschaffen wird, ein Kreditfonds für den Fremdenverkehr, der Jahr für Jahr mit einer bestimmten Summe, die aus der Exportumsatzsteuerrückvergütung errechnet wird, zu dotieren ist. Aus diesem Fonds sollen dann die langfristigen niedrigverzinslichen Kredite für Hotellerie und Gastgewerbe hinausgegeben werden. Das wäre sozusagen das Fünfjahres- oder Zehnjahresprogramm für den Fremdenverkehr, und damit würden wir uns auch dem Schweizer Muster nicht nur annähern, sondern wir würden mit diesen Krediten vollkommen gleichwertig neben die fremdenverkehrsfördernden Maßnahmen der Schweiz treten. Das wäre, wie gesagt, zumindest ein Fünfjahresplan für Hotellerie und Gastgewerbe. Mit diesen Krediten wären wir in der Lage, unsere Betriebe zu modernisieren, insbesondere die Gaststättenbetriebe zu modernisieren, und durch diese Modernisierung in technischer Hinsicht sind wir wiederum in der Lage, einen gewissen Rückstand, den wir der Industrie gegenüber haben, aufzuholen, der bis jetzt manchmal auch in personalmäßiger Hinsicht zu Unzukömmlichkeiten geführt hat.

Wenn es uns gelingt, unsere Betriebe technisch auf der Höhe zu halten, dann werden wir auch gewissen Schwierigkeiten auf dem sozialrechtlichen Sektor viel leichter begegnen können, dann werden wir das Betriebsklima für unsere Arbeiter und Angestellten wesentlich zu verbessern vermögen. Und damit wird auch ein Stein des Anstoßes, der derzeit da und dort noch gerade auf dem Sektor des Gastgewerbes, der Hotellerie und des Fremdenverkehrs auf sozialem Gebiet besteht, beseitigt werden können. Wir würden daher sozusagen zwei Fliegen auf einen Schlag erwischen: wir würden wettbewerbsmäßig in unseren Fremdenverkehrsbetrieben auf der Höhe bleiben und dort, wo das noch nicht der Fall ist, auf die Höhe kommen, und wir würden andererseits einen gewissen Rückstand aufholen, der sich aus den Besonderheiten des Fremdenverkehrs ergibt, denn das Gastgewerbe und der Fremdenverkehr sind Dienstleistungsgewerbe. Wir konnten nicht so rasch und so durchgreifend rationalisieren, technisieren, mechanisieren, wie das zum Beispiel der Industrie gelungen ist. Dadurch hat sich, wie gesagt, ein Nachholbedarf ergeben, und diesen sowohl technischen wie auch fremdenverkehrs-, wettbewerbsmäßigen und sozialen Nachholbedarf auf diesem Gebiete könnten wir durch diese Kredite, die ich hier im Einvernehmen mit anderen Herren und Vorrednern vorschlage, eigentlich befriedigen. Das wäre die steuerliche Forderung.

Ich habe auch noch im Zusammenhang mit Äußerungen von Vorrednern folgendes zu sagen: Es ist sehr bedauerlich, daß zum Beispiel gerade in Wien ein Rückgang im Gastgewerbe insofern festzustellen ist, daß die Zahl der Betriebe, die ohne Personal arbeiten, immer größer wird und daß überhaupt besonders die Küchenbetriebe rückläufig sind. Ich weiß schon, das ist auch eine Zeitentwicklung. Es haben zum Beispiel — ich bitte mich nicht falsch zu verstehen — die Werksküchen einen ungeheuren Aufschwung genommen. Das ist eine soziale Notwendigkeit, wir sehen es ein. Aber andererseits ist gerade durch die Werksküchen das Gastgewerbe mit der Speisenverabreichung sehr in den Hintergrund getreten, weil die Startbedingungen zu ungleich sind und weil es nicht leicht ist, hier einen Wettbewerb herzustellen.

Ich sehe diese Schwierigkeiten, ich sehe die Notwendigkeit auf der einen Seite und ich sehe die Schwierigkeiten und Klagen auf der anderen Seite. Ich erwähne das nur der Gerechtigkeit halber. Ich werde mich bemühen, und wir alle werden uns bemühen, hier Mittel und Wege zu finden, um diesem bedenklichen Übelstand abzuhelpen. Denn, meine Damen

und Herren, wenn die österreichischen Küchenbetriebe im Gastgewerbe auf den Aussterbetat gesetzt werden, können keine Lehrlinge mehr gehalten werden, dann haben wir keinen Nachwuchs, und es ginge mit der Hauptspezialität des österreichischen Fremdenverkehrs, mit der berühmten österreichischen Küche allmählich zu Ende. Hier haben wir alle das gleiche Interesse, Mittel und Wege zu finden, um einem bedenklichen Mangel, einer Mangelercheinung und einer Lücke zu steuern.

Ich hätte noch zu sagen, daß zur Fremdenverkehrsförderung auch der im Gastgewerbe wenigstens teilweise eingeführte Befähigungsnachweis gehört; denn ich betrachte den Befähigungsnachweis allein vom Standpunkt der Leistungssteigerung aus. Die Leistung muß — das geben wohl alle zu — nicht nur auf der Höhe gehalten, sondern nach Möglichkeit noch gesteigert werden. Nun war dieser im Verordnungsweg eingeführte Befähigungsnachweis ein erster Versuch, dem natürlich gewisse Lücken und Mängel anhaften. Ich glaube, daß man hier eine weitestgehende Befriedigung wohl nur durch die Schaffung eines umfassenden österreichischen Gaststättengesetzes erreichen könnte. Da könnte man auch einen haltbaren, wohl kaum anfechtbaren Befähigungsnachweis einbauen. Das ist nur eine Anregung.

Im ganzen genommen habe ich abschließend zu sagen: Es ist erfreulich, welches Interesse der Fremdenverkehr hier im Hause gefunden hat und findet. Es herrscht hier — und zwar nicht nur im Parlament, sondern in ganz Österreich — ein gutes Fremdenverkehrsklima. Das Verständnis für den Fremdenverkehr ist im Wachsen; das kommt seiner Bedeutung auch zu. Wir begrüßen es, daß über 2 Milliarden Schilling an Devisen aus dem Fremdenverkehr eingehen, und ich freue mich, hier abschließend feststellen zu können, daß der österreichische Fremdenverkehr mit seinen Hauptträgern, den Gaststättenbetrieben, und mit dem Interesse an diesen Betrieben zur Staats-, Landes- und Volkssache geworden ist. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zu Gruppe IX ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen.

Der Herr Spezialberichterstatter wünscht das Schlußwort. Ich erteile es ihm.

Spezialberichterstatter Krippner (Schlußwort): Hohes Haus! Zum Kapitel 21 des Bundesvoranschlages 1956, Kapitel Bauten, sind von der Bundesregierung noch Abänderungen gemäß § 15 lit. D der Geschäftsordnung vorgelegt worden, die laut Beschluß des

Nationalrates bereits zur Debatte standen. Als Berichterstatter trete auch ich diesen Abänderungen bei und empfehle somit die Gruppe IX unter Berücksichtigung der von der Regierung vorgelegten Abänderungen (673 d. B.) zur Annahme.

Präsident: Damit ist die Aussprache über die Gruppe IX beendet.

Wir kommen nunmehr zur Behandlung der **Gruppe X:** Kapitel 24: Verkehr und verstaatlichte Betriebe, Kapitel 28 Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, und Kapitel 29: Eisenbahnen.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abg. Aigner. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Aigner:** Hohes Haus! Die zur Verhandlung stehende Gruppe X umfaßt Kapitel 24: Verkehr und verstaatlichte Betriebe, Kapitel 28 Titel 1: Post und Telegraphenanstalt, und Kapitel 29: Eisenbahnen.

Der Aufgabenkreis des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe ist sehr umfangreich. Er umfaßt nicht nur die Angelegenheiten der Eisenbahnen, sondern auch der See- und Flußschifffahrt, der Post- und Telegraphenanstalt einschließlich des Rundfunkwesens, ferner die Angelegenheiten der Fremdenverkehrsförderung, soweit sie sich auf die öffentlichen Verkehrsbetriebe beziehen, die Elektrizitätswirtschaft und deren Planung, die Förderung der Elektrifizierung sowie Fragen der Bewirtschaftung der elektrischen Energie. Zu den Angelegenheiten des Ministeriums gehören auch die Fragen der verstaatlichten Betriebe mit Ausnahme der verstaatlichten Banken.

Der Voranschlag sieht bei Kapitel 24 in der ordentlichen Gebarung 138,9 Millionen Schilling und in der außerordentlichen Gebarung 21,3 Millionen Schilling an Ausgaben vor. Von diesen Ausgaben der ordentlichen Gebarung entfallen auf den Personalaufwand 65,4 Millionen Schilling, auf den Sachaufwand 73,5 Millionen Schilling. Die Erhöhung des Personalaufwandes ist darauf zurückzuführen, daß in den Voranschlag 1956 die Auswirkungen der 3. Stufe der Bezugszuschlagsverordnung restlos eingebaut werden mußten.

Von den im Kapitel 24 angeführten Titeln sind einige besonders bemerkenswert. Im besonderen möchte ich darauf hinweisen, daß bei Titel 2, Schifffahrt, in der außerordentlichen Gebarung ein Betrag von 12,4 Millionen Schilling als Beitragsleistung des Bundes zur Ausgestaltung der Donauhäfen Linz, Krems und Wien veranschlagt ist. Für den Schiffsneubau ist ein Betrag von 8,9 Millionen

Schilling vorgesehen, um den durch den Abschluß des Staatsvertrages erzielten Erfolg, den Schiffsverkehr bis zur Donaumündung führen zu dürfen, praktisch nutzen zu können.

Zum erstenmal muß Österreich für die Flugsicherung allein vorsorgen. Die Ausgaben hierfür werden sehr sprunghaft ansteigen, da nicht nur neue Aufgaben zu wachsen werden, die eine rasche und weitgehende Ausgestaltung der technischen Einrichtungen erfordern, sondern die neuen Aufgaben entstehen auch dadurch, daß wir alle bisher von den Alliierten geleisteten Dienste selbst zu leisten haben und wir außerdem trachten müssen, den internationalen Standard der Flugsicherung zu erreichen.

Die Gesamtausgaben bei Titel 3 sind mit 32,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 7, Investitionsfonds der verstaatlichten Unternehmungen, sieht sowohl bei den Einnahmen wie auch bei den Ausgaben 27 Millionen Schilling vor. Die erstmalig im Voranschlag 1956 veranschlagten Einnahmen stellen Teile der Erträge, Erlöse beziehungsweise Gewinnausschüttungen der dem Bundesministerium verwaltungsmäßig zugehörigen verstaatlichten Unternehmungen dar und sind für den zu bildenden Investitionsfonds vorgesehen. Der Rest dient der Erfüllung jener Entschädigungen, die gemäß § 1 Abs. 2 des Verstaatlichungsgesetzes 1946 beziehungsweise gemäß § 2 des 2. Verstaatlichungsgesetzes zu leisten sind, und wurde bei Kapitel 18 mitveranschlagt.

Kapitel 28 Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt. Der Geldvoranschlag der Post- und Telegraphenanstalt stellt sich nach erfolgter Abänderung folgendermaßen dar: Personalaufwand 1514,2 Millionen Schilling, Sachaufwand 843,6 Millionen Schilling, wozu noch 137 Millionen Schilling in der außerordentlichen Gebarung kommen. Die gesamten Ausgaben sind mit 2494,9 Millionen Schilling veranschlagt.

Dieser Ausgabensumme stehen Einnahmen in der Höhe von 2086,9 Millionen Schilling gegenüber, die sich zusammensetzen aus 47,8 Millionen Schilling allgemeine Betriebs-einnahmen, 800 Millionen Schilling Gebühren für Post, 42,9 Millionen Schilling für Telegraph, 56,6 Millionen Schilling für Fernschreiber, 684 Millionen Schilling für Fernsprecher, 35 Millionen Schilling für Rundfunk; der Betrag von 35 Millionen Schilling für Rundfunkverkehr stellt den Anteil dar, der der Post- und Telegraphenverwaltung aus den Einnahmen an Rundfunkgebühren zufließt und mit dem sie die zugewiesenen staatlichen Aufgaben zu erfüllen hat. Weitere Einnahmen:

4180 88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955

Der Postautobetrieb bringt 186,9 Millionen, die Vergütungen des Postsparkassenamtes an die Post- und Telegraphenanstalt betragen 62,1 Millionen und die Pensionsbeiträge sind mit 27 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergibt einen kassamäßigen Betriebsabgang von 271 Millionen Schilling, der bei Heranziehung der vorgesehenen Ausgaben in der außerordentlichen Gebarung einen kassamäßigen Gesamtabgang von 408 Millionen Schilling ergibt.

Die Erhöhung im Personalaufwand ist bedingt durch die ganzjährige Auswirkung der 3. Stufe der Bezugszuschlagsverordnung, die Auswirkungen des Familienlastenausgleichsgesetzes und des Kinderbeihilfengesetzes, die Erhöhung der Beiträge zur Invaliden- und Angestelltenversicherung und eine aus betrieblichen Gründen notwendige Personalvermehrung. Die Personalausgaben setzen sich zusammen aus 1059 Millionen für die aktiv Bediensteten und 455 Millionen Schilling für den Pensionsaufwand.

Der Personalstand der Post- und Telegraphenanstalt setzt sich aus 41.007 Bediensteten zusammen, von denen 25.103 pragmatische Bedienstete sind. Die Post- und Telegraphenanstalt zählt 22.910 Pensionsparteien. Die Organisation der Post- und Telegraphenanstalt ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Anzahl der Rundfunkteilnehmer betrug Ende 1954 1.683.270. Die veranschlagten und von der Postverwaltung einzuhebenden Rundfunkgebühren werden wie folgt verwendet: Zuweisungen an den Rundfunk 86,8 Millionen, Kostenvergütung an die Post- und Telegraphenanstalt 18,6 Millionen, technische und betriebliche Aufwendungen für den Rundfunk 7,9 Millionen und Investitionen 30,9 Millionen Schilling. Die Höhe der Ausgaben für Investitionen richtet sich nach den Eingängen aus dem Investitionsschilling.

Die Verwendung der Aufwands- und Anlagekredite kann dem schriftlich vorliegenden Spezialbericht und den Erläuterungen entnommen werden.

Kapitel 29: Eisenbahnen. Der Geldvoranschlag der Österreichischen Bundesbahnen sieht in der abgeänderten Form der Regierungsvorlage folgende Ausgaben und Einnahmen vor: Die Ausgaben beziffern sich nun im Personalaufwand mit 3686,8 Millionen, davon entfallen auf Aktivitätsbezüge 2056,9, auf den Pensionsaufwand 1629,8 Millionen Schilling; der Sachaufwand ist mit 2030,7 Millionen Schilling veranschlagt. Die Summe der Betriebsausgaben beträgt 5717,4 Millionen Schilling. In der außerordentlichen Gebarung

sind Aufwendungen in der Höhe von 414,1 Millionen veranschlagt. Ordentliche und außerordentliche Ausgaben ergeben zusammen Gesamtausgaben von 6131,5 Millionen. Unter Berücksichtigung der erhöhten Einnahmen aus dem Güterverkehr werden Einnahmen von 4565,4 Millionen angenommen. Die Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen ergibt einen kassamäßigen Betriebsabgang von 1151,9 Millionen und bei Hinzurechnung der außerordentlichen Ausgaben einen Gesamtabgang von 1566,1 Millionen Schilling.

Die Steigerung des Personalaufwandes für aktive Bedienstete und Pensionsparteien ist in der Hauptsache auf gesetzliche Neuregelungen der Bezüge zurückzuführen. Beim Sachaufwand ist gegenüber 1955 ein Mehraufwand von 129,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Während für Anlagen und Förderungsausgaben geringere Ansätze vorgesehen sind, sind die Aufwendungen für Aufwandskredite und der Regieaufwand um ein Beachtliches erhöht.

Die Einnahmensteigerung, die im Voranschlag veranschlagt ist, wird im Personenverkehr durch eine erwartete Belebung des Fremdenverkehrs in den östlichen Bundesländern begründet. Die anhaltende Konjunktur der Binnenwirtschaft und die Entwicklung des Außenhandelsverkehrs rechtfertigen die Veranschlagung höherer Einnahmen im Güterverkehr.

Personalstand und Personalwirtschaft: Die Österreichischen Bundesbahnen haben ein ständiges Personal von 68.945 Bediensteten, zu denen 6570 Aushilfsarbeiter kommen. Diesen 68.945 Bediensteten stehen 89.222 Pensionsparteien gegenüber. Zum Personalaufwand für Post, Telegraph und Eisenbahnen möchte ich als Berichterstatter hinzufügen, daß dieser Aufwand die äußerste Grenze dessen darstellt, womit die Betriebe ihren Aufgaben nachkommen können; dieser Personalstand wirkt sich derart aus, daß den Bediensteten der Bahn und Post in jenen Monaten des Jahres, in denen alle übrigen Arbeitnehmer ihren Urlaub abwickeln, eine Urlaubsabwicklung praktisch nicht möglich ist.

Unter Titel 2: Südbahn, sind 2,4 Millionen Schilling veranschlagt, die die Leistungen an die Gesellschaft auf Grund der Vereinbarungen mit der Donau-Save-Adria-Eisenbahngesellschaft darstellen. Leistungen an den Obligationenfonds sind für 1956 nicht vorgesehen.

2,3 Millionen Schilling sind unter Titel 3 für die Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber Lokalbahnen veranschlagt sowie für die Unterstützung von Privatbahnen auf Grund des Privatbahnbegünstigungsgesetzes.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Beratung auch eine Entschliebung der Abg. Dipl.-Ing. Pius Fink, Ferdinanda Flossmann und Dr. Kraus einstimmig angenommen, in der der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe aufgefordert wird, zu prüfen, ob die Härte in der Eisenbahn-Verkehrsordnung, daß je Begleitperson nur zwei Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr keinen Fahrschein brauchen, nicht beseitigt werden könnte.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich somit den Antrag, der Hohe Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 24: Verkehr und verstaatlichte Betriebe, dem Kapitel 28 Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag in der abgeänderten Form der Regierungsvorlage, und dem Kapitel 29: Eisenbahnen, samt dem zu diesem Kapitel gehörigen Geldvoranschlag in der abgeänderten Form des Bundesvoranschlages für das Jahr 1956 (625 und 673 d. B.) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Weiter stelle ich den Antrag, die dem Spezialbericht begedruckte Entschliebung anzunehmen.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist als Gegenredner der Herr Abg. Dr. Stüber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Stüber: Hohes Haus! Erlauben Sie mir zuerst einige allgemeine Bemerkungen. Ich habe gestern von dieser Stelle aus bei der Beratung des Kapitels Handel darauf aufmerksam gemacht, daß sich das Parlament vor einem Bruch der Geschäftsordnung hüten möge, während seiner Plenarsitzungen auch Ausschusssitzungen abzuhalten, daß ich einen solchen Bruch sehr bedauerlich finden würde, wenn während der Besprechung des Kapitels Handel im Haus gleichzeitig der Handelsausschuß tagt, also gerade jene Abgeordneten, die primär am meisten an der Beratung dieser Materie interessiert sein müßten und am ehesten im Haus anwesend zu sein hätten, gleichzeitig durch eine andere Verpflichtung im Ausschuß festgehalten werden. Es hat nichts genützt. Das Parlament hat nicht nur den Handelsausschuß, sondern auch mehrere andere Ausschüsse während der Plenarsitzungen gestern tagen lassen. Man hat sich vielleicht damit beholfen, in den Protokollen dieser Ausschusssitzungen eine Bemerkung aufzunehmen, die Verhandlungen dieser betreffenden Ausschüsse hätten erst nachher stattgefunden, was auf keinen Fall stimmen kann. Ich glaube nicht, daß ein solches Beispiel, das hier das Parlament gibt, indem es selbst eine von ihm gesetzte Ordnung übertritt, ein geradezu ermunterndes Vorbild für

die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften seitens der Bevölkerung sein kann.

Ich beginne meine Ausführungen aber auch mit der Nutzenanwendung auf die gegenständliche Beratung und alle weiteren Kapitel, die wir noch im Laufe der Budgetdebatte durchbesprechen und beschließen werden. Jedermann wird klar, daß die auf sechs Tage festgesetzte Budgetdebatte im Plenum nunmehr bereits unter einem ungeheuren Zeitdruck steht und daß nun eben das eintritt, was ich schon beim Beginn der Beratung zum Gegenstand Bundesgesetzgebung gesagt habe, daß man durchpeitscht, nicht indem man etwa dem einzelnen Abgeordneten verbietet, sich zum Wort zu melden — das kann jeder tun, so oft und so gern er will —, sondern indem man offensichtlich auf die Ermüdung des Hohen Hauses spekuliert, und da die Abgeordneten natürlich auch Menschen sind und nicht dauernd eine zehnstündige intensive Arbeit leisten können, spekuliert man scheinbar mit Erfolg darauf. Das zeigt sich nun bei der Beratung eines derart wichtigen Gegenstandes, bei der nur mehr ganz wenige Abgeordnete im Hause sitzen und daran teilnehmen.

Und nun einige Dinge, die dieses Kapitel materiell betreffen. Hier möchte ich mich zuerst ganz kurz, aber mit unmißverständlicher Deutlichkeit jenem Plan zuwenden, den der Herr Minister Ing. Waldbrunner für den Rundfunk ausgeheckt hat, jenem Plan, der darauf hinausläuft, nun auch den Rundfunk unter staatliche Kontrolle — lies in Österreich: parteipolitische Koalitionskontrolle — zu bringen. Ich sagte schon mehrmals, als ich zu den verschiedenen Budgetgegenständen in dieser Woche gesprochen habe, daß nun unser ganzes österreichisches Rechtswesen, Gesetzgebung, Rechtsprechung, Wirtschaftspolitik, Kultur, alle öffentlichen und bald auch alle privaten Belange in zwei streng voneinander geschiedene, messerscharf getrennte parteipolitische Sphären aufgeteilt sind, in eine schwarze und in eine rote. Es hat bisher nur mehr ganz wenige Relikte der freien Meinungsäußerung und der freien Persönlichkeit gegeben, zu denen, keineswegs zur Gänze, aber zu einem bescheidenen Teil, bislang noch der Rundfunk gehörte. Nun soll nach den Plänen eines österreichischen Ministers auch dieses Relikt der Freiheit fallen und soll auch der Rundfunk unter die Kontrolle der beiden Koalitionsparteien gebracht werden, und zwar durch den famosen Plan, daß 26 Parteirichter zu bestimmen haben, was gesendet werden darf und was nicht und in welcher Art und Weise die Öffentlichkeit mit den parteimäßig abgepaßten Meinun-

gen infiltriert werden soll; 26 mächtige Rundfunkherrscher im Namen und Auftrag ihrer Koalitionsparteien, denen 6 andere aus wissenschaftlichen, kulturellen und künstlerischen Kreisen kommende gegenüberstehen — in früheren Zeiten hat man das „Parade-gois“ genannt —, die nicht koalitionsmäßig dem Rundfunk zugesellt werden, ohne jede Möglichkeit, hier irgendeinen Einfluß auszuüben.

Meine Damen und Herren! Ich bin nicht in der Lage, Sie, wenn Sie auf diesem Gebiete fortfahren wollen, davon abzuhalten. Aber ich warne Sie, diese Entwicklung, die von der gesamten österreichischen Bevölkerung bis weit in die Reihen Ihrer eigenen Parteiangehörigen hinein beklagt und abgelehnt wird, nun vielleicht auch noch mit der Verstaatlichung, nein, mit der Verproporzionierung des Rundfunks fortzusetzen!

Ich möchte zum Gegenstand Post, so viel dazu zu sagen wäre, nur zwei Anliegen herausgreifen. Das eine ist jenes, das ich bereits vor Jahren in einer Interpellation aufgegriffen habe und das darin gipfelt, wiederum den Inlandsposttarif im Postverkehr mit Deutschland herzustellen. Es ist eine groteske Tatsache — geschichtlich erklärlich, aber in ihrer heutigen Auswirkung grotesk —, daß wir mit den beiden Volksdemokratien Tschechoslowakei und Ungarn einen unverbilligten Posttarif haben, gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik aber den Auslandsposttarif, der bewirkt, daß ein Brief, der in Salzburg nach Freilassing adressiert wird, genau soviel kostet wie ein Brief nach Buenos Aires oder sonst irgendwohin. Das kann zweifellos auch nicht im Sinne jener Europa-Pläne liegen, die uns von Zeit zu Zeit von dieser Stelle aus von der Regierung verkündet werden. Und da sich nun auch die Österreichische Volkspartei in einem Antrag oder in einer Interpellation im Salzburger Landtag für die Wiedereinführung dieses Inlandsposttarifes im Verkehr zwischen Österreich und Westdeutschland ausgesprochen hat, glaube ich, daß man das wohl erreichen könnte. Die bisherigen völkerrechtlichen Hindernisse, die dem entgegenstanden, solange Österreich vierfach besetzt war, sind ja nunmehr weggefallen.

Das zweite Vorbringen zum Gegenstand Post betrifft jene merkwürdige Weisung der Generalpostdirektion, die im Oktober der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden ist, wonach die Generalpostdirektion ersuchte, bei Postsendungen nach Orten der abgetrennten und uns geraubten Gebiete, die ehemals deutsch waren und es jetzt, wie ich hoffe, nur vorübergehend nicht mehr sind, bei-

spielsweise des Sudetenlandes in der Tschechoslowakei, sich der neuen Ortsbezeichnungen in der fremden Sprache zu bedienen, beispielsweise also statt Brünn „Brno“ zu schreiben. Meine Damen und Herren! Das ist seitens der Postdirektion damit bemäntelt worden, daß Zustellungsschwierigkeiten vermieden werden sollen. Aber hier geht es um eine viel wichtigere Sache als um eine bloß manipulative. Hier geht es darum, ob wir diesen Raub, den die Tschechen betrieben haben, anerkennen, indem wir ihre Ortsbezeichnungen annehmen und ein für allemal auf die Wiederherstellung des Rechtes und die Wiedergewinnung der verlorenen Heimat für die Sudetendeutschen und Südmährer verzichten oder nicht. Ich kann den Erlaß der Generalpostdirektion hier nicht widerrufen — dazu bin ich nicht kompetent —, aber ich möchte von dieser Stelle aus die heimat-treue, volksbewußte Bevölkerung Österreichs aufrufen, diesem Erlaß der Generalpostdirektion nicht nachzukommen, sondern nach wie vor die richtigen ursprünglichen deutschen Ortsbezeichnungen zu gebrauchen.

Ich möchte weiters hinsichtlich der Österreichischen Bundesbahnen insbesondere jene Forderung des Schutzverbandes der österreichischen Verkehrsbediensteten urgieren, die in einem Rundschreiben allen Abgeordneten im Juni dieses Jahres bekanntgemacht worden ist, wonach die Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen fordern — und mit Recht fordern! —, daß ihnen ein verfassungsmäßig zustehendes Recht auf eine Beamtenvertretung, auf ein modernes demokratisches Personalvertretungsgesetz nicht länger vor-enthalten werde.

Und ich möchte dann nur noch kurz zum Punkt der Verstaatlichung in Ergänzung zu meinen über den Rundfunk zum Ausdruck gebrachten Meinungen das folgende sagen. Ich möchte auch hier, freilich nur persönlich und ohne die Macht, Sie am Unvernünftigsten zu hindern, Sie davor warnen, den Trieb zur Verstaatlichung noch mehr zu aktivieren und die Verstaatlichung nun auch noch auf das Öl auszudehnen. Ich möchte Sie nunmehr mit einem Argument warnen, das bisher in der Öffentlichkeit noch wenig gebraucht worden ist. Ich lasse mich auf privatwirtschaftliche oder staatswirtschaftliche Fragen gar nicht ein, sondern ich möchte mit einem völkerrechtlichen Bedenken Sie hier warnen, nämlich dem: Durch den Status der Neutralität, den wir uns gegeben haben, sind wir als Staat verpflichtet, im Falle eines kriegerischen Konfliktes die betreffenden Länder nicht zu unterstützen, das heißt, ihnen auch kein Kriegsmaterial zu liefern. Nun ist die

Definition des Kriegsmaterials im Völkerrecht nicht eindeutig bestimmt, aber zweifellos gehört zum Kriegsmaterial nach völkerrechtlicher Ansicht nicht nur das Schieß Eisen und die unmittelbare Vernichtungswaffe, sondern auch eine Reihe von Rohprodukten, die zur Herstellung derartiger Kriegswaffen notwendig sind. Und es ist gar keine Frage, daß das Öl eine besonders wichtige und entscheidende Voraussetzung für die moderne Kriegführung darstellt. Würden wir beispielsweise das Öl in Österreich, so wie es die Sozialisten und der Herr Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe wünschen, in toto verstaatlichen, so würden wir in die unangenehme Situation kommen, entweder die Neutralität verletzen zu müssen oder vertragsbrüchig zu werden durch vielleicht früher mit diesen Ländern abgeschlossene Verträge. All dies könnte nicht passieren, wenn das Öl sich in privater Hand befindet, weil die Neutralität wohl den Staat zu einer strikten Nichteinmischung in eine kriegerische Angelegenheit auch durch Nichtlieferung des Kriegsmaterials verpflichtet, nicht aber die einzelnen Staatsbürger. Das ist unbestritten. Diese Auslegung hat sich auch die Schweiz immer zu eigen gemacht, und sie hat sie auch im letzten Krieg angewendet. Ich warne daher aus diesem Grunde vor dem weiteren Ausdehnen der Verstaatlichung in Österreich, insbesondere auch auf dem Erdölsektor.

Ich schließe meine Ausführungen damit, daß ich gerade bei diesem Kapitel leider die größten Befürchtungen zum Ausdruck bringen muß, daß die Zerreißung Österreichs in die zwei proporzionierten parteipolitischen Zonen hier besonders gefördert wird und daß gerade hier ein Keim der Unruhe und vielleicht sehr unguter Entwicklungen für die Zukunft für Österreich liegt, der, sei er nun bewußt oder unbewußt hineingelegt worden, nicht früh genug beseitigt werden kann. Machen Sie Schluß mit dieser Parteiproporzionierung, wie Sie sie jetzt beispielsweise auch schon bei der Luftfahrt im Auge haben, indem Sie mit einem Zehnerausschuß, der wieder je zur Hälfte von Ihnen beiden besetzt ist, auch die Luft verstaatlichen wollen. Geben Sie wenigstens den Äther, wenn schon nicht die Erde, in Österreich noch der freien, vom Parteiproporz nicht beeinflussten und geknebelten Persönlichkeit frei!

Präsident: Als Proredner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Freund. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Freund: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Entwicklung der österreichischen Verkehrswirtschaft, als deren Hauptträger wohl die Österreichischen Bundesbahnen

nach wie vor anzusehen sind, ist untrennbar mit dem allgemeinen Wiederaufbau, dem gesamten Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft verbunden. Sie steht als ein Teil derselben in ständiger Wechselbeziehung zu ihren sonstigen Erscheinungsformen. Diese Grundtatsache erklärt, daß die Aufwärtsentwicklung der österreichischen Volkswirtschaft in den letzten Jahren, insbesondere in den Jahren 1954 und 1955, nicht ohne Rückwirkung auf die Österreichischen Bundesbahnen bleiben konnte und von diesen unter schwierigsten Bedingungen einerseits Verkehrsleistungen forderte, wie sie bisher einmalig in der Geschichte der Österreichischen Bundesbahnen dastehen, die andererseits aber den Wiederaufbau und ein langfristiges Investitionsprogramm zur Voraussetzung hatten.

Es darf gerechterweise nicht übersehen werden, daß die Österreichischen Bundesbahnen durch ihre Leistungen mitgeholfen haben, die Grundlagen für eine solche Konjunkturopoche zu schaffen. Vor allem war es die Beschleunigung, mit der die Österreichischen Bundesbahnen nach dem zweiten Weltkrieg ein modernes und sicheres Verkehrsnetz wiederhergestellt haben, dieses zum Teil neu formten, und schließlich ist es nicht zuletzt ihre zurückhaltende und besonnene Tarifpolitik, die die ungeheueren Verkehrsleistungen der letzten Jahre kennzeichnet. Die Unwiderlegbarkeit der nachfolgenden Zahlen wird dies am besten beweisen.

Die Zugskilometerleistungen haben sich im Jahre 1954 um 16,6 Prozent gegenüber 1937 erhöht; hievon entfallen zwei Drittel auf den Reisezugverkehr und ein Drittel auf die Güterzugleistungen. Diese Entwicklung machte nicht halt, sondern es steigerten sich die Reisekilometer noch von Jänner bis September 1955 auf 31,820.000 gegenüber 30,425.000 des gleichen Zeitraumes des Jahres 1954, also um 4,6 Prozent. Ähnlich verhält es sich mit den Güterzugskilometern, die sich im gleichen Zeitraum 1955 gegenüber 1954 um 16 Prozent erhöhten und von 17 Millionen auf 19 Millionen angestiegen sind. Die Güterbruttotonnenkilometerleistung steigerte sich im gleichen Zeitraum gegenüber dem Jahre 1954 um 18,5 Prozent und die Güter-Nettotonnenkilometerleistung um 20 Prozent. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß die Güter-Tonnenkilometerleistungen im Transitverkehr im Vergleichszeitraum 1955 gegenüber 1954 von 469 Millionen auf 761 Millionen emporschnellten, also um 62 Prozent angestiegen sind.

Die wesentliche Verbesserung der Verhältnisse zwischen Brutto- und Nettotonnenkilometerleistungen sowie die Erhöhung der

4184 88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955

durchschnittlichen Achsenzahl der Güterzüge von 53,8 im Jahre 1937 auf 60,9 im Jahre 1954 lassen schon erkennen, daß die Österreichischen Bundesbahnen erfolgreich bemüht gewesen sind, durch innerbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen ihre Produktivität zu steigern.

Eine besondere Steigerung erfuhr die Zahl der Gesellschaftsreisen und der Sonderzüge. In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1950 waren es 1444 Gesellschaftsreisen, im selben Zeitabschnitt 1954 waren es bereits 5201, und 1955 stieg die Zahl auf 6835, was eine Steigerung um 31 Prozent gegenüber 1954 bedeutet. In denselben Vergleichsmonaten wurden 1950 2683, 1954 3508 und 1955 bereits 4341 Sonderzüge geführt, was einer Leistungssteigerung von 24 Prozent gegenüber 1954 gleichkommt. Diese Steigerung bei den Gesellschaftsreisen und bei den Sonderzügen ist nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen, daß der Sozialtourismus immer weitere Kreise der Bevölkerung erfaßt und sich heute nicht nur mehr auf Österreich beschränkt, sondern eine internationale Erscheinung im Verkehr geworden ist.

Man sieht also, daß die Verkehrsleistungen der Österreichischen Bundesbahnen ständig im Anwachsen begriffen sind, obwohl die Strecken durch Bauvorhaben schwerstens belastet sind und zum Beispiel im Jahre 1955 18.000 bis 20.000 Arbeitszüge für die Herbeischaffung von Personal und Materialien geführt werden mußten. Es kann wohl vorausgesetzt werden, daß die Leistungen der Österreichischen Bundesbahnen auf dem Gebiete der Wiederherstellung kriegszerstörter Anlagen, Erhaltung und Erneuerung derselben sowie Fortentwicklung der Bahnanlagen und der Fahrbetriebsmittel nach den letzten Errungenschaften der Technik aus unzähligen Veröffentlichungen und sonstigen Berichten bekannt sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, daß der Verkehrsausschuß des Parlaments bereits zweimal Gelegenheit hatte, verschiedene Einrichtungen der Österreichischen Bundesbahnen zu besichtigen und sich von den Bestrebungen, den Betrieb zu modernisieren, selbst überzeugen konnte.

In diesem Rahmen soll nur festgestellt werden, daß die von den Österreichischen Bundesbahnen getätigten großen und für die österreichische Wirtschaft unerläßlichen Transportleistungen nur erbracht werden konnten, weil einerseits das Wiederaufbau- und Investitionsprogramm des Bundes die Österreichischen Bundesbahnen bisher halbwegs befriedigend in die Lage versetzte, die erforderlichen Vorhaben schrittweise zu reali-

sieren, und andererseits die Österreichischen Bundesbahnen durch sorgfältige Planung und lückenlosen Einsatz aller vorhandenen Kräfte die Voraussetzungen für derartige Leistungen geschaffen haben. Die künftige Leistungsfähigkeit und Entwicklung der Österreichischen Bundesbahnen wird aber davon abhängen, inwieweit das Budget Vorsorge trifft, um die Österreichischen Bundesbahnen in die Lage zu versetzen, ihre Aufgabe als Hauptträger der österreichischen Verkehrswirtschaft auch weiterhin zu erfüllen. (*Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.*)

Selbstverständlich werden die Österreichischen Bundesbahnen, dem ökonomischen Prinzip folgend, ihre Ausgabegebarung so sparsam als möglich erstellen und die Einnahmenseite durch gesteigerte Transportleistungen zu verbessern versuchen. Man kann auch verstehen, daß zur Vermeidung einer Überspitzung der bestehenden Konjunktur mit allen ihren negativen Folgeerscheinungen im kommenden Geschäftsjahr gewisse Einschränkungen in Kauf genommen werden müssen. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen ist der vorliegende Regierungsentwurf zum Bundesfinanzgesetz 1956, soweit er die Österreichischen Bundesbahnen betrifft, in seiner Gesamtheit gerade noch als akzeptabel anzusehen, wenngleich hinsichtlich einiger Posten Bedenken geäußert werden müssen.

Zum Beispiel wurde von den früher geschilderten außerordentlichen Leistungssteigerungen der Österreichischen Bundesbahnen im laufenden Geschäftsjahr in erster Linie das Personal betroffen. Allein im Lokfahrdienst wurden vom Personal im laufenden Jahr bis September 716.000 bisher unabgegoltene Mehrleistungsstunden erbracht. Im Zugsbegleitungsdienst erreichten die Mehrleistungsstunden im September 1955 die runde Summe von 1,120.000 Plusstunden. Im Bahnhofsdienst ist es nicht besser. Bis September 1955 betrug die Zahl der rückständigen freien Dienstsichten 18.700, welche bisher vom Personal nicht konsumiert werden konnten. Davon, daß diese freien Dienstsichten nicht konsumiert werden konnten, sind vor allem die Vorstände, die Fahrdienstleiter, das Vershub- und das Weichenpersonal und eine Reihe anderer kleiner Gruppen im Bahnhofsdienst betroffen. Eine Kürzung auf diesem Sektor kann also nicht mehr erfolgen, ohne die Belastung des Personals noch zu vergrößern.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf Grund der großen Leistungen des Personals darauf hinweisen, daß man annehmen könnte, daß diese Leistungen auch anerkannt werden. Aber wir mußten feststellen, daß dem nicht

88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955 4185

so ist. Gerade die letzten Tage des vergangenen Monats zeigten das sehr deutlich. Die Eisenbahner haben so wie alle übrigen Arbeiter und Angestellten als Abgeltung für die erhöhten Lebenshaltungskosten die Forderung nach einer Sonderzahlung gestellt und am 8. November 1955 an den Herrn Bundeskanzler durch den Verhandlungsausschuß ein Schreiben gerichtet und ihn gebeten, mit uns in Verhandlungen einzutreten. Aber weder das Bundeskanzleramt noch das Finanzministerium haben sich beeilt. Sie haben sich bis 23. November Zeit gelassen, um mit uns zu verhandeln. Das Verhandlungsergebnis war die Erklärung der Herren dieser beiden Stellen: Erstens einmal ist keine Teuerung, und zweitens ist kein Geld da für eine Sonderzahlung an die öffentlichen Bediensteten. Erst als die Vertreter der Gewerkschaft den Beschluß faßten, wenn nicht bis zum 2. Dezember 1955 eine halbwegs befriedigende Lösung gefunden werden könnte, mit den schärfsten gewerkschaftlichen Mitteln vorzugehen, erst dann konnte eine Lösung durchgesetzt werden.

Es ist nun die Frage, ob es notwendig gewesen ist, nahezu einen Monat lang die Bediensteten hinzuhalten und erst dann, als der Streikbeschluß gefaßt wurde, die Forderung, wenn auch nicht vollauf befriedigend, so doch immerhin zu einem Großteil zu erfüllen. Hätte das nicht 14 Tage vorher ebenso geschehen können, damit es nicht zu dieser ersten Situation gekommen wäre? So soll man das Personal, das seine Einsatzbereitschaft stets bewiesen hat, nicht behandeln. Man darf nicht vergessen, daß diese Leistungen vom Personal nur erbracht werden konnten, weil es seine Ansprüche auf Urlaub und Freizeit im Interesse aller zurückgestellt hat. Vergessen wir nicht, daß im kommenden Jahr mit weiteren Verkehrsteigerungen gerechnet werden muß und daß man von diesem Personal sicherlich erwartet, daß es auch dann wieder sein Bestes gibt.

Wenn man den Voranschlag für 1956 auf dem Sektor der Personalwirtschaft betrachtet, kann festgestellt werden, daß an ständigem Personal 62.388 Beamte, 209 Angestellte und 6348 ständige Lohnbedienstete vorgesehen sind, die für die Saisonarbeit und sonstige Pauschalarbeiten noch um rund 8000 Saison-aushilfen ergänzt werden. Das ist eine Zahl, die größenordnungsmäßig absolut gerechtfertigt ist und als Mindestbedarf angesehen werden muß, für die also die budgetäre Bedeckung auf alle Fälle gesichert werden muß.

Hiezu muß noch erläuternd bemerkt werden, daß die Österreichischen Bundesbahnen die Personalwirtschaft wirklich auf das sparsamste

handhaben. Aber diese noch nie dagewesenen Spitzenleistungen, wie sie im heurigen Jahr aufgeschienen sind, können unmöglich mit dem Personalstand bewältigt werden, der den um 20 Prozent geringeren Leistungen des Jahres 1953 entsprochen hat. Die Verkehrsleistungen des Jahres 1955 konnten nur durch Personalverstärkungen und durch außerordentliche Mehrleistungen des Personals im Bahnhofs-, Zugbegleit- und Lokfahrdienst erreicht werden. Wenn man bedenkt, daß der derzeitige Personalstand um insgesamt 45 Bedienstete geringer ist als im Voranschlag 1955, die Zahl der Beamten sogar um 459 verringert ist und daß dieser Abfall lediglich durch den Einbau des Ersatzes und durch Vermehrung der Zahl der Lohnbediensteten kompensiert wurde, so kann man sich der Tatsache nicht verschließen, daß die Österreichischen Bundesbahnen eine mehr als sparsame Personalwirtschaft betreiben.

Als besonders aner kennenswert muß aber hervorgehoben werden, daß es durch die gemeinsamen Bemühungen des Verkehrsministers und des Sozialministers ermöglicht wurde, den Stand an Lehrlingen bei den Österreichischen Bundesbahnen von 1244 auf 1460 zu erhöhen. Die Österreichischen Bundesbahnen haben sich damit auf dem Gebiete der Lehrlingsausbildung an die Spitze aller jener Betriebe gestellt, die in verantwortungsbewußter Weise den Facharbeiternachwuchs für die Zukunft unseres Landes heranbilden.

Auf Grund des Jugendeinstellungsgesetzes wurden bekanntlich die Österreichischen Bundesbahnen von der Verpflichtung, Lehrlinge in erhöhter Zahl auszubilden, ausgenommen. Trotzdem haben die Österreichischen Bundesbahnen, dem Ernst der Lage entsprechend, alle Möglichkeiten geprüft und gegenüber den Vorjahren mehr Lehrplätze zur Ausbildung qualifizierter Facharbeiter geschaffen. Derzeit werden diese Lehrlinge bei den Österreichischen Bundesbahnen in 13 Lehrwerkstätten, die auf verschiedene Bundesländer aufgeteilt sind, in allen Berufen ausgebildet. Die Ausbildung in diesen Werkstätten ist außerordentlich sorgfältig und fachlich einwandfrei. Die bisher abgelegten Prüfungen zeigten stets einen überdurchschnittlichen Erfolg.

Bedauerlich ist nur, daß nun gewisse zusätzliche Stellen die Aufdingung der neu in die Berufsausbildung in den Lehrwerkstätten eintretenden Lehrlinge von der Bedingung abhängig machen, nicht wie bisher eine dreijährige, sondern nun eine dreieinhalbjährige Lehrzeit absolvieren zu müssen. Das bedeutet in der Lehrlingsausbildung absolut keinen Erfolg. Die Verlängerung um ein

halbes Jahr wird weiter nicht mehr viel zur Ausbildung beitragen, umsoweniger, als diese Verlängerung der Lehrzeit ohne den zur theoretischen Weiterbildung unbedingt notwendigen Fortbildungsschulunterricht durchgeführt werden soll. Hauptsächlich dürfte diese Lehrzeitverlängerung nur das Ziel anstreben, die durch das Jugendeinstellungsgesetz gesetzlich geschaffenen Lehrbeziehungsweise Arbeitsplätze für junge Menschen länger als notwendig zu blockieren und damit den durch die gesetzlichen Bestimmungen erreichten Erfolg wieder abzuschwächen. In weiterer Folge sollen anscheinend dem jeweiligen Unternehmer als Ausgleich für die zwangsläufig erhöhte Lehrlingsausbildung und in besonderer Anerkennung dessen die jungen, bereits leistungsfähigen Arbeitskräfte um ein halbes Lehrjahr länger nur mit der Lehrlingsentschädigung als billige Arbeiter zur Verfügung stehen. Es ist anzunehmen, daß bei den Österreichischen Bundesbahnen eine dreijährige Lehrzeit vollauf genügt, um das erforderliche Wissen und Können vermittelt zu bekommen. Das bestätigen selbst die mit der Lehrlingsausbildung bei den Österreichischen Bundesbahnen befaßten Fachleute, denen ich hier bei dieser Gelegenheit für ihre Bemühungen um die Jugend danken will.

Nun komme ich zum zweiten großen Abschnitt der Betriebsausgaben, dem Sachaufwand. Hiezu habe ich im allgemeinen zu bemerken, daß die Regierungsvorlage zum Bundesfinanzgesetz 1956 weitgehende Restriktionen des Voranschlags sowohl beim ordentlichen als auch beim außerordentlichen Sachaufwand, zum Beispiel bei der Elektrifizierung und bei den sonstigen Investitionen, durchgeführt hat, sodaß gerade noch das Maß des Erträglichen nicht überschritten wurde. Jede weitere Kürzungsmaßnahme müßte aber schwerwiegende Rückwirkungen auf die Durchführung des Erneuerungs- und Investitionsprogramms sowohl hinsichtlich der Termine als auch des beabsichtigten Umfanges nach sich ziehen. Vor allem beim außerordentlichen Aufwand und bei den Anlagen wurden beträchtliche Kürzungen durchgeführt. Wenn die Regierungsvorlage zum Bundesfinanzgesetz 1956 im Art. II auch die Möglichkeit einer Überschreitung des außerordentlichen Budgets bis zur Höhe der Ansätze des langfristigen Investitionsprogramms vorsieht, soweit es die wirtschaftliche Konjunktur ermöglicht und die Situation auf dem Kreditmarkt gestattet, so darf ich jetzt schon vorwegnehmen, daß die derzeitige Konjunkturperiode günstige Vorzeichen für das kommende Geschäftsjahr abgibt und daß auf dem Kreditsektor Mittel und Wege gefunden werden müssen, um eine

solche Überschreitung des außerordentlichen Aufwands im Jahr 1956 bis zu den ursprünglichen Ansätzen zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang fühle ich mich verpflichtet, auf einen konkreten Sonderfall hinzuweisen, der geradezu beschämend wirkt, nämlich auf das Aufnahmsgebäude des für den Lokalverkehr nicht unbedeutenden Bahnhofes Fehring. Dieses wurde im Jahre 1945 vollkommen zerstört. Als Notmaßnahme wurde eine Holzbaracke errichtet, die heute, zehn Jahre nach Kriegsende, naturgemäß einen Zustand aufweist, der jeder Beschreibung spottet und einen Kulturstaat wie Österreich, insbesondere in seiner Eigenschaft als Fremdenverkehrsland, schwerstens kompromittieren muß.

Es ist selbstverständlich, daß die Mittel für den Wiederaufbau aller kriegszerstörten Bauten nicht gleichzeitig bereitgestellt werden können. Aus diesen Überlegungen heraus wurde auch das Bauvorhaben Fehring auf das Jahr 1955 zurückgestellt und im Budget des Jahres 1955 für diesen Zweck ein Betrag von 1 Million Schilling aufgenommen. Es war beabsichtigt, mit dem Rohbau im Sommer des Jahres 1955 zu beginnen und ihn bis zum Jahresende zu vollenden, sodann während des Winters die Innenarbeiten durchzuführen und im Jahre 1956 den Bau abzuschließen.

Entsprechend diesem Vorhaben wurden die Planungsarbeiten rechtzeitig begonnen und die Baukosten einschließlich der Vorplatzgestaltung mit 4 Millionen Schilling ermittelt. Auf Grund der Ingerenzbestimmungen mußte die Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen eingeholt werden, die mit 1. September 1955 auch erteilt wurde. Aber bereits wenige Tage darauf mußte wegen einschneidender Kürzung des Budgets für 1956 der für das Aufnahmsgebäude Fehring vorgesehene Betrag von 1.800.000 S vollkommen gestrichen werden, sodaß auch der geplante Baubeginn entfallen mußte, weil für eine Fortsetzung des Baues im Jahr 1956 die Mittel zur Gänze gestrichen wurden.

Eine so weitgehende Restriktion des außerordentlichen Aufwandes erscheint mir solange untragbar, solange Zustände bestehen wie in Fehring, wo die Kriegsfolgen zehn Jahre nach Beendigung des Krieges noch nicht behoben sind, obwohl in diesem krassen Falle ohne wesentliche Mehrbelastung des Budgets Abhilfe hätte geschaffen werden können. Wenn es nicht bald geschieht, kann einmal der Fall eintreten, daß die Bediensteten in der Früh zum Dienst kommen und die Baracken von den Ratten weggetragen sind. Solche Zustände kann man wirklich nicht gutheißen, und es müßte die Möglichkeit gegeben sein, die Genehmigung dieses Betrages für den Bau des

Bahnhofes in irgendeiner Form durchzusetzen, denn in diesem Fall kann man doch von der Ermächtigung in Art. II Abs. 4 des Bundesfinanzgesetzes Gebrauch machen und kann Mittel zur Verfügung stellen, um diesen Zustand in Fehring endlich zu beseitigen.

Zu den einzelnen Kapiteln des Sachaufwandes wäre zu sagen, daß sich der Vorschlag in einem so bescheidenen Rahmen hält, daß die von den Österreichischen Bundesbahnen eingeleiteten innerbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen wesentlich verlangsamt werden, was sich ungünstig auf die Gesamtgebarung auswirken muß. Daneben können die geplanten Erneuerungsarbeiten sowie die Modernisierung der veralteten Sicherungsanlagen, Bahnhöfe und Signaleinrichtungen nicht mit der gewünschten Beschleunigung durchgeführt werden.

Schließlich kann auch das vordringliche Elektrifizierungsprogramm nicht mit der gebotenen Schnelligkeit durchgeführt werden, und gerade von der zeitgerechten und planmäßigen Vollendung dieses Programms wird in Hinkunft die Wirtschaftlichkeit der Österreichischen Bundesbahnen wesentlich abhängen.

Dazu kommt noch, daß die Leistungsfähigkeit einer Strecke durch den Einsatz moderner Traktionsmittel bei gleichzeitiger wesentlicher Verminderung der Betriebskosten gesteigert werden kann. Eine solche Steigerung der Leistungsfähigkeit der bisher dampfbetriebenen Strecken ist aber die Grundvoraussetzung für bedeutend gesteigerte Verkehrsleistungen.

Die Restriktionen bewirken weiters, daß dem reisenden Publikum nur nach und nach ein in jeder Hinsicht befriedigender Wagenpark zur Verfügung gestellt werden kann, obwohl hier das Programm der Österreichischen Bundesbahnen großzügige Lösungen vorsieht.

Schließlich ist noch zu bemerken, daß die Überholung des Oberbaus in den Jahren 1945 bis 1952 zuerst aus Mangel an Materialien und Baustoffen und später wegen Fehlens der budgetären Mittel zu großen Rückständen führte und nun neben dem Normalprogramm als Nachholprogramm durchgeführt werden muß. Dieser Rückstand erklärt die hohe Anzahl der Langsamfahrstellen wegen schadhafte Oberbaues. Im Jahre 1953 konnte erstmals das Normalprogramm erreicht und in den Jahren 1954 und 1955 geringfügig überschritten werden, sodaß nunmehr mit dem Abbau der Rückstände begonnen werden konnte.

Mit den veranschlagten Mitteln des Jahres 1956 wird nach dem derzeitigen Stand der Preise von Stahl und Schwellen lediglich das

Normalprogramm erreicht werden können, aber keine weitere wesentliche Aufarbeitung der Rückstände möglich sein. Die Kürzung der Budgetmittel hat also zur Folge, daß das Nachholprogramm unterbrochen werden wird, was ungünstige Rückwirkungen auf die Durchführung des fahrplanmäßigen Zugverkehrs zur Folge haben muß.

Im Hinblick auf die genannten Umstände ist mit Bedauern festzustellen, daß in der außerordentlichen Gebarung auf dem Sektor der Elektrifizierung gegenüber 1954 rund 140 Millionen gestrichen wurden. Die weitere Tatsache, daß im Vershubdienst die Einführung von Diesel-Loks, die vier Fünftel der Betriebskosten der Dampflokomotiven einsparen, restringiert wird, läßt es besonders schmerzlich empfinden, daß bei der Veranschlagung in der außerordentlichen Gebarung auf dem Sektor der Investitionen gegenüber 1955 ein Abstrich von 129 Millionen Schilling gemacht werden mußte. Durch diese Kürzung wird sich die geplante Ablösung der Dampftraktionen durch Diesel-Fahrzeuge auf den Nebenstrecken wesentlich verlangsamen, und es wird die Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung negativ beeinflusst.

Abschließend komme ich bezüglich der Ausgabegebarung zur Feststellung, daß zwar der Unterschied bei den präliminierten Gesamtbetriebsausgaben auf dem Sektor der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung zwischen 1955 und 1956 optisch nicht so sehr in Erscheinung tritt, wenn man rund 5,7 Milliarden Schilling 1955 mit rund 6 Milliarden 1956 vergleicht, aber die tatsächlichen Wirkungen der Kürzungen werden um so deutlicher in Erscheinung treten. Erstens deshalb, da die Restriktionen die Sachaufwände betreffen, welche auf eine Verbesserung der Verkehrsleistungen abzielen und die Wirtschaftlichkeit der Österreichischen Bundesbahnen steigern sollen, und zweitens deshalb, weil gerade diese Restriktionen bei Berücksichtigung der Preisveränderungen der für den Sachaufwand erforderlichen Materialien und Stoffe sich besonders hemmend, ja vielleicht um ein Vielfaches ihres tatsächlichen Umfangs auswirken werden.

Die Betriebseinnahmen entsprechen der zu erwartenden Steigerung der Verkehrsleistungen und sind, wie schon der Berichterstatter erwähnt hat, mit insgesamt 4,5 Milliarden gegenüber 3,9 Milliarden im Jahre 1955 präliminiert. Es ist eine bekannte Erfahrungstatsache, daß bei der derzeitigen Tarifgestaltung der Österreichischen Bundesbahnen die Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr nicht im gleichen Maße steigen, als die Verkehrsleistungen zunehmen.

Eine wesentliche Beeinflussung zur Verringerung des Betriebsabganges, der mit 1 Milliarde Schilling für 1956 gegenüber 1,1 Milliarden im Jahre 1955, beziehungsweise des Gesamtabganges, der mit 1,4 Milliarden Schilling für 1956 gegenüber 1,7 Milliarden im Jahre 1955 präliminiert ist, kann daher von der Einnahmenseite her nicht erwartet werden. Eine wesentliche Verbesserung des Verhältnisses zwischen Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben unter Einbeziehung des außerordentlichen Aufwandes für die Elektrifizierung und die Investitionen kann erst erwartet werden, wenn die Österreichischen Bundesbahnen das langfristige Investitionsprogramm des Bundes realisiert haben und sich auf Grund der durchgeführten Investitionen Hand in Hand die innerbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen voll entfalten können.

Unter diesem Gesichtswinkel müssen die Restriktionen in der Regierungsvorlage zum Bundesfinanzgesetz 1956 wohl zur Kenntnis genommen werden, aber mit dem ausdrücklichen Ersuchen, keinerlei weitere Kürzungen vorzunehmen und von der Möglichkeit der Kreditüberschreitungen im Rahmen der Ermächtigung des Art. II der gegenständlichen Regierungsvorlage Gebrauch zu machen. Wenn indessen die bisher erfolgten Restriktionen im Hinblick auf die derzeitige Lage der gesamten Volks- und Staatswirtschaft sowie die Verpflichtungen und sonstigen Forderungen aus dem Staatsvertrag in Kauf genommen werden müssen, so sind es immerhin beachtliche Summen, welche die Österreichischen Bundesbahnen durch ihr Investitionsprogramm ausschließlich der österreichischen Wirtschaft zufließen lassen.

Sie sehen also, daß eine Restriktion der veranschlagten Budgetmittel für die Österreichischen Bundesbahnen nicht nur diese selbst trifft, sondern daß — wie eingangs erwähnt — zufolge der Wechselbeziehungen zwischen Verkehr und übriger Wirtschaft nahezu alle Wirtschaftszweige von einer solchen Kürzung hemmend beeinflusst werden.

Trotzdem werden wir für dieses Budget stimmen. Ich möchte von dieser Stelle aus aber auch unserem Bundesminister Ing. Karl Waldbrunner Dank sagen für sein Verständnis, das er den Sorgen und Wünschen seines Personals stets entgegenbrachte. Das Personal wird so wie bisher seine Pflicht erfüllen und alles daransetzen, im Einvernehmen mit der Verwaltung die klaglose Abwicklung des Verkehrs auch im kommenden Jahr zu bewältigen, ohne Rücksicht darauf, welche Steigerung der Anforderungen wir im Verkehr nun erleben werden. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Koplenig zum Wort.

Abg. **Koplenig**: Meine Damen und Herren! Ich möchte aus dem umfangreichen Arbeitsgebiet des Ministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe nur eine Frage herausgreifen, die jetzt nach dem Abschluß des Staatsvertrages eine besonders aktuelle Bedeutung erhalten hat: die Frage der Verstaatlichung und die Rolle der verstaatlichten Betriebe in der österreichischen Wirtschaft.

Durch den Übergang des gesamten ehemaligen deutschen Eigentums an den österreichischen Staat ist unser Land wirtschaftlich stärker und reicher geworden. Wichtige und entscheidende Betriebe, ganze Wirtschaftszweige, wie zum Beispiel die Produktion, die Verarbeitung und die Verteilung des Erdöls, sind damit zum erstenmal in die Hände Österreichs gekommen. Damit ist die Frage der Verstaatlichung in neuer und erweiterter Form auf die Tagesordnung gestellt worden. Es ist durchaus kein Zufall, wenn diese Frage in der letzten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt, wenn also die Öffentlichkeit darüber diskutiert, und es ist auch nicht zufällig, daß sich in dieser Frage die Geister scheiden. Die Arbeiterschaft hat vom ersten Tag an die Verstaatlichung der entscheidenden Betriebe gefordert. Die Vertreter des Kapitals hingegen sind bestrebt, die Positionen des in- und ausländischen Privatkapitals zu vergrößern, die neuen Reichtümer Österreichs den Kapitalisten zuzuschancen und sogar bereits verstaatlichte Betriebe zu reprivatisieren.

Wir Kommunisten geben uns gewiß nicht der Illusion hin, daß in der gegenwärtigen Lage in Österreich mit der Verstaatlichung schon gesichert sei, daß die Einflüsse des privaten Kapitals ausgeschaltet werden. Auch in den verstaatlichten Betrieben, die durch das Ministerium Waldbrunner verwaltet werden, überwiegen heute die kapitalistischen Gesichtspunkte in der Betriebsführung, und der Einfluß der Kapitalisten in diesen Betrieben ist nach wie vor sehr groß, aber die Verstaatlichung verhindert, daß das Großkapital die volle, uneingeschränkte und unkontrollierte Verfügungsgewalt ausübt. Und darum vor allem tritt die ganze Arbeiterschaft ohne Unterschied der Partei dafür ein, daß alle wirtschaftlich wichtigen Betriebe und besonders alle Großbetriebe, die früher deutsches Eigentum waren und die nun in den Besitz der Republik Österreich übergegangen sind, verstaatlicht werden.

Das gilt in einem besonderen Maße von der gesamten Erdölwirtschaft, denn es ist für jeden klar, daß man die Auslieferung des Erdöls oder wichtiger Teile der Erdölwirtschaft an das

Ausland nur durch die Verstaatlichung verhindern kann. Man kann heute nicht mehr damit argumentieren, daß im Jahre 1946 ohnehin die Verstaatlichung einer Reihe von Erdölbetrieben beschlossen worden ist.

Seit dem Jahre 1946 hat sich das Bild der österreichischen Erdölindustrie grundlegend geändert. Unter sowjetischer Verwaltung ist aus den früher zersplitterten Kleinbetrieben ein einheitlicher Betrieb entstanden, der von allen Fachleuten, die sich mit ihm bekanntgemacht haben, als mustergültig bezeichnet wird. Die Zusammenfassung der Betriebe der Erdölförderung, der Erdölverarbeitung, des Vertriebes und des Handels mit Erdöl in einer einheitlichen Organisation war vor allem eine Voraussetzung für die günstige Entwicklung der Erdölwirtschaft. Nur die Schaffung einer einheitlichen Mineralölverwaltung hat es zum Beispiel ermöglicht, die Forschungslaboratorien zu schaffen, wie sie die Industrie heute braucht, hat es ermöglicht, die Schürfarbeiten und die Versuchsbohrungen rationell und zentralisiert durchzuführen und, das sei ganz besonders hervorgehoben, soziale Einrichtungen zu schaffen, die in jeder Beziehung mustergültig sind.

Wenn es der Sowjetischen Mineralölverwaltung gelungen ist, in kurzer Zeit eine solche Organisation zu schaffen, neue Fundstellen zu erschließen, die Produktion laufend auszubauen, wenn es ihr möglich war, in einer mustergültig geführten Schule das österreichische Fachpersonal, also Bohr- und Fördermeister, heranzubilden, so vor allem auch deshalb, weil das Erdöl vom Schurf bis zur Tankstelle einheitlich verwaltet war.

Es ist heute bereits offenkundig, daß der Plan besteht, diese Einheit zu zerschlagen. Das aber wäre nicht nur ein wirtschaftlicher Unsinn, sondern dies wäre geradezu ein Verbrechen an den Grundlagen der österreichischen Wirtschaft und damit an der österreichischen Unabhängigkeit. Wir hören von den Vertretern der Regierungsparteien immer wieder schöne Reden über die Integration der europäischen Wirtschaft, über die Notwendigkeit einer Zusammenfassung der verschiedenen Wirtschaftsgebiete im Interesse des Fortschritts, im Interesse des wirtschaftlichen Aufstieges usw. Wir hören zum Beispiel von der Notwendigkeit der europäischen Zusammenfassung der Elektrizitätswirtschaft. Aber dieselben Herren, die immer wieder die wirtschaftliche Integration, also die Zusammenfassung ganzer Wirtschaftszweige lobpreisen, vor allem dort, wo damit eine Unterordnung unter das übermächtige ausländische Kapital erreicht werden soll, dieselben Herren wollen nun in Österreich darangehen, einen für die

österreichische Wirtschaft entscheidenden Wirtschaftszweig, die einheitlich organisierte Erdölwirtschaft, zu zerschlagen.

Die Arbeiter und die Angestellten in den Betrieben der Österreichischen Mineralölverwaltung und der OROP fordern mit Recht, daß an der Einheit von Produktion, Verarbeitung und Verteilung des Erdöls nicht gerüttelt werden darf (*Abg. Wallner: Ihr fordert das!*) — um diese Einheit zu sichern, müßte die gesamte Österreichische Mineralölverwaltung und die OROP verstaatlicht werden —, und sie fordern dies nicht nur in ihrem Interesse, sondern im Interesse Österreichs, der österreichischen Wirtschaft und der österreichischen Unabhängigkeit.

Gerade in der Frage des Erdöls zeigt es sich, daß die Verstaatlichung, für die die Arbeiterschaft eintritt, den Interessen des ganzen Volkes entspricht, es zeigt sich aber auch ganz deutlich, daß hinter den Kräften, die gegen die Verstaatlichung auftreten, niemand anderer steht als das ausländische Kapital. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Hofeneder.*)

Mein Freund Ernst Fischer hat in der außenpolitischen Debatte über das Wiener Memorandum gesprochen und sehr eingehend auf die Gefahren hingewiesen, die mit der Auslieferung des österreichischen Erdöls an die ausländischen Ölkonzerne verbunden sind. Ich möchte jetzt nicht das wiederholen, was mein Freund Fischer gesagt hat, aber doch einiges über die Kräfte in Österreich sagen, die jetzt gegen die Verstaatlichung Sturm laufen, und zwar nicht nur gegen die Verstaatlichung der Erdölindustrie, sondern gegen die Verstaatlichung überhaupt.

Der Hauptsprecher dieser Kräfte ist der Staatssekretär Bock, dessen Aufgabe die Verwaltung des ehemaligen deutschen Eigentums ist, also die Verwaltung wertvollsten Staatsgutes. Der Staatssekretär Bock scheint seine Aufgabe jedoch darin zu sehen, einen möglichst großen Teil dieses Staatsgutes möglichst rasch zu verschleudern. Dr. Bock hat sich geradezu zum Lautsprecher des ausländischen Monopolkapitals in Österreich gemacht. Er hat zum Beispiel in einem Vortrag am 27. September erklärt, daß die Weltbank an Österreich nur dann Kredite geben wird, wenn keine weiteren Verstaatlichungen durchgeführt werden. Der österreichische Staatssekretär Dr. Bock hat aber nicht etwa gegen solche freche Anmaßungen ausländischer Kapitalisten protestiert, sondern er findet dies offenbar ganz in Ordnung.

Was bedeuten solche freche Einmischungen des ausländischen Kapitals in die österreichische Innenpolitik? Es ist kein Zweifel,

daß die Frage der Verstaatlichung vor allem eine Angelegenheit der österreichischen Innenpolitik ist. Heute heißt es, es darf nicht weiter verstaatlicht werden, und morgen schon wird man verlangen, daß jene Betriebe, die bisher schon verstaatlicht worden sind, dem Privatkapital wieder ausgeliefert werden.

Wenn man einmal zuläßt, daß sich das ausländische Kapital in Fragen der österreichischen Gesetzgebung einmischet, dann bietet man die Hand dafür, daß noch frechere Forderungen gestellt werden. Schließlich wird man verlangen, daß auch die Sozialgesetze beseitigt werden, die eine uneingeschränkte Ausbeutung durch in- und ausländisches Kapital hemmen. Der Chef des Staatssekretärs Dr. Bock, der Finanzminister Dr. Kamitz, hat uns ja unlängst ein Beispiel für solche Forderungen gegeben, als er den Kredit für ein verstaatlichtes Unternehmen, für die Schoeller-Bleckmann Stahlwerke, davon abhängig machte, daß eine Bestimmung der Arbeitsordnung, die einen Einfluß des Betriebsrates auf Aufnahmen und Kündigungen vorsah, abgeschafft wird.

Ich muß in diesem Zusammenhang mit Bedauern feststellen, daß auch der Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, Herr Minister Waldbrunner, ähnlich wie es bei dieser Budgetdebatte nun schon üblich ist, nicht dort ist, wo er bei der Behandlung dieses Kapitels sein müßte, nämlich auf der Regierungsbank! (*Ruf bei der SPÖ: Er ist einen Moment hinausgegangen!*) Minister Waldbrunner hat es bisher unterlassen, gegen diesen frechen Angriff auf die Rechte der Arbeiter der verstaatlichten Betriebe in aller Öffentlichkeit zu protestieren. Das ist aber keine Einzelercheinung, denn wir müssen auch sonst immer wieder feststellen, daß die Führung der SPÖ den Attacken der ÖVP und der kapitalistischen Kreise gegen die Verstaatlichung keinen ernsthaften Widerstand leistet. Einzelne Reden und gelegentliche Zeitungsartikel kann man beim besten Willen nicht als einen wirksamen Kampf gegen die Attacken der ÖVP und des Kapitals ansehen, eine Reihe von Tatsachen beweist vielmehr, daß solche Reden und Artikel nichts anderes sind als Spiegelfechtereien, um die Bevölkerung von jenen Dingen abzulenken, die hinter den Kulissen vor sich gehen.

Nur zwei Beispiele, die das beweisen. Der Fall der Floridsdorfer Automobilfabrik, der Austro-Fiat, die an den italienischen Fiat-Konzern verschoben werden soll, ist allgemein bekannt. Als diese Schiebung bekannt wurde und die Arbeiterschaft des Betriebes einmütigen Protest erhoben hatte, hat die „Arbeiter-Zeitung“ zwei Tage hindurch von „Schiebung“

und von „Skandal“ geschrieben. Aber das Feuer der Entrüstung ist nach 48 Stunden plötzlich erloschen, nachdem bekannt geworden war, daß offizielle Vertreter Amerikas ihre Hand in der Schiebung haben und nicht wünschen, daß wegen dieser Sache weiter Lärm geschlagen wird.

Oder ein anderes Beispiel: Es ist allgemein bekannt, daß die ausländischen Erdölmonopole mit einem riesigen Aufwand eine Schmutzkonzurrenz gegen das österreichische Erdöl betreiben und daß die Österreichische Mineralölverwaltung dadurch bereits in Schwierigkeiten gekommen ist. Aber weniger bekannt ist in der Öffentlichkeit, daß verstaatlichte Betriebe, die dem Ministerium Waldbrunner unterstehen, an diesem Konkurrenzkampf gegen die österreichische Erdölindustrie beteiligt sind. Ein Betrieb, der auf Grund des ersten Verstaatlichungsgesetzes gegründet worden war, die Martha Erdöl Gesellschaft m. b. H., hat in jüngster Zeit in Wien und in ganz Österreich Tankstellen errichtet, die ausschließlich ausländische Erdölprodukte vertreiben, und es gibt eine ganze Reihe verstaatlichter Betriebe, die auf Grund einer Weisung Benzin, Diesel, Gasöl usw. nicht von der Österreichischen Mineralölverwaltung beziehen, sondern ausschließlich von der Shell und der amerikanischen Vacuum Oil Company. Das geht nicht nur gegen die österreichische OROP, sondern gegen das österreichische Erdöl überhaupt.

Während der Budgetdebatte haben wir ganz interessante Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien über das Inseratengeschäft der Presse gehört. Die Vertreter der SPÖ haben feierlich erklärt, daß ihre Zeitungen keine tschechischen Inserate bringen werden. Tschechische Inserate, so meinten sie, seien ein Verbrechen an der österreichischen Wirtschaft. Nun, wir wollen uns in den Streit der Regierungsparteien um das Inseratengeschäft nicht einmischen. Ich möchte nur nebenbei feststellen, daß das Zentralorgan der SPÖ, die „Arbeiter-Zeitung“, regelmäßig Inserate des englisch-holländischen Shell-Konzerns, des Konzerns, der einer der Hauptbeteiligten an der Schmutzkonzurrenz gegen das österreichische Erdöl ist, bringt.

Meine Damen und Herren! Ich habe eingangs erklärt, daß durch die neugeschaffene Lage in Österreich die Frage der Verstaatlichung neu aufgerollt ist. Als im Jahre 1946 zum erstenmal die Frage der Verstaatlichung im Nationalrat zur Verhandlung kam, hat der Sprecher der Kommunistischen Partei, mein Freund Franz Honner, das Ziel der Verstaatlichung folgendermaßen definiert:

„Es geht darum, zu verhindern, daß einige wenige Großunternehmer im Interesse ihres Profits Leben, Hab und Gut des Volkes opfern. Es geht für uns in Österreich darum, daß es kein Königreich Rintelen wieder geben darf, in dem die Herren der Alpine Montan nach ihrem Gutdünken schalten und walten. Es geht darum, daß die Macht einer kleinen Clique in der österreichischen Wirtschaft gebrochen werden muß, um unser Volk gegen die Reaktion und unserem Land den Frieden zu sichern.“

Und als im Jahre 1947 das 2. Verstaatlichungsgesetz zur Behandlung stand, hat mein Freund Ernst Fischer in seiner Parlamentsrede hervorgehoben, daß der Zweck der Verstaatlichung sein müsse, die österreichische Wirtschaft gegen die verhängnisvollen Einflüsse und Schwankungen des in- und ausländischen Privatkapitals zu sichern. Dasselbe, was damals gesagt wurde, gilt heute mehr als je zuvor.

Wir Kommunisten unterstützen die Forderungen der österreichischen Arbeiter nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Großbetriebe und vor allem die Forderungen nach Verstaatlichung der gesamten Erdölwirtschaft. Aber wir müssen hiezu feststellen, daß die Forderung der Arbeiter nach Verstaatlichung keineswegs bedeutet, daß die Arbeiter mit dem Kurs einverstanden sind, der in den verstaatlichten Betrieben unter der Ägide des Ministeriums Waldbrunner eingeschlagen wird. Die Arbeiterschaft erwartet, daß die verstaatlichten Betriebe eine fortschrittliche Rolle in der österreichischen Wirtschaft spielen und daß sie in der Sozialpolitik, in der Lohnpolitik beispielgebend sind. Aber davon ist in den verstaatlichten Betrieben keine Rede.

Es ist in der Öffentlichkeit wiederholt darauf hingewiesen worden — auch ich habe in meinen vorjährigen Ausführungen zu diesem Budgetkapitel darauf verwiesen —, daß an der Spitze der verstaatlichten Betriebe vielfach, ja sogar in der Regel Leute stehen, die jahrzehntelang die Hauptvertrauensleute des Kapitals in den gleichen Betrieben gewesen sind. Und diese Tendenz hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt. Was geschieht zum Beispiel jetzt in den früheren USIA-Betrieben, die unter staatliche Verwaltung gekommen sind? Überall dort, wo früher Arbeiter an leitenden Stellen gestanden sind, hat man sie entfernt, aber man hat sie durch Leute ersetzt, die mit der Arbeiterklasse, mit der Arbeiterbewegung nicht das geringste zu tun haben. Das ist Tatsache.

Nach wie vor werden die verstaatlichten Betriebe nach kapitalistischen Grundsätzen

geführt. Überstunden sind eine Massenerscheinung. Die amerikanische Arbeitsplatzbewertung droht das Gefüge der von den Gewerkschaften erkämpften Lohnsätze zu durchbrechen. Oder ist es nicht aufreizend für die Arbeiter und Angestellten, wenn sie jetzt aus dem KELAG-Prozeß erfahren, daß ein leitender Beamter eines verstaatlichten Unternehmens ein Monatseinkommen von 65.000 S hat und vor Gericht erklärt wird, daß eine solche Entlohnung auch bei verstaatlichten Betrieben nichts Besonderes ist?

Wenn die verstaatlichten Betriebe eine fortschrittliche Rolle in der österreichischen Wirtschaft spielen sollen, dann müssen sie vor allem in sozialer Hinsicht beispielgebend sein. Leider aber sind sie das nicht. Man könnte viele Beispiele anführen, ich will mich jedoch mit einem einzigen Beispiel aus den letzten Tagen begnügen, das zeigt, daß auch in den verstaatlichten Betrieben rein kapitalistische und nicht soziale Erwägungen vorherrschen.

Einer der ältesten Betriebe des Alpine-Konzerns, das Walzwerk in Krieglach, soll Ende August 1956 stillgelegt werden, obwohl die Produktion seit 1948 trotz geringerem Arbeiterstand gewaltig gestiegen ist. Am Donnerstag, den 8. Dezember wandte sich auf einer Protestkundgebung der Betriebsratsobmann des Werkes, Kroisleitner, an die Bevölkerung und sagte, daß es die Arbeiter von Krieglach nicht verdient hätten, daß ihre Mühe mit der Schließung des Betriebes belohnt werde. Der Bürgermeister von Krieglach, Schapfl, der den Vorsitz bei dieser Kundgebung führte, mußte feststellen, daß niemand von der Leitung der Alpine auf dieser Versammlung erschienen war. Sie hatten es nicht für notwendig befunden, den Arbeitern öffentlich über ihr Schicksal Rede und Antwort zu stehen. Und dieses Schicksal ist nicht leicht; denn 150 Arbeiter müßten nach der offiziellen Mitteilung der Alpine in Judenburg, Donawitz oder in anderen Orten Arbeit suchen, also den Ort verlassen, wo ihre Familien wohnen und wo sie schon viele Jahre hindurch gearbeitet haben.

Aber Krieglach ist nur ein Beispiel für die Methode der rücksichtslosen Durchsetzung des Profitstandpunktes auch in den verstaatlichten Betrieben. Im Zuge der Übernahme der früheren USIA-Betriebe durch die Verwaltung der verstaatlichten Betriebe wird systematisch versucht, viele dort bestehende soziale Errungenschaften zu beseitigen. Der bezahlte Wirtschaftstag für die Arbeiterinnen, der Urlaubszuschuß, der Zuschuß zur Altersrente und die Zuschüsse für Erholungsheime, Werksküchen usw., die

seit langem bestehen und auch in den Arbeitsordnungen festgehalten sind, werden von den Leitungen der jetzt verstaatlichten Betriebe angefochten. Der Herr Staatssekretär Bock hat dazu das Signal gegeben und die Behauptung aufgestellt, die Arbeitsordnungen stünden im Widerspruch zur österreichischen Gesetzgebung. Seither hat eine Reihe von Arbeitsgerichten und Einigungsämtern diesen Standpunkt der Scharfmacherei und Unwissenheit des Staatssekretärs Bock widerlegt, aber trotzdem wird im Böhlerwerk Ybbstal und anderen Betrieben systematisch versucht, aus den Arbeitsordnungen wichtige Teile herauszuberechnen und damit die Arbeitsbedingungen der dort beschäftigten Arbeiter zu verschlechtern.

Im Gußstahlwerk Traisen versucht die Alpine die Gewährung des Urlaubszuschusses, die in der Arbeitsordnung festgelegt ist, abzuschaffen. Die Fahrgeldvergütung für auswärtig wohnende Arbeiter und Angestellte des Gußstahlwerkes Traisen soll gestrichen werden. Es gibt noch weitere solche Beispiele, aber ich will mich auf die angeführten beschränken.

Wenn also die verstaatlichten Betriebe in der österreichischen Wirtschaft eine fortschrittliche Rolle spielen wollen, wenn sie dem entsprechen sollen, was die Arbeiterschaft mit Recht von ihnen verlangt, dann muß auch gesichert werden, daß die Arbeiter selbst durch den von ihnen gewählten Betriebsrat und durch die Gewerkschaft mitbestimmenden Einfluß auf die Leitung der Betriebe bekommen, vor allem auf die Personalpolitik.

Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen und Monaten haben sich zahlreiche Fälle von offenkundig politischer Diskriminierung in den verstaatlichten Betrieben, vor allem in den früheren USIA-Betrieben, ereignet. Ich muß hier von der Tribüne des Parlaments aus entschieden Protest erheben gegen diese Methode der Benachteiligung, der Einschüchterung und der Terrorisierung von Arbeitern und Angestellten der verstaatlichten Industrie einzig und allein deshalb, weil diese Arbeiter und Angestellten nicht Anhänger der Parteien der Regierungskoalition sind. Die Arbeiter, auch die sozialistischen Arbeiter, sehen immer klarer, daß diese Methode nicht den Interessen der Arbeiterschaft dient, sondern nur dazu führt, die Kräfte der Reaktion zu stärken, und daß sich dies gegen die gesamte Arbeiterschaft auswirkt. Dafür ist vor allem der Minister Waldbrunner verantwortlich, und nichts kann ihn von dieser Verantwortung befreien.

Wenn die verstaatlichten Betriebe ihre Aufgaben erfüllen und ein fortschrittlicher

Faktor in der österreichischen Wirtschaft sein sollen, dann muß dafür gesorgt werden, daß die demokratischen Rechte der Arbeiterschaft voll gewahrt werden, vor allem das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf freie politische Betätigung. Es muß Schluß gemacht werden mit den Methoden des politischen und wirtschaftlichen Druckes.

Zum Arbeitsgebiet des Ministers für Verkehr und verstaatlichte Betriebe gehört auch der Rundfunk. Immer wieder werden Beschwerden darüber laut, daß die Hörer für ihre hohen Rundfunkgebühren aufdringliche und geschmacklose Reklame und Unterhaltung zweifelhafter Qualität vorgesetzt bekommen. Diese Beschwerden sind berechtigt. Darüber hinaus ist es aber notwendig, eine grundsätzliche Frage des Rundfunks zu stellen. Jahrzehntlang hat die österreichische Arbeiterschaft für die Pressefreiheit gekämpft, für ihr Recht, ihre Meinung und ihre Auffassungen in Wort und Schrift ausdrücken zu können. Der Nationalrat hat vor nicht langer Zeit eine Abänderung des Journalistengesetzes beschlossen, durch die die Rundfunkjournalisten in dieses Gesetz einbezogen werden. Mit diesem einstimmig beschlossenen Gesetz hat der Nationalrat zum Ausdruck gebracht — und das ist richtig —, daß der Rundfunk genau so als Bestandteil der öffentlichen Meinung anzusehen ist wie die Presse.

Wenn aber der Rundfunk heute aus der Nachrichtenübermittlung und aus der Meinungsbildung der Bevölkerung nicht mehr wegzudenken ist, so ist es ein grober Mißbrauch, wenn die Regierungskoalition willkürlich alles unterdrückt, was nicht in ihr politisches Konzept paßt. Mit der Unterdrückung des Rundfunks und der Unterwerfung des Rundfunks unter das Koalitionsprinzip, mit dem Rundfunkmonopol der Regierungsparteien ist die verfassungsmäßig gewährleistete Meinungsfreiheit der Arbeiterklasse zu einer leeren Phrase geworden. Ein großer Teil der Bevölkerung erhält seine Informationen über die Vorgänge in Österreich und in der Welt ausschließlich durch den Rundfunk. Diesen Umstand mißbraucht die Regierungskoalition. Es ist eine Tatsache, daß sich der Rundfunk grob und einseitig auf Seite der Unternehmer in die Lohnkämpfe der Arbeiter und Angestellten einmischt. Der österreichische Rundfunk hat die einmütige Forderung der Alpine-Arbeiter nach einem garantierten Mindestwochenlohn von 450 S niemals erwähnt, und über den einmütigen Streik der Wiener Straßenbahner hat er falsche und böswillige Tendenzmeldungen herausgegeben. Während die Nachrichten aus der Arbeiterbewegung so unterdrückt werden, darf ein Sprecher

des Industriellenverbandes täglich in den Morgenstunden ungehemmt und ungestört gegen die Gewerkschaften und gegen die Arbeiter hetzen. Und all das geschieht unter der Verantwortung des sozialistischen Ministers. Der Rundfunk darf aber keine Sache der Regierungskoalition sein, sondern muß ein demokratisches Sprachrohr sein, dessen sich auch die Opposition bedienen kann, vor allem muß die tendenziöse, arbeiterfeindliche Nachrichtengebung aufhören.

Es wäre zur Frage des Rundfunks noch sehr viel zu sagen, aber ich will mich heute auf das wenige beschränken, was ich angeführt habe.

Ich komme zum Schluß. Da die Leitung des Ministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe weder mit dem notwendigen Nachdruck für die Festigung und Erweiterung der Verstaatlichung eintritt noch bei der Führung der verstaatlichten Betriebe jene sozialen und demokratischen Grundsätze anwendet, die die arbeitende Bevölkerung mit Recht fordert, können wir für das Budgetkapitel Verkehr und verstaatlichte Betriebe unsere Stimme nicht geben.

Präsident Böhm: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die seit der letzten Abstimmung erledigten Gruppen. Über die Gruppen I bis IV ist bereits abgestimmt worden.

Bei der Abstimmung wird den Gruppen
V: Kapitel 10: Justiz,

VI: Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht, Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, und Kapitel 28 Titel 8: Bundestheater,

IX: Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten,

in der beantragten Fassung — unter Berücksichtigung der von der Bundesregierung übermittelten Abänderungen zu Kapitel 28 Titel 8 und Kapitel 21 sowie unter Bedachtnahme auf die Druckfehlerberichtigungen zu den Kapiteln 12, 13 und 20 — mit Mehrheit die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.

Präsident Böhm: Wir gehen nun in der Debatte weiter.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abg. Dr. Schwer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Schwer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben in unserer Sitzungsbilanz schon einen so großen Übertrag, daß ich die Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen und mich nicht des Vorwurfes schuldig machen möchte, daß ich dazu beigetragen habe, den fahrplanmäßigen Fortgang der Verhandlungen durch eine weitere Verschärfung der Verspätung beeinträchtigt zu haben. Ich

möchte mir gestatten, einzig und allein zu Kapitel 28 Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, einiges zu sagen.

Dabei will ich nicht in das Lied einfallen, das uns seinerzeit zur Bereicherung des Rundfunkprogramms mit der „Christl von der Post“ beschert wurde und in dem es heißt: „Nur nicht gleich, nicht auf der Stell“, denn bei der Post geht's nicht so schnell!“

Aber ich muß hier im Plenum eine Frage wiederholen, die ich schon im Finanz- und Budgetausschuß angeschnitten habe, auf die ich jedoch keine befriedigende Antwort bekommen konnte. Auch die schriftliche Stellungnahme, die mir vom Herrn Verkehrsminister unter dem 23. November zugegangen ist, war durchaus nicht erschöpfend. Ich muß mich also mit der Frage der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz insoweit noch einmal befassen, als sie eine höchst unterschiedliche Behandlung der Staatsbürger durch die Post betrifft.

Heinrich von Stephan, der Organisator des deutschen Postwesens, hat die Post als eines derjenigen Staatsinstitute bezeichnet, die zur Hebung des Wohlstandes der Nation beigetragen, den schnelleren Umschwung der Lebenskraft im Staatskörper vermittelt und den Staatsreichtum vermehrt haben.

Wenn es also richtig ist, daß die Post zur Hebung des Wohlstandes einer Nation beiträgt, dann müssen auch alle Angehörigen dieser Nation in gleicher Weise an den Segnungen einer solchen Einrichtung und an dem von dieser Einrichtung geschaffenen Wohlstand teilhaben, dann darf es keine Bevorzugung der einen und keine Benachteiligung der anderen geben, keine Bevorzugung jener Staatsbürger, die in dicht besiedelten Gebieten wohnen, und keine Benachteiligung jener, die in Streusiedlungen ihren Wohnsitz haben. Es darf aber auch keine Entlastung der einen dadurch geben, daß sie einen begünstigten Tarif, eine begünstigte Gebührenordnung erhalten, und es darf andererseits keine Belastung für diejenigen geben, die weiter entfernt wohnen und einer zusätzlichen Gebühr unterliegen.

Ein überwiegender Teil der bäuerlichen Bevölkerung bewohnt nun einmal die weniger dicht besiedelten Gebiete der Land- und Berggemeinden und ist es ja schon gewohnt, immer wieder nach einem anderen Maßstab behandelt zu werden als alle anderen Berufsgruppen.

Während man allen Wirtschaftszweigen zu billigt, den Preis und Lohn für ihrer Hände Arbeit nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu erstellen — sogar die Stadtgemeinde Wien hat mit diesem kaufmännischen Gesichtspunkt ihre Tarifierhöhungen begründet, obwohl sie

kein wirtschaftliches Unternehmen ist —, wird der Landwirtschaft dieses Recht beharrlich vorenthalten. Man sieht in der Landwirtschaft nur zu gerne, ich möchte sagen, eine Wohlfahrtseinrichtung, die für alle dazusein hat, von der man alles verlangen kann und die für die Ernährung des ganzen Volkes und für die Erhaltung der biologischen Substanz Sorge tragen soll, die aber auf der anderen Seite schön brav und bescheiden in irgendeinem Winkel der Volkswirtschaft mit dem Hute in der Hand warten soll, bis man ihr ein Almosen verabreicht.

Nun, diese Rolle des Wohltäters hat ein großer Teil der Bevölkerung auf dem Lande auch gegenüber der Post zu spielen.

Als Heinrich von Stephan sein Werturteil über die Post festlegte, da fuhr noch der Postillion mit „Trara, trara, die Post ist da!“ mit seiner pferdebespannten Postkutsche durch das Land. Diese Postkutsche ist heute längst ins Museum verschwunden, aber gewisse museale Bestimmungen des Postgesetzes, das aus dem Jahre 1837 stammt, also noch 20 Jahre früher geschaffen wurde als dieser besagte Heinrich von Stephan sein Werturteil über die Post abgegeben hat, feiern heute in den Land- und Berggemeinden noch immer frisch-fröhliche Urstände. So besagt beispielsweise der § 5 dieses Postgesetzes, daß unter anderem der Gemeindevorsteher verpflichtet werden kann, Postbeamten oder anderen den Postdienst versahenden Personen zum Behufe der Ausübung ihrer Dienstverrichtungen unverzüglich und tätig Beistand zu leisten.

Meine Damen und Herren! Es ist kaum zu glauben, daß in unseren Tagen Bürgermeister noch amtliche Einschreibesendungen auf dem Lande zustellen müssen. Die Landbürgermeister, die ja fast ausschließlich als ehrenamtliche Funktionäre nur eine ganz kleine Aufwandsentschädigung bekommen, haben die Ehre und das Vergnügen, unverzüglich und tätig der Post Beistand zu leisten, indem sie rekommandierte Briefe zustellen.

Es ist aber auch kaum zu glauben, daß bei der unerhörten Entwicklung unserer Motorisierung und bei dem Aufschwung der Verkehrstechnik in den Städten wohl zweimal täglich die Post zugestellt wird, daß es aber weite Gebiete des Landes, tausende Gehöfte und zehntausende Staatsbürger gibt, die überhaupt von jeder postalischen Betreuung ausgeschlossen sind und nicht einmal einmal in der Woche Post zugestellt erhalten.

Ich habe für die Gründe Verständnis, die der Herr Verkehrsminister dahin gehend vorgebracht hat, daß die Postverwaltung die Zustellung in den Außenbezirken der Postämter von ihrer finanziellen Leistungskraft abhängig

machen müsse. Ich habe auch Verständnis dafür, daß die Post nicht ganz von den kaufmännischen Erwägungen der Rentabilität abgehen kann, wenngleich man auf anderen Gebieten der staatlichen Betriebe diesen ökonomischen Grundsatz durchaus nicht so beherzigt und in die Tat umsetzt. Und ich habe schließlich auch dafür Verständnis, daß man den Personalstand der Landbriefträger, die ohnedies die reinsten Marathonläufer sind, indem sie bei jedem Wetter täglich oft 30 bis 40 und noch mehr Kilometer zurücklegen müssen und es in der Woche oft auf hunderte Kilometer bringen, nicht so vermehren kann, daß Berggehöfte zwei- oder dreimal in der Woche oder vielleicht gar einmal täglich eine Postzustellung erhalten können. Aber, meine Damen und Herren, ich habe solange kein Verständnis dafür, daß Millionenbeträge für Verbesserungen der postführenden Züge zugunsten der Stadtbevölkerung ausgegeben werden, wobei man sich nicht nach Tagen, sondern nach Stunden richtet, solange man in Landgemeinden wochenlang warten muß. Es ist meines Erachtens wirklich nicht von so ausschlaggebender Bedeutung, ob der Herr Pimpelhuber im Kaffeehaus in Graz, in Innsbruck oder in Salzburg um 8 Uhr morgens oder erst um 10 Uhr die Wiener Tageszeitungen bekommt. Aber daß der Bergbauer, der sich ohnedies in der Regel nur eine Wochenzeitung halten kann, oder vielleicht nicht einmal die, weil er überhaupt gänzlich ausgeschaltet ist von jeder Zustellung, eine Woche, 14 Tage und noch länger auf seine Zeitung warten muß, das sehe ich nicht ganz ein.

Der Herr Abg. Zechner hat sehr richtig beim Kapitel Unterricht den Standpunkt vertreten: Bildung ist kein Vorrecht der Reichen, Bildung muß für alle gleich zugänglich sein. Der Herr Abg. Dr. Lechner von meiner Partei hat diesen Standpunkt auch unterstrichen, und der Herr Abg. Doktor Neugebauer hat erklärt: Gleiches Recht für alle! Was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein.

Ja, meine Damen und Herren, die Zeitung ist meines Erachtens das primitivste Mittel einer Volksbildung, das man einem Erwachsenen draußen auf dem Lande zukommen lassen kann. Wie soll er sich denn als demokratischer Bürger über all das informieren, was im Staate vorgeht, wenn ihm vom Staat aus dieses primitivste Bildungsmittel nicht zugänglich gemacht wird?

Meine Damen und Herren! Es ist also nicht am Platz, immer wieder zu sagen: der ungebildete Bauer, der von nichts weiß! Wir müssen dafür sorgen, daß er sich nicht sagen muß: Mein Name ist Hase, ich wohne

abseits des Verbundnetzes der Post und weiß von nichts. Ich glaube, wenn wir nicht das Radio hätten, wären manche vielleicht noch gar nicht daraufgekommen, daß in Österreich der Friede ausgebrochen ist, daß die Russen abgezogen sind und daß wir unseren Staatsvertrag haben. *(Heiterkeit.)*

Ich habe auch kein Verständnis dafür, daß in den Außenbezirken unter dem Titel „Postnebengebühren“ Botenlöhne eingehoben werden, die bei Paketsendungen, Telegrammen, Expreßbriefen usw. immerhin 10, 20, 30 S und noch mehr betragen können, solange der Bevölkerung in verkehrsgünstiger Lage bevorzugte Tarife zugebilligt werden. Der § 140 der Postordnung ist meines Erachtens eine Verletzung des Grundsatzes, daß vor dem Gesetz alle Bürger gleich zu behandeln sind, und er ist demnach auch verfassungswidrig.

Ich habe im Finanz- und Budgetausschuß die grundsätzliche Frage gestellt, ob ein der Post übergebenes, ordnungsgemäß frankiertes Poststück eine Bringschuld oder eine Holschuld begründet. Ich habe darauf bis heute keine Antwort erhalten. Aber vielleicht kann sich der Verfassungsdienst einmal mit der Frage befassen, ob es zulässig ist, alle Steuerzahler in gleicher Weise zur Erhaltung der Post als einer staatlichen Einrichtung heranzuziehen und die Lasten des jährlich immerhin in die hunderte Millionen gehenden Defizits gleichmäßig auf alle zu verteilen, also die Pflichten gleichmäßig auf alle zu verteilen, während die Rechte stark differenziert sind.

Ich würde es einsehen, wenn damit ein sozialer Zweck verfolgt würde wie auf anderen Gebieten. Aber hier haben wir ja gerade das umgekehrte Verhältnis. Hier muß der wirtschaftlich Schwächere, also der verkehrsmäßig ungünstiger Gelegene, dazuzahlen, damit der verkehrsmäßig Begünstigte, der unmittelbar neben der Post seinen Wohnsitz hat, zu der bevorzugten Zustellung auch noch einen verbilligten Tarif erhält. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das ist also wirklich nicht einzusehen, und ich will hoffen, daß durch das neue Postgesetz, das, wie ich der Zeitung entnehmen konnte, vom Ministerrat bereits genehmigt wurde, eine Änderung eintritt. Denn ein alter Grundsatz deutscher Rechtsauffassung besagt: Wer den guten Tropfen hat, der soll auch den bösen Tropfen haben. Mit anderen Worten: Wer den Vorzug genießt, der muß auch den Nachteil in Kauf nehmen. Das hieße in diesem Fall, daß der von der Post Begünstigte eigentlich auch für eine erhöhte Gebühr aufkommen müßte. Ich weiß schon, daß das nicht möglich ist, und mein Ansinnen geht auch gar nicht dahin, den bisher in der Zu-

stellung Begünstigten dieses gewährte Recht wieder wegzunehmen oder ihnen eine erhöhte Gebühr aufzuidividieren. Ich habe hier nur den Wunsch der bauerlichen Bevölkerung in den entlegenen Gebieten vorzubringen, daß man bei der Schaffung eines neuen Postgesetzes diesem Umstand Rechnung trägt und die überaus krasse Differenzierung zwischen Stadt und Land beseitigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zusammenfassend darf ich also noch einmal sagen:

Erstens: Daß in weiten Gebieten der Land- und Berggemeinden der freigewählte Bürgermeister noch immer für gewisse Postsendungen Botengänge und Zustelldienste machen muß, ist ein Zustand, der jedem modernen Postwesen hohnspricht und bestenfalls geeignet ist, als Vorwurf für ein Lustspiel zu dienen.

Zweitens: Die täglich zweimalige Postzustellung in den Städten und die ermäßigten Postgebühren für den Ortsbereich müssen solange als unsozialer Zustand betrachtet werden, als zehntausende Staatsbürger von einer postalischen Betreuung überhaupt ausgeschlossen sind.

Drittens: Die Bezahlung von sogenannten Botenlöhnen nach § 140 der Postordnung für Pakete und Eilsendungen in den Außenbezirken der Postämter stellt ebenfalls eine unbillige Härte dar, weil die Kilometergelder umso höher sind, je verkehrsgünstiger jemand gelegen ist.

Der Herr Minister Waldbrunner hat in seiner schriftlichen Stellungnahme — die, das muß ich hier feststellen, einmal nicht in einem bürokratischen Amtsdeutsch gehalten war, sondern einen freundlichen Ton hatte, was mich angenehm berührte — sehr viel Verständnis und Einsicht bekundet. Das berechtigt mich zu der Hoffnung, daß die aufgezeigten Mängel auch ehebaldigst behoben werden.

Wenn auch, meine Damen und Herren, das Schicksal der bauerlichen Bevölkerung und ihrer Höfe draußen in den entlegenen Gebieten nicht davon abhängig ist, daß sie vielleicht an das Verbundnetz der Post angeschlossen werden, so würde die Erfüllung dieser hier vorgebrachten Wünsche doch immerhin zur Stärkung des Gefühls beitragen, daß innerhalb der Volksgemeinschaft diese Schichte des Volkes nicht immer und bei jeder Gelegenheit als Aschenbrödel behandelt wird. *(Beifall bei der Volkspartei.)*

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner ist der Herr Abg. Hartleb zum Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. **Hartleb**: Hohes Haus! Wenn sich mein Vorredner mit den berechtigten Be-

schwerden auf dem Gebiete des Postwesens befaßt hat, so hat er nur einen kleinen Teil dessen vorbringen können, was auf dem Gebiet des Ministeriums Waldbrunner überhaupt vom Stand der Landbevölkerung vorzubringen ist.

Ich habe nicht die Absicht und auch gar nicht die Möglichkeit, alles nachzuholen, was Dr. Schwer ausgelassen hat, aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß es kaum ein Gebiet gibt, bei dem man nicht von einer sträflichen Vernachlässigung der Interessen der Landbevölkerung reden kann. Wir haben Gegenden, wo die Radiogebühren eingehoben werden, ohne daß die Leute die Möglichkeit haben, etwas zu hören, weil ein Empfang schlechterdings unmöglich ist. Dasselbe ist bei anderen Einrichtungen der Fall. Ich möchte mich aber mehr mit der Eisenbahn befassen.

Ich habe schon in früheren Jahren darauf hingewiesen, daß das Verhalten der Bundesbahn zur Frage der Verkehrsbedürfnisse der inländischen Landbevölkerung unerhört ist. Es gibt kein Wort, das stark genug ist, um dieses Vorgehen zu verurteilen; „brutal“ ist viel zu wenig.

Wenn man jetzt österreichische Bahnhöfe betritt, dann sieht man überall Plakate hängen, auf denen geschrieben steht: „Ich weiß alles und bin neu erschienen!“ Es ist ein Werbeplakat für die Fahrpläne. Wenn man nun diese Fahrpläne anschaut, dann muß man feststellen, daß man aus diesen allerdings sehr viel herauslesen kann, nicht nur, welche Stationen es in Österreich gibt, ob sie links oder rechts der Fahrtrichtung liegen, wie viele Kilometer die eine von der anderen entfernt ist, wie lange die Aufenthalte sind, sondern vor allem, wie viele Stationen es gibt, durch die die Züge, anstatt zu halten, durchfahren, weil man sich auf den Standpunkt stellt: Diese Gscherten, diese Leute auf dem Lande sollen trachten, irgendwie mit einer Zubringergelegenheit zu einer Station zu kommen, wo ihnen die Möglichkeit geboten ist, stundenlang auf einen Zug zu warten, mit dem sie dann weiterfahren können.

Eine sachliche Begründung, warum man das so macht, habe ich noch nicht gehört. Wenn man sich selber fragt, was der Grund dafür sein kann, so kann man sich höchstens zurechtlegen, daß man im Interesse des Fremdenverkehrs, um die Fahrzeit von der Grenze in die Hauptorte Österreichs zu verkürzen, Schnellzugstationen aufgelassen hat und Schnellzüge, die früher gehalten haben, nicht mehr halten läßt, daß man aber vor allem ein System hat, aus den Personenzügen Expreszüge zu machen, indem man sie mit dem Titel

irgendeines Expreszuges ausstattet, ohne daß sie schneller fahren, daß man sie aber deshalb, weil sie Expreszüge heißen, nicht mehr halten läßt, ihre Fahrzeit aber keineswegs verkürzt.

Wenn man in dieser Hinsicht die Fahrpläne anschaut, dann erlebt man seine blauen Wunder. Ich mache mir gar nichts draus, meine engere Heimat als Beispiel heranzuziehen, weil ich zufällig in einer Gegend lebe, die besonders hart von diesen Maßnahmen betroffen ist. Ich möchte aber etwas weiter ausholen.

Wenn man an die Zeit zurückdenkt, in der wir noch keinen sozialistischen Verkehrsminister gehabt haben, dann erinnert man sich, daß wir in Österreich drei oder vier Expreszüge hatten, die bekannten alten Expreszüge, wie den Orient-Expres, den Arlberg-Expres, den Simplon-Orient-Expres usw. Heute kann man an Hand des Fahrplanes feststellen, daß die Zahl der Expreszüge in wenigen Jahren von drei oder vier auf 17 angewachsen ist. Diese Züge sind aber keine neuen Züge, die erst eingeführt worden sind, sondern das waren früher Personenzüge; man hat ihnen auf einmal den Namen Expreszug beigelegt, und aus der Namensgebung leitet man dann das Recht ab, den Zug durchfahren zu lassen.

Ein Beispiel: Wir haben einen Zug, er kommt aus Villach, Richtung Wien, und zwar nachmittags. Er hat früher in Bad Einöd, in Neumarkt und dann in Unzmarkt gehalten. Neumarkt hat eine ziemlich große Umgebung; es handelt sich um zirka 20 Landgemeinden, die ziemlich dicht besiedelt sind, und die Leute sind darauf angewiesen, in Richtung Wien zu fahren, weil wir zur Steiermark gehören, obwohl wir nach Kärnten viel näher hätten. Dieser Zug hält nun nicht mehr auf der Strecke von Friesach bis Neumarkt, und man müßte glauben, daß damit die Fahrzeit verkürzt und daß damit für den ausländischen Reisenden irgend etwas erreicht ist. Schaut man aber den Fahrplan genauer an, dann sieht man, daß das keineswegs der Fall ist. Ich möchte Ihnen ein paar recht interessante Zahlen sagen. Dieser Zug ist ein D-Zug, also ein Zug, von dem man sich vorstellt, daß er verhältnismäßig schnell fährt. Er braucht laut Fahrplan an reiner Fahrzeit von Friesach bis Unzmarkt bei einer Entfernung von 37 km genau 60 Minuten! Ein D-Zug mit einer Stundengeschwindigkeit ... (*Abg. Freund: Unglaublich!*) Das ist keine Erfindung! Schauen Sie sich den Fahrplan an, Herr Kollege: 37 km in 60 Minuten! Wir haben einen Eilzug am Tag, der fährt dieselbe Strecke von 37 km in 59 Minuten. Ich habe versucht, irgendeinen möglichst alten Fahrplan auf-

88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955 4197

zutreiben, um zu vergleichen, wie es nun mit den Fortschritten der Österreichischen Bundesbahnen in bezug auf die Reisegeschwindigkeit steht. Angeregt dazu hat mich der Herr Minister Waldbrunner, der anlässlich einer Feierlichkeit in Graz, bei der Eröffnung der Bahnhofshalle, den Satz ausgesprochen hat: „Der Reisezugverkehr wurde verdichtet und beschleunigt.“ Nun, die Verdichtung, die findet man nicht, höchstens man bezeichnet es als Verdichtung, wenn man möglichst viele Leute in einem Waggon hineinzwängt, damit sie dicht beisammensitzen. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Von einer Beschleunigung kann aber auch keine Rede sein.

Herr Minister! Ich möchte Sie auf folgendes aufmerksam machen: Bei meinem vergeblichen Bemühen, einen Fahrplan zu finden, der möglichst alt ist, bin ich zufällig anstatt auf einen alten Fahrplan auf einen Zeitungsartikel gestoßen, der aus der Feder des Märchendichters Andersen stammt. Andersen ist vor 115 Jahren anlässlich der Eröffnung der Eisenbahn von Leipzig nach Dresden mit dem ersten Zug, der ein Personenzug war, was er ausdrücklich feststellt, mitgefahren. Er schildert, wie die Fahrt war und wie der Zug in jeder Station gehalten hat, und zum Schluß sagt er, daß das eine großartige Sache war. Wenn man die Aufenthalte dazurechnet, dann hat dieser Zug für 40 km eine Stunde benötigt. Also vor 115 Jahren ist ein Personenzug pro Stunde um 3 km schneller gefahren als die österreichischen D-Züge im Jahre 1955! (*Abg. Freund: Wenn Sie nur den einen Zug sehen, den Sie benutzen, dann wird der Verkehr nicht besonders dicht werden!*) Mehr an Beweisen, wie es mit den Fortschritten steht, braucht man nicht.

Ich nehme sehr gerne an Veranstaltungen und Besichtigungen bei der Bundesbahn teil, weil es mich interessiert und weil man im allgemeinen doch den Eindruck hat, daß bei den Reden, die bei solchen Gelegenheiten gehalten werden, nicht allzu viele Unwahrheiten ausgesprochen werden. Aber wie das Beispiel mit dem Satz: „Der Verkehr wurde verdichtet und beschleunigt“, zeigt, muß man vorsichtig sein. Wenn man nachprüft, stellt sich heraus, daß auch diese Festtagsreden überprüft werden müssen, wenn man erfahren will, ob sie Wahrheit oder Unwahrheit enthalten. (*Zwischenrufe.*)

Ich habe gestern aus einem Nachschlagebuch hier in der Bibliothek des Hauses festgestellt, daß beispielsweise bei der Deutschen Reichsbahn die Reisezugsgeschwindigkeiten wie folgt festgelegt sind: für Züge ohne durchgehende Bremsen 50 km, mit durchgehenden Bremsen 120 km und für Reisezüge mit durchgehenden

Bremsen und automatischer Haltevorrichtung 135 km. (*Abg. Freund: Aber nicht für Berge!*) Bei uns haben wir D-Züge mit einer reinen Fahrgeschwindigkeit ohne Einrechnung von Aufenthalten von 37 km in der Stunde! Und das nennt sich Fortschritt und da brüstet man sich und redet davon, daß man große Leistungen vollbracht hat! (*Abg. Frühwirth: Ist das der Murtal-Express?*)

Ich bestreite nicht, daß Bahnhöfe gebaut wurden und daß sie schön und zweckmäßig sind, aber das zu verallgemeinern ist höchst unangebracht. Ich glaube, der Hauptzweck der Eisenbahn ist es doch, den Reisenden und dem Verkehr zu dienen. Was aber den Dienst am Kunden und den Dienst an den Reisegästen anlangt, schaut es unglaublich aus. Ich hätte es selber nicht für möglich gehalten, aber je mehr man in den Fahrplänen herumblättert, je mehr man sich mit diesen Ziffern beschäftigt, desto mehr kommt man zu der Überzeugung, daß das, was da geredet wird, zu 90 Prozent Schaumschlägerei ist. Geben Sie mir eine sachliche Begründung dafür, warum ein D-Zug für 37 km eine Stunde braucht! Es gibt keine, glaube ich. Aber das ist Tatsache. Man braucht keine Behauptungen aufzustellen, denn Sie liefern die Beweise ja in Ihren eigenen Werken, in Ihren Fahrplänen.

Die Fahrpläne sind, wenn man es genau nimmt und wenn man zwischen den Zeilen zu lesen versteht, ein Dokument der Werterschätzung, die das Verkehrsministerium der Landbevölkerung entgegenbringt. Es ist ganz gleichgültig, ob da 20 Leute um zwei Stunden früher mit einem Zug irgendwohin fahren und dann dort stundenlang warten müssen, wenn nur der Schein gewahrt wird, als ob man etwas zur Beschleunigung getan hätte, indem man den Zug nicht halten läßt, dafür aber die Fahrgeschwindigkeit so herabmindert, daß die Reisezeit von Villach nach Wien nicht kürzer, sondern länger ist als früher. Das ist doch unaufrichtig, das ist doch nicht ehrlich! Über so etwas braucht man sich doch nicht zu brüsten. Man müßte sich schämen, die Interessen der inländischen Bevölkerung so hintanzustellen und so sehr darauf bedacht zu sein, vielleicht auf internationalen Fahrplankonferenzen sagen zu können: Das und das haben wir geleistet. Dabei rechnen Sie mit der Tatsache, daß die Teilnehmer an der internationalen Konferenz gar keinen österreichischen Fahrplan haben werden, um sich davon zu überzeugen, wie es mit diesen Leistungen in Wirklichkeit aussieht.

Wenn das Plakat über den Fahrplan sagt: „Ich weiß alles und bin neu erschienen!“, dann hätte dieser Wortlaut vor einem Jahr überhaupt nicht angebracht werden müssen. Ich habe bei diesem Durchblättern der Fahrpläne

nämlich festgestellt, daß man im österreichischen amtlichen Fahrplan — von dem übrigens interessant ist, daß sein Gewicht, wenn die Entwicklung so weitergeht, im Jahre 1980 73 kg und 90 dkg betragen wird und der Preis im Jahre 1980, wenn er im gleichen Ausmaß weiter ansteigt wie bisher, 4860 S ausmachen wird (*Heiterkeit*) — bis zur letzten Auflage alle Stationen hat finden können von Aalfang und Abfaltersbach bis Zwingendorf und Zwischenwässern und von Aachen und Aalen bis Zbrzydowice und Zürich. Aber Bonn, das Wort „Bonn“ hat der österreichische Fahrplan bis zur letzten Auflage nicht gekannt! (*Abg. Freund: Ihre Sorgen möchte ich haben!*) Ich gebe zu, daß es ein Fortschritt ist, wenn nun in der letzten Auflage auch das Wort „Bonn“ aufscheint, und wage es deshalb nicht mehr zu behaupten, es wisse der österreichische Fahrplan nicht, daß es eine Stadt gibt, die Bonn heißt, die ja auch für uns nicht ganz ohne Bedeutung ist.

Wenn man den Fahrplan genau anschaut — das habe ich Ihnen schon gesagt —, dann sieht man nicht nur, welche Züge da verkehren, sondern man sieht auch, daß man sich einer Täuschung hingibt, wenn man einen solchen Fahrplan bloß flüchtig besichtigt, denn die Zahl jener Züge, die überhaupt nicht verkehren, sondern nur an ein paar Tagen im Verkehr geführt werden, ist verhältnismäßig groß. Es gibt also Züge, die verkehren, solche, die gar nicht verkehren, es gibt Züge, die halten, es gibt Züge, die vorbeifahren, und es gibt Züge, die aufgelassen wurden, und es gibt solche Züge, die umbenannt wurden, die früher Personenzüge waren und jetzt Expreszüge sind. Nach der Aufzählung im Fahrplan sind es derzeit 17. Ich habe nicht nachgerechnet, wie groß die Zahl der Expreszüge im Jahre 1980 sein wird, wenn es so weitergeht. Aber es ist zu vermuten, daß wir bei dieser Progression 1980 über einige hundert Expreszüge verfügen werden, die alle die Eigenschaft haben werden, an den Stationen vorüberzufahren. (*Abg. Freund: Da wird hoffentlich einer in Neumarkt halten!*)

Ich möchte Ihnen nun, damit Sie nicht nur auf meine Meinung angewiesen sind und weil schließlich die Volkesstimme sich gewöhnlich nicht mit Unrecht äußert, einige Anekdoten erzählen, die man hören kann, wenn man so auf der Eisenbahn fährt und zuhört, was die Reisenden einander erzählen. Eine der interessantesten davon — alle kann ich gar nicht vorbringen, weil die Zeit nicht ausreicht — ist folgende:

Da fahre ich einmal nach Graz mit einem Triebwagen. (*Abg. Frühwirth: Da sind Sie in den verkehrten Zug eingestiegen!*) Der

Triebwagen ist wie gewöhnlich dicht bevölkert. Denn daß man einen Waggon anhängt, wenn sich mehr Leute Karten gekauft haben, das kommt ja gar nicht in Frage. Es war ein strenger Wintertag, und die Leute haben zum Teil gefroren. Da ist ein Gespräch zustande gekommen, das ich gehört habe.

Einer war darunter, der hat sich scheinbar besser ausgekannt und hat folgendes gesagt: Es gibt da zwei Typen von Triebwagen, die auf der Linie Wien—Graz und Graz—Wien verkehren. Die eine Type hat die Heizung unten, und die andere hat die Heizung oben. Wenn man nun wissen will, mit welcher Type irgendein Reisender gefahren ist, dann braucht man nur bei den Ärzten in den Spitälern in Wien und in Graz nachzufragen. Wenn ein Patient die Frostbeulen an den Füßen und die Brandwunden oben hat, dann ist es die Type A gewesen; und wenn es umgekehrt ist, dann ist er mit der Type B gefahren. (*Allgemeine Heiterkeit. — Beifall bei der WdU.*) Beide Typen haben aber eines gemeinsam: daß nämlich die Fenster nicht schließen. Sie sind um zirka 1 cm zu kurz. Wenn man sie hinaufschiebt, ist unten ein Spalt, und wenn man sie unten zumachen will, ist oben einer.

Diese neuen Waggonen haben aber auch noch andere Eigenschaften, die dort besprochen wurden. Da sind die Leute auf diese neckischen Tischerln zu sprechen gekommen, die dort angebracht sind, und auf jene Handstützen, die nicht dazu da sind, daß man sie benützt, weil sie dazu nicht geeignet sind, die zum Aufklappen sind, aber nur so lange, als man sie dabei hält. Sie bleiben nicht oben, sie fallen herunter. Aber sie haben eine Eigenschaft: Wenn auf der Bank, wo im allgemeinen zwei Personen Platz hätten, ein Dicker und ein Dünnere sitzen, dann kann es der Dicke nicht aushalten, weil er eingezwängt sitzt. Es wurde erklärt, das sei Demokratie. Seitdem es einen sozialistischen Verkehrsminister gibt, werde dafür Sorge getragen, daß auch der dicke Fahrgast nicht mehr Platz in den Waggonen habe wie andere. (*Abg. Freund: Sie müßten ja die doppelte Fahrkarte zahlen!*)

Ein anderer Fahrgast hat aber die Behauptung aufgestellt, daß das gar nicht stimme. Er hat gesagt, die kleinen Tischerln seien dazu da, damit die Kinder, die hie und da mitfahren, etwas zum Spielen haben. Und was die Platzeinteilung anbelangt, so sei die Bundesbahn insofern unschuldig, als die Waggonen ja eigentlich nach Indien hätten geliefert werden sollen, zu der Zeit, wo Gandhi dort noch maßgebend war. (*Abg. Freund: Der ist allerdings etwas schlanker als Sie!*) In der Zwischenzeit ist er aber gestorben; dem Nehru waren die Waggonen zu eng, und er hat sie zurückgeschickt. (*Heiterkeit.*)

Und dann kommt ein dritter Erzähler und sagt, das sei auch einer der Gründe, warum jetzt in den Eisenbahnwerkstätten neue Schablonen vorbereitet werden, weil diese Züge eine zusätzliche Bezeichnung erhalten. Es kommt überall darauf: „NFG“. Und da sei ein großes Rätselraten entstanden, was diese drei Buchstaben nun zu bedeuten hätten. Man habe diskreterweise — damit die Bundesbahn nichts erfährt — eine Volksbefragung durchgeführt, und da habe ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung so geraten, daß das hieße: „Nur für Gandhis“. Die Mehrheit hat aber ganz anders gedeutet, und weil es die Mehrheit ist, sind sie nach demokratischen Regeln im Recht geblieben. Sie haben gesagt, es heißt: „Nix für Gscherte“ (*Heiterkeit*), weil die Züge eben auf dem Land durchfahren und weil man damit zum Ausdruck bringen wolle, daß es genügt, wenn die Bewohner der großen Städte — als solche werden nur jene anerkannt, in denen mindestens eine Bundesbahndirektion sitzt — eine gute Verkehrsmöglichkeit haben. Ein System, das man in der letzten Zeit angewendet hat (*Abg. Frühwirth: Herr Präsident, Sie verwechseln das Parlament offenbar mit Ihrem Stammtisch!*) Ich habe Ihnen nie Vorschriften gemacht, Herr Kollege, was Sie reden dürfen. Ich denke gar nicht daran, mir von Ihnen Vorschriften machen zu lassen! Daß es Ihnen unangenehm ist, das glaube ich. Wenn ich loben würde, dann dürfte ich es auch in dem Ton tun, den ich angeschlagen habe. Aber entschuldigen Sie, ich kann auf Ihre Gefühle wirklich nicht Rücksicht nehmen.

Diese Dinge sind nicht einfach lächerlich, auch wenn man sie in humoristischer Form betrachtet. (*Abg. Holoubek: Sie machen sie lächerlich!*) Sie sind ernst für die Betroffenen. Für die Landbevölkerung ist es nicht gleichgültig, ob ihr im Jahr Zehntausende von Arbeitsstunden gestohlen werden, ohne daß auf der anderen Seite daraus irgend jemand einen Vorteil ziehen könnte. Die Leute brauchen ihre Zeit. Sie sind darauf angewiesen, zu arbeiten und zu verdienen und nicht in den Wartesälen herumzusitzen und dort unter Umständen im Winter zu erfrieren.

Ein Kapitel für sich: Wir haben in der letzten Zeit erlebt, daß das Verkehrsministerium — in dankenswerter Weise, ich will das anerkennen — des öfteren Broschüren und Zusammenstellungen herausgegeben hat, die uns statistische Angaben über die Bundesbahnen liefern. Sicher ein gutes Bestreben. Aber es gäbe schon Dinge, die in diesen Statistiken bis jetzt nicht erfaßt sind und die man ebenfalls erfassen sollte, um ermessen zu können, wie wichtig und wie bedeutend diese Dinge sind: Wenn Sie zum Beispiel einmal ermitteln würden, wieviel

Arbeitsstunden der Landbevölkerung dadurch verlorengehen, daß sie nicht nur stundenlang auf den Zug in den Zubringerbahnhöfen warten muß, sondern auch Stunden vorher einfahren muß; was das wirtschaftlich bedeutet, könnten Sie auch in Ihre statistischen Erhebungen aufnehmen. Und so gäbe es mehrere Dinge, die statistisch zu erfassen sind. Nicht nur das, was man gerne aufzeigt und was günstig aussieht, sondern auch das, was an ungünstigen Nebenwirkungen dabei herauskommt und von der Bevölkerung nur schwer ertragen wird.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die Bahn nach Süden an und für sich viel schlechter behandelt wird, als es bei der Strecke nach dem Westen der Fall ist. Ich weiß, daß die Westbahn einen viel größeren Verkehr aufweist und daß es nur verständlich ist, wenn man dort mehr tut als auf der Südbahnstrecke. Aber es gibt doch Dinge, die man nicht mit dieser Begründung abtun kann, zum Beispiel den Umstand, daß es — wie mir wiederholt von Interessenten mitgeteilt worden ist — fast nie möglich ist, auf der Strecke nach Italien von Wien aus einen Schlafwagenplatz zu bekommen, wenn man ihn nicht sehr lange vorher vorbestellt hat. Ich weiß nicht, worin die Gründe dafür liegen, vielleicht ist es eine mangelnde Zusammenarbeit zwischen der Schlafwagengesellschaft und der österreichischen Eisenbahnverwaltung. Tatsache ist, daß Klagen vorhanden sind und daß Leute, die gerne einen Schlafwagenplatz zahlen würden, keinen Schlafwagenplatz bekommen. Auf der Westbahn sollen diesbezüglich die Verhältnisse wesentlich günstiger liegen.

Ich habe in den früheren Jahren wiederholt auch darauf hingewiesen, daß der Zustand der Personenwaggons auf den Seiten- und Nebenlinien der Bundesbahn vielfach ein trostloser ist. Ich muß leider auch heute feststellen, daß dieser Mißstand keineswegs behoben ist. Es gibt noch immer Waggons, die jeder Beschreibung spotten und die man auch der Landbevölkerung nicht zumuten sollte. Nicht deshalb, weil es sich darum handelt, daß Landbewohner lieber in einem gepolsterten Waggon fahren möchten, sondern weil diese Waggons vielfach schlecht zu heizen oder gar nicht zu heizen sind, die Türen kaum zu öffnen, die Fenster nicht aufzumachen oder, wenn sie offen sind, nicht mehr zuzumachen sind. Auch das sind Dinge, die nicht nebensächlich sind und die schon im Interesse einer gerechten Behandlung der Gesamtbevölkerung einer Besserung zugeführt werden sollen.

Ich habe das, was ich gesagt habe, nicht gesagt, um irgend jemanden zu kränken, aber so wie mein Vorredner, Herr Dr. Schwer, bei

der Post mit Recht darauf hingewiesen hat, daß die Landbevölkerung schofel und schäbig und ungerecht behandelt wird, so treffen meine Ausführungen auch in bezug auf die Eisenbahn zu. Ich würde manches von dem, was ich behaupte, abstreichen und zu Konzessionen bereit sein, wenn mir irgendein Beweis geliefert würde, daß irgend jemand etwas davon hat. Aber wenn in einem D-Zug von Villach nach Wien drei Italiener fahren und nichts davon haben, daß der Zug durchfährt, weil die Gesamtfahrzeit Villach—Wien nicht um eine Minute kürzer geworden ist, dann sehe ich nicht ein, warum man die ländliche Bevölkerung von der Benützung der Züge ausschaltet, und zwar lediglich mit der fadenscheinigen Begründung, daß es Expreszüge seien, die schneller fahren, und daß ein Expreszug nicht in jedem Nest halten könne. Ich werde, solange ich dazu Gelegenheit habe, immer wieder gegen diesen Zustand Stellung nehmen, und Sie müssen verstehen, daß es nicht eine Feindseligkeit eines Abgeordneten, sondern seine Pflicht gegenüber dem ländlichen Wähler ist, wenn er die Dinge bei passender Gelegenheit vorbringt. *(Beifall bei der WdU.)*

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner ist zum Worte gemeldet der Herr Abg. Appel. Ich erteile ihm das Wort. *(Präsident Hartleb übernimmt den Vorsitz.)*

Abg. **Appel**: Hohes Haus! Ehe ich mich mit der Frage des österreichischen Erdöls beschäftigen will, erlaube ich mir eine kleine Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Abg. Hartleb. Ein großer Teil seiner Rede war nicht nur nicht sachlich, sondern auch nicht objektiv. Soweit es sich um die humorvollen Ausführungen handelte, gehörten sie besser in ein Stammgasthaus und nicht in das Parlament. Ich glaube, der Herr Abg. Hartleb hat mit seiner Rede als einer der Präsidenten dieses Hauses nicht dazu beigetragen, die Würde und das Ansehen des Hauses in der Öffentlichkeit zu heben. *(Abg. Herzele: Das müssen Sie beurteilen! Ausgerechnet Sie!)* Wahrscheinlich. Vielleicht besser als Sie.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich der Behandlung eines Kapitels zuwenden, das die Öffentlichkeit in der letzten Zeit aufhorchen ließ. Mehr als zehn Jahre war unserem Land der größte Reichtum, sein Erdöl, entzogen. Immer wieder konnte man während dieser Zeit die Forderung des österreichischen Volkes vernehmen: Gebt Österreich seine Freiheit, aber auch seinen wirtschaftlichen Reichtum wieder! Länger als zehn Jahre und wiederholt wurde in diesem Hause über den Gesinnungsterror, der im Erdölgebiet herrschte, gesprochen. Aber nicht nur, daß die Arbeiter diese Zustände zehn Jahre lang mutig ertragen

haben, auch die Erdölproduktion war dem Staate und damit der Gesamtwirtschaft entzogen.

Die österreichischen Erdölvorkommen, als die zweitgrößten in Europa bekannt, bilden einen wesentlichen Bestandteil der österreichischen Unabhängigkeit. Damit ist aber auch klar und deutlich die Behauptung vergangener Jahre widerlegt, daß Österreich wirtschaftlich nicht lebensfähig sei. Nicht zuletzt hat das Wissen unseres Volkes um diesen Reichtum mit dazu beigetragen, das Selbstbewußtsein zu heben, und es war schließlich auch mit ein Grund, den Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes bis zum Abschluß des Staatsvertrages zu führen. Ganz Österreich begrüßte daher freudig den Abschluß des Staatsvertrages, durch den unser Land nach zehn entbehrungsreichen Jahren die wirtschaftliche Unabhängigkeit und politische Freiheit wiedererlangte. Zum erstenmal in der Geschichte der Zweiten Republik ist durch den Abschluß des Staatsvertrages die österreichische Wirtschaft frei von jedweden ausländischen Einfluß geworden, eine Tatsache, die wir besonders unterstreichen wollen und die auch vom überwiegenden Teil des österreichischen Volkes dankbar anerkannt wird.

Allerdings darf man nicht übersehen, daß neuerlich Kräfte am Werk sind, die nur allzu gerne wieder ausländisches Kapital nach Österreich bringen möchten und die vor allem bei der Erdölproduktion wieder den Versuch unternehmen, durch fremdländischen Einfluß einen Teil des österreichischen Erfolges für sich selbst in Anspruch zu nehmen. *(Abg. Eichinger: Welche Kräfte sind das?)* Ich komme noch dazu, Herr Kollege.

Schon seit einiger Zeit wird die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit — Sie bekommen sofort die Antwort — auf Pläne gelenkt, die nicht mehr und nicht weniger erkennen lassen, als daß die Absicht besteht, entgegen den klaren Bestimmungen des Staatsvertrages jene Rechte, die durch den Staatsvertrag an die Republik Österreich beziehungsweise an die ÖMV übertragen wurden, der sogenannten NIOGAS-Gesellschaft, wenn Sie davon schon etwas gehört haben, zu übergeben. *(Abg. Eichinger: Sind das Ausländer?)* Hiedurch soll zweifellos erreicht werden, den Erdölkomplex aus dem Bereich der verstaatlichten Industrie herauszuberechnen und ihn einer Gesellschaft zu überantworten, die mit der Gewinnung von Erdöl, überhaupt mit der ganzen Materie bisher nicht befaßt war.

Die Leistungen und Belastungen, die das österreichische Volk in Form der Ablöselieferungen zu tragen hat, darf wohl die Ge-

samtbevölkerung tragen, doch das Nutzungsrecht soll einer Gesellschaft überantwortet werden, nicht weil wirtschaftliche Momente hierfür sprechen, sondern weil dies in das politische Konzept einiger ÖVP-Funktionäre des Landes Niederösterreich paßt. (*Abg. Eichinger: Sie sind aber auch Niederösterreicher! Nicht wahr?*) Ich bin Österreicher und bin niederösterreichischer Abgeordneter. Das hat aber gar nichts damit zu tun, daß man auf Kosten des gesamten Volkes ein politisches Geschäft für ein Land zu machen bereit ist, von dem das gesamte Volk wenig hat. (*Abg. Dr. Hofeneder: Diese Harpune sitzt im roten Walfisch!*)

Um das Vorgehen des Handelsministeriums bei der Vergebung der Konzession an die NIOGAS zu rechtfertigen, werden Argumente ins Treffen geführt, wie beispielsweise daß die rationellere Verwertung unseres Erdöls es rechtfertigen würde, daß man diesen Komplex aus dem Bereich der verstaatlichten Industrie herausbricht. Es wird auch die Behauptung von den Übergewinnen der ÖMV aufgestellt. Ja, kürzlich sagte mir allen Ernstes ein maßgeblicher Funktionär Ihrer Partei: Was wollt ihr denn? Das Erdöl fließt in Niederösterreich, da ist es nur recht und billig, daß es der NIOGAS überlassen wird! Ich mußte ihm darauf sagen: Sie, der Erzberg liegt auch in der Steiermark, vielleicht werden also die Steirer sagen: der Erzberg gehört uns!, und es würde dann etwa eine Landesgesellschaft den Erzberg nützen.

Mit Absicht verschweigen die Gegner der Gemeinwirtschaft die Dinge, wie sie wirklich liegen. Am 13. August dieses Jahres wurden rund 11.000 Beschäftigte aus der Erdölindustrie, deren Arbeitsplätze zu sichern nun Aufgabe der ÖMV ist, übernommen. Im Gegensatz zu allen anderen USIA-Betrieben, deren Forderungen von der Kontrollbank übernommen wurden, mußten die am Übernahmetag vorhandenen Lagervorräte im Werte von 57 Millionen Schilling zur Abstattung der Militärbankkredite der SMV von der ÖMV übernommen werden. Außerdem mußte für das Zentrallager in Neusiedl ein weiterer Betrag von 67 Millionen Schilling bezahlt werden, sodaß bei der Übernahme durch die ÖMV eine Belastung von 124 Millionen Schilling schon vorhanden war, die die ÖMV aus eigenem tragen muß.

Die Situation war nicht rosig. Keine Lager vorräte, eine Vorbelastung von 67 Millionen Schilling für das Zentrallager in Neusiedl, keine Beträge, um Löhne und Gehälter zu bezahlen, sodaß kein anderer Weg übrigblieb, als einen 50 Millionen Schilling-Kredit in Anspruch zu nehmen, der die Auszahlung von Löhnen und Gehältern und die Fortführung des Betriebes überhaupt möglich machte.

Bei der Übernahme der Erdölbetriebe betrug die tägliche Produktion zirka 10.000 Tonnen. Sie ist gegenwärtig auf 9200 Tonnen abgesunken, weil die Lager voll sind und die Verfrachtung wegen des niedrigen Wasserstandes der Donau derzeit nicht möglich ist. Also nicht produktionstechnische, sondern transporttechnische Gründe sind es, die ein leichtes Absinken der Produktion feststellen ließen.

In den Raffinerien werden 4500 bis 5000 Tonnen aufgearbeitet. Der Rest wird verfrachtet. Vom 1. September bis heute wurden an Rußland 350.000 Tonnen Rohöl geliefert, und diese Menge wird bis Jahresende 400.000 Tonnen erreichen. Hievon zählen 300.000 Tonnen auf das Erdölabkommen, womit sich Österreich verpflichtete, diese Menge als Ablöselieferungen für die Erdölunternehmungen an Rußland zu leisten. Diese Lieferung entspricht einem Wert von 145 Millionen Schilling, die gleichfalls die ÖMV bisher aus eigenem tragen mußte, wozu noch Frachtspesen im Betrage von 13 Millionen Schilling hinzukommen.

Es ist, wenn Sie diese Beträge zusammenrechnen, leicht festzustellen, daß vom 13. August bis heute die ÖMV 345 Millionen Schilling aufbringen mußte, um die Verpflichtung des österreichischen Volkes beziehungsweise der österreichischen Regierung aus dem Staatsvertrag überhaupt erfüllen zu können. 50.000 Tonnen wurden für das Warenabkommen mit Rußland geliefert, welche Menge sich gleichfalls bis zum Jahresende auf 100.000 Tonnen erhöhen wird. Für diese Menge bekommt die ÖMV 18,75 Dollar oder rund 487 S je Tonne, allerdings bleiben netto nur 18,50 Dollar, das sind 480 S, da 25 Cent als Aufwandspeisen für die Österreichische Gesellschaft für Ablöselieferungen in Abzug gebracht werden.

Ein Problem stellen die längst überholten und erneuerungsbedürftigen Raffinerien dar. Es ist ja bekannt, daß zur Zeit der russischen Mineralölverwaltung zwar gefördert wurde, daß aber für den Ausbau und die Modernisierung der Raffinerien verhältnismäßig wenig getan wurde.

Die Raffinerien in Schwechat, in der Lobau, in Vösendorf, in Korneuburg und Moosbierbaum haben eine Kapazität von rund 1.800.000 Tonnen. Daraus gewinnt man Derivate, und zwar 250.000 Tonnen Benzin, 280.000 Tonnen Gasöl, 900.000 Tonnen Heizöl, wovon 750.000 Tonnen dem Handel zugeführt werden und der Rest für den eigenen Bedarf der ÖMV-Betriebe Verwendung findet. Weiter kommen noch 50.000 Tonnen Schmieröl dazu, die gleichfalls aus dieser Menge gewonnen werden.

Der Inlandsjahresbedarf an Benzin kann mit rund 230.000 Tonnen angenommen werden. Allerdings hat infolge der nicht modernisierten

Raffinerien das in Österreich erzeugte Benzin nur 60 Oktan. (*Abg. Dengler: Das ist gar nicht wahr!*) Lieber Freund Dengler, ich weiß nicht, ob die Fachleute nicht besser darüber Bescheid wissen. (*Abg. Dengler: Ich weiß nicht, was du erreichen willst mit dem ewigen Herabsetzen des österreichischen Benzins! Frage einmal deine Freunde!*) Das österreichische Benzin hat nur zirka 60 Oktan und das entspricht keinesfalls den Anforderungen der Kraftfahrer. Daher müssen wir — und jetzt komme ich dazu, Dengler — Superbenzin importieren, das dem österreichischen Benzin beigemischt und verbleit wird, sodaß wir auf eine Oktanzahl von 76 kommen. So liegen die Dinge! Das heißt, wir könnten bei Ausbau einer der bestehenden Raffinerien (*Zwischenruf des Abg. Dengler*) — und es ist immerhin beachtenswert, daß sich heute die ÖMV schon mit der Absicht trägt, eine dieser Raffinerien modernst auszubauen — gleichfalls hochoktaniges Benzin erzeugen. Damit könnten die ausländischen Importe, die sich derzeit allein zur Aufbesserung des in Österreich erzeugten Benzins auf monatlich 1500 Tonnen belaufen, in Zukunft ausfallen. Das würde im Jahr eine Devisenersparnis von rund 40 Millionen Schilling bedeuten, nur für jene Menge, die zur Aufbesserung des in Österreich erzeugten Benzins benötigt wird.

Natürlich ist dies an eine Voraussetzung gebunden. Die ÖMV wird nur dann in der Lage sein, eine der Raffinerien modernst auszubauen, wenn sie die Mittel aufbringen kann. Der Ausbau einer solchen Raffinerie kostet die runde Summe von 600 bis 700 Millionen Schilling, allerdings mit einer Jahreskapazität von 500.000 Tonnen hochwertigen Benzins. Das heißt, damit würde nicht nur für das in Österreich erzeugte und verbrauchte Benzin die Beimischung ausländischen Superbenzins wegfallen, sondern wir würden dazu gleichzeitig auch das Benzin in Qualität usw. merklich verbessern können. Allerdings könnte Österreich in diesem Falle, wie ich schon erwähnte, auf die Einfuhr ausländischen Benzins verzichten.

Aber noch etwas ist beim Ausbau und bei der Modernisierung der österreichischen Raffinerien zu beachten. Es wäre dadurch nämlich auch möglich, das Rohöl zu verbessern, und dasselbe gilt für Schmieröle, die qualitativ besser und damit auch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger würden. Derzeit wird ein Fünftel bis ein Viertel der hochwertigen Autoschmieröle nach Österreich eingeführt. Beim Ausbau einer der Raffinerien würden auch diese Importe wegfallen, weil das österreichische Rohöl bei Verbesserung des Raffinerieprozesses zur Herstellung hochwertigen Motorenöles bestens geeignet wäre.

Obwohl ohne Kenntnis der Sachlage seitens der ÖVP behauptet wird, daß die ÖMV Übergewinne erzielt, muß festgestellt werden, daß gerade die Preispolitik der verstaatlichten Industrie bestrebt ist, den inländischen Konsumenten weitgehend entgegenzukommen.

Nur ein kleines Beispiel: Zur Zeit der Ausbeutung unseres Erdöls durch die Sowjetische Mineralölverwaltung war ein Import an Benzin von 4000 Tonnen monatlich festzustellen. Von August bis Oktober ist diese Menge sprunghaft auf 14.000 Tonnen im Monat angestiegen. Es hat damit die Gefahr gedroht, daß das österreichische Erdöl, das wir neben der Haustür finden, liegenbleibt und das Importbenzin hereinkommt.

Was wäre bei einer solchen Sachlage auf vielen anderen Sektoren der Wirtschaft der Fall gewesen? Der Schrei nach Hochschutzzöllen, damit man die inländische Erzeugung absetzen kann. Der Minister Waldbrunner ist ganz andere Wege gegangen. Er hat nicht den Ruf nach Hochschutzzöllen erschallen lassen, sondern hat von sich aus, noch ehe sich die Preiskommission damit beschäftigte, eine Herabsetzung des Benzinpreises um 20 Groschen angeordnet. (*Abg. Dr. Hofeneder: Es war ein wochenlanger Sauhaufen!*) Diese offizielle Maßnahme, Herr Kollege Hofeneder, hat, wie Sie ganz genau wissen, dazu beigetragen, daß die Importe aus Italien aufgehört haben. Erst zu einem späteren Zeitpunkt, nachdem die Anordnung des Herrn Bundesministers Waldbrunner bereits öffentlich bekannt wurde — es hat viel Mißvergnügen dabei gegeben, das ist uns nicht unbekannt —, hat sich die Preiskommission damit beschäftigt, und man hat aus kommerziellen Erwägungen heraus gesagt: Setzen wir den Benzinpreis herunter, und wir werden auf diese Weise den Import des italienischen Benzins aufhalten können. Tatsache ist — das ist Ihnen genau so bekannt wie mir —, daß die italienischen Importe nahezu gänzlich aufgehört haben. Unser österreichisches Erdöl wird durch die Preispolitik der ÖMV als Inlandbenzin wieder gekauft. (*Abg. Dr. Hofeneder: Die 20 Groschen waren zuwenig, die 45 sind schon besser! Um 20 Groschen hat der Herr Minister gesenkt!*) Ja, 20 Groschen hat der Herr Minister gesenkt! Es war dies die erste Anordnung, noch ehe sich die Preiskommission damit beschäftigte. Denn das wissen Sie genau so gut wie ich, daß auch beabsichtigt war, beim Rohöl- und Gasölpreis eine Herabsetzung durchzuführen. Leider hat die Landwirtschaft hierfür zu dem damaligen Zeitpunkt noch wenig Interesse gezeigt. (*Zwischenrufe.*)

Aber diese Preissenkungsaktion bringt der ÖMV einen monatlichen Ausfall von 13,4 Mil-

tionen Schilling, eine zusätzliche Belastung zu den bereits durch den Staatsvertrag übernommenen Verpflichtungen. Man kann also sagen: eine Leistung, die sich wahrhaftig sehen lassen darf und die für sich in Anspruch nehmen kann, daß sie auch wirtschaftlich ist. Vergessen wir nicht, daß bei Übernahme des Betriebes ja noch keine Erfahrungen gesammelt waren, daß man hier einen Betrieb übernommen hatte, über den man überhaupt nichts wußte, weil ja die Verrechnungen direkt mit Moskau durch die Sowjetische Mineralölverwaltung erfolgten.

Aber man kann doch sagen, daß diese Preissenkungsaktion auch dazu beigetragen hat, daß Österreich heute an der Spitze jener Länder steht, die das billigste Benzin haben. Man übt Kritik und sagt: Na ja, 20 Groschen sind zuwenig, 45 Groschen sind schon besser usw. Man redet da herum, wie die Katze um den Brei. Wie sieht es in Wirklichkeit aus? Ich werde Ihnen ein Musterbeispiel sogenannter Privatinitiative geben! Es ist bekannt, daß italienisches Benzin nach Österreich eingeführt wurde. Aber auf wessen Kosten? Auf Kosten des italienischen Verbrauchers! In Italien kostet das Benzin 5,11 S per Liter. Man hat billig exportiert und wollte damit auf Kosten des italienischen Verbrauchers und der österreichischen Produktion weiter das Geschäft machen. (*Abg. Dr. Hofeneder: Das ist doch nicht unsere Sorge!*) Ja, aber es ist nur ein Musterbeispiel. Auch in Österreich gibt es Beispiele dafür, wie von Österreich auf Kosten des inländischen Verbrauchers ins Ausland exportiert wird. Und diese Preispolitik lehnen wir ab! (*Abg. Dr. Hofeneder: Auch bei Eisen und Stahl! — Ruf: Beim Eisen in erster Linie!*)

Der bundeseinheitliche Benzinpreis in Österreich von 3,10 S einschließlich Frachtausgleich bedeutet aber — und auch das, meine Herren, darf man doch nicht übersehen — auch für den Finanzminister eine beträchtliche Einnahme, denn der Benzinpreis von 3,10 S pro Liter beinhaltet ja 56 Prozent Mineralölsteuer. Das heißt, daß die Österreichische Mineralölgesellschaft auch vom fiskalischen Standpunkt für das Budget, aber auch für den Konsumenten durch die Preisverbilligung ein absolutes Positivum darstellt. Möge man also nicht übersehen und vergessen, daß schließlich auch der Herr Finanzminister ein Interesse daran hat, daß wir möglichst wirtschaftlich und zum Vorteil des gesamten Volkes diesen Reichtum unseres Landes nützen. Ich glaube, es ist damit der Beweis erbracht, daß die verstaatlichte Industrie für beide Teile, für den Konsumenten auf der einen und für den Staat auf der anderen Seite, eine positive Bedeutung hat.

Aber nun komme ich zu einem Problem, das in der Öffentlichkeit nicht wenig Überraschung ausgelöst hat. Es wurde bekannt, daß das Handelsministerium an die NIOGAS, Niederösterreichische Gasvertriebsgesellschaft, eine Konzession verliehen hat mit dem Inhalt, Schürfrechte usw. an diese Gesellschaft zu übergeben. Art. 22, §§ 1, 2 und 9, des Staatsvertrages spricht ganz deutlich davon, daß die Unternehmungen der ehemaligen SMV der Republik Österreich übertragen werden. Nun kommt man dahinter, daß das gesamte Gebiet, das der Republik Österreich übertragen wurde, im Ausmaß von 5700 km² an die NIOGAS übergeben werden soll zu einem Preis von 40 S pro Quadratkilometer und Vierteljahr. Allerdings nur für die ersten drei Jahre.

Ich glaube, daß diese Maßnahme des Handelsministeriums nicht richtig gewesen sein kann, denn das, was durch Vertrag bereits eindeutig festgelegt ist, kann man doch nicht auf der anderen Seite wieder aufheben. Das kommt mir so vor, als wenn ein Hausherr einen Mietvertrag rechtlich abschließt, aber mit einem zweiten Mieter, der gar nicht in der Wohnung ist, gleichzeitig einen Mietvertrag schließt und damit den ersten hinausbringen will. In diesem Falle ist es doch praktisch so, daß die Republik Österreich aus dem Erdölgebiet delogiert werden soll! Ich glaube also, daß dieses Vorgehen des Handelsministeriums zweifellos nicht richtig war und darüber noch manches zu sagen sein wird.

Aber es ist interessant, wer diese NIOGAS ist. (*Abg. Dr. Hofeneder: Das läßt sich leicht feststellen!*) Es handelt sich bei diesem Unternehmen um eine Gesellschaft, deren Anteile zu 50 Prozent vom Land Niederösterreich und zu 50 Prozent von der in Niederösterreich satzungsbekanntesten NEWAG geleistet wurden. Das Grundkapital beträgt derzeit 100.000 S und soll auf 3 Millionen Schilling erhöht werden. Ich frage nur: Wie kann eine Gesellschaft an die Ausbeutung von Erdöl denken, die 100.000 S Grundkapital hat? Es ist der Verdacht naheliegend, meine Herren, daß man das Geschäft mit der Rußlandanleihe vielleicht auch dazu verwenden wollte, um der NIOGAS wirtschaftlich auf die Beine zu helfen! (*Zwischenrufe der Abg. Dengler und Dr. Hofeneder.*) Wer sind nun die Personen der NIOGAS? (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.*)

Präsident **Hartleb**: Ich bitte um Ruhe!

Abg. Appel (*fortsetzend*): Aber Dengler, reg dich doch nicht auf! Es sind doch nur Tatsachen! (*Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident Hartleb: Ich bitte nochmals um Ruhe!

Abg. Appel (fortsetzend): Wer sind nun die Personen der NIOGAS? Die NEWAG ist der eine Teilhaber, Geschäftsführender Vizepräsident ist der Landesfinanzreferent Müllner von Niederösterreich. Da nun das Land Niederösterreich die Aufsichtsbehörde ist, gibt sich der Herr Landesrat Müllner den Auftrag, er möge den Geschäftsführenden Präsidenten der NEWAG kontrollieren. Und nun müssen wir doch folgendes feststellen: Bei der NIOGAS sprechen, wie ich schon sagte, keine wirtschaftlichen Gründe dafür, etwa Konzessionsrechte an die Gesellschaft zu übertragen, hier scheinen vielmehr lediglich politische Gesichtspunkte maßgebend zu sein, wozu noch kommt, daß der Herr Müllner mit der Gründung der NIOGAS das Bestreben hat, das von ihm bankrott gewirtschaftete Land Niederösterreich auf Kosten des gesamten österreichischen Volkes zu sanieren. *(Abg. Dengler: Laß dich nicht auslachen!)*

Ich glaube, meine Herren und Damen, daß man so nicht vorgehen darf und vorgehen kann. Wir haben Verständnis für die Sorgen des Landes Niederösterreich, und wenn der Herr Landesrat Müllner erklärt, die finanzielle Lage des Landes sei trostlos, so glauben wir ihm das aufs Wort. Wir müssen aber auch sagen, daß auch er einer jener Männer ist, die hierfür die Verantwortung tragen, obwohl wir nicht verhehlen wollen, daß diesem Lande zehn Jahre lang infolge der Besetzung Möglichkeiten genommen waren, sich wirtschaftlich so zu entfalten, wie dies anderen Bundesländern möglich war. *(Abg. Dengler: Na also, was regst dich denn dann auf? — Ruf bei der SPÖ: Dengler ist gereizt! — Abg. Dengler: Weil ich nicht leiden kann, wenn man über Niederösterreich etwas Falsches sagt!)* Ja, aber entschuldige, lieber Dengler ... *(Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident Hartleb (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, keine Zwischengespräche! *(Abg. Probst: Der Hofeneder redet auch immer, der Wiener Beißer!)* Ich bitte um Ruhe!

Abg. Appel (fortsetzend): Ich glaube, meine Damen und Herren, wir können absolut feststellen, daß die Erdölbetriebe, seitdem sie von der Österreichischen Mineralölverwaltung verwaltet werden, große Leistungen vollbringen. Die Preissenkungsaktion ist den Konsumenten bereits weitgehend entgegengekommen. Die Modernisierung der Raffinerien wird es ermöglichen, uns von weiteren Importen von Spezialbenzinen unabhängig zu machen. All das sind Gründe und Maßnahmen, die absolut dafür sprechen, daß diese

ganze Frage des österreichischen Erdöls wirklich eine Angelegenheit des gesamten österreichischen Volkes ist und nicht bloß die einer Gesellschaft sein kann.

Das österreichische Volk, besonders aber die Arbeiter und Angestellten sind tief beunruhigt, sie haben schließlich durch ihren Mut beigetragen, daß in diesen zehn Jahren diesem Land die Freiheit und die Demokratie erhalten blieben. *(Abg. Dengler: Wir sind auch nicht hinter dem Ofen gesessen!)* Geh in die Betriebe, lieber Freund Dengler, und horch dir die Stimmung an. Du wirst wissen, daß es nur eine Forderung gibt, nicht nur bei den Arbeitern und Angestellten, es ist die Forderung des österreichischen Volkes nach dem Erdöl! Wenn die schweren Lasten, die Österreich für den Staatsvertrag übernehmen mußte, vom gesamten Volk zu leisten sind, dann muß auch das ihm zurückgegebene Erdöl dem ganzen Volk gehören! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben daher, sehr geehrte Damen und Herren, eine absolut klare Stellung bezogen: Wir sind dafür, daß Österreich seine wirtschaftlichen Möglichkeiten nutzt, daß alles getan wird, um diesen Reichtum unseres Landes dem gesamten Volk, der gesamten Wirtschaft zuzuführen. Wofür wir nicht sein werden, das ist, daß aus politischen Gründen einer Gesellschaft Reichtümer überantwortet werden, die dazu beitragen sollen, die von Herrn Landesrat Müllner zugrunde gerichteten Landesfinanzen in Ordnung zu bringen. Wir sind der Auffassung: Auf das, was das gesamte Volk leistet, kann das gesamte Volk Anspruch erheben. Wir verlangen daher, daß dieser Reichtum dem gesamten Volk zugute kommt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Hartleb: Als nächster Redner ist der Herr Abg. Dr. Gredler zum Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Gredler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner zeigte Besorgnis über den Humor, den der Herr Präsident in seiner Rede zutage treten ließ, aber ich glaube, Humor hat noch nie geschadet, ein bißchen Humor macht nichts. *(Abg. Dr. Hofeneder: Humor ist, wenn man trotzdem lacht!)*

Ich zeige Besorgnis, wenn ich höre — und das habe ich vor fünf Minuten gehört —, daß sich das Land Niederösterreich in einer katastrophalen finanziellen Lage befindet. Ich zeige Besorgnis, wenn ich höre, daß die NEWAG zweifellos als eines der größten Unternehmen in unserem Land „satt-sam bekannt“ wäre. Ich zeige Besorgnis,

wenn ich von Ihnen, Herr Kollege Hofeneder, höre, in der Benzinsache herrschte wochenlang ein „Sauhaufen“. Ich als Abgeordneter der Opposition habe es nur nicht gewagt, hier so harte Worte zu sprechen. (*Abg. Doktor Hofeneder: Eine Woche lang!*) Ich bitte, also eine Woche lang, aber immerhin nach Ihren Worten ein „Sauhaufen“. Ich zeige auch Besorgnis, weil der Herr Abg. Appel gemeint hat, die ÖVP spreche ohne Kenntnis der Sachlage.

Ja, wenn die große, starke, die stärkste Regierungspartei ohne Kenntnis der Sachlage spricht, woher soll denn dann so ein kleiner Oppositionsabgeordneter wie ich die Kenntnis der Sachlage hernehmen? Sehen Sie, ich gebe auch zu, es fehlt mir die Kenntnis der Sachlage nur insoweit, als ich nicht wußte, ob ich bei diesem Ressort überhaupt zu diesem Thema sprechen kann, weil ich nun eigentlich nicht einmal weiß, bei welchem Ressort das Erdöl überhaupt behandelt werden muß. Aber mein Vorredner bringt es hier, daher darf auch ich hier dazu einiges sprechen.

Ich weiß aber auch einiges. Ich weiß, daß hier die Proporzhydra nicht etwa 26köpfig ist wie beim Rundfunk, aber mehrköpfig ist sie auch hier, stellenweise sogar mit Fachleuten durchsetzt. Auch im Ölwesen ist also eine solche Hydra da und dort vorhanden.

Ich weiß aber zum Beispiel wieder nicht, und ich fürchte, mit mir weiß es das ganze Vorhin so ehern zitierte österreichische Volk nicht, wo sich hier eigentlich die verstaatlichte und die nichtverstaatlichte Sphäre gegeneinander abgrenzen. Ich weiß auch nicht, wer bei diesen Verhandlungen und Gesprächen rund um die NIOGAS eigentlich Butter oder, sagen wir, Öl auf dem Kopfe hat. Ich weiß nicht, was eigentlich am 10. Mai 1955 den Engländern oder Amerikanern von verschiedenen Regierungsmitgliedern tatsächlich versprochen worden ist. Ich weiß nicht einmal, ob ... (*Abg. Probst: Warum reden Sie dann so viel, wenn Sie nichts wissen?*) Sie wissen es ja auch nicht genau, Herr Kollege! Ich weiß nicht, ob die ausländischen Eigentümer von Aktien und Anteilsrechten an den verstaatlichten Unternehmungen in der Form von Anteils- und Aktienrechten an diesen entschädigt werden sollen. Man weiß nicht, inwieweit ausländische Gesellschaften am Ölkomplex beteiligt sind oder beteiligt werden sollen. Man weiß schließlich nicht, ob die österreichischen Kapitalgeber in bezug auf die Entschädigung für ihren später verstaatlichten Besitz schlechter als die Ölkapitalisten des Auslandes behandelt werden. Eines wissen wir: daß wir Milliarden

an die Russen für diesen Komplex zu bezahlen haben, und wir haben gerade jetzt auch gehört, daß wir schon hunderttausende Tonnen geliefert haben.

Meine sehr Verehrten! Dieses Zistersdorfer Ölvorkommen, dessen wahrscheinliches Ausmaß von den Fachleuten bis zu 100 Millionen Tonnen geschätzt wird, ist zweifellos zum Segen unseres Vaterlandes noch nicht voll erschlossen worden. In einem 50 Kilometer breiten und über 200 Kilometer langen Wien umfassenden Becken sind ebenfalls reichlichere Vorräte als etwa in den vergleichbaren amerikanischen Sedimentationsgebieten. Wir könnten an 4 Milliarden Schilling Produktionswerte fördern und raffinieren. 1955 dürften wir 3,7 Millionen Tonnen gefördert haben — diese Zahl auf den Jahresabschluß bezogen —, obwohl das Matzener Feld mit 2½ Millionen Tonnen Jahresausbeute heute noch nicht einmal am Höhepunkt ist. Im gleichen Bereich haben wir auch neue Fundstellen. Wir hören, daß in Oberösterreich zusätzliche Ausbeutungsmöglichkeiten bestehen. In Europa sind wir heute nach Rußland und Rumänien der drittstärkste Erdölproduzent.

Das Gas ist, wie Sie wissen, noch völlig unzureichend erschlossen. Auch hier, würde ich sagen, bestehen zwar unzureichende Voraussetzungen, jedoch große wirtschaftliche Möglichkeiten. Die Kapazität unserer Raffinerien beträgt schon über 2 Millionen Tonnen. Der Inlandsverbrauch beträgt 1,5 Millionen Tonnen, sodaß wir große Möglichkeiten für den Export haben.

Nur in den ersten Phasen haben die Sowjets Einrichtungen demontiert, wie Sie wissen, und einen reinen Raubbau betrieben; später haben sie an die Bohrungen der Vorkriegszeit beziehungsweise an die Bohrungen der Kriegszeit angeschlossen. Mehr als 600 Sonden, davon über 80 Prozent erfolgreich, wurden im Laufe der Zeit niedergebracht.

Der Verkauf dieses wertvollen Rohstoffes lag bis vor wenigen Monaten bei der sowjetischen OROP. Durch die Liberalisierung ist die Vormachtstellung der Nachfolgeorganisation der OROP zweifellos erschüttert, denn so gut wie ohne Zollbelastung strömt ausländisches, vor allem italienisches Benzin ein. Der Benzinpreis wurde auf 3,10 S für das Liter herabgesetzt. Das österreichische Benzin ist, wie vorhin zu Recht gesagt worden ist, eines der billigsten, ich glaube, derzeit sogar das billigste in Europa.

Es herrschte — das sind nicht meine Worte, sondern die des Herrn Abg. Hofeneder — ein einwöchiger „Sauhaufen“, ich dachte sogar ein mehrwöchiger „Sauhaufen“. Das

Importbenzin beginnt neuerlich diesen Preis zu unterbieten. Ich habe zu diesem Problem noch einiges zu sagen, ich werde aber nicht ins Detail eingehen.

Feststeht — und das haben diese wenigen Zahlen bewiesen —, daß ungeheure Chancen ungenützt bleiben. Wir sind uns darüber klar — und meine Vorredner haben darauf hingewiesen —, daß 600 bis 700 Millionen Schilling für die Einrichtung moderner Raffinerieanlagen notwendig wären. Wir sind uns darüber klar, daß die Finanzkraft unseres Landes vielleicht nicht ausreicht, um alle Probleme der Förderung, der Raffinierung und des Exportes zu lösen. Sicherlich wird man erwägen müssen, ob wir mit ausländischen Gesellschaften vernünftige Verträge schließen können, aber das, was jetzt geschieht, ist, soweit man überhaupt durch diesen Vorhang durchschauen kann, eine Planlosigkeit, ein ausgesprochenes Tauziehen zwischen den Ressorts, ein Tauziehen innerhalb der Koalition, und zwar gleich um verschiedene Probleme: Verstaatlichung oder nicht, Sofortversprechen oder nicht, ausländische Kredite vom Westen oder sogar vielleicht vom Osten, Entschädigung der früheren Erdölgesellschaften, Beteiligung derselben.

Wir von der freiheitlichen Opposition haben uns ja schon an derlei gewöhnt, wir befürchten aber, daß man hier in dieser so besonders wichtigen Frage um diesen vielleicht bedeutsamsten Rohstoff unserer Heimat, wie auch sonst so oft, nicht durch Überlegungen wirtschaftlicher Natur entscheiden wird. Wir befürchten, daß Millionen-, ja Milliardenwerte unausgenützt bleiben, vielleicht sogar verschleudert werden, weil die Regierung an sich nicht weiß, was sie eigentlich will. Auch das sind wir gewohnt. Aber wir hätten es schon begrüßt, wenn wenigstens wir Abgeordnete einmal klar sehen könnten, was überhaupt im Erdölsektor vorgeht. Das würde auch jenes von meinem Vorredner zitierte österreichische Volk begrüßen, das sich ebenfalls nicht auskennt, das vor allem völlig verschiedene Darstellungen bekommt und zu dessen Besten das Erdöl ausgebeutet werden soll. Es soll ja der Exportfaktor sein, es soll der Rohstoff unserer Heimat sein, es soll uns die Möglichkeit geben, die derzeit ungünstige Handelsbilanz, ja die langsam auch ungünstiger werdende Zahlungsbilanz unserer Heimat zu verbessern. Ich bezweifle, daß es tatsächlich gleichgültig ist, ob diese oder jene Vorschläge durchgehen, das heißt, daß die Entscheidung so getroffen wird, daß sie dem österreichischen Volk nützen wird. Ich bezweifle, daß wir es hier im Parlament erfahren werden, worum es eigentlich geht.

Ich bin eher gewiß, es wird irgendein Sechser-, vielleicht auch ein Sechszwanzigerausschuß, vielleicht ein Viererausschuß, vielleicht irgendeiner jener unserer Proporzköpfe, irgendeiner jener Institutionen, die niemals in unserer Verfassung vorgesehen waren, letztlich die Entscheidung treffen.

Meine sehr Verehrten! Ich werde nun nach dem bereits breit erörterten Erdölsektor einige Worte zu den Österreichischen Bundesbahnen im Budget sprechen. Die getrennte Anordnung der betriebsähnlichen Verwaltungszweige und ihre weitere Aufgliederung im Budget soll den Zweck erfüllen, wie es heißt, „Untersuchungen über die Rentabilität und Zweckmäßigkeit dieser Verwaltungszweige anzustellen“. Es besteht also das Bedürfnis, solche Untersuchungen bei den Kleinbetrieben des Staates — Ökonomien, Konvikten usw. — durchzuführen. Wie steht es aber mit dem erwerbswirtschaftlichen Großbetrieb der Österreichischen Bundesbahnen? Zunächst muß festgestellt werden, daß ein „Kassaplan“ allein, eine Gegenüberstellung der Geldeinnahmen und der Geldausgaben, keinen Aufschluß über die Rentabilität und die Zweckmäßigkeit der Gebarung geben kann. In Abschnitt VII des Teilheftes zu Kapitel 29 ist daher der Ausdruck „Wirtschaftsvoranschlag(-erfolg)“ unzutreffend.

Der sogenannte Betriebsverlust betrug 1954 rund 308,3 Millionen Schilling, im Voranschlag 1955 rund 695,7 Millionen Schilling und beträgt im Voranschlag 1956 rund 717,9 Millionen Schilling. Eine steigende Tendenz ist daher unverkennbar.

Über Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit geben diese Zahlen keinen zureichenden Aufschluß. Wohl ist eine Position „Wertabschreibungen“ im Sachaufwand vorgesehen, aber diese Zeile ist leer geblieben. Nirgends ist erkennbar, welches Volksvermögen eigentlich in diesen Riesenbetrieb investiert ist, welches die jährliche Wertverminderung dieses Vermögens ist und wie Sorge getragen wird, die investierte Substanz zu erhalten. Wirtschaftlichkeitsrechnungen lassen sich überhaupt nicht aufstellen. Die Rentabilität von Investitionen ist leider nicht feststellbar.

Die Bundesbahnen sind kein eigener Wirtschaftskörper und scheinen nur mit ihren Bruttoausgaben einerseits und ihren Bruttoeinnahmen andererseits im Bundesvoranschlag auf. Wenn wir sie mit den verstaatlichten Unternehmungen vergleichen, so sehen wir, daß diese als Kapitalgesellschaften erhalten geblieben sind. Dort gibt es eine Schilling-eröffnungsbilanz, eine Ermittlung des Neuwertes, des Zeitwertes als neuen Bilanzwert und der Wertminderungsquoten. Es gibt ein-

gehende Untersuchungen, ob und inwieweit diese Bewertungen mit dem Ertragswert der Unternehmungen übereinstimmen, kurz, es gibt alle die Vorsorgen, die auch in der Privatwirtschaft eine Selbstverständlichkeit sind.

Wir begrüßen das, aber wir sehen nicht ein, warum gerade bei den Österreichischen Bundesbahnen eine Ausnahme sein muß. Hat der Steuerträger bei der Steigerung des Defizits trotz der so oft von der Koalition behaupteten Überkonjunktur der Volkswirtschaft nicht das gleiche Recht wie der Aktionär oder der Gläubiger eines Unternehmens, Klarheit über die Wirtschaftsgebarung des größten staatlichen Betriebes zu erlangen?

Aus dem sogenannten Wirtschaftsvoranschlag ist nur ersichtlich, daß die Einnahmen von 4,16 Milliarden Schilling im Jahre 1954 auf 4,52 Milliarden Schilling 1956, das heißt also um 8,6 Prozent, steigend und die Ausgaben von 4,47 Milliarden 1954 auf 5,24 Milliarden Schilling 1956, also um 17,3 Prozent, steigend angenommen worden sind. Das Defizit 1956 beträgt also das Zweieindrittel des Defizits von 1954. Für den Voranschlag 1955 der Österreichischen Bundesbahnen ist keine Vergleichsbasis vorhanden, da bekanntlich das Defizit von 1955 größer sein wird, als im Voranschlag vorgesehen war. Wo sind die Auswirkungen der produktivitätssteigernden Investitionen, der Elektrifizierung, die Auswirkungen einer doch schließlich notwendigen Rationalisierung?

Wenn Sie den Geschäftsbericht der Österreichischen Bundesbahnen für das Jahr 1954 zur Hand nehmen, um einen tieferen Einblick in die Gebarung dieses Jahres zu erlangen, dann ergibt sich folgendes. Nebenbei möchte ich sagen, daß der Geschäftsbericht mit statistischen Darstellungen und Bildern ausgezeichnet ausgestattet ist, die zahlenmäßigen Angaben leiden jedoch unter genau dem gleichen Mangel wie die des Bundesvoranschlages selbst. Die kassamäßigen Einnahmen und Ausgaben sind wohl tiefer gegliedert, aber über die Wirtschaftlichkeit der Gebarung und die Wirtschaftlichkeit der Investitionen haben wir auch hier keinen Aufschluß. Die Betriebszahl 1954, das heißt die Betriebsausgaben in Prozent berechnet zu den Betriebseinnahmen, zeigt wohl gegenüber 1953 und 1952 eine leichte Besserung. Wir haben 1952 129 als Betriebszahl, 1953 123 und 1954 122. Aber in keinem dieser Jahre sind Abschreibungen enthalten, die mit Rücksicht auf die großen Investitionen bedeutend gestiegen sein müßten. Es würde sich ein ganz anderes, aber zweifellos richtiges Bild ergeben, wenn in den Betriebsrechnungen auch die Wertminderungen durch Abnutzung der Substanz in Erscheinung treten könnten.

Die Leistungen, die Einnahmen und Ausgaben sind in allen Verkehrssparten absolut gestiegen. Der Personalstand ist niedriger geworden, die Zahl der Pensionsparteien leicht angestiegen. Die Summe des aktiven Personals und der Pensionisten ist seit den Vorjahren gefallen. Im Jahre 1954 war der Stand 89.000 Pensionisten und rund 73.000 Aktive im Jahresdurchschnitt. Das sind um rund 20 Prozent mehr Pensionisten als Aktive. Die Pensionslast, die von der Bundesbahn allein getragen werden muß, betrug 1954 rund 1,3 Milliarden Schilling gegenüber einem Aktivitätsaufwand von 1,7 Milliarden Schilling, das heißt um 28 Prozent weniger als der Aufwand für das tätige Personal.

Es ist allerdings ein Erfordernis der Objektivität, festzustellen, daß sich, wenn man die Zahlen genau durchrechnet, auch die Zahl der Bediensteten auf die Betriebslänge und die Leistungen, also Bruttotonnenkilometer, Wagenachslänge usw., relativ ein etwas günstigeres Verhältnis ergibt als in den vergangenen Jahren.

Abschließend zu diesem vielleicht etwas zu breit ausgeführten Zahlenmaterial — aber es mußte einmal notwendigerweise hier gesagt werden — folgendes: Es ist zweifellos nicht nur im Sinne der Bevölkerung, sondern auch im Sinne der Geschäftsleitung der Österreichischen Bundesbahnen und ihres Ansehens gelegen, wenn durch eine entsprechende kaufmännische Wirtschaftsrechnung alle negativen, aber auch alle von mir angeführten positiven Elemente der Wirtschaftsführung klargestellt würden. Es würde dann offen aufgezeigt werden, welche außergewöhnlichen Belastungen, die mit der laufenden Betriebsführung nichts zu tun haben, von der Bundesbahn ebenfalls getragen werden müssen.

In der Bildung eines eigenen Wirtschaftskörpers mit einer Rechnungslegung, wie sie etwa bei den Aktiengesellschaften selbstverständlich ist, und in einer Entlastung der Bundesbahnen von den schweren historischen Lasten liegt ein auch im Interesse der Geschäftsleitung und der psychologischen Auswirkungen für das Bahnpersonal gelegener Weg für eine vielleicht einmal doch zu erreichende Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen. Ich glaube schon, man kann sagen, daß ein Eisenbahner, der sich um diese Probleme bekümmert, seine schwere Dienstpflicht leichter erfüllen wird, wenn er dem entrüsteten Reisenden — passiert einmal diese oder jene Panne oder tritt diese oder jene Schwierigkeit ein — in Kenntnis der Zahlen des Staatsbudgets vorrechnen kann, welche Millionenbeträge täglich von den Steuerträgern für das historische, aber auch für das laufende

4208 88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955

Defizit der Bundesbahnen aufgewendet werden müssen. Das abschließend zu einer kaufmännischen Wirtschaftsrechnung auch auf dem Sektor der Österreichischen Bundesbahnen.

Ich möchte im Anschluß daran ein etwas heikles Kapitel erwähnen, und zwar das von mir bereits einmal im Parlament angeschnittene Kapitel, das den Personalsektor betrifft. Sie werden sich erinnern können, es war, glaube ich, vor einigen Monaten; da hat ein kleiner Beamter in einer sonntäglichen Weinlaune in einer unerhörten Pflichtvergessenheit zehn Menschen in den Tod geschickt. Welche schlechten Vorbilder haben diesem Mann den Mut gegeben, seine Pflicht so leicht zu nehmen, daß er sogar ein Kind mit der Erfüllung seiner Pflichten betraut hat! Es hat sich herausgestellt, daß dieser Mann die fachlichen Prüfungen nicht bestanden hat. Er war außerdem als Trinker bekannt. Ich erinnere an die letzte Rechnungshofdebatte, wo der Rechnungshof ein oder zwei solcher Trinkerfälle aufgegriffen hat. Auch sein Verhalten wurde angezeigt. Dies alles ist jedoch von der vorgesetzten Dienststelle nicht beachtet worden. Wie ist es möglich, daß er auf einem solchen verantwortlichen Posten belassen werden konnte, obwohl man wußte, daß er die charakterlichen Qualitäten dazu nicht gehabt und auch die Berufseignung nicht nachgewiesen hat? Man überließ diesem Mann die Eisenbahnzüge mit Hunderten von Reisenden wie ein Riesenspielzeug. Von dem Fingerdruck seiner alkoholzitternden Hände war das Leben und die Gesundheit zahlloser Menschen abhängig.

Liegt hier nicht einer jener Fälle vor, wo die Parteizugehörigkeit wichtiger war als die mangelnde Eignung? Müssen wir nach den Geschehnissen der letzten Zeit nicht befürchten, daß in unserem Staat auch in anderen wichtigen Stellen wie Gleisen und Weichen solche Weichensteller vom Schlage eines Ehrlich sitzen, die nicht nur das Leben von hunderten Menschen, sondern vielleicht viel mehr, ja die Existenz des Staates als solchen gefährden können? Soll das Parteibuch bei Aufnahme, bei Belassung, bei Entlassung, bei Avancements von Bediensteten bis in die höchsten Funktionen maßgeblich sein und nicht allein Verantwortungsgefühl, Befähigung und Leistungsvermögen? (*Beifall bei der WdU.*) Damit würde ein weiterer Schritt — nicht ein wirtschaftlicher, ein anderer — zur Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen getan werden. Erinnern wir uns, daß es doch im vergangenen Jahr nach dem Geschäftsbericht vier schwere Unfälle gegeben hat, die durch Bahnverschulden entstanden sind und tödlich ausgingen.

Meine sehr Verehrten! Ich habe schon einmal in der Rechnungshofdebatte auf die Verpolitisierung auf diesem Sektor hingewiesen. Ich habe damals — oder war es in der letzten Budgetdebatte — auch über die Wahlordnung gesprochen. Sie wurde inzwischen zweifellos behandelt, wenn auch die parteilosen Gruppen nur bis zu 40 Prozent überhaupt in den Besitz der Stimmzettel gelangen konnten.

Aber erlauben Sie, daß ich hier ein wenig vom Thema abschweife. Es ist doch so, daß in der Generaldebatte ein Abschweifen vom Thema durchaus erlaubt ist. Diese Gepflogenheit ist zwar in den letzten Jahren nicht mehr geübt worden, und als ich, anschließend an den Gebrauch von früher, in der Generaldebatte allgemein politische Grundzüge erörtert habe, da bin ich von allen Seiten, von den Zeitungen und auch mündlich gerügt worden. Man hat vergessen, daß das eine demokratische Gepflogenheit ist. Inzwischen hat der Gebrauch der Generaldebatte auf die einzelnen Sektoren in die Spezialdebatte hinein übergegriffen. Aber seien Sie mir nicht böse: Was dem einen bei dem „perfekten Rufmord in Causa Benjamin Schreiber“ zugestanden wurde, sollte dem anderen wohl auch bei dem allgemeinen Postulat von Freiheit und Demokratie erlaubt sein. So oft wir nämlich bei der Frage der demokratischen Willensbildung über das Prinzip der Entpolitisierung und über die Verhinderung von Parteiterror sprechen, da tönen uns Rufe entgegen: „Soweit kommt es noch, daß ihr uns Demokratie lehrt!“ Oder wenn etwa von der autoritären Zeit von 1934 bis 1938 gesprochen wird, ist es ein Ruf an uns Junge: „Damals wart ihr noch gar nicht auf der Welt!“ Ich erinnere mich; es sprach der Abg. Zeillinger von unserer Fraktion in der Justizdebatte, da wurde ihm dies zugerufen. Dabei war der Abg. Zeillinger niemals Mitglied der NSDAP. Aber auch bei ihm kam immer das ewige Argument: „Ös seid's die Nazi! Ihr habt zu Fragen der Demokratie zu schweigen!“

In den Ausschusssitzungen wie auch im Haus beschuldigen sich die Abgeordneten der Regierungsparteien durchwegs gegenseitig des Gesinnungsterrors, der Schaffung von politischen Sonderrechten, des Aufbaues von Machtapparaten der eigenen politischen Richtung. Ich behaupte nicht, daß die Vorwürfe der einen gegen die andere Richtung unrichtig sind. Ich bin überzeugt, daß sie vielmehr beide recht haben. (*Abg. Probst: Gehört das auch zum Verkehr?*) Ich komme schon zum Verkehr zurück! Ich habe ja einleitend gesagt, was dem einen der „perfekte Rufmord“ ist, ist mir Freiheit und Demokratie. (*Weitere Zwischenrufe.*) Wenn Sie aber die Sitzung

in die Länge ziehen wollen, bitte. Ich glaube, Sie halten mich schon für geistig genug befähigt, daß ich da bei jedem zweiten Satz auf den Verkehr zurückkomme. (Abg. Prinke: Das ist also doch ein Mißbrauch!)

Wollen Sie mir also vielleicht erlauben, zu diesem Punkt noch kurz einige prägnante Dinge zu sagen. Anscheinend ist es Ihnen unangenehm, sonst hätten Sie mich nicht unterbrochen. Wollen Sie aber zur Kenntnis nehmen, daß, während die einen in den dreißiger Jahren von der Diktatur des Proletariats sprachen und die anderen den autoritären Ständestaat vorbereitet haben, die Wählerschaft des Schober-Blocks, der Großdeutschen Volkspartei und des Landbundes am entschiedensten für das Programm der Demokratie eingetreten sind. Erst als nach 1934 sich in dieser Gruppe, die etwa ein Fünftel der österreichischen Wählerschaft umfaßte, die Nationalsozialisten durchgesetzt hatten, weil Illegalität immer das Radikale fördert und weil in einem autoritären Staat eben ein freiheitliches Programm unmöglich wurde, erst damals kam die Wendung. Ich bin davon überzeugt, daß damals auch unter den illegalen Sozialdemokraten eine sehr starke Gruppe revolutionärer Sozialisten vorhanden war, die erst später unter dem handgreiflichen Nachweis des praktischen Marxismus durch die östliche Besatzungsmacht wieder eine Wendung von links zur Mitte gemacht hat. Ich möchte bei diesem Anlaß auch daran erinnern, daß es gerade Angehörige der Fraktion der Großdeutschen Volkspartei gewesen sind, die versucht haben, die parlamentarische Demokratie zu retten, und sich gegen das ungesetzliche Verbot der Sozialdemokratischen Partei entschieden ausgesprochen hatten.

Soweit, was die Älteren betrifft. Was aber uns Jüngere angeht, die wir damals „noch nicht auf der Welt waren“, die unter Dollfuß und Hitler noch nicht oder gerade volljährig wurden, so mußten wir die Suppe auslöffeln, die Sie, die Väter und Onkeln der Ersten Republik, uns eingebrockt haben. Wir werden uns daher in diesen und anderen Kapiteln nicht scheuen, das Programm der Freiheit, der Demokratie und der Brechung des Parteiproporz auf dem Sektor Bundesbahn, Erdöl oder wo es immer ist, zu vertreten, und uns durch die Leier lächerlicher Schlagworte nicht beirren lassen.

Ich komme zum Thema verstaatlichte Betriebe und sonstige Kapitalbeteiligungen des Bundes. (Abg. Probst: Sagen Sie uns lieber, wie Sie sich die Lösung der Erdölfrage vorstellen!) Ich stelle mir die Lösung der Erdölfrage gar nicht vor, denn ich bin als Abgeordneter nicht entsprechend informiert. Ob das für

die demokratische Republik spricht oder nicht, gebe ich Ihrer Beurteilung frei. (Beifall bei der WdU. — Abg. Dr. Reimann: Der Zentralsekretär der Sozialistischen Partei weiß es auch nicht!)

Nun das Vorerwähnte, die verstaatlichten Betriebe. Sie erscheinen im Bundesfinanzgesetz unter B nur namentlich angeführt und sonst in der Budgetpost „Erträge der Anteilsrechte des Bundes an verstaatlichten Unternehmungen“ mit 27 Millionen, das ist Kapitel 24 Titel 7, Investitionsfonds, sowie mit dem gleich hohen Betrag unter Überweisung an die Kassenverwaltung für die Beteiligungen und Darlehen des Bundes auf.

Eine Beurteilung der Erträge dieser Anteilsrechte des Bundes und damit der Rentabilität der verstaatlichten Unternehmungen wird erst besser möglich sein, wenn die für die Schillingeröffnungsbilanzen durchgeführten Neubewertungen und damit in den Unternehmungen gebundenen Kapitalien sowie die auf Grund der SEB. richtiggestellten Werte der Anteilsrechte des Bundes und der Abschreibungen uns allen bekannt sind. Dann erst wird es möglich sein, die Ertragnisse zu den Werten der Anteilsrechte in ein Verhältnis zu bringen und auf Grund dieser Relation den Gewinn- oder vielleicht auch den Verlustkoeffizienten irgendwie klar zu sehen, festzustellen und darüber eingehend zu sprechen. Ich möchte daher zu diesem Kapitel nichts sagen, weil es interessanter, wichtiger, besser ist, erst dann, wenn uns im nächsten Jahr das gesamte Zahlenmaterial vorgelegt wird, ausführlich dazu zu sprechen.

Gestatten Sie mir nur noch einige Hinweise auf die intereuropäische Verkehrssituation. Die Beauftragten der Europäischen Verkehrskonferenz studieren derzeit eine Reihe bedeutsamer Fragen. Ein Sachverständigenausschuß unter dem französischen Abgeordneten Lemaire in Straßburg hat einen sogenannten Straßburger Verkehrsplan ausgearbeitet, und es sollen von dort her regelmäßig konkrete Vorschläge kommen. Auch auf dem Gebiet des Flugverkehrs — übrigens ein Gebiet, das ja in Österreich weder ressortmäßig geklärt ist noch bei dem überhaupt die entsprechenden Zuständigkeitsfragen, Kapitalienfragen usw. bisher einvernehmlich irgendwie dargelegt wurden — wird es eine immer steigende europäische Zusammenarbeit geben.

Es kann vielleicht erwartet werden, daß bei dem Straßeninvestitionsfonds die Dinge leider schlechter liegen, weil die Brüsseler Sachverständigen der Messina-Konferenz-Staaten gleich den Schuman-Plan-Staaten diesen Plan in Brüssel vorläufig zurückgestellt haben.

Ich möchte so wie im vergangenen Jahr, nur wesentlich kürzer, darauf hinweisen, daß die verkehrstechnische Integration in Europa fortschreitet und daß auch darin ein Argument liegt, warum wir endlich, nachdem unser Ansuchen um den Beitritt in die Vereinten Nationen positiv entschieden wurde, diesen Antrag, zu dem der Abg. Stürgkh vor wenigen Tagen hier gesprochen hat, positiv erledigen und nach Straßburg und in andere europäische Wirtschaftsorganisationen gehen sollen.

Darf ich in diesem Zusammenhang nur ein kleines Wort der Kritik anbringen, und zwar in der Sache der sogenannten Transeuropa-Expreßzüge. Es ist, glaube ich, über Anregung der holländischen Bahnverwaltung zwischen den Eisenbahnverwaltungen Frankreichs, Luxemburgs, Deutschlands, Italiens — übrigens auch der Schweiz — eine Vereinbarung, daß Schnellzüge als sogenannte TEE-Züge, transeuropäische Expreßzüge, geführt werden. Diese Idee geht in ganz Westeuropa immer mehr und mehr zur positiven Durchführung. Denn die internationalen Züge waren reichlich schwerfällig. Sie hatten verschiedene Kopfbahnhöfe, in verschiedenen Stationen kam es unter Zeitverlust zu einer Zerlegung des Zuges, einzelne Waggonen, einzelne Zugteile gingen an verschiedene Orte, und daher war ein relativ langer Aufenthalt nicht vermeidbar. Man hat sich bei diesem holländischen Vorschlag auch auf die Vorbilder gestützt, die die bisherigen Städteschnellzüge mit sich gebracht haben. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, daß man in Österreich das auch mehr verwirklicht. Ich habe es in Linz vermißt — die Bevölkerung vermißt es auch —, daß abends ein späterer Triebwagen von dort nach Wien geht. Diese Städteschnellzüge bewähren sich im Ausland gut, und die TEE-Züge sind eine Art Transmission auf das intereuropäische Feld.

Nun mußte ich feststellen, daß Österreich in dieser Organisation fehlt, und ich möchte vielleicht meine Ausführungen zu diesem Kapitel damit schließen, daß das Verkehrsministerium sich auch dieser intereuropäischen Dinge mehr annehmen möge. Insbesondere auch dieser transeuropäischen Züge, weil es dem Fremdenverkehr schaden würde und verkehrsschädigend wäre, wenn gerade Österreich außerhalb eines so vernünftigen Projektes bliebe.

Meine Damen und Herren! Das war einiges zum Kapitel Verkehr. Wir vermissen, um abzuschließen, in der Erdölfrage eine entsprechende Klarheit. Wir sind heute noch nicht imstande, auf das neueste Zahlenmaterial gestützt, zu der Frage der verstaatlichten Betriebe wirtschaftlich und sachlich ent-

sprechend Stellung zu nehmen. Auf dem Sektor des Verkehrs wurde ja viel von uns gesagt, das Positive nicht unerwähnt gelassen, zahllose Mängel freigelegt, vor allem der Ruf nach einer vernünftigen Wirtschaftsrechnung, die durchaus auch im Interesse des Verkehrsministeriums und der Bundesbahn selbst gelegen wäre, vorgebracht.

Ich darf mit der Hoffnung schließen, daß im nächsten Jahr diese unsere Wünsche geklärt werden mögen, daß aber vor allem auch auf dem personellen Sektor der Weg vom Parteibuch zur Sachlichkeit, zum Leistungsprinzip gegangen wird. (*Lebhafter Beifall bei der WdU.*)

Präsident **Hartleb**: Als nächster Proredner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Weinmayer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Weinmayer**: Hohes Haus! Wohl keine Teilgebiete des Voranschlages finden beim österreichischen Volk mehr Beachtung als die, welche das Signum einer politischen Partei tragen. Und hier sind es besonders die österreichischen Bundesbahnen, die von der Sozialistischen Partei zu einem Parteibetrieb gemacht wurden, deren Mängel verschiedenster Art die Bevölkerung das ganze Jahr hindurch in Atem halten; angefangen von dem nun schon zur Gewohnheit gewordenen und von meinem Vorredner erwähnten 1,5 Milliarden Schilling-Defizit über die verhängnisvollen Auswirkungen der sturen marxistischen Personalpolitik, die für alles eine Entschuldigung findet, wenn der Schuldtragende bei der Sozialistischen Partei organisiert ist, bis zu Streikdrohungen für Ziele, die vernünftigen und vertretbaren Forderungen der Eisenbahner gänzlich fernliegen.

Nach der Ansicht des überwiegenden Teiles der Österreicher ist die Bundesbahn ein Verkehrsbetrieb, dem Aufgaben verkehrstechnischer Natur gestellt sind und dessen Personal gewillt und auch befähigt ist, seinen Verpflichtungen voll und ganz nachzukommen. Fast überall dort, wo es bei der Bundesbahn nicht klappt, wo Mängel schwerster Art Personen- und Sachschäden verursachen, findet man letzten Endes eine rücksichtslos durchgeführte marxistische Parteipolitik als den verantwortlichen Faktor. (*Abg. Lackner: So wie bei der NEWAG!*) Das österreichische Volk weiß, daß das Ergebnis der Personalvertretungswahlen bei der Bundesbahn ganz und gar nicht der wirklichen politischen Einstellung der Eisenbahner entspricht. (*Abg. Freund: Was Sie nicht sagen!*) Aber durch Terror, wirtschaftlichen und politischen Druck gelingt es noch immer, jedesmal ein Wahlergebnis zu erreichen, das die Bundesbahn als eine sichere Domäne der Sozialistischen Partei

erscheinen läßt, für deren Defizit aber das ganze österreichische Volk aufkommen muß.

Nach den sozialistischen Blättern und nach dem, was die Redner der Sozialistischen Partei bei jeder sich bietenden Gelegenheit erklären, blüht ja bei der Bundesbahn die Blume der Demokratie in Reinkultur. Das österreichische Volk weiß, daß auf keinem Sektor der österreichischen Wirtschaft der Gesinnungsterror ärger wütet als bei der Bundesbahn und bei den verstaatlichten Betrieben, das heißt überall dort, wo der Zentralsekretär der Sozialistischen Partei und Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe die Möglichkeit hat, in Personalangelegenheiten richtunggebend zu wirken. Nirgends in Österreich wirkt sich marxistische Unduldsamkeit verheerender für die Nichtmarxisten aus als dort, wo Herr Waldbrunner (*Abg. Rosa Jochmann: Minister Waldbrunner!*) die Macht hat, über das Schicksal und den Arbeitsplatz politisch Andersdenkender entscheiden zu können.

Ob sich dieser Terror auf die Dauer wird halten können, das steht natürlich auf einem anderen Blatt. Im Leben der Menschen und auch im Leben der politischen Parteien ändern sich die Verhältnisse rasch. Jeder ungerechte Druck, jeder Terror findet einmal sein Ende, und in einer Demokratie vielleicht früher als in einem Königreich. (*Abg. Freund: Hoffentlich!*) Volksdemokratische Methoden lassen sich nicht ganz gefahrlos in einem demokratischen Staatswesen anwenden. (*Abg. Weikhart: Sie machen sich ja lächerlich da oben!*) Was der Herr Zentralsekretär und Verkehrsminister Waldbrunner in einem kommunistischen Staat erlernt hat, das läßt sich unter anderen Vorzeichen nicht ohne entsprechende Auswirkungen auf das demokratische Österreich übertragen.

Das österreichische Volk weiß heute, daß die SPÖ unter der Führung Waldbrunners bei den Bundesbahnen und bei den verstaatlichten Betrieben den Boden der Demokratie verlassen hat. Nur das rote Parteibuch, wie wir heute schon gehört haben, entscheidet über die Aufnahme, das Vorwärtstommen und schützt auch vor gerechtfertigter Entlassung. (*Abg. Zechtl: Über die technischen Prüfungen haben Sie wohl noch nichts gehört?*)

Schwingt Minister Waldbrunner über die Arbeitsstätten die rote Fuchtel, so machen andere seiner Mitgenossen dasselbe bei den Wohnungsvergebungen. Das Volk kennt diese Mißstände und würde es auch nicht verstehen, wenn diese Ungerechtigkeiten, dieser Terror gegen die Nichtmarxisten im Rahmen der Debatte über die Bundesbahn und die verstaatlichten Betriebe heute hier unerwähnt bliebe. (*Abg. Weikhart: Bringen Sie endlich einmal ein Beispiel von diesem „Terror“!*)

Aber nicht nur gegen die nichtmarxistischen Mitbürger führt die Sozialistische Partei einen zähen Kampf, auch die Bundesländer, in denen die Sozialisten mangels der erforderlichen Wählerstimmen nur wenig Einfluß auf die Geschicke des Landes haben, bekommen die wirtschaftliche Macht der SPÖ beziehungsweise des Herrn Verkehrsministers drastisch zu spüren. Ein Beispiel ist Niederösterreich. (*Abg. Appel: Siehe NEWAG!*) Während in Kärnten, das einen sozialistischen Landeshauptmann und eine KELAG hat, mit den amerikanischen Hilfgeldern und den Steuergeldern aller Bevölkerungsschichten — der Arbeiter, Angestellten, Bauern, Handels- und Gewerbetreibenden — unbekümmert und kontrolllos drauflosgewirtschaftet wurde, Villen und Privatstraßen erbaut und Mammutgehälter ausgezahlt wurden, war diese von Ihnen heute so oft geschmähte NEWAG mit ihrem verdienstvollen Präsidenten Landesrat Müllner gezwungen, aus eigener Kraft die Kampftalwerke aufzubauen. (*Beifall bei der ÖVP. — Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Horr: Wer hat denn das Südbahn-Hotel gekauft?*)

Präsident **Hartleb** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe!

Abg. Weinmayer (*fortsetzend*): Der Herr Zentralinspektor der Österreichischen Bundesbahnen, Herr Nationalrat Weikhart, regt sich heute furchtbar auf. (*Abg. Weikhart: Über Ihre Rede kann man nur lachen!*) Die österreichische Bevölkerung hat eine hohe Meinung von einem Zentralinspektor. (*Anhaltende Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Wenn wir heute in einer Monarchie leben würden, würden Sie goldene Lampas tragen! Stellen Sie sich vor, wenn die Bevölkerung Sie in diesem Zustand sehen würde! (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Weitere lebhaftige Zwischenrufe bei den Sozialisten. — Präsident Hartleb gibt erneut das Glockenzeichen. — Abg. Probst: Der Müllner bekommt einen neuen Vornamen: „Panhans“-Müllner!*) Für Niederösterreich hatte ja, Hohes Haus, der Herr Verkehrsminister kein Geld, weil ja Niederösterreich keine Domäne der Sozialistischen Partei ist. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Verehrte Damen und Herren! Es bleibt allen Niederösterreichern in unauslöschlicher Erinnerung, daß nicht nur die Besatzungsmacht, sondern auch die Sozialisten es verstanden haben, die Inangriffnahme des Baues von Ybbs-Persenbeug jahrelang hinauszuschieben und zu verhindern. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Stürmischer Widerspruch bei den Sozialisten.*)

Allen Österreichern ist die große Benachteiligung Niederösterreichs in den vergangenen

4212 88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955

zehn Jahren bekannt. Vom Kriegs- und Nachkriegsgeschehen schwerstens betroffen, seiner Naturschätze beraubt, die Produktionsmittel fast stillgelegt, mußte die Bevölkerung Niederösterreichs unter schwersten Bedingungen den Wiederaufbau beginnen und durchführen.

Ich darf heute hier mit Stolz feststellen, daß es dank der fast übermenschlichen Arbeitsleistung und der beispiellosen Ertragung schwerster Opfer durch die Bevölkerung dennoch gelungen ist, Niederösterreich aufzubauen, und ich bedauere nur, daß ein Abgeordneter dieses Hauses, der der Sozialistischen Partei angehört, heute so schlecht diese Interessen der niederösterreichischen Bevölkerung vertreten hat wie der Herr Nationalrat Appel! *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei den Sozialisten. — Präsident Hartleb gibt wiederholt das Glockenzeichen.)* Denn der Anspruch Niederösterreichs, verehrter Herr Nationalrat Appel, auf bevorzugte Behandlung bei Vergabung von Mitteln für die weitere Entwicklung der einzelnen Bundesländer ist mit Rücksicht auf seine eklatante Benachteiligung, besonders seitens des Herrn Verkehrsministers, eine Sache des Rechtes und der Gerechtigkeit! *(Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Niederösterreich, das 71 Prozent der Industrieauschäden aufweist, hat nur 6 Prozent der ERP-Mittel erhalten, die für die verstaatlichte Industrie ausgeworfen wurden. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident Hartleb *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe!

Abg. Weinmayer *(fortsetzend)*: Herr Abg. Freundlich, Sie verübeln es mir nicht, daß ich etwas Wasser trinke ... *(Abg. Freund: Es gibt keinen Abgeordneten, der Freundlich heißt! — Abg. Dengler: Freund! — Präsident Hartleb gibt neuerlich das Glockenzeichen.)* Herr Abg. Freundlich, Verzeihung, Freund, ist sehr unfreundlich heute. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Anstatt froh zu sein, daß es Niederösterreich gelingen kann, eine Anleihe in der Höhe von 800 Millionen Schilling zum Wiederaufbau seines zurückgebliebenen Straßennetzes zu bekommen, fühlen sich einige Herren von der Sozialistischen Partei, ebenso merkwürdigerweise auch der Herr Kraus vom VdU und „O. P.“, die große Geisteskraft der Sozialistischen Partei, in der letzten Zeit bemüht, gegen ein großes Projekt der niederösterreichischen Landesregierung zu polemisieren.

Dazu sei folgendes festgestellt: Die Verhandlungen mit den Russen sind schon vor

dem Abschluß des Staatsvertrages begonnen worden. *(Hört! Hört!-Rufe bei den Sozialisten.)* Es wurde den Sowjets damals vorgeschlagen, wenn schon nicht einen absoluten Instandhaltungsbeitrag, so doch wenigstens einen langfristigen und billigen Kredit für die Erhaltung des niederösterreichischen Straßennetzes — insbesondere für die Straßen im Erdölgebiet — bereitzustellen.

Nach dem Abschluß des Staatsvertrages wurden diese Besprechungen fortgesetzt und über einen Kredit nicht nur für den Ausbau des niederösterreichischen Straßennetzes gesprochen, sondern auch für den Wiederaufbau des Fremdenverkehrs und für Zwecke des Wohnhausbaues und der Wiederinstandsetzung der durch Kriegshandlungen zerstörten Wohnhäuser.

Die Verhandlungen sind einzig und allein unter dem Gesichtspunkt geführt worden, dem von vielen Seiten benachteiligten Land Niederösterreich zu helfen. Allen sozialistischen Gerüchten und Verleumdungen gegenüber muß festgestellt werden, daß die Grundvoraussetzung für einen solchen Kredit war, daß die Gewährung desselben in österreichischen Schillingen zu erfolgen habe.

Besonders wichtig ist, daß immer nur von einem langfristigen Kredit gesprochen wurde, der außerdem zu einem besonders niedrigen Zinsfuß gegeben werden mußte, der auf keinen Fall den seinerzeitigen Zinsfuß der ERP-Kredite übersteigen dürfte.

Es ist bekannt und durch die Tatsachen erwiesen, daß die UdSSR über große Schillingbeträge verfügt, deren Höhe von österreichischen Stellen überhaupt nicht kontrolliert werden kann. Und es besteht lediglich die Möglichkeit, daß der Vizepräsident der Nationalbank, Herr Resch, bezüglich dieser Frage irgendwie einmal ein Märchen erzählt hat. Jene Herren der Sozialistischen Partei, die zu dieser Anleihe in den letzten Tagen in der Presse so den Mund vollgenommen haben, täten besser daran, der Öffentlichkeit darüber Aufklärung zu geben, auf welche Weise diese großen Schillingbeträge in die österreichische Wirtschaft organisch eingebaut werden sollten, ohne unsere Wirtschaft zu schädigen und in Gefahr zu bringen. *(Beifall bei der ÖVP. — Redner nimmt einen Schluck Wasser. — Abg. Weikhart: Prost, Weinmayer!)* Bei mir, Herr Abg. Freund, stimmt das geflügelte Sprichwort „nomen est omen“ nicht. *(Abg. Weikhart: Also „Wassermayer“! — Heiterkeit.)*

Nun, verehrte Damen und Herren, ich frage Sie: Wer ist denn der Karpfen, den die „A.-Z.“ und ihr genialer Redakteur so schön aufgezeichnet hat? Der, der eine

Lösung und eine Verwendung jener Millionen für die österreichische Gesamtwirtschaft und für den österreichischen Staat anstrebt, oder der, der untätig zusieht?

Ich stelle ferner fest: Bei Erhalt dieses Kredites werden keinerlei Bedingungen in politischer Hinsicht verlangt, und es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir auf derartige Klauseln niemals eingehen werden.

Niederösterreich wurde heute leider Gottes in lächerlicher Weise vom Herrn Nationalrat Appel kritisiert. Niederösterreich steht tatsächlich vor einer finanziellen Katastrophe. (*Abg. Weikhart: Sie haben abgewirtschaftet!*) Es ist nicht mehr in der Lage, sein Straßennetz zu erweitern oder weiter auszubauen. (*Abg. Weikhart: Durch Ihre Unfähigkeit!* — *Anhaltende Zwischenrufe.* — *Präsident Hartleb gibt wiederholt das Glockenzeichen.*) Nicht durch seine Schuld, sondern es ist dies eine Folge der Kriegs- und Nachkriegszeit, weil dieses Land Niederösterreich nicht jene Unterstützung bekommen hat, die andere Bundesländer erhalten haben. Niederösterreich ist auch nicht mehr imstande, zerstörte oder beschädigte landeseigene Anstalten wieder instandzusetzen oder zum Ausbau des Fremdenverkehrs oder zur Wohnbauförderung weitere Beträge zur Verfügung zu stellen.

Um diese drohende Gefahr abzuwenden, hat die niederösterreichische Landesregierung mit Mehrheit beschlossen, einen Kredit der UdSSR unter ähnlichen Bedingungen aufzunehmen, wie sie bei den ERP-Krediten festgelegt worden sind. Dieser Kredit soll für Landesaufgaben verwendet werden, die aus den normalen Budgetmitteln nicht mehr gedeckt werden können. Daß andere Aufgaben, zum Beispiel die Ausbeutung und Verwertung der niederösterreichischen Bodenschätze, durch diese Anleihe finanziert werden sollen, so wie es Nationalrat Appel behauptet hat, ist nicht vorgesehen. Ein Zusammenhang zwischen dieser Anleihe seitens der UdSSR und der neugegründeten NIOGAS besteht also nicht und stellt lediglich ein sozialistisches Hirngespinnst dar.

Die sozialistischen Mitglieder der niederösterreichischen Landesregierung haben beantragt, die Landesregierung solle von der Bundesregierung eine Wohlmeinung einholen. Dazu hat allerdings die Mehrheit in der Landesregierung festgestellt, daß die Landesregierung gerade in dieser wichtigen Angelegenheit ihren Willen selbständig zum Ausdruck bringen müsse. Daraufhin wurde die Aufnahme dieses Kredites mit Mehrheit beschlossen und die Bundesregierung um die Haftungsübernahme ersucht. Diesen Beschluß hat die Sozialistische Partei abgelehnt. (*Zwischenrufe.*)

Sollte diese Anleihe nun durch die Querschüsse der Sozialistischen Partei verhindert werden, so sind folgende zwei schwerwiegende Fragen nicht erledigt. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Präsident Hartleb gibt das Glockenzeichen.*)

Erstens: Was kann die Bundesregierung unternehmen, um der drohenden Katastrophe in Niederösterreich entgegenzutreten?

Zweitens: Was wird die Bundesregierung tun, um eine zweckmäßige Verwendung jener Schillingbeträge zu erreichen, die sich in den Händen der ehemaligen Russischen Militärbank befinden?

Nur wer diese schwerwiegenden Fragen beantworten kann, würde einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der damit zusammenhängenden Probleme leisten. Die Fragen, verehrte Frauen und Herren, sind nicht durch billige Karikaturen, durch Schaumschlägereien, parlamentarische Anfragen und lügenhafte Schmähartikel zu lösen. Denn hier handelt es sich nicht um einen Karpfen, sondern um lebenswichtige Probleme, die nicht durch Dummheit und Demagogie, sondern nur durch verantwortungsbewußtes Handeln zu lösen sein werden. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich weiß, daß verschiedene Herren aus allem und jedem ein Politikum machen. Aber der gesunde Menschenverstand des österreichischen Volkes wird gerade in dieser Hinsicht zwischen Demagogie und den Erfordernissen der Wirklichkeit zu unterscheiden wissen. (*Abg. Dr. Hofeneder: Die Karpfen werden stumm!*)

Man sieht also auch hier klar und deutlich, daß sowohl in dem Vorgehen der Sozialistischen Partei als auch in dem des Herrn Verkehrsministers System liegt: Rücksichtslos wird Demagogie als Mittel wirtschaftlicher und politischer Art eingesetzt, um dem politischen Gegner zu schaden. Und diese Methode — das müssen wir ehrlich zugeben und feststellen — hat bis jetzt in Österreich so ziemlich Erfolg gehabt.

Nicht nur die Nichtmarxisten im Königreich Waldbrunner müssen stündlich und täglich um ihr Brot und um ihre Existenz bangen und zittern, nein, auch die Handels- und Gewerbetreibenden, die als Lieferanten der Bundesbahn und der verstaatlichten Betriebe Berücksichtigung finden wollen, werden auf ihre politische Haltung und Gesinnung untersucht, und demgemäß werden selbstverständlich auch ihre Offerte behandelt. Das Tatsachenmaterial in dieser Hinsicht steht dem, was die marxistische Personalvertretung betrifft, nicht nach. Heute weiß jedes Kind in Österreich, daß die Aufnahme eines Aus-

hilfsarbeiters bis hinauf zu den Millionenbeträgen bei der Bundesbahn und bei den verstaatlichten Betrieben über die parteipolitische Linie der SPÖ geht. Können, Eignung, Wissen, Qualität sind nichts, das SPÖ-Parteibuch allein ist entscheidend.

Aber das Defizit der Bundesbahn scheint dem Minister Waldbrunner noch nicht groß genug zu sein. Denn wie wäre es anders möglich, daß beabsichtigt ist, die Hauptreparaturwerkstätte in Simmering mit einem Kostenaufwand von 35 Millionen Schilling anzukaufen, wovon allein 5 Millionen Schilling auf die Erneuerung der Gießerei entfallen sollen. In Wirklichkeit soll diese Gießerei aber nicht repariert, sondern beträchtlich erweitert werden, und dies anscheinend nur deshalb, um die gesamte österreichische Gießerei-Industrie schwer zu benachteiligen, da bisher 50 Prozent der von den Bundesbahnen benötigten Bremsklötze in verschiedenen anderen österreichischen Gießereibetrieben erzeugt worden sind. Diese Betriebe sollen nun ausgeschaltet werden, auch dann, wenn dadurch das Defizit der Bundesbahnen noch größer wird. (*Abg. Rosa Jochmann: Also nicht rationalisieren!*) Da es ausgeschlossen ist, daß die Bundesbahngießerei die Bremsklötze zu einem billigeren Preis produzieren kann als die anderen Betriebe, ist eindeutig erwiesen, daß es dem Waldbrunner-Ministerium auf Kosten der für die Arbeiterschaft so notwendigen anderen Gießereien einzig und allein um eine Ausdehnung seiner wirtschaftspolitischen Macht geht. (*Abg. Rosa Jochmann: Nicht rationalisieren?*) Es wäre für den Herrn Minister Waldbrunner wichtiger, eine Senkung des täglichen Bundesbahn-defizits von 4 Millionen Schilling zu erstreben, als es aus rein machtpolitischen Gründen noch zu vergrößern.

Was von der Bundesbahn und den verstaatlichten Betrieben gilt, gilt natürlich auch für Radio Wien. Die Sender Wien I und II sind, wie wir schon seit langem feststellen können, seit dem Abmarsch der Alliierten ein Werkzeug der sozialistischen Parteileitung geworden. Wer heute die Nachrichten hört, bekommt sofort den Eindruck, daß es sich um reine Parteisender handeln muß. Die Nachrichtendurchgabe ist rot gefärbt, und zwar derart, daß man die sozialistische Parteipropaganda nicht nur mehr hören, sondern fast greifen kann. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Von den sozialistischen Ministern und Mandatären, ihrem Tun und Handeln, ihrer Propagandatätigkeit wird lang und umständlich berichtet, während wichtige Ereignisse nur gestreift oder überhaupt verschwiegen werden — also ein glatter Mißbrauch einer

Einrichtung, für deren Erhaltung alle Radio Teilnehmer ohne Unterschied ihrer politischen Weltanschauung aufkommen müssen.

Das österreichische Volk weiß, daß die Partei, die den Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe stellt, eine immens reiche Partei ist. Wäre es daher nicht empfehlenswert und angezeigt, daß sie wie alle, die das Radio für Reklamezwecke benützen, diese Parteipropaganda auch ehrlich bezahlen würde? Damit wäre dem Mißbrauch des Rundfunks für eine kostenlose Propaganda der Sozialistischen Partei Einhalt geboten, und der Rundfunk käme endlich zu den so notwendigen Erhöhungen seiner Einnahmen. Mit demselben Recht, wie die SPÖ den Rundfunk mißbraucht, könnte ohne weiteres das Unterrichtsministerium Wahlpropaganda für die Österreichische Volkspartei in die Lehrbücher einrücken lassen.

Es ist kein Geheimnis, daß die Verwaltung der Bundesbahnen und der verstaatlichten Betriebe, die nach politischen und bedauerlicherweise nur zum Teil nach kaufmännischen Grundsätzen ausgerichtet ist, eine sehr schwere Mehrbelastung der Steuerzahler verursacht. Das alljährliche Defizit der Bundesbahnen könnte bestimmt kleiner sein, wenn der zuständige Minister seine Aufgabe weniger im Erreichen eines für seine Partei günstigen Ausganges der Personalvertretungswahlen sehen würde als in einer den kaufmännischen Prinzipien und dem Sicherheitsbedürfnis der Reisenden entsprechenden Verwaltung.

Meine Partei ist bereit und entschlossen, jederzeit alles zu tun und nichts zu unterlassen, damit die gerechten Ansprüche des Personals der Bundesbahn ihre Erfüllung finden. Andererseits ist meine Partei jedoch nicht endlos gewillt, Steuergelder zu bewilligen, damit sich die SPÖ in der Bundesbahn eine schlagkräftige politische Waffe schafft. (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Sie verwechseln das Parlament mit einer Wählerversammlung! — Abg. Lackner: Schauen Sie sich die Verhältnisse in der Steiermark und in Niederösterreich an!*)

Präsident **Hartleb** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe!

Abg. Weinmayer (*fortsetzend*): Ich glaube Ihnen gerne, meine Herren, das tut Ihnen ein bißerl weh! (*Abg. Weikhart: Der größte Blödsinn, der hier geredet worden ist! — Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident **Hartleb** (*neuerlich das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte nochmals um Ruhe!

Abg. Weinmayer (*fortsetzend*): Eine vernünftige Bautätigkeit, keine Prunkpaläste,

sondern eine besondere Sorgfalt für den Oberbau und das rollende Material sollten Platz greifen. Die Bahnhöfe sollen ihren Zweck als Bahnhöfe erfüllen und nicht wie ein Grabmal für einen morgenländischen Fürsten aussehen. Je früher mit der Verpolitisation der Bundesbahn und der verstaatlichten Betriebe Schluß gemacht wird, desto besser für Volk und Staat, desto besser aber auch für das Budget. Mehr Wirtschaft und weniger Politik, eine klare Geschäftsführung und Anwendung kaufmännischer Prinzipien, dann kommen keine KELAG-Fälle mehr vor, dann wird endlich auch die Möglichkeit geschaffen sein, daß Angehörige aller politischen Parteien und auch die Unpolitischen bei den Staatsbetrieben, die dem Herrn Waldbrunner unterstehen, Brot und Arbeit finden. *(Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe. — Präsident Hartleb gibt erneut das Glockenzeichen.)* Dann aber wird das gesamte österreichische Volk wieder das verlorengegangene Vertrauen zu der Bundesbahn und zu den verstaatlichten Betrieben finden können. *(Ständige Zwischenrufe und Unruhe.)* Bei der Bundesbahn und den verstaatlichten Betrieben muß daher so bald als möglich wieder der Weg zu einer wirklichen Demokratie gefunden werden.

Trotz der im Laufe meiner Ausführungen gemachten Ausstellungen ist meine Partei gewillt, den Kapiteln 24, 28 und 29 der Gruppe X die Zustimmung zu erteilen. Sie hofft jedoch, daß die berechtigten Anregungen in Hinkunft etwas mehr berücksichtigt werden. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident **Hartleb**: Als nächster Proredner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Czettel. Ich erteile ihm das Wort. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Hofeneder: Mehr Ruhe, sonst verzettelt er sich!)* Ich muß dringend ersuchen, Ruhe zu bewahren. Wenn Sie auf die Ermahnungen des Präsidenten überhaupt nicht hören, dann werde ich die Sitzung unterbrechen!

Abg. **Czettel**: Meine Damen und Herren! Ich will mich bemühen, als Niederösterreicher, der nun auch eine bestimmte Ansicht über die beim Kapitel der verstaatlichten Betriebe aufgeworfenen Fragen hat, einige ruhige, sachliche und ernstliche Feststellungen zu machen. Dies trotz der Tatsache, daß den, der mitten in den Problemen dieses Landes steckt, diese Art von Diskussion innerlich derart bewegt, daß es nicht leicht sein wird, bloß grundsätzliche Bemerkungen zu dieser Frage zu machen. *(Abg. Prinke: Trink einen schwarzen Kaffee, wenn du dich aufregst!)* Kollege Prinke! Ich glaube, Sie haben es in dieser Frage sehr leicht; Sie müssen wahr-

scheinlich nicht die Erfahrungen machen, die man gerade in diesen Tagen machen konnte, vor allem wenn man in einem Wahlkreis ist, in dem die Stimmung der Bevölkerung so deutlich zum Ausdruck kommt.

Man kann über Niederösterreich denken, wie man will, aber eines, meine Damen und Herren, steht fest: Wenn sich im Verhältnis der beiden — nicht so wie der Abg. Weinmayer sagt: die eine ist stark, die andere ist klein — großen Parteien in Niederösterreich nicht bald etwas ändert, dann kann es geschehen, daß diese Stimmung; die immer stärker wird, in irgendeiner Form zu einer Explosion kommt. *(Abg. Weinmayer: Wer ist schuld? — Abg. Altenburger: Czettel, kein Mensch fürchtet sich vor Ihnen!)* Fragen Sie nicht: Wer ist schuld? Ich werde mich bemühen, ein paar Bemerkungen zu machen, die Ihnen, wenn Sie ehrlich sind, zeigen werden, wo der Schuldige in Niederösterreich ist. *(Abg. Altenburger: Sie sind ein Zündler, aber kein Zettler!)*

Präsident **Hartleb**: Ich bitte um Ruhe!

Abg. **Czettel** *(fortsetzend)*: Sie, Herr Abg. Altenburger, als Arbeitervertreter, Sie wissen ganz genau, was in Niederösterreich los ist und wer durch diese Politik benachteiligt wird. Meine Damen und Herren! Ich kann hier feststellen, daß Sie gar nicht gewillt sind, über diese Frage sachlich zu reden. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der Volkspartei.)* Wenn gesagt wird, daß eine sture marxistische Parteipolitik getrieben werde, wenn hier von einem blinden, fanatischen Haß gesprochen wird, ja, meine Damen und Herren, wenn hier von einem „volksdemokratischen Terror“ der niederösterreichischen Sozialisten gesprochen wird, dann ist das keine Provokation mehr, dann ist das Stänkerei in Reinkultur! *(Lebhafter Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Kein Wort über die NIOGAS! Ich weiß, dazu kann man nur mehr auf höchster politischer Ebene sprechen. *(Weitere Zwischenrufe.)* Und nun, Herr Abg. Weinmayer, möchte ich Ihnen meine eigene Ansicht sagen: Im Laufe eines Tages hat ein Telefonfräulein die sozialistische Regierungsfraktion verständigt, daß nachmittag um 1½3 Uhr eine Sitzung der Landesregierung stattfinden werde, und als man sich die bescheidene Frage erlaubt hat, was in dieser Sitzung behandelt werden soll, hat man erfahren, es handle sich um eine Kreditangelegenheit. Als man dann zur Sitzung der Landesregierung gekommen ist, hat es sich um den 800 Millionen Schilling-Kredit der Russen gehandelt, und da haben unsere Leute *(Abg. Altenburger: Was geht*

4216 88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955

das das Telefonfräulein an?) — lassen Sie mich doch den Gedanken fertig denken! — die verständliche Meinung vertreten: Holen wir, bevor wir eine Entscheidung treffen, die Stellungnahme der Bundesregierung ein! Ist es verantwortungsbewußt, Herr Weinmayer, oder ist es verantwortungslos (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), wenn man angesichts der gewiß ernststen Situation eine Stellungnahme der Bundesregierung einholen lassen will? (*Lebhafte Zwischenrufe.*)

Aber Sie reden hier von einem Mehrheitsbeschluß! Jenen, die es nicht wissen, denen sage ich es jetzt, daß die Mehrheit in der niederösterreichischen Landesregierung 4:3 ausmacht. Ich möchte Sie fragen: Wo käme die Arbeit des österreichischen Parlaments und der österreichischen Bundesregierung hin, wenn jeder Minister auf seine Verfügungsgewalt pochen würde und wenn von Woche zu Woche Kampfbeschlüsse mit einer Stimme Mehrheit gefaßt würden? (*Abg. Prinke: Fragen Sie den Waldbrunner!*)

Und jetzt das, was vielleicht das Entscheidende in dieser Situation ist: ein paar Worte über Niederösterreich. (*Anhaltende Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.*)

Präsident **Hartleb** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe! (*Abg. Prinke: Er spricht nicht zur Sache! Er redet vom niederösterreichischen Budget!* — Präsident **Hartleb** gibt erneut das Glockenzeichen.)

Abg. **Czettel** (*fortsetzend*): Ich rede nur ein paar Worte über Niederösterreich. (*Andauernde erregte Zwischenrufe.*) Ich glaube, wenn wir uns alle über die Bedeutung klar wären, dann würde die Tatsache ... (*Ständige Zwischenrufe und Gegenrufe.*)

Präsident **Hartleb** (*neuerlich das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe!

Abg. **Czettel** (*fortsetzend*): Ich glaube, meine Damen und Herren — und auch Sie, Herr Prinke, sollten es glauben —, wenn in Niederösterreich eine glückliche Lösung für das ganze Land getroffen werden soll, dann kann es doch nur in einer Atmosphäre des guten Willens zur Zusammenarbeit geschehen. (*Abg. Mark: Das will er ja nicht!*) Das aber, was Sie hier vertreten, Herr Abg. Weinmayer, das ist doch typisch jene Politik, die die ÖVP-Mehrheit im Land Niederösterreich schon seit Jahren betreibt. Unter solchen Umständen darf es niemand wundern, daß auch unter unseren Leuten eine Stimmung entsteht, die sicherlich nicht die glücklichste für das Land ist. (*Abg. Altenburger: Gemeinde Wien!*)

Präsident **Hartleb**: Ich bitte nochmals um Ruhe!

Abg. **Czettel** (*fortsetzend*): Ich bin überzeugt, daß die Frage Niederösterreich in Zukunft eine sehr bedeutsame Rolle spielen wird. Ich möchte abschließend dazu nur noch sagen: Die niederösterreichischen sozialistischen Abgeordneten stehen geschlossen hinter der Meinung unseres Genossen Appel. (*Lebhafte Unruhe.* — Abg. **Prinke**: Wenn es um Parteiinteressen geht, dann verrätet ihr auch die Interessen des Landes!)

Hohes Haus! Nun ein paar Worte zu einer Frage, die im Zusammenhang mit dem ganzen Verkehrsproblem unseres Landes heute schon oberflächlich berührt worden ist. Mit dem Abschluß des Staatsvertrages und der so erlangten Freiheit des Landes stehen wir als Republik vor vielen, man kann sagen, in vieler Hinsicht neuen Aufgaben, die bewältigt werden sollen.

Eine der wichtigsten Aufgaben für unsere Zukunft wird es sein, unser Land auf Grund seiner natürlichen Voraussetzungen als organisch bestens geformtes Gefüge wirtschaftlicher und kultureller Art in die vorhandene Umwelt rasch und vollständig einzuordnen. Die geographische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung unseres Landes erschließt uns Österreichern für die Zukunft die Möglichkeiten der Initiative, des Vorbildgebens.

Man sagt heute schon, daß die Welt klein geworden ist, daß die Menschen in einer stärkeren Besiedlung sich einander menschlich näherkommen und daß die menschlichen Beziehungen der Völker zueinander intensiver geworden sind. Wir waren in den vergangenen zehn Jahren trotz der Besetzung und trotz vieler Schwierigkeiten wohl imstande, uns allgemein auf dem Gebiet des Verkehrs den Verhältnissen der übrigen Welt anzupassen, aber auf dem Gebiet des Luftfahrtwesens waren uns durch den Umstand der Besetzung viele Schranken auferlegt, sodaß wir durch diese uns gesetzten Schranken der Entwicklung in der übrigen Welt nicht nachgekommen sind. Heute, im Augenblick der Befreiung unseres Landes, müssen wir auf diesem Gebiet raschest und energisch handeln, um den Vorsprung der anderen einigermaßen aufzuholen.

Wir wissen, daß wir als Österreicher nun vor der Frage stehen: Wie bauen wir ein österreichisches Luftverkehrswesen auf? Über diese Probleme wird in vielen Lagern politischer, wirtschaftlicher und sonstiger Natur diskutiert. Die Rechtsgrundlage für ein österreichisches Luftfahrtwesen, vor allem was die Frage der Kompetenz betrifft, ist eindeutig im Art. 10 der Bundesverfassung festgelegt, wo es heißt, daß das Verkehrswesen auch bezüglich der Luftfahrt in Gesetzgebung und Vollziehung Angelegenheit des Bundes ist. Darüber hinaus

bildet ein Stück unserer Rechtsgrundlage für das Luftverkehrswesen auch ein Bundesgesetz vom 22. November 1950, BGBl. Nr. 244, wodurch die Zuständigkeit hinsichtlich der Frage der österreichischen Luftfahrt eindeutig zugunsten des Verkehrsministeriums geregelt wurde. (*Abg. Machunze: Trittröllerkonzessionen werden wir verteilen!*) Darüber werden wir noch ein paar Worte sprechen!

Zurzeit — und das ist vielleicht das Problematische — gilt in Österreich das deutsche Luftverkehrsrecht, das im Jahre 1938 das österreichische Luftverkehrsrecht, dessen Anfänge in das Jahr 1919 beziehungsweise 1936 zurückgehen, abgelöst hat. Dieses deutsche Luftverkehrsrecht hat natürlich, hauptsächlich in seinen Ergänzungen, vielfach den Kriegsbedürfnissen Rechnung getragen und besitzt heute, gerade zehn Jahre nach Ende des Krieges, weder Aktualität noch Berechtigung. Nicht nur, daß dieses deutsche Gesetz, das durch das Rechts-Überleitungsgesetz auch heute noch geltendes österreichisches Recht ist, in vielen Dingen unzulänglich ist, besteht die Gefahr, daß der, der dieses Gesetz handhaben muß, gerade durch § 1 des Überleitungsgesetzes in viele Verlegenheiten kommt, weil man hier mit Schwierigkeiten im Zusammenhang mit anderen, organisch gewachsenen Rechtsnormen rechnen muß.

Uns fehlt also ein österreichisches Luftverkehrsrecht, das vor allem die Fragen des Verkehrs von Luftfahrzeugen, der Luftverkehrsbetriebe, der Luftverkehrsveranstaltungen, die Fragen gewisser Zwangsrechte für Luftverkehrszwecke, die Fragen der Luftverkehrspolizei usw. regeln soll. Darüber hinaus ist gerade auf diesem neuen Gebiet eine Übersichtlichkeit der Rechtsnormen notwendig, nicht nur für jene, die unmittelbar mit der Luftfahrt zu tun haben, sondern auch für die breite Öffentlichkeit, weil, wie wir feststellen können, gerade der Flugsport in diesem Zusammenhang immer mehr auch in weite Bevölkerungskreise eindringt und damit ein Teil des Sportes an sich wird, weshalb viele Menschen, die heute mit jener Rechtsmaterie fast nichts zu tun haben, sich automatisch mit diesen Fragen werden beschäftigen müssen.

Ich möchte gerade in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß derzeit etwa 14 ausländische Fluggesellschaften die österreichischen Flughäfen benützen, Österreich passieren, daß die internationale Flug- und Fliegertätigkeit vor allem durch große, fortschrittliche Gesellschaften heute eine Tatsache darstellt, die uns alle, wenn wir fortschrittlich leben und arbeiten wollen, zwingt, alles daranzusetzen, um auf dem Gebiete der Luftfahrt zu Fortschritten zu kommen.

Österreich ist am 26. September 1948 einem internationalen Abkommen über Zivilluftfahrt beigetreten. Damit haben wir rechtlich bereits einen gewissen Kontakt mit dem Auslande gewonnen. Diese Möglichkeit der Kontaktnahme und vor allem der Mehreinflüge und der in großer Anzahl abgeschlossenen Verträge mit dem Ausland wird sich wirtschaftlich absolut günstig auswirken und vor allem den Fremdenverkehr und damit auch unsere Volkswirtschaft vorteilhaft beeinflussen.

Seit einigen Monaten steht nun ein konkreter Entwurf des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe zur Diskussion. Ich will über die Details dieses Entwurfes, der ja in vielen Dingen umstritten ist, nicht viel sprechen. Ich will auf ein Problem hinweisen, das, wie ich glaube, entscheidend für die ganze Frage ist. Ich habe zuerst gesagt, daß die Kompetenz in bezug auf Gesetzgebung und Vollziehung eindeutig dem Bund zusteht. Ich habe gesagt, daß auch die unmittelbare ministerielle Zuständigkeit für die laufenden Angelegenheiten im Verkehrsministerium liegt.

Wir müssen aber feststellen, daß hier, natürlich wieder aus politischen Gründen — ich will nicht provozieren, aber es muß gesagt werden —, versucht wird, eine Materie, die für uns jetzt neu, problematisch und ausbaufähig ist, von vornherein durch eine bewußte oder unbewußte, direkte oder indirekte Kompetenzabtrennung noch problematischer, noch schwieriger zu machen. Wir müssen feststellen, daß Menschen bestrebt sind, dieses Aufgabengebiet, das nun heute dem Verkehrsminister Waldbrunner, morgen vielleicht einem anderen, jedenfalls aber dem Verkehrsminister zufällt, in allen wichtigen Belangen dem Handelsminister zuzuschänzen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, hier taucht eine politische Frage auf, über die man sprechen muß, weil es heute immer wieder geheißen hat, was sich hier in diesem sogenannten Königreich Waldbrunner tue, das werde nach politischen und machtpolitischen Gesichtspunkten betrieben. Ich habe hier ein paar Ausführungen, die vielleicht deutlich demonstrieren, wie man nun über den Weg verschiedener Klubs und Vereine versucht, dieses Königreich Waldbrunner hinsichtlich der Frage des Luftverkehrs zu torpedieren.

Ich habe da eine Mitteilung eines Besuchers der Segelfliegerschule in Zell am See bekommen. Bitte, ich glaube, es ist nicht unbekannt, daß Kollege Polcar hier in Österreich mit Eifer und sicher auch mit Erfolg tätig ist, das Luftverkehrswesen wirklich zu einer Sache von wesentlicher Bedeutung zu machen. Aber diese Segelfliegerschule in Zell am See wurde auch von einem Referenten besucht, der dort den

Schülern, die in dieser Frage ziemlich einhelliger Meinung waren, gesagt hat: Es müsse mit Unterstützung der ÖVP ein Verband geschaffen werden, in dem sämtliche antimarxistischen Fliegergruppen und Vereine unter dem Titel „Schwarzer Adler“ zusammengefaßt werden. (Abg. Prinke: *Wäre nicht schlecht! Besser als der „Rote Adler“!*)

Unabhängig davon, daß es ja das Recht eines jeden ist, sich um diese Angelegenheiten zu kümmern und seinen Aktionen einen politischen Deckmantel zu geben, taucht die Frage auf: Wer steht hinter diesem interessanten Pseudonym? Ich stelle mir das bildlich vor, und einer, der vielleicht boshaft wäre, könnte das mit einer Illustration, mit einer bildlichen Gestaltung versehen. Man stelle sich nur den „Schwarzen Adler“ vor! (Abg. Prinke: *Auf der anderen Seite der „Rote Falke“!*) Ja, der „Rote Falke“ ist unten in diesem „Königreich Waldbrunner“, und hoch oben kreist das schwarze Viech mit den spitzen Dingen, die es eben bei diesem Gebilde gibt, und versucht nun, als König der Vögel, ohne ein Königreich zu haben, in ein Königreich, in dem bereits der „Rote Falke“ sitzt, einzudringen. Und dazu brauchen sie ihren Decknamen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dengler: *Boshaft bist du nicht!*) Ich bin gar nicht boshaft, Kollege Dengler, ich will Sie gar nicht aufregen. Ich will nur versuchen, mich noch ein paar Minuten mit einer Frage zu beschäftigen, die wir letzten Endes, wie wir Sozialisten glauben, nicht unbeachtet lassen dürfen.

Es wurde eine sogenannte Studiengesellschaft zur wissenschaftlichen Forschung gegründet. Wir sehen ein, daß die große internationale Frage des österreichischen Luftverkehrs natürlich untersucht und studiert werden soll. Was wir aber nicht wollen, ist — und Sie werden mit Argumenten kommen und sagen, man habe uns auch eingeladen usw. —, daß diese für unser Österreich wirtschaftlich so notwendige und entscheidende Frage absolut einseitig auf Parteiebene ausgetragen wird. Sicher ist, und wir können das heute sagen, daß diese Studiengesellschaft für die wissenschaftliche Forschung eine reine Angelegenheit der Österreichischen Volkspartei ist! (Abg. Dengler: *Na, na, das stimmt nicht! Sie können mittun!*)

Wir wollen in dem Zusammenhang auf einige Details hinweisen, die diese Meinung noch bestärken. Meine Herren! Sie haben in Ihrer Denkschrift zur Gründung dieser Studiengesellschaft hier auf Seite 3 den Satz stehen: „Die „Aktiengesellschaft zum Studium der Vorbereitung des Österreichischen Luftverkehrs“ hat daher in erster Linie einen Stab von hochwertigen Mitarbeitern, die möglichst Vor-

kenntnisse in fliegerischen Belangen mitbringen, aufzustellen.“ (Abg. Dr. Withalm: *Ist der Fall!*) „Diese werden sodann nach mehrmonatlichem, eingehendem Studium bei ausländischen Flugverkehrsgesellschaften in die verschiedenen Arbeitsgebiete im Rahmen der „Aktiengesellschaft zum Studium der Vorbereitung des Österreichischen Luftverkehrs“ eingesetzt, um dann später nach Gründung der Luftverkehrsgesellschaft diese Funktionen bei dieser auszuüben.“ (Abg. Prinke: *Was ist da Schlechtes dabei?*)

Da sagen dann von vornherein Leute, die ich gar nicht namentlich nennen will, die gegenwärtig nach ihren eigenen Feststellungen die führenden Initiatoren und Funktionäre in der Gesellschaft sind, sie seien an sich schon Angestellte und maßgebliche Funktionäre einer Luftverkehrsgesellschaft. (Abg. Polcar: *Ist das etwas Schlechtes?*) Nein. Ich will dazu nur sagen, daß wir solche Versuche dieser Studiengesellschaft nicht zulassen werden! (Abg. Polcar: *Die haben ein Pilotenpatent und nicht ihr!*)

Präsident Hartleb (das Glockenzeichen gebend): Bitte keine Zwischengespräche! (Abg. Polcar: *Ihr habt nur ein Parteibüchel!*)

Abg. Czettel (fortsetzend): Sie wissen ganz genau, was wir wollen! Wir wollen verhindern, daß die Organisation des österreichischen Luftverkehrs in Zukunft und heute schon das Fundament einer Partei und Ihres Parteibuches trägt!

Ich könnte zu dieser Frage noch einige Details anbringen; aber ich will vielleicht nur sagen, daß auch für die kommende Organisation des österreichischen Flugverkehrswesens sachliche Momente gelten sollen.

Im Jahre 1948 hat ein Ministerkomitee auf Antrag eines Sozialisten in Form eines Ministerratsbeschlusses Wichtiges festgestellt. Das will ich jenen ins Gedächtnis rufen, die heute wieder damit liebäugeln, wie sehr man in der Luftfahrt wieder ausländisches Kapital heranzuziehen gedenkt. Hier heißt es:

„Im Hinblick darauf, daß

a) die Beteiligung von Privatkapital an der österreichischen Zivilluftfahrt bereits einmal zur Überfremdung und damit zum Überwiegen ausländischen politischen Einflusses geführt hat und

b) es als unzweckmäßig und nicht im Staatsinteresse liegend erscheinen würde, in künftigen österreichischen Luftverkehrsunternehmen, die zur Führung ihres Betriebes erhebliche staatliche Zuschüsse beanspruchen werden müssen, einem allenfalls an diesen Unternehmen beteiligten Privatkapital den ihm formal juristisch zustehenden Einfluß gewähren

zu müssen — während die diese Zuschüsse beistellenden öffentlichen Stellen keineswegs über einen ihren finanziellen Gesamtleistungen (Kapitalsbeteiligung und Zuschüsse) angemessenen Einfluß verfügen würden — gilt als Grundsatz für die Kapitalsbeistellung beim Aufbau des künftigen österreichischen Luftverkehrs, soferne öffentlicher Verkehr in Frage kommt, daß die Kapitalsbeistellung grundsätzlich nur durch den Bund oder durch die an der Gestaltung des Luftverkehrs besonders interessierten öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften, zusammen mit dem Bund erfolgen soll.“

Ich weiß nicht, wie sich diese Fragen in der Zukunft entwickeln sollen. Ich will nur auf den Ministerratsbeschluß aufmerksam machen, der gezeichnet ist von den Ministern Uebeis, Gruber und Kolb. Zur Illustration, wie weit solche Dinge führen könnten ... (*Abg. Polcar: Ist längst überholt!*) Ich weiß! Aber ich wundere mich, daß Sie Ihre grundsätzlichen Ansichten innerhalb von sieben Jahren so geändert haben und so verschieden auslegen können. (*Abg. Prinke: Man lernt dazu!*) Bitte, dann ist es nur ein Armutszeugnis! (*Weitere andauernde Zwischenrufe.*)

Zur Illustration möchte ich sagen, daß in Deutschland vor der Gründung der neuen Lufthansa eine Aktiengesellschaft für Luftverkehrsbedarf in Köln bestand, die die ganze Vorarbeit für die Lufthansa geleistet hat. Heute sind in der deutschen Lufthansa 30 Banken, 40 Versicherungsgesellschaften, 3 Großreedereien, 30 Reisebüros und eine Menge von privaten Komponenten eingebaut, auch unter Einfluß der öffentlichen Hand, die doch letzten Endes ein großes Interesse an einer gedeihlichen intensiven Entwicklung des Luftverkehrs hat.

Wir glauben, daß bei diesem Streit, ganz gleich, wie er geführt wird, der Standpunkt gelten muß: Das österreichische Luftverkehrswesen, die österreichische Luftfahrt soll frei sein von politischen und finanziellen Spekulationen! Gehen wir entschlossen daran, der kommenden Entwicklung des österreichischen Luftverkehrswesens jetzt schon durch ein modernes österreichisches Luftverkehrsgesetz einen guten Start zu geben! Die zivile Luftfahrt in Österreich soll mithelfen, unser Land in die große Völkerfamilie der fortschrittlichen Welt würdig einzuordnen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident (*der wieder den Vorsitz übernommen hat*): Als nächster Redner ist der Herr Abg. Nedwal vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nedwal: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir schon wiederholt die Aufgabe zugefallen, immer

wieder dann das Wort zu bekommen, wenn vorher irgendwelche sehr interessante Debatten geführt wurden. Die Redner, besonders der letzte Redner, haben hier versucht, eine Feststellung zu machen, die mich fast dazu zwingt, daß ich meinen Standpunkt revidiere und mehr oder weniger ein Föderalist werde. Ich habe im Laufe der Debatte über das Kapitel Verkehr immer wieder feststellen müssen, daß hier ein souveräner Staat, ein Königreich Waldbrunner verteidigt wird, und das könnte dazu verleiten, daß auch der geeichteste Zentralist ein Föderalist wird.

Auf die Ausführungen meiner verehrten Vorredner eingehend, möchte ich nur zwei herausgreifen, vor allem meinen Kollegen Dr. Schwer, und möchte feststellen, daß ich mich mit seinen Auffassungen, mit seiner Meinung über die Postzustellung auf dem flachen Lande vollkommen identifiziere. Zweitens möchte ich feststellen, daß ich vollkommen übereinstimme mit dem, was der Herr Abg. Hartleb in bezug auf die schlechten Waggons auf den sogenannten Seitenlinien sagte.

Ich möchte nun aber sehr kurz meine Wünsche vorbringen, respektive meinen Auftrag erledigen.

Hohes Haus! Das zur Behandlung stehende Kapitel Verkehr ist zweifellos jenes Kapitel, bei dem das Burgenland, und insbesondere das südliche Burgenland, die meisten und die gerechtfertigsten und die dringendsten Wünsche zu präsentieren hat. Der Umstand, daß das Burgenland eine Staatsgrenze von rund 200 km hat, dem Stacheldraht und den Wachttürmen entlang, daß das Burgenland das Land der Autobusse ist, und ferner der Umstand, daß es im Burgenland einen Bezirk gibt, der 56 Gemeinden umfaßt und über keine Eisenbahnverbindung verfügt, rechtfertigt den Wunsch respektive die Forderung, daß es endlich nach zehn langen, bangen Jahren auch an der Zeit wäre, daß man auch dieses Gebiet endlich einmal an das Verkehrsnetz der übrigen Bundesländer anschließt. Sie müssen bedenken, daß dieser Wunsch umso mehr gerechtfertigt ist, als sich ja durch das Nichtvorhandensein eines Bahnanschlusses jeder Bedarfsartikel, der in den Bezirk hereingebracht wird, wesentlich verteuert und jeder Bedarfsartikel, der aus dem Bezirk hinausgebracht wird — und das sind in der Hauptsache landwirtschaftliche Produkte —, vom Produzenten wesentlich billiger abgegeben werden muß.

Zehn Jahre sind es her, seitdem die bis damals bestandene Staatsbahn Güssing—Körment stillliegt, brachliegt; ja sogar der Oberbau wurde bereits abgetragen. Es wäre meines Erachtens an der Zeit, daß sich Österreich

endlich seines jüngsten Bundeslandes besinnt und auch diese Gegend dem Verkehr erschließt. Sie können sich vorstellen, mit welchen Gefühlen das Burgenland im allgemeinen und insbesondere der südliche Zipfel des Landes zehn Jahre lang im Schatten gestanden ist und die Entwicklung, den wirtschaftlichen Aufschwung und Aufbau der übrigen Bundesländer und der übrigen Gebiete Österreichs, die sich sozusagen in der Sonne befunden haben, nicht ohne Neid miterleben durfte. Und Sie werden es verstehen, wenn jetzt, wo keine Besatzung und keine Demarkationslinie vorhanden ist, auch wir unsere Ansprüche anmelden.

Das Burgenland und insbesondere der südliche Teil ist eine der ärmsten Gegenden, das kann man wohl ruhig behaupten. Daß das der Tatsache entspricht, ist schon daraus ersichtlich, daß schon in den neunziger Jahren eine gewisse Auswanderung nach Amerika eingesetzt hat, die mit gewissen Unterbrechungen bis zum Jahre 1938 andauerte. Und von 1945 bis heute ist das Burgenland noch immer das Reservoir der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter für ganz Österreich, neben einigen tausend hochqualifizierten Telegraphenarbeitern, die sich über ganz Österreich verteilen. Daß durch diese Auswanderung dem Land die besten Arbeitskräfte entzogen werden, ist wohl begreiflich. Es ist nur verwunderlich, daß mit dem Rest von Arbeitskräften das Land noch bebaut werden kann und bebaut wird. Diesen Menschen ist es nur durch ihren besonderen Fleiß und durch ihre Bescheidenheit überhaupt möglich, bei diesen kleinen und kleinsten Besitzen ihr kärgliches Dasein zu fristen.

Wenn wir daher an die Bundesregierung respektive an das zuständige Ressortministerium mit einigen Wünschen herantreten, so glaube ich, ist es gerechtfertigt, und niemand darf uns den Vorwurf machen, daß wir vielleicht durch übertriebene Forderungen das Gleichgewicht des Staates oder irgendwelche wirtschaftliche Entwicklungen gestört hätten.

Zum Verkehr muß ich im allgemeinen sagen, daß wir dafür sehr dankbar sind, daß seit 1945 im Burgenland in bezug auf das Straßenwesen sehr vieles und sehr Erspreßliches geleistet wurde. Aber mit Straßen allein wird es nicht gehen, es wird, besonders was den Güterverkehr anbelangt, doch früher oder später dazu kommen müssen, daß man die Güter auch mit der Bahn transportieren kann. Es ist ja bekannt, daß durch die berühmte Zoneneinteilung im Nahverkehr, durch die Staffelung der Benzin- und anderer Treibstoffpreise besonders wir zum Handkuß kommen. Sie müssen bedenken, daß gerade diese Grenzgebiete nicht die Möglichkeit haben, einen Radius von 60 Kilometern

um sich ohne diese berühmte Verkehrssteuer zu befahren. Unser Radius geht nur nach einer Seite. Wir können bis nach Oberwart fahren und können nicht einmal bis Graz fahren. Auf der anderen Seite haben wir keinen Radius mehr, denn dort ist der Stacheldraht. So ist es erklärlich, daß die einzelnen Fuhrwerksunternehmungen es nicht für lohnend finden, sich mit größeren Warentransporten abzugeben.

Ich weiß schon und ich kann mir sehr lebhaft vorstellen, daß die Errichtung eines Bahnanschlusses vom kaufmännischen Standpunkt aus kein lukratives Geschäft sein wird. Aber wir müssen uns auf der anderen Seite sagen, daß auch auf anderen Gebieten und in anderen Wirtschaftszweigen nicht immer der kaufmännische Standpunkt vertreten wird und daß letzten Endes auch diese Bevölkerung ein Recht hat, als Österreicher behandelt zu werden. Denn wir gehören ja seit mehr als 30 Jahren zu Österreich. Ich glaube, das burgenländische Volk hat innerhalb der 30 Jahre bewiesen, daß es gewillt ist und gewillt war, für die Erhaltung und den Bestand dieses Vaterlandes sein Opfer zu bringen. Ich erinnere nur an die Zeit der Kontingentierung und der Ablieferung; ich möchte nicht die damaligen Ablieferungskontingente und die Ablieferungsergebnisse derselben Zeit in Erinnerung bringen oder aufzeigen, denn dies müßte dem einen oder anderen besser situierten Bezirk Österreichs wahrscheinlich die Schamröte ins Gesicht treiben. Wir haben unsere Pflicht erfüllt und erwarten, daß auch der österreichische Staat seine Pflicht erfüllt.

Wenn wir diese Forderung stellen, so stellen wir sie noch aus einem anderen Grund. Durch alle Gespräche, durch alle Verhandlungen und durch alle Beschlüsse hindurch zieht sich wie ein roter Faden immer wieder das Wort Fremdenverkehr. Auch wir Burgenländer haben es für notwendig erachtet, daß man gerade in dieser Hinsicht endlich auch an das Burgenland denkt. Auch wir Burgenländer möchten, wenn auch nicht in einem weiß Gott wie großen Ausmaß, aber wenigstens in einem bescheidenen Ausmaß an diesem Fremdenverkehr irgendwie teilhaben. Dazu gehört natürlich, daß der Fremde, wenn er in das Land kommen will, überhaupt eine Verkehrsmöglichkeit hat.

Ich will sonst die Bahn nicht kritisieren. Ich habe nur so am Rande bemerkt, daß ich mich mit dem Kollegen Hartleb vollkommen eins fühle, wenn er die schlechten Waggons erwähnt hat. Wir sind derzeit zufrieden mit diesen Waggons. Wir wissen auch, daß wir keine D-Züge und Expreszüge bekommen werden, auch in den nächsten 20 und 30 Jahren

nicht, vielleicht nicht einmal in den nächsten 50 Jahren. Das brauchen wir gar nicht. Was wir brauchen, sind Frachtzüge. Im Personenverkehr werden wir uns schon mit den Autobussen zufriedengeben, wobei ich nur betonen muß, daß die Postautobusse größtenteils zu klein sind. Da und dort hat man Gelegenheit, mitzuerleben, wie sich bei einer Station eines Postautobusses die Menschen stauen, sodaß man der Meinung ist, da müßte die Hälfte zurückbleiben. Der Chauffeur versucht das Menschenmögliche, um nur ja alle hineinzubringen; die Fahrgäste werden hineingeschichtet wie die Heringe. Wenn etwas passiert, was Gott verhüten möge, weiß ich nicht, wen die Verantwortung trifft.

Aber mit all dem wollen wir uns zufriedengeben. Wir werden unser Scherflein auch weiterhin zum Ausbau unseres Staates beitragen in der Hoffnung, daß es nach zehn Jahren doch endlich dem Vater Staat einfallen wird, sich seines jüngsten, seines ärmsten Kindes zu erinnern und dem Burgenland das zu geben, was ihm gebührt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Ich erteile dem nächsten vorgemerkten Redner, dem Herrn Abg. Rom, das Wort.

Abg. Rom: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu dem jetzt in Verhandlung stehenden Kapitel gehört auch der Rundfunk. Gestatten Sie, daß ich kurz, wirklich nur ganz kurz, zu diesem Problem Stellung beziehe.

Ich möchte eingangs feststellen, daß der Rundfunk bei uns erfreulicherweise eine sehr erfolgreiche Entwicklung mitgemacht hat. Trotz Besatzung und trotz langjähriger Besatzung haben wir auf dem technischen Sektor wirklich den Anschluß an die übrige Welt erreicht. Eine zielsichere Lenkung und eine Führung, die im Rahmen des sogenannten Verwaltergesetzes und des Fernmeldegesetzes gearbeitet hat, hat hier wahrlich fruchtbare Arbeit unter der Leitung unseres Ministers Waldbrunner geleistet. Nun sind wir frei und selbständig geworden, nun sind wir souverän geworden, und es soll diese lose Form in eine feste Form gekleidet werden.

Es ist ein Rundfunkgesetz notwendig, das die öffentlich-rechtliche Bindung vorsieht, eine staatliche zentrale Lenkung und Leitung, in der die Länder vertreten sein sollen, um vor allem die Eigenart der Länder und deren Wünsche zu wahren. Der bisherige Ausbau soll seine Fortsetzung finden, wobei vor allem die technische Ausgestaltung, die mit der Programmgestaltung gleich einhergehen muß, einer einheitlichen Führung unterliegen muß. Es wird aber trotz der zentralen Lenkung und

Führung nicht möglich sein, alle Wünsche und vor allem alle Einzelwünsche unterzubringen. Es wird auch in der Zukunft noch Klagen geben, die nicht zu verhindern sein werden, aber wir stellen heute fest, daß sich die Programmgestaltung vor allem in den letzten Jahren ziemlich restlos den Wünschen unserer Hörer angepaßt hat.

Wenn wir weitergestalten und weiterbauen wollen, so müssen die bisher bescheidenen Zuwendungen seitens des Finanzministeriums wirklich eine Erhöhung erfahren. Wenn wir neue Wege suchen, ist es dabei ganz ausgeschlossen, daß wir hier auf eine Erhöhung der Rundfunkhörergebühren zurückgreifen. Eine Erhöhung dieser Gebühren kann wohl nicht in Betracht gezogen werden.

Dem Rundfunk selber nahe verwandt und ebenso erfolgreich war unser Fernsehen, das sein Debüt bei der Eröffnung der Staatsoper gefeiert und dabei seine Qualität bewiesen hat, sodaß wir auch auf diesem Sektor den Anschluß an die übrigen Länder gefunden haben. Rundfunk und Fernsehen in der Hand des Staates können über den Äther hinaus völkerverbindend wirken. Sie können die Welt draußen von unserem österreichischen Leben, von unserer Arbeit, von unserem Tun und Wirken unterrichten. Diese Sparte der staatlichen Einrichtungen soll aber unser Volk selbst neben der Vermittlung von Ernstem und Heiterem, von Kultur und Kunst und von Wissen auch mit jenen staatspolitischen Fragen beschäftigen, deren Behandlung notwendig und erforderlich ist, um nicht nur unser Volk, unsere Jugend staatsbejahend zu erziehen, sondern auch einen Beitrag zur gegenseitigen Verständigung zu leisten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet der Herr Abg. Haberl. Ich erteile es ihm.

Abg. Haberl: Hohes Haus! Wenn auch einige Parteien dieses Hauses aus Gründen, die sicherlich in ihrem Programm liegen, gegen die Verstaatlichung auftreten, so ist diese mit ihren Erfolgen in Österreich doch eine Tatsache geworden, gegen die nur sehr schwer sachliche Argumente vorzubringen sind.

Die Auseinandersetzungen um dieses Kapitel haben sich auch bis auf wenige Ausnahmen wesentlich gemildert, und es freut uns, wenn selbst ein politischer Gegner, wie zum Beispiel der Herr Abg. Köck von der Österreichischen Volkspartei, im Finanzausschuß sachlich erklärte, daß vieles an den verstaatlichten Betrieben zu loben sei, daß die technische Entwicklung, die Menschenbehandlung und die Führung in Ordnung seien. Dieses Zeichen von aufrichtigem Verständnis, das ja auch der

Mitverantwortung der Österreichischen Volkspartei, die viele Direktoren in der verstaatlichten Industrie stellt, entspricht, nehmen wir gerne zur Kenntnis.

Doch, meine Damen und Herren, leider ist es nicht überall so. Wenn ich hiezu einige Beispiele erwähnen darf, so möchte ich vorausschicken, daß wir uns damit natürlich keinesfalls gegen eine berechnete Kritik wehren wollen. Man sollte aber doch annehmen können, daß die betriebliche Heimstätte von über 100.000 Menschen von einer gewissen Seite nicht zum Ziel ständiger haßvoller Angriffe gemacht wird und daß man zweideutige Aussendungen, die niemandem dienen, besser unterläßt.

Erlauben Sie mir, auf das nächstliegende Beispiel, nämlich auf Krieglach, hinzuweisen. Die dortige Entwicklung ist sicher für den Ort und auch für die Menschen dort bedauerlich, und die dafür zuständigen Funktionäre haben sich mit Recht mit dieser Frage beschäftigt. Die angekündigten Maßnahmen bedeuten immerhin einen tiefen Einschnitt in das Leben der Betroffenen. Man soll aber diese Not der Menschen nicht zu einem parteipolitischen Vorteil ausnützen, besonders dann nicht, wenn man über die Dinge anders denkt, als man spricht und schreibt.

Es ist eine Tatsache, daß der Eisenplan nicht von Sozialisten gemacht wurde, sondern bereits seinerzeit, als noch ein Minister der Österreichischen Volkspartei dieses Ressort führte. Trotzdem aber bekennen wir uns zu einer notwendigen Konzentration, wenn sie die Konkurrenzfähigkeit eines Betriebes oder einer Sparte erhöhen kann. Nach diesem Plan ist also die Blecherzeugung bei der VÖEST, besser gesagt für Krems, vorgesehen. Wäre Krems, Herr Abg. Koplenig, nicht zehn Jahre von den Russen besetzt gewesen, so hätte dieses Werk die ihm zugedachte Rolle früher spielen können und es wären manche Entwicklungen in Krieglach ausgeblieben. Dafür kann man also keine österreichische Stelle verantwortlich machen.

Als in Krieglach schon vor Jahren das Ende der Blecherzeugung mit den alten Anlagen nahe schien, hat man alles getan, um das Werk zu erhalten. Das kann man heute keinesfalls übersehen. Es wurde damals eine neue Kaltbandstrecke erbaut, und es sind weiters in Bau eine Verbleiungs- und Verzinnungsanlage, alles Projekte, um die sich auch andere Orte bemüht haben. Und wenn man erfährt, daß in diesem Werk Investitionen in der Höhe von 65 Millionen Schilling getätigt werden oder bereits zum großen Teil gemacht worden sind, so soll man diese Hilfe heute nicht vergessen. Trotzdem aber bin ich überzeugt, daß sich alle

verantwortlichen Stellen auch weiterhin bemühen werden, die größten Härten zu mildern.

Hohes Haus! Was soll man aber denken, wenn man zu dieser Frage zum Beispiel in zwei Zeitungen der Österreichischen Volkspartei folgendes liest. In der „Südost-Tagespost“, dem Parteiorgan der Österreichischen Volkspartei, vom 10. Dezember steht folgendes: „Die Krieglacher sehen der Entwicklung schon deshalb mit großer Sorge entgegen, da es sich bei ihrem Walzwerk nicht um ein Privatunternehmen, sondern um einen verstaatlichten Betrieb handelt und sie genau wissen, daß sie sich mit ihrer Kampfansage gegen das Königreich Waldbrunner“ wehren müssen. Soweit das amtliche Organ der Österreichischen Volkspartei in der Steiermark.

Und nun eine zweite Zeitung der Österreichischen Volkspartei, ebenfalls vom 10. Dezember. Ich weiß nicht, bei wem ich mich bedanken muß, aber diese Zeitung wurde anscheinend von einem Funktionär des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes in das Lesezimmer gelegt. Ich habe sie mir ausgeborgt und werde sie selbstverständlich wieder zurückschicken. (*Abg. Alienburger: Besser wäre, Sie abonnierten sie!*) Hier steht folgendes, vom gleichen Tag und zur gleichen Sache: „Selbstverständlich denkt auch Waldbrunner nicht daran, den Betrieb des Walzwerkes Krieglach von heute auf morgen einzustellen. Aber es ist auch keine wirtschaftliche Grundlage vorhanden, den veralteten Krieglacher Betrieb durch kostspielige Investitionen zu modernisieren. Im Gegenteil, jede Investition würde sich als Fehlspekulation erweisen und vielleicht sogar die Arbeitsplätze in anderen Betrieben gefährden.“

Eine ähnliche Stellungnahme und Haltung sind wir ja von meinem eigenen Betrieb gewohnt. Auch in Liezen war es seinerzeit nicht anders. Als wir damals wirklich voll schwerer Sorgen davor standen, was mit dem Werk und seinen Menschen geschehen soll, da waren wir froh, den Ausweg der Vereinigung mit der VÖEST zu finden. Der Minister und die VÖEST mit ihrem Generaldirektor Hitzinger mußten damals manchen Angriff über sich ergehen lassen. „Die VÖEST als Partner ungeeignet!“, „Warum nicht die Alpine?“, „Eigenmächtigkeit des Ministers Waldbrunner“ — das waren ungefähr die Schlagzeilen, die aber alle nicht den wahren Tatsachen entsprachen. Denn schon in einer Sitzung im Ministerium am 18. November 1952 hat die Alpine auf ausdrückliches Befragen keinen Ausweg gewußt, wie man der Hütte helfen könnte. Und bevor der Herr Minister zustimmte, wurde ein Betriebsüberlassungsvertrag im Aufsichtsrat der Hütte Liezen mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei beschlossen.

Daß aber allein die VÖEST zu diesen Leistungen in Liezen imstande war, beweist die bisherige Entwicklung des Werkes, von der nicht nur die Arbeiter und die Angestellten, sondern das gesamte Gebiet profitierte. Und wir sehen, daß es nicht nur gelungen ist, die Beschäftigung zu sichern, sondern auch in dieser kurzen Zeit zusätzlich 350 Menschen neu zu beschäftigen.

Meine Damen und Herren! Während es in Liezen dank der Hilfe anderer verstaatlichter Betriebe gelungen ist, das gesamte Gebiet vor einem schweren Rückschlag zu bewahren, kämpft die Industrie eines Nachbarortes und damit die ganze Stadt seit zehn Jahren einen verzweifelten Kampf um ihre Erhaltung. Es handelt sich hier um Rottenmann mit der Paltenstahlindustrie. Seit dem 15. Jahrhundert wird in diesem Ort eine eisenerzeugende Tätigkeit betrieben. Vor und während des Krieges sind zeitweise in diesem Werk über 1000 Menschen beschäftigt gewesen, die alten Erzeugungen wurden aber während des Krieges anderswohin verlagert, sie befinden sich heute in Liezen, Kindberg und Krems. Die neu eingerichteten Hallen sind jedoch 1945 von den Russen ausgeräumt und die Maschinen in über 30 Eisenbahnzügen weggeführt worden. Trotzdem haben die Arbeiter und Angestellten in zähem Fleiß eine neue Produktion errichtet, die vorübergehend, im Jahre 1949, wieder 700 Menschen beschäftigen konnte, aber in der Folge trotz Darlehen und Hilfe aus öffentlichen Mitteln in immer neue und größere Schwierigkeiten geriet. Der Stand des unter der Obhut des Finanzministeriums stehenden Betriebes ist heute auf 200 Beschäftigte herabgesunken, und es scheint, als ob Betrieb und Ort nun gar zum Sterben verurteilt wären. Es dreht sich hier also nicht um eine weitere Einschränkung, sondern um die Gefahr einer vollständigen Stilllegung überhaupt. Die tausend Jahre alte Stadt wehrt sich aber verzweifelt dagegen, und ihre Bewohner können es nicht verstehen, daß es für sie keine Hilfe geben soll.

Sicherlich ist der Betrieb durch Kredite belastet, aber es sind doch Hallen, Maschinen und vor allem in der Eisenindustrie aufgewachsene Menschen vorhanden, die bei einer richtigen Produktion ihren Teil leisten können. Wenn also trotz zehnjährigen Bemühens und auf Grund der großen erforderlichen Beträge keine Lösung im privaten Sektor möglich war, dann muß man eben versuchen, sie vielleicht im staatlichen Bereich zu finden. Der Betrieb gehört als ehemaliges deutsches Eigentum jetzt dem österreichischen Staat, und daraus ergibt sich für die weitere Entwicklung auch eine Verantwortlichkeit des Bundes.

Eine ähnliche Lösung wie in Liezen, die Übernahme durch einen großen verstaatlichten Betrieb, läge also nahe. Ich weiß schon, daß es auch für die verstaatlichte Industrie nicht leicht sein wird, die nötigen Mittel aufzubringen und eine Produktion zu finanzieren, aber die Lage erfordert alle Anstrengungen und ein durch den Krieg und die Nachkriegszeit so schwer betroffener Ort hat ein Recht auf Hilfe und ein Recht auf Wiedergutmachung. Ein Unrecht, das nicht durch demokratische Funktionäre verursacht wurde, könnte damit wieder ausgelöscht werden. Es geht ja hier nicht um die Arbeiter allein, eine solche Existenzsicherung wäre in dieser Gegend die Rettung für Handel und Gewerbe. Es ist daher aufrichtig zu hoffen, daß eine gemeinsame Lösung gefunden werden kann.

Und nun zum Schluß noch kurz einige Worte zu Äußerungen von Vorrednern. Der Herr Abg. Koplenig hat, so wie im vorigen Jahr, bestritten, daß in der verstaatlichten Industrie die Lohn- und Sozialpolitik besser wäre als anderswo, er hat sie geradezu als rückschrittlich bezeichnet. Entweder steht dahinter eine böswillige Absicht, oder seine Äußerung entspricht krasser Unkenntnis der Verhältnisse. Es tut mir leid, daß es in unserem Betrieb keine kommunistischen Betriebsräte gibt, sonst würde ich ihn durch einen solchen zu einem Besuch einladen lassen, was sicherlich zu einer besseren Kenntnis der Probleme führen müßte.

Er hat gleichzeitig, wie auch im vorigen Jahr, davon gesprochen, daß die Arbeitsplatzbewertung das Lohngefüge durchbreche. Sicher, Herr Abg. Koplenig, aber sie durchbricht das Lohngefüge nicht nach unten, sondern nach oben, und wenn Sie den Abschluß bei den Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerken kennen, dann werden Sie doch wissen, daß eine Klausel darin enthalten ist, daß niemand weniger bekommen darf, sondern daß tatsächlich fast durchwegs alle mehr bekommen haben.

Und wenn Sie von der Seite her von rücksichtslosen Methoden sprechen, so glaube ich, alle wissen es, besonders jene, die in den USIA-Betrieben tätig gewesen sind, daß es doch nirgends rücksichtslosere Methoden gegeben hat als bei Ihnen und daß es nirgends einen grausameren Staatskapitalismus gibt als im Osten. Es gibt doch nirgends eine rücksichtslosere Ausbeutung als bei Ihnen. (Abg. Koplenig: Das spüren Sie jetzt!) Herr Abg. Koplenig! Sprechen Sie nicht immer so viel dagegen; wenn Sie einmal Bulganin hört, dann werden Sie aus der Partei ausgeschlossen.

Nun einige kurze Worte noch zu den Ausführungen des Herrn Abg. Weinmayer, der

4224 88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955

von dem „Terror“ in den Betrieben der verstaatlichten Industrie gesprochen hat. Herr Abg. Weinmayer, gehen Sie in Ihre Betriebe und gehen Sie vor allem in die öffentlichen Ämter, die von Ihren Leuten beherrscht werden, und Sie werden sehen, daß dort für einen Sozialisten überhaupt keine Möglichkeit besteht, zu existieren! Wieso sind Sie so einseitig? Schauen Sie doch die Personalpolitik der Alpine an, über die Sie nichts reden, sondern wo Sie Ihren Einfluß eben geltend machen, um dort Leute des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes unterzubringen.

Sie wundern sich immer über Ihre Verluste bei den Betriebsratswahlen (*Abg. Altenburger: Haben wir ja keine!*) in den verstaatlichten Betrieben und reden von Terror. Herr Abg. Altenburger! In Wirklichkeit sind doch nur Ihre eigenen Haßgesänge schuld daran, daß Sie nicht weiterkommen.

Also merken Sie sich folgendes: Die Arbeiter und Angestellten der verstaatlichten Industrie stehen hinter ihrem Minister! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abg. Polcar vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Polcar: Hohes Haus! Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, aber der Abg. Czettel hat über Fragen der Luftfahrt gesprochen. Ich hätte mich deswegen nicht zum Wort gemeldet, um zu diesem Thema zu sprechen, zu dem ich, glauben Sie mir, auch sehr viel zu sagen hätte, weil seit einigen Wochen ein sogenannter Zehnerausschuß, beschickt von den zwei Koalitionsparteien, in Unterhandlungen über die Fragen der Luftfahrt ist. Dieser Ausschuß hat bereits einmal getagt. Es schien mir daher nicht zweckmäßig zu sein, nachdem sich ein zartes Pflänzlein der Zusammenarbeit auf diesem Sektor gezeigt hatte, diese Frage, bevor sie nicht in Besprechungen geklärt ist, jetzt schon hier im Hohen Hause zur Debatte zu stellen, denn allzu leicht könnte es passieren, daß dieses zarte Pflänzlein einer angebahnten Zusammenarbeit durch die Dampfwalze der politischen Diskussion zermalmt wird. Aber nun hat Kollege Czettel die Sache angeschnitten. Ich werde daher zu einigen Dingen doch leidenschaftslos Stellung nehmen müssen.

Kollege Czettel hat ein Gesetz aus dem Jahre 1950 zitiert. In diesem Gesetz sollen nach der Meinung des Abg. Czettel die Fragen der Kompetenzzuteilung der Luftfahrt geregelt sein. Um hier keine Illusionen aufkommen zu lassen, möchte ich feststellen, daß im Jahre 1950 bei der Abfassung dieses Gesetzes nur das kompetenzmäßig zugewiesen werden konnte,

was der Luftfahrt in Österreich damals zugestanden ist. Mittlerweile sind aber der Luftfahrt infolge der Befreiung unseres Vaterlandes große Bereiche zurückgegeben worden. Diese großen Bereiche der Luftfahrt sind kompetenzmäßig noch völlig ungeklärt, darüber muß geredet werden, und dieser Zehnerausschuß muß — ich bin überzeugt davon — zu einer Regelung kommen.

Dasselbe betrifft auch diesen angeblichen Regierungsbeschluß, Herr Kollege Czettel! Auch der Regierungsbeschluß von damals konnte ja nur das verteilen, was eben zu verteilen war. Ein Wicht ist der, der mehr verteilt, als er hat! Folglich konnte auch damals die Regierung noch gar nicht Dinge kompetenzmäßig verteilen, über die sie noch nicht verfügen konnte.

Und wenn Sie über das Luftfahrtgesetz gesprochen haben, Herr Abg. Czettel, dann muß ich Ihnen auch einiges sagen, daß es nämlich gerade jene tausende Menschen, die seit Jahren in der Luftfahrt tätig sind, schmerzlich bedauern, daß der Herr Verkehrsminister heute noch auf Grund von Verordnungen und Gesetzen, die die Unterschrift Hermann Görings tragen, die Hoheitsrechte des Staates hinsichtlich der Luftfahrt ausüben muß, weil wir bis heute, zehn Jahre nach Kriegsende, noch immer keinen Luftverkehr und kein Luftfahrtgesetz haben.

Das Denken, Herr Kollege Czettel, hatten uns die Alliierten nicht verboten. Wir hätten schon im Jahre 1945 und 1946 usw. über das Luftfahrtgesetz reden und ein solches Gesetz beschließen können. Es ist ein sträfliches Versagen der zuständigen Stellen gewesen, daß man dieses Luftfahrtgesetz bis zum heutigen Tag nicht gemacht hat, obwohl ein vom Abg. Herzele und mir eingebrachter Initiativantrag nun das vierte Jahr selig im Haus im Verkehrsausschuß schlummert, denn der Herr Abg. Freund als Vorsitzender dieses Ausschusses hat es noch immer nicht für notwendig befunden, dieses Gesetz auf die Tagesordnung des Verkehrsausschusses zu setzen. Es ist also nicht unsere Schuld.

Auf eine weitere Sache will ich Sie auch noch aufmerksam machen, Herr Kollege Czettel. Ein großer Bereich in dem Gesamtkomplex der Luftfahrt betrifft den Flugsport. Sport ist auf Grund der Verfassung bekanntlich Landessache, und wir werden auch darauf sehen, daß in der kommenden gesetzlichen Lösung den Ländern im Flugsport ihr Recht zuteil wird. Wir werden es also nicht zulassen, daß der Flugsport unnötig behindert wird, das heißt, daß irgendeine Fliegergruppe, sei es eine Gruppe des ASKÖ oder eine der Sport-Union oder eine andere Gruppe, die irgendwo in einem entfernten Winkel unseres

Landes eine Flugsportveranstaltung durchführen will, sich gezwungen sieht, zunächst beim Herrn Verkehrsminister darum anzusuchen, ob dort ein Rutscher oder ein kurzer Flug mit einem Segelflugzeug überhaupt gemacht werden darf. Solche Gesuche liegen dann oft wochenlang hier in Wien bei den Zentralbehörden, und die armen Sportler draußen müssen ihre Festveranstaltung vorübergehen lassen, und die Genehmigung ist noch immer nicht da! Dieser merkwürdige Zustand hat für den Sport schon furchtbare Blüten getrieben.

Dazu möchte ich Ihnen, Herr Kollege Czettel, zwei Beispiele anführen. Vor einigen Jahren hat die Segelfliegergruppe in Deutschlandsberg eine Flugzeugtaufe durchgeführt. Der Fluglehrer dieser Gruppe, einer der besten Segelflieger mit einem amtlichen Flugzeugführerschein, hat bei dieser Flugzeugtaufe mit einem amtlich zugelassenen Flugzeug einen sogenannten Taufflug machen wollen. Die Genehmigung der Wiener Behörden war nicht vorhanden und der Mann hat den Taufflug gemacht. Daraufhin wurde ihm vom Luftamt im Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe der Flugzeugführerschein auf ein ganzes Jahr entzogen! (*Hört! Hört!-Rufe.*) Außerdem wurde der Mann vom Luftamt im Verkehrsministerium bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Der Staatsanwalt ist allerdings klüger gewesen, denn er hat das Verfahren eingestellt.

Ein zweiter, ähnlicher Fall hat sich vor zwei Jahren auf dem Semmering abgespielt, wo ein junger, begeisterter Gruppenführer einer Segelfliegergruppe deswegen angeklagt wurde, weil nach Meinung des Luftamtes im Rahmen eines Festtages dieser Fliegergruppe vom Hirschenkogel auf dem Semmering ein Segelflugzeug gestartet ist. Zweimal fand im Bezirksgericht in Wiener Neustadt eine Verhandlung gegen diesen jungen Mann statt, bis dann das Urteil gefällt wurde, das selbstverständlich mit einem Freispruch geendet hat.

Sehen Sie, das sind Übergriffe, die wir uns merken werden. Wir halten uns daher für verpflichtet, bei der Verhandlung über das Luftfahrtgesetz zu trachten, daß derartige Bestimmungen nie mehr in ein solches Gesetz hineinkommen.

Herr Kollege Czettel! Sie haben auch über Zell am See gesprochen und über die Segelfliegergruppe „Schwarzer Adler“, die sich dort gegründet hat, einige Worte verloren. (*Zwischenrufe des Abg. Czettel.*) Herr Kollege Czettel! Ich würde Sie bitten, vielleicht ein bißchen aufzupassen! Ich wende mich besonders an Sie. Ich möchte Ihnen dazu sagen: Es steht jedem in Österreich frei, eine Fliegergruppe zu gründen. Gott sei Dank gibt es bereits Hunderte solcher Gruppen. Auch Ihre ASKÖ-

Gruppen sind sehr tüchtig auf diesem Gebiet und gründen manche Vereine. Man kann es daher der Österreichischen Jugendbewegung nicht verwehren, auch Segelfliegergruppen zu gründen und zu arbeiten. Es wäre zu wünschen, daß auf diesem Gebiet noch recht, recht viele Neugründungen auch auf Ihrer Seite erfolgen.

Was das betrifft, was Sie dann zur Studiengesellschaft für Verkehrsluftfahrt gesagt haben, so glaube ich, unser Vaterland müßte diesen Männern danken, die ohne Inanspruchnahme staatlicher Mittel die Studiengesellschaft ins Leben gerufen haben und die mit dieser Studiengesellschaft weitestgehende Arbeiten auf dem Gebiete der Vorbereitung der Verkehrsluftfahrt durchgeführt haben.

Aus der Presse wird das Hohe Haus wissen, daß bereits eine Anzahl von Piloten im Ausland in Ausbildung steht. Weitere 30 Piloten sind erst kürzlich ausgewählt worden und befinden sich ebenfalls in Schulung, sodaß, wenn der Tag gekommen ist und wir eine nationale österreichische Luftverkehrsgesellschaft gründen werden können, genügend Personal für diese Luftverkehrsgesellschaft zur Verfügung stehen wird. Mit besonderer Freude muß auch festgestellt werden, daß es ebenfalls einer privaten Fliegerschule geglückt ist, in der kurzen Zeit, die uns seit der Befreiung unseres Vaterlandes zur Verfügung stand, bereits über 50 österreichische junge Männer zu Zivilpiloten oder Motorfliegern heranzubilden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich stelle fest, daß die Studiengesellschaft für Verkehrsluftfahrt keine Einrichtung der Österreichischen Volkspartei, sondern eine Einrichtung von Männern aus der Wirtschaft und von Männern ist, die auch vom VdU aus dazugestoßen sind, und wir hindern auch Sie nicht daran, sich an dieser Studiengesellschaft zu beteiligen. Wir würden das sogar begrüßen, denn die Frage einer nationalen österreichischen Luftfahrt ist etwas so Großes und etwas so Schwieriges, daß eine Partei allein diese Aufgabe sicherlich nicht bewältigen kann. Ich freue mich, daß es bereits morgen zu einer Aussprache zwischen dem Exponenten dieser Studiengesellschaft, dem Herrn Staatssekretär Dr. Bock, und dem Herrn Verkehrsminister kommen wird, und ich hoffe, daß es bald möglich sein wird, diese österreichische nationale Luftverkehrsgesellschaft aufzubauen. Ich hoffe aber auch, daß es dem Herrn Verkehrsminister gelingt, so bald als möglich die gesetzlichen Unterlagen für eine freie Entwicklung einer freien österreichischen Luftfahrt zu schaffen. (*Beifall bei ÖVP und WdU.*)

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abg. Holzfeind vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Holzfeind: Meine Damen und Herren! Das Hohe Haus hat am 18. November dieses Jahres eine Novellierung des Feiertagsruhegesetzes beschlossen und damit die Zahl der gesetzlichen Feiertage auf zwölf erhöht. Schon in den Sitzungen des Finanz- und Budgetausschusses habe ich darauf hingewiesen, daß es im öffentlichen Dienst eine Gruppe von Dienstnehmern gibt, für die überhaupt keine Feiertagsregelung gilt. Es sind dies die im Turnusdienst und zum Teil im Landpostdienst beschäftigten Post- und Telegraphenbediensteten.

Die Forderung dieser Bediensteten nach Anwendung des Feiertagsruhegesetzes ist nicht so zu verstehen, daß diese an den gesetzlichen Feiertagen keinen Dienst machen sollen, denn auch an Feiertagen muß die Bevölkerung telefonieren können, müssen Telegramme zugestellt werden usw. Nicht verständlich aber ist, daß für diesen Feiertagsdienst keinerlei Entschädigung geleistet wird. Vor 1934 hat es zwei Staatsfeiertage gegeben, den 1. Mai und den 12. November. In einer Woche, in die ein gesetzlicher Feiertag fiel, wurde vor 1934 die Wochenpflichtleistung um eine Dienstschicht gekürzt und ein Ersatzruhetag gegeben. Erst wenn die Zuerkennung eines Ersatzruhetages nicht möglich war — und in Zukunft nicht möglich sein wird —, sollte beziehungsweise soll eine geldliche Entschädigung eintreten.

Für einen Teil des Post- und Telegraphenpersonals, nämlich für die als Arbeiter im Vertragsbedienstetenschema II gereihten Bediensteten, sieht das Vertragsbedienstetengesetz eine klare gesetzliche Regelung vor, nicht aber für die im pragmatischen Dienst stehenden Beamten und nicht für die Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas I, weil das Feiertagsruhegesetz für den öffentlichen Dienst überhaupt keine Anwendung findet.

Eine gesetzliche Regelung für den öffentlichen Dienst ist auch nicht notwendig, weil für die Beamten bei den Behörden, für die Lehrer in den Schulen das Feiertagsruhegesetz durch administrative Maßnahmen Anwendung findet. Durch solche administrative Maßnahmen soll das gleiche Recht für die eingangs erwähnten Post- und Telegraphenbediensteten geschaffen werden.

Um diese gleiche Behandlung sicherzustellen, gestatte ich mir im Einvernehmen mit Vertretern des Abgeordnetenklubs der Österreichischen Volkspartei dem Hause nachstehende Entschliebung vorzulegen:

Entschliebung der Abg. Holzfeind, Glaser, Aigner, Dr. Kranzlmayr und Genossen, betreffend die Anwendung des Feiertagsruhegesetzes im Post- und Telegraphendienst:

Die Bestimmungen des Feiertagsruhegesetzes finden derzeit im Post- und Telegraphendienst nur auf einen Teil des Personals Anwendung.

Zur Herstellung der gleichen Behandlung wird die Bundesregierung ersucht, tunlichst im Rahmen des gegebenen Personalstandes Maßnahmen zu treffen, durch welche die grundsätzliche Anwendung des Feiertagsruhegesetzes auf alle Bedienstete der Post- und Telegraphenanstalt sichergestellt wird.

Ich bitte das Hohe Haus, dieser Entschliebung bei der Abstimmung über Kapitel 28 Titel 1: Post und Telegraphenanstalt, die Zustimmung zu geben.

Präsident: Die Entschliebung trägt die nach der Geschäftsordnung erforderlichen Unterschriften — das heißt, es fehlen zwei, die sofort nachgetragen werden. Wenn das der Fall ist, steht die Entschliebung mit in Verhandlung.

Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Dr. Kranzlmayr. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Kranzlmayr: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist ungefähr 30 Jahre her, da zu einem meiner größten Erlebnisse jener Augenblick zu zählen war, an dem ich erstmals aus meinem selbstgebastelten Detektorapparat Töne und Worte empfangen konnte. Die Entwicklung des Rundfunks ist mit Riesenschritten vorwärtsgegangen, und es dauerte nicht allzu lange, bis wir nicht nur unsere österreichischen Sender, sondern auch die der anderen Staaten Europas und selbst aus Übersee empfangen konnten.

Unsere ersten Anfänge waren zwar nicht sehr großartig, wir hatten nur ein einziges Programm, und auch darüber gab es da und dort Klagen. Aber ich glaube, etwa vor Beginn des zweiten Weltkrieges gab es in Österreich keinen Ort, an dem nicht das österreichische Programm empfangen werden konnte.

Wir haben jetzt in Österreich eine Hörerzahl von ungefähr 1.700.000 angemeldeten Hörern, und trotz dieser großen Hörerzahl und obwohl die Entwicklung immer weiter fortgeschritten ist, ist es heute nicht möglich, daß alle angemeldeten Hörer, die monatlich ihre Rundfunkgebühren bezahlen, auch tatsächlich den österreichischen Rundfunk, das österreichische Programm hören können. Irgendwie, glaube ich, verstößt es sogar gegen die guten Sitten, daß man auf der einen Seite Geld in Empfang nimmt, ohne dafür eine Leistung zu erbringen.

Ganz besonders haben sich die Empfangsverhältnisse seit dem 6. November dieses

Jahres verschlechtert. Weite Gebiete Niederösterreichs sind vom Empfang ausgeschlossen, aber insbesondere das Innviertel, Teile des Traunviertels und auch des Mühlviertels haben Empfangsverhältnisse, die nur als katastrophal zu bezeichnen sind. Ich kann dem Herrn Abg. Hartleb nur zustimmen, der heute schon einmal davon gesprochen hat, daß hier im Hause immer wieder gesagt wird: Im Bereiche des Verkehrsministeriums werden Fortschritte erzielt, es wird dort alles besser. Auch bezüglich der Empfangsverhältnisse hat es geheißen, daß durch die neue Welleneinteilung, die am 6. November durchgeführt wurde, eine wesentliche Verbesserung des Rundfunkempfanges in allen Gebieten Österreichs herbeigeführt werde und daß diese Aufteilung der dem österreichischen Rundfunk zur Verfügung stehenden Wellen als endgültig zu bezeichnen sei.

Ich habe schon in einer Anfrage im Budgetausschuß den Herrn Minister gebeten, eine Erklärung darüber abzugeben, wieso trotz dieser Prophezeiung das Gegenteil eingetreten ist. Die Antwort war eigentlich sehr unbefriedigend; es hieß nur, Österreich, das nunmehr selbständig geworden ist, müßte sich an die internationalen Zuteilungen der Wellen halten, Österreich habe eben eine so schlechte Zuteilung bekommen, und nur auf dem UKW-Sektor könnte ein besserer Empfang erzielt werden.

Meine Damen und Herren! Wir haben in Österreich sehr, sehr viele Hörer, die in den ersten Jahren unmittelbar nach Kriegsende, manche notgedrungen, weil ihnen der alte Apparat konfisziert wurde, sich einen neuen Apparat um noch teures Geld angeschafft haben. Dieser Apparat hatte damals noch keine UKW-Empfangsanlage eingebaut, und diese Leute verstehen es heute gar nicht, daß sie ihren neuen modernen Apparat sozusagen wiederum beiseitestellen und sich einen Apparat mit UKW-Empfang kaufen sollen.

Wenn es dem Herrn Minister allein nicht gelingt — er mag zwar mächtig sein, aber vielleicht in der internationalen Politik doch zu wenig mächtig —, auf internationaler Ebene für Österreich Wellen zu bekommen, die jedem, der es wünscht, einen österreichischen Empfang ermöglichen, dann, glaube ich, muß er eben um die Unterstützung der gesamten österreichischen Regierung, um die Unterstützung des Parlaments ansuchen. Wir dürfen in diesem Punkte nicht müde werden und werden eben diese Stellen auf diese Misere aufmerksam machen. Wir fordern, daß wir Österreicher, wenn wir auch ein kleiner Staat sind, dasselbe Recht haben wie die anderen großen Staaten, nämlich unseren eigenen Rundfunk hören zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es muß auch sonst im Rundfunk Ordnung gemacht werden, meine Damen und Herren. Mein Kollege Polcar hat vom Luftfahrtgesetz gesprochen, das schon lange auf sich warten läßt. Genau so ist es letzten Endes auch mit dem Rundfunkgesetz.

Ich glaube, der Herr Minister hat es wohl selbst nicht sehr ernst gemeint, als er den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt „Österreichischer Rundfunk“ zum Versand gebracht hat. Von einem Ei des Kolumbus, das hier gelegt wurde, kann man sicherlich nicht reden. Es ist höchstens ein faules, ein stinkiges Ei, das hier zum Vorschein gekommen ist. Es enthält sehr wenig demokratische Bestimmungen und erinnert eher irgendwie an die Zeit der Diktatur.

Ich will nur einen Punkt erwähnen, wo es heißt: Der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe kann die Überweisung von Teilen der Hörergebühren an die Anstalt Österreichischer Rundfunk mit Auflagen für besondere Zwecke versehen. Es ist also vollkommen im Belieben des Herrn Ministers gelegen, ob er nun den Rundfunk mit Dotationen versieht oder ob er ihn eben zum Schweigen bringt.

Wie diese Anstalt ausschauen soll, ob es eine öffentlich-rechtliche Angelegenheit, ob es eine Gesellschaft privaten Rechts sein soll, darüber wird man ja letzten Endes auch noch reden müssen. Vielfach werden bei der Regelung strittiger Fragen bei uns Einrichtungen nordischer Länder als beispielgebend herangezogen. In Holland hat es sich nicht schlecht ausgewirkt, daß dort vier Gesellschaften vorhanden sind, die sich untereinander in einem friedlichen Wettbewerb konkurrenzieren. Die Hörer haben dort das Recht, alljährlich die Gesellschaft zu wechseln, der sie den Rundfunkbeitrag bezahlen. Meine Damen und Herren! Sie können sich vorstellen, daß sich jede Gesellschaft bemüht, das beste Programm zu bieten und die Wünsche der Hörer am ehesten zu erfüllen.

Ich glaube, auch als Ländervertreter sagen zu müssen, daß in diesem neuen Gesetz, in dieser neuen Institution, im Österreichischen Rundfunk, auch die Länderinteressen berücksichtigt werden müssen. Sämtliche Bundesländer müssen hier einen echten Einfluß auf das Programm, auf das Personal und auf das Budget dieser Einrichtung haben.

Wir lassen keinen Zweifel, daß all das, was mit der Technik zu tun hat, also der hochfrequente Teil, dem Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe zu unterstehen hat, daß aber all das, was mit

4228 88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955

dem Programm zusammenhängt, in die Zuständigkeit des Unterrichtsministeriums fällt.

Ich habe auch schon im Finanz- und Budgetausschuß davon gesprochen, daß es die Bevölkerung — und hier spreche ich weniger von der gutsituierten Bevölkerung, sondern hier spreche ich eben von der Bevölkerung, die sich nur den Rundfunk leisten kann — nicht versteht, daß man jetzt allzu große Investitionen in den Fernsehfunk hineinsteckt, weil ja doch wahrscheinlich Jahrzehnte vergehen werden, bis der Fernsehempfang auch für den Menschen des Alltags erschwinglich sein wird und in ganz Österreich gute Empfangsverhältnisse geschaffen sein werden. Auch hier ist es leider wie beim Rundfunk. Wir im Innviertel haben zum Beispiel auch keine Möglichkeit, die Versuchssendungen des österreichischen Fernsehfunks zu empfangen.

Vielleicht wird es doch möglich sein, in Kürze zu einer Ordnung im Rundfunk zu kommen, denn, wie ich hörte, haben weite Kreise in Oberösterreich vor, weil sie eben kein österreichisches Programm empfangen können, ab dem nächsten Monat keine Rundfunkgebühren mehr zu bezahlen. Damit würde aber der Sache nicht genützt, sondern nur geschadet! Und ich glaube doch, wir sollten andere Wege suchen, um im gesamten Bundesgebiet unseren Rundfunk hören zu können. Zweifellos trägt der Rundfunk dazu bei, die Menschen zu bilden; wenn er richtig benützt wird, trägt er auch dazu bei, die Demokratie zu stärken. Abschließend, Hohes Haus, glaube ich den Herrn Minister bitten zu dürfen, alles zu unternehmen, damit diesen aufgezählten Übelständen Einhalt geboten wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Ich stelle fest, daß nunmehr die vom Abg. Holzfeind überreichte Entschließung die nach der Geschäftsordnung erforderliche Anzahl von Unterschriften trägt und daher zur Verhandlung steht.

Als nächster Redner ist vorgemerkt der Herr Abg. Reich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Reich: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Einer meiner Vorredner — es war der Herr Abg. Haberl — hat darauf hingewiesen, daß mein Parteifreund und Klubkollege Köck bei der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß zu dieser Gruppe die Äußerung gemacht hat, daß es auch Anerkennenswertes in den verstaatlichten Betrieben gibt, daß dort auch eine gute Führung zu finden ist. Ich glaube, daß damit der Beweis erbracht ist, daß die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei bemüht sind, auch dann objektiv zu urteilen, wenn die Zuständigkeit eines Ministeriums gegeben ist,

das nicht von einem Volksparteiler geführt wird. Ich glaube, es ist damit auch zum Ausdruck gebracht, daß die Österreichische Volkspartei den Gedanken der Verstaatlichung nicht im Grundsätzlichen ablehnt; sie hat ja auch für die entsprechenden Gesetze, die die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, gestimmt. Wir wehren uns aber immer wieder leidenschaftlich dagegen, daß diese Verstaatlichung auf Gebiete und Bereiche ausgedehnt wird, die nicht mehr darunterfallen müssen und bei denen keine sachliche Notwendigkeit dafür gegeben ist.

Ich selbst verehere einen Mann, den ich niemals in meinem Leben kennengelernt habe, weil ich erst geboren wurde, als er schon lange gestorben war. Es war der Obmann der Christlichsozialen Partei, ich meine damit den Bürgermeister von Wien, Lueger. Dieser Mann hat bewiesen, daß auch die Christlichsoziale Partei dafür Verständnis hat und die Notwendigkeit anerkennt, daß in gewissen Bereichen des öffentlichen oder kommunalen Lebens Maßnahmen gesetzt werden müssen, um Ordnung zu schaffen und sie zu erhalten. Er hat also kommunalisiert und damit die Grundlage für eine spätere Entwicklung gegeben, die, glaube ich, sehr bedeutungsvoll gewesen ist. Und das Erbe Luegers, das eines Tages dann die sozialistische Mehrheit in der Gemeindeverwaltung antreten konnte, ist sicherlich ein sehr beachtliches und anerkennenswertes gewesen.

Aber wogegen wir uns in allen diesen Bereichen immer wehren, das ist, daß sie in irgendeiner Weise parteipolitisch ausgenützt werden sollen. Wenn ich es nicht selbst erlebt hätte, daß ich nach der Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft nicht mehr an den gleichen Dienstort zurückkehren konnte, an dem ich beschäftigt war, bevor ich eingerückt bin, dann würde ich vielleicht manches nicht für richtig halten, was auf diesem Gebiet gesagt wird. Aber wenn man nur aus der Tatsache heraus, daß man zufällig eine politische Unbedenklichkeitsbestätigung, die man damals brauchte, um sich überhaupt melden zu dürfen, von der Österreichischen Volkspartei besitzt und allein deshalb nicht für würdig befunden wird, in einem Unternehmen unterzukommen, in dem ein sozialistischer Personalchef tätig ist, dann glaube ich, ist man als gebranntes Kind solchen Erscheinungen gegenüber sehr, sehr bedenklich eingestellt und wird mit aller Leidenschaft dagegen ankämpfen, daß sie einen weiteren Umfang annehmen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Frauen und Männer! Wenn auf diesem Gebiet Unrecht geschieht, möchte ich es weder hüben noch drüben

verteidigen, denn ich glaube, daß das Recht auf Leben, daß das Recht auf einen Arbeitsplatz zu den bedeutendsten Menschenrechten zählen, die wir in keiner Weise jemals schmälern dürfen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es würde aber auch das Recht auf eine Wohnung dazu gehören und manches andere; aber das gehört ja nicht zu dieser in Behandlung stehenden Gruppe.

Es hätte eigentlich schon bei den vorher behandelten Gruppen dieses Budgets die Möglichkeit gegeben und die Notwendigkeit bestanden, einige Worte über Familienpolitik zu sprechen. Ich glaube, auch bei der Gruppe X ist es am Platz, einiges zu sagen, was mir beachtenswert erscheint, wobei ich insbesondere den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe bitten würde, auch in seinem Bundesministerium entsprechende Veranlassung zu treffen, daß Beratungen gepflogen werden, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann.

Ich möchte nur über zwei Probleme der Fahrpreismäßigung bei den Bundesbahnen sprechen, und zwar zunächst einmal über die Reisemöglichkeit für die kinderreiche Familie und dann über die Einkommensgrenze für Besitzer von Arbeiterwochenkarten und Arbeiterfahrkarten.

Es ist heute allgemein bekannt und es wird gerade von den kinderreichen Familien immer wieder als besonders bedauerlich empfunden, daß sie zufolge der verhältnismäßig hohen Kosten, die ihnen bei einer Reise erwachsen, nicht imstande sind, während des Sommers einen Urlaub außerhalb der Stadt in irgendeinem Bundesland zu verbringen. Es ist richtig, daß die Eisenbahn-Verkehrsordnung eine Begünstigung für Kinder vorsieht. Wir haben das auch vor einiger Zeit verbessern können, und zwar so, daß Kinder bis zum 6. Lebensjahr, zum Unterschied von früher, wo es nur bis zum 4. Lebensjahr der Fall war, freie Fahrt erhalten, und Kinder bis zum 14. Lebensjahr nur die halbe Fahrt zu bezahlen haben. Trotzdem aber ist das noch verhältnismäßig wenig, und ich glaube nicht, daß irgend jemand in diesem Hohen Hause sagen könnte: Nun ja, dafür wird ja auf der anderen Seite heute schon eine Kinderbeihilfe, eine Familienbeihilfe geboten und diese mögen auch dazu dienen, daß die Kosten einer solchen Reise eine Bedeckung finden.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle sind uns darüber im klaren, daß die Kinder- und Familienbeihilfen bedauerlicherweise noch nicht jene Höhe erreichen konnten, die wir für gerechtfertigt halten müssen. Ich spreche hiebei keineswegs jenen Leuten das Wort, die vielleicht jetzt auf

Heller und Pfennig ausrechnen, was das einzelne Kind kostet, und dann in Briefen an die Abgeordneten — ich glaube nicht nur an mich, sondern auch an andere Abgeordnete — zum Ausdruck bringen: Das Kind kostet mich soundsoviel hundert Schilling. Ich verlange daher, daß mir der Staat das ersetzt, was ich an Ausgaben habe. Ich glaube, würde man in eine solche Auffassung verfallen, würde man sich einer solchen Überlegung anschließen, dann würde letzten Endes der Familie selbst kein guter Dienst erwiesen werden. Aber die Kinder- und die Familienbeihilfe ist noch bescheiden und es ist daher sicherlich notwendig, daß alle Faktoren des öffentlichen Lebens zusammenwirken, um dort, wo der Familie geholfen werden könnte, auch eine solche Hilfe zu gewähren.

Ich habe vor kurzem in der Zeitschrift des Österreichischen Familienbundes eine Notiz gefunden, die sich mit den Schweizerischen Bundesbahnen und ihren Familientarifen beschäftigt. Ich bin leider nicht in der Lage, das Material aus erster Hand zu besitzen, immerhin aber glaube ich, daß einiges an dieser Regelung in der Schweiz bemerkenswert ist, wenn ich auch nicht anstehen will, zu sagen, daß die Situation in der Schweiz zweifellos eine andere ist.

Aber, meine sehr verehrten Frauen und Herren, auf anderen Gebieten haben wir heute schon mehr geleistet als die reiche Schweiz, die in der Vergangenheit nicht von Kriegersereignissen und Nachkriegsereignissen heimgesucht gewesen ist. Wir haben auf manchen Gebieten mehr geleistet. Und wenn vor kurzem hier auch Kollege Holzfeind über die Feiertage gesprochen hat, dann wissen wir, daß die Zahl der bezahlten Feiertage in der Schweiz nicht so hoch ist wie in Österreich. Wir sind stolz darauf, daß wir es als verhältnismäßig armes Land doch fertiggebracht haben, gewisse vorbildliche soziale Leistungen zu erbringen. Ich glaube daher, daß man ruhig auch einmal anfangen kann, zu überlegen, ob es nicht auch im Bereiche der Bundesbahnen möglich ist, der Familie wenigstens einmal im Jahr eine Reisemöglichkeit zu geben.

In einem Prospekt der Schweizerischen Bundesbahnen heißt es: „Für Familienausflüge, an denen wenigstens Vater und Mutter und ein Kind oder aber einer der Ehegatten und zwei Kinder teilnehmen, werden folgende Fahrpreismäßigungen gewährt: Ein Ehegatte (Vater oder Mutter) bezahlt den vollen Fahrpreis, jede weitere über 16 Jahre alte Person den halben Preis. Je zwei Kinder im Alter von 6 bis 16 Jahren können zusammen ebenfalls mit einem halben Billett

reisen. Als Familienmitglieder gelten neben den Eltern die im gleichen Haushalt lebenden Söhne und Töchter bis zum Alter von 25 Jahren. Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder werden wie eigene Kinder betrachtet. Auch auswärts wohnende ledige Söhne und Töchter unter 25 Jahren sowie ledige Kinder von Verwandten bis zum gleichen Alter, die sich besuchsweise im gleichen Haushalt aufhalten, können zur Familie gezählt werden.“ Und noch einiges mehr.

Wenn ich auch glaube, daß hier ein gewisses Maß zu halten ist, so möchte ich mit meinen Ausführungen eigentlich nur erreichen, daß auch dieser Gedanke in die Überlegungen mit einbezogen wird und wir vielleicht eines Tages dann sagen können: Es ist möglich, daß eine Familie mit einer bestimmten Zahl von Kindern zu sehr begünstigten Fahrpreisen auf der Bundesbahn wenigstens einmal im Jahr befördert wird, um einen Urlaub auch außerhalb der Stadt in einem anderen Bundesgebiet verbringen zu können.

Ein anderes Kapitel ist die im Personen- und Gepäcktarif der Österreichischen Bundesbahnen festgelegte Einkommensgrenze für die Inanspruchnahme einer Arbeiterwochenkarte. Diese Einkommensgrenze ist mit 1500 S festgelegt, es ist aber dabei nicht berücksichtigt, ob diese 1500 S jemand verdient, der mehrere Kinder zu versorgen hat, oder jemand, der für sonst niemand zu sorgen hat. Eine solche Bestimmung erscheint mir besonders deshalb präjudiziell, weil vielleicht eines Tages die sozialistische Mehrheit in der Gemeinde Wien daraufkommen könnte, daß man für die Benutzer von Wochenkarten ebenfalls eine solche Einkommensgrenze einführen könnte. Schließlich und endlich ist es aber nicht gleichgültig, ob jemand knapp etwas über 1500 S verdient, dafür aber zwei, drei oder vier Kinder und selbstverständlich die Gattin zu versorgen hat, oder ob jemand mit dem gleichen Betrag für niemanden zu sorgen hat. Richtig, auch hier kann eingewendet werden: es wird eine Kinderbeihilfe gewährt. Aber ich glaube, daß man ebenso wie bei dem Gedanken der Ermäßigung von Familienfahrten sagen muß: Diese Kinderbeihilfen sind noch nicht so hoch, daß sie hier eine Rolle spielen könnten.

Das gleiche gilt auch für die Arbeiterfahrkarten, denn die Arbeiterwochenkarte kann man nur dann lösen, wenn der Wohnort vom Beschäftigungsort weniger als 100 km entfernt ist. Über 100 km kann also diese Arbeiterwochenkarte nicht mehr in Anspruch genommen werden, und sie wäre auch sicherlich nicht mehr verwendbar, weil kaum jemand Tag für Tag mehr als 100 km hin- und zurückfahren könnte. Die Arbeiterfahrkarte dient in

erster Linie für jene Arbeiter und Angestellten, die über 100 km von ihrem Wohnort, von ihrem Haushalt entfernt beschäftigt sind und wenigstens einmal im Monat ihre Familie besuchen wollen. Es ist nun einmal so, und im öffentlichen Dienst kommt es öfter vor, daß jemand aus dienstlichen Gründen zum Beispiel von Wien nach Innsbruck versetzt werden muß. Daß dieser Dienstnehmer auch den Wunsch hat, wenigstens einmal im Monat nach Wien zu seiner Familie zu fahren, ist selbstverständlich. Er kann aber, wenn er etwas über 1500 S verdient, leider diese stark ermäßigte Arbeiterfahrkarte nicht mehr in Anspruch nehmen, sondern muß sich mit einer ermäßigten Rückfahrkarte begnügen, die um 25 Prozent mehr kostet. Nun könnte man auch wieder sagen: 25 Prozent Mehrkosten ist ja schließlich auch nicht viel. Aber gerade diese Menschen, die einen doppelten Haushalt führen müssen, empfinden jede Benachteiligung der anderen Gruppe gegenüber als sehr schmerzlich und bedauerlich. Und die letzte Konsequenz daraus ist, da sie diese Ermäßigung nicht in Anspruch nehmen können, daß sie eben verzichten müssen, monatlich ihre Familie zu besuchen, und sich darauf beschränken, dann vielleicht nur alle zwei Monate nach Hause zu fahren, um einen Tag oder ein Wochenende im Kreise ihrer Familie zu verbringen.

Ich habe mir erlaubt, schon vor einigen Monaten dem Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe in dieser Angelegenheit einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, wie ich mir hier eine Regelung vorstellen könnte, ohne daß der Abgang der Bundesbahn eine Erhöhung erfahren würde. Der Vorschlag lautete, daß dann, wenn Kinder vorhanden sind und wenn für diese auch eine Steuerermäßigung gewährt wird, für jedes Kind ein Mehrbetrag von 200 S zum Grenzeinkommen hinzukommen sollte. Bei einem Kind würde sich die Einkommensgrenze von 1500 S auf 1700 S, bei zwei Kindern auf 1900 S erhöhen usw. Ich glaube, daß das durchaus gerecht wäre und auch ein Entgegenkommen des Ministeriums und der Generaldirektion der Bundesbahnen gegenüber den Familienerhaltern bedeuten würde.

Die Antwort des Herrn Ministers hat mich leider nicht befriedigt, und insbesondere der letzte Satz, daß die vorhandenen Ermäßigungen ja schon sehr weitgehend sind — ich bestreite das keineswegs — und weitere aus wirtschaftlichen Gründen leider nicht möglich sind, hat mir nicht gefallen.

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe sagt, daß etwas aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist, so

wird das also mit einer gewissen Ruhe und Gelassenheit zur Kenntnis genommen. Wenn aber der Herr Bundesminister für Finanzen das einmal sagt, wenn von der sozialistischen Fraktion ein Antrag eingebracht wird, dann wird das nicht mit der gleichen Ruhe und Gelassenheit hingenommen, sondern dann wird sofort der Vorwurf erhoben, daß der Finanzminister kein Verständnis für den kleinen Mann, für die Arbeiter und Angestellten habe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß hier schon eine gewisse Revision der Auffassungen notwendig und auch möglich wäre. Es kann sich hier auch nicht um allzu viele Personen handeln. Gott sei Dank sind die meisten Arbeiter und Angestellten doch in der Nähe ihres Wohnortes beschäftigt und müssen nicht diese Ermäßigung in Anspruch nehmen. Aber die Betroffenen suchen sich selbstverständlich einen anderen Ausweg, der durchaus begreiflich ist, indem sie sich von den Bundesbahnen, von den öffentlichen Verkehrsmitteln eben unabhängig zu machen trachten und sich auf den Weg des Ratenstotterns für den Roller oder für das Motorrad begeben. Na, dann ist dieser Fahrgast eigentlich auch verloren, und daher ist diese Maßnahme nicht geeignet, Mehreinnahmen zu erzielen.

Aber diese Menschen haben keine gewerkschaftliche Vertretung, sie sind sehr verstreut und können ihren Wünschen und Forderungen vielleicht nicht den gleichen Nachdruck geben wie andere Gruppen, die geschlossen organisiert sind. Ich weiß allerdings, und es wurde mir mitgeteilt, daß der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe im Finanz- und Budgetausschuß bei der Behandlung dieser Frage — es hat damals ein anderer Kollege von uns dieses Problem angeschnitten — eine Überprüfung in Aussicht gestellt hat, und ich möchte nur hoffen, daß sie zu einem positiven Ergebnis führt. Ich glaube im besonderen, auch deshalb wäre es vertretbar, den kinderreichen Familien eine gewisse Berücksichtigung einzuräumen, weil ja sie es sind, die eigentlich jene Menschen heranziehen, die eines Tages als Steuerzahler den Abgang zu decken haben werden, der bei den Bundesbahnen auch in den nächsten Jahren noch vorhanden sein wird. Denn ich glaube kaum, daß sich der Herr Bundesminister für Finanzen erlauben wird, demnächst an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe die Aufforderung zu richten oder die Einladung ergehen zu lassen, ehestens dafür zu sorgen, daß auch bei den Bundesbahnen kostendeckende Fahrpreise eingehoben werden. Ich hoffe, daß das Beispiel der Gemeinde Wien nicht auf die Bundes-

bahnen übergreift, sondern daß im umgekehrten Sinn diese Familien, die die künftigen Steuer- und damit auch Defizitzahler heranziehen, eine entsprechende Berücksichtigung finden. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Im großen und ganzen glaube ich aber — ich wiederhole das auf Grund dieser Zwischenrufe —, daß das Defizit der Bundesbahnen durch eine solche Maßnahme *(Zwischenruf)*, Herr Kollege, zugunsten der Familie keineswegs eine merkbare Erhöhung erfahren würde. Bei den Beträgen, um die es sich hier handelt, sind diese Ausgaben sicherlich nicht von großer Bedeutung. Ich würde einer Erhöhung des Defizits keineswegs das Wort reden. Aber ich glaube, doch soviel feststellen zu dürfen: Es genügt nicht, daß wir allein und vor allem etwa auf dem Sektor der direkten Beihilfen unsere Kräfte einsetzen, sondern es geht darum, daß alle Faktoren des öffentlichen Lebens, alle Stellen der öffentlichen Verwaltung dafür sorgen, daß die Familie eine entsprechende Unterstützung und Berücksichtigung findet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zu dieser Gruppe ist noch zum Worte gemeldet der Herr Abg. Czernetz.

Abg. Czernetz: Hohes Haus! Der Komplex der Staatsbetriebe und der verstaatlichten Unternehmungen gehört zu den meistdiskutierten Streitobjekten unseres öffentlichen Lebens. Verschiedene Interessen und verschiedene Auffassungen trüben freilich die sachliche Prüfung der wirtschaftlichen Leistungen und beeinflussen oft das Urteil. Aber die Staatsbetriebe und die verstaatlichten Unternehmungen haben so große Bedeutung für das ganze österreichische Volk, daß wir in diesem Hause die Verpflichtung zu einer sachlichen Prüfung haben, aber auch allen Grund zu einer grundsätzlichen Klarstellung. Ich möchte darum dem Herrn Abg. Reich, der vor mir gesprochen hat, dafür danken, daß er in der manchmal wenig sachlichen Debatte doch jetzt am Schluß diese grundsätzliche Seite betont hat.

Bei der Untersuchung des Problems der Verstaatlichung sehen wir vor uns eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in der ganzen Welt, die nicht unbeachtet gelassen werden darf. Wir leben in einem Zeitalter, in dem der alte liberale Konkurrenzkapitalismus — nicht durch eine Partei, sondern durch die wirtschaftlichen Tatsachen selbst — überwunden wurde. Wir erleben ein Fortschreiten der Vergesellschaftung in den verschiedensten Formen. Vom individuellen Eigentum des Einzelkapitalisten und vom Familieneigentum ist man längst abgekommen.

Das anonyme Gesellschaftskapital hat sich in den Formen der Aktiengesellschaft durchgesetzt, und die Entwicklung, die Konzentration, die Zusammenballung der Unternehmungen ist bis zur Bildung von Monopolen weitergegangen, die die ursprüngliche kapitalistische Konkurrenz aufgehoben haben. Und haben wir nicht gleichzeitig, meine Damen und Herren, ein Nachlassen der Unternehmerinitiative, ein Nachlassen der Risikolust erlebt? Erleben wir das in unserem Lande nicht ununterbrochen? Haben wir nicht eine Spaltung der Funktionen des kapitalistischen Unternehmers erlebt? Sehen wir nicht sogar in unserem Lande, in dem es vorwiegend kleinere und mittlere Betriebe gibt, wie die Führung der Unternehmungen immer mehr aus den Händen der eigentlichen Kapitaleigentümer in die Hände von Managern übergegangen ist?

Die Monopole haben nicht nur die Konkurrenz aufgehoben, sie haben — und nicht nur bei uns in Österreich, sondern in der ganzen Welt — den expansiven, den dynamischen Charakter der kapitalistischen Wirtschaft aufgehoben. Überall in der Welt bestehen die größten Sorgen darüber, daß die sogenannte freie Wirtschaft eher eine Tendenz zur Restriktion zeigt, zur Steigerung der Gewinne durch Produktionsbeschränkungen und Bildung von Monopolpreisen als durch die alte Methode der Ausweitung der Produktion in einer Konkurrenzwirtschaft. Und alle diese Erscheinungen führen zu einer Verschärfung von Krisengefahren.

Aber so, wie die Monopole in der ganzen Welt die kapitalistischen Grundsätze, die alten liberalen Prinzipien durchbrochen haben, so stellen auch die Gegenmittel gegen die Monopole, selbst jene, die von bürgerlicher Seite gefordert werden, einen Bruch mit den kapitalistischen Methoden dar. Es handelt sich durchwegs um Formen des staatlichen Eingriffes von der einen oder der anderen Seite her. Aber die staatlichen Eingriffe führen selbst gewisse monopolistische Tendenzen herbei. Der führende Neoliberale, Professor Röpke, klagt darüber, daß nun schon alle Staaten mehr oder weniger „kollektivistisch“ sind. Er sucht eine freie Wirtschaft, die es nirgends mehr gibt.

Wissenschaft und Technik sind die Triebkräfte der industriellen Zentralisation. Der Großbetrieb ist unvermeidbar und die Vergesellschaftung ist unabwendbar. Sie bringen zweifellos neue Probleme und neue Gefahren mit sich. Aber eine Dezentralisation der Wirtschaft, von der manche träumen, ist nur in einem sehr begrenzten Bereich möglich. In der Energiewirtschaft, im Bergbau, in der Schwer-

industrie, in der großen Maschinen- und Motorenindustrie, in der chemischen Industrie, in der Elektroindustrie, kurz in allen kapitalintensiven Industrien ist eine solche Dezentralisation nicht möglich. Es kann sich nur darum handeln, zu erkennen, wie man die Konzentration dieser zentralisierten Unternehmungen behandelt, wie man sich mit den Problemen des Großbetriebes und den monopolistischen Tendenzen auseinandersetzt, aber sie sind da, und daran läßt sich nichts ändern.

Übersehen wir nicht, daß wir in Österreich von den neuen Problemen noch kaum berührt sind, die erst mit der Entwicklung der Atomenergie und mit der Vollautomatisierung der Industrie zu uns kommen werden. In Amerika und England sind diese Probleme schon deutlich fühlbar. Die Atomenergie in privaten Unternehmungen nach den Grundsätzen der sogenannten freien Wirtschaft zu bewältigen, fällt keinem Menschen auf dieser Welt mehr ein. Daß die Erzeugung und Verwertung der Atomenergie nur auf dem Wege der Nationalisierung möglich ist, daran zweifelt auch in den kapitalistischen Staaten niemand mehr.

Dabei ist die Nationalisierung bereits überholt und der Übergang zu internationalen Formen der Bewältigung der neuen Wirtschaftsfaktoren wird immer zwingender. Der Abg. Gredler hat heute erwähnt, daß auch im europäischen Bereich Versuche der Internationalisierung gemacht werden. Wie man hört, bestehen bereits Bemühungen, die Verwertung der Atomenergie in einer europäischen Gesellschaft, die sich „Euratom“ nennt, international zu organisieren. Wir stehen also vor der Erscheinung dieser sich immer deutlicher abzeichnenden Zusammenballungen, nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Rahmen. Es handelt sich um eine unaufhaltsame wirtschaftliche Tendenz, die durch die technische Entwicklung selbst erzwungen wird. Wir haben uns gar nicht mehr mit dem „Ob“, sondern in Wirklichkeit nur mit dem „Wie“ zu befassen.

Meine Damen und Herren! Die extremistischen Überspitzungen — freie Wirtschaft oder Befehlswirtschaft, Privatkapitalismus oder totale Staatswirtschaft — sind in Österreich nicht aktuell. Ich glaube, daß keine der beiden großen Parteien wirklich bereit ist, für das eine oder das andere Extrem einzutreten. Die großen Parteien und die Klassen dieses Landes versuchen in einem Ringen um eine geeignete Zwischenform etwas zu erreichen, was weder dem einen noch dem anderen Extrem entspricht. Die ÖVP behauptet von sich, sie sei für die soziale Marktwirtschaft; wir Sozialisten sagen, wir sind für eine Art marktwirtschaftlichen Sozialismus. Wir bestreiten einander

gegenseitig die Richtigkeit unserer Auffassungen. Aber wir schließen Kompromisse und wir haben in diesen zehn Jahren in einer gewissermaßen gemischtwirtschaftlichen Ordnung immerhin außerordentliche Erfolge erzielt.

Der sozialistische Standpunkt ist der Öffentlichkeit bekannt. Selbst auf die Gefahr hin, manchen Kollegen von der Österreichischen Volkspartei damit nichts Neues zu bieten, glaube ich, daß es nach dieser Debatte über die Verstaatlichung doch notwendig ist, dazu ein paar Worte zu sagen.

Wir Sozialisten sind nicht für ein totales Staatseigentum und nicht für ein staatliches Wirtschaftsmonopol. Wir sind dafür, daß die entscheidenden Schlüsselindustrien und die Finanzinstitute öffentliches Eigentum sind und unter der demokratischen Kontrolle des Volkes stehen. Wir sind der Meinung, daß es daneben eine freie genossenschaftliche Entwicklung geben soll. Wir sind der Auffassung, daß die privaten Wirtschaftszweige, die Landwirtschaft, der Handel, das Handwerk, daß das bestehende Arbeitseigentum vom demokratischen Staat wirksam zu schützen ist, und wir werden die ersten sein, die für den Schutz des Arbeitseigentums eintreten. Wir wünschen, daß man im Rahmen einer allgemeinen Planung — ich möchte sagen, einer minimalen Rahmenplanung — Konsumfreiheit, Wettbewerb, Initiative und das Spielen der Marktgesetze erlaubt. Wir sind also gegen ein totales Wirtschaftsmonopol und für eine gemischtwirtschaftliche Ordnung.

Aber, Hohes Haus, der Weg zur Vergesellschaftung, die Stärkung des gemeinwirtschaftlichen Faktors in dieser geplanten Gemischtwirtschaft ist unvermeidlich. Die Österreichische Volkspartei hat für die gegenwärtig gültigen Verstaatlichungsgesetze gestimmt, und man muß daher immerhin überrascht sein, wenn man vernimmt, wie die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei und ihre Presse gegen die Auswirkung dieser Gesetze, nämlich gegen die verstaatlichte Wirtschaft, Sturm laufen. Man gewinnt aus den Angriffen der Abgeordneten der Volkspartei nicht den Eindruck, daß sie zu diesem Kapitel „pro“ gesprochen haben, obwohl sie sich als Proredner gemeldet hatten, sondern daß sie „kontra“ verstaatlichte Wirtschaft gesprochen haben, obwohl sie für das Gesetz, das die staatliche Wirtschaft begründet, gestimmt haben. (*Abg. Vollmann: Gegen parteimäßige Auswüchse!*)

Man sagt nun, man wolle nur gegen parteimäßige Auswüchse auftreten. Gestatten Sie, daß ich Sie da auf etwas aufmerksam mache. Im Ministerium für Verkehr und verstaatlichte

Betriebe und in den Leitungen der verstaatlichten Unternehmungen sind weitaus mehr Vertrauensleute der Österreichischen Volkspartei in führenden Positionen als Sozialisten im Finanzministerium oder im Unterrichtsministerium! (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Es wird besser sein, wenn man diesen Punkt von der Seite der Volkspartei nicht berührt. Sie wissen, daß Sie bei der Besetzung von Direktorenstellen gleichermaßen mitzureden haben, daß Sie mindestens im gleichen Ausmaß Gelegenheit haben, Ihre Vorschläge bei der Besetzung solcher Stellen durchzusetzen.

Die Einwendungen, meine Damen und Herren, die gegen die Verstaatlichung und gegen die Führung des Ressorts durch den Bundesminister Waldbrunner gemacht werden, sind teils volkswirtschaftlicher, teils sozialer und politischer Art. Wir haben diese volkswirtschaftlichen Einwände heute wieder gehört. Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß ich in der Literatur der Volkspartei nachgesehen habe, um für die ständig auftauchenden Äußerungen in Ihrer Presse einen literarischen Nachweis zu finden. Ich hätte es mir ersparen können, wenn ich die Ausführungen des Abg. Weinmayer vorausgesehen hätte, die ja wirklich nicht in ihrer ganzen Eigenart vorausgesehen waren. (*Zwischenrufe.*) Er hat heute gesagt: Die Bundesbahn ist schlecht, sie hat ein Defizit; da habt ihr die Verstaatlichung! Sagen Sie, welchen Sinn hatte diese Art von Argumentation?

Vom Abg. Reich war heute wieder die Berufung auf Lueger zu hören. Auch in Ihrer Literatur finden wir, daß die sogenannten Versorgungs- und Verkehrsbetriebe in öffentlicher Hand sein sollen. Ich kann also nicht annehmen, daß der Herr Abg. Weinmayer der letzte Liberalist der Volkspartei ist (*Abg. Dengler: Das ist er bestimmt nicht!*) und daß er für die Reprivatisierung der Bahnen eintritt. Man könnte auch noch boshaft sein und sagen, er möge sie übernehmen, er wird schon sehen, wie er mit dem Defizit fertig wird! Er wird es sich überlegen. Nein, diese Angriffe sind wirklich sinnlos. (*Abg. Weinmayer: Das sind Steuergelder!*) Dabei schädigen sie weniger den Herrn Bundesminister Waldbrunner als unseren Staat.

Die Bundesbahnen Österreichs leiden unter dem gleichen Problem wie alle Bahnen, die wir auf der Welt haben. Das Problem Schiene—Straße ist überall wirksam. Die Deutschen Bundesbahnen, die Französischen Staatsbahnen, die Schweizer Bundesbahnen haben auch ein Defizit, obwohl die Eisenbahntarife dort wesentlich höher sind. Gewinnbringend sind die Bahnen der Vereinigten Staaten von Amerika. Aber wer in Amerika war, der weiß, daß die Tarife dieser Privatbahnen sehr hoch

sind. Der einfache Mensch in Amerika sagt: Mit der Bahn fährt nur einer, der Geld hat, der Arme fährt mit dem Automobil, weil das billiger ist. Die Mitglieder des österreichischen Parlaments, die die Vereinigten Staaten besucht haben, werden mir bestätigen können, daß die Bahnfahrt dort teurer ist als die Automobilfahrt. (*Abg. Dengler: Das wird bei der Tramway auch bald so sein!*) Für weite Strecken kaufen sich wenig bemittelte Leute in Amerika einen alten Wagen, um ihn nach der Reise wieder zu verkaufen. Das tut der einfache Mensch, wenn er anderswohin übersiedelt, weil die Bahnpreise enorm hoch sind. Zu dem kommt noch, daß die Amerikaner über die besonderen Probleme der konkurrierenden Bahnen klagen. Auf der gleichen Strecke gibt es oft Parallelgleisanlagen verschiedener Bahnen. Aber die Konkurrenz bezieht sich weniger auf den Preis als auf die Leistungen. Die Abgeordneten, die in den Staaten waren, werden bestätigen, welche Schwierigkeiten diese Art der Konkurrenz den New Yorker Hafenbehörden macht, die der Desorganisation kaum mehr Herr werden können.

Wer sich einmal anschaut, wo die Wurzel unseres österreichischen Eisenbahndefizits liegt, der kommt sehr bald auf die beiden Hauptursachen. Ich zweifle nicht, daß das die Abgeordneten der Volkspartei auch selber sehr genau wissen — sie sind nur so schüchtern und sagen es der Öffentlichkeit nicht.

Wir kennen aus den Nachrichten des Statistischen Zentralamtes die vergleichenden Indezahlen. Der Kleinhandelsindex beträgt im Vergleich mit 1937 712, der Nahrungsmittelindex 713, für einen Kilometer Personentransport auf der Bahn 305; das ist also nicht einmal die Hälfte der Indexzahl für Nahrungsmittel. Die niedrigen Tarife sind also die erste Ursache des Defizits. Wenn Sie die Tarife so erhöhen, daß sie auch bei der Bahn auf die Indexzahl 712 kommen, dann ist das Defizit weggezaubert. Aber während sich der Abg. Weinmayer über das Defizit aufregt, hat uns der Abg. Reich empfohlen, auf das Defizit keine Rücksicht zu nehmen. Ich kann also die Herren der Volkspartei nur bitten, die Frage in ihrem Klub zu erledigen; wer hat die Parteauffassung vertreten, Weinmayer oder Reich?

Die zweite Hauptursache des Defizits ist die Pensionslast, die in der Bilanz angeführt ist. Ich möchte absolut klarmachen, daß ich jetzt nicht über soziale Lasten klage, ich möchte nur feststellen, daß der Abgang, den die Bundesbahnen ausweisen, geringer ist als ihr Pensionsaufwand. Wir finden, daß der Pensionsaufwand etwas über 1½ Milliarden aus-

macht, während der Gesamtabgang 1.477.000.000 S. beträgt. Im Gesamtabgang ist aber auch die außerordentliche Gebarung inbegriffen; die Investitionen sind also dabei. Meine Damen und Herren! Nennen Sie mir einen Privatbetrieb in Österreich, der die gesamte Last der Renten und Pensionen der bei ihm jemals beschäftigt gewesen Arbeiter und Angestellten selbst zu tragen und in der Bilanz auszuweisen hätte und dann noch aktiv ist! So einen Betrieb werden Sie nicht finden. Von der Preisgestaltung rede ich dabei gar nicht. Ganz unabhängig von der Preis- und Tarifgestaltung ist einfach das formelle Mitschleppen der Pensionslast im Budget und im Rechnungsabschluß die rein bilanzmäßig entscheidende Ursache für diesen Abgang. Das Defizit existiert nicht, wenn man einfach in der Bilanz feststellt, wo die Quelle dieses Abganges zu finden ist. Der österreichische Staat könnte den Abgeordneten der Volkspartei dankbar sein, wenn sie das dem Volk in Österreich nicht verschweigen würden.

Die Leistungen der verstaatlichten Betriebe sind außerordentlich groß. Es wird kaum jemanden geben, der das bestreiten könnte. Aber demgegenüber werden immer wieder Äußerungen gemacht wie: „Viele Betriebe haben so hohe Gewinne, sie zahlen keine Steuern, und die Preise sind zu hoch.“ Gestatten Sie ein paar Worte darüber. Die Produktion der verstaatlichten Unternehmungen ist in der Zeit von 1949 bis 1954 und im ersten Halbjahr 1955 um 89,6 Prozent, also fast um 90 Prozent über den Stand von 1949 gestiegen. Dabei ist die Beschäftigtenzahl bloß um 22,5 Prozent gestiegen. Die Rohumsätze sind von über 9 Milliarden im Jahre 1952 auf über 11 Milliarden Schilling im Jahre 1954 gestiegen. Der Export ist von 2,8 Milliarden im Jahre 1952 auf 3,7 Milliarden Schilling im Jahre 1954 gestiegen. Wenn man von diesen Globalsummen absieht, dann kann man an der Produktivität die Leistungsfähigkeit der verstaatlichten Industrie nicht nur erkennen, sondern auch mit der privaten Wirtschaft Österreichs vergleichen, was bei den häufigen Angriffen auf den verstaatlichten Wirtschaftssektor nicht ohne Bedeutung ist. Die Produktivität der verstaatlichten Wirtschaft ist von 1950 bis zum ersten Halbjahr 1955 um 47 Prozent gestiegen. Wir finden, daß die Gesamtproduktivität in der gleichen Zeit um nicht ganz 22 Prozent gestiegen ist. Wir sehen also hier die außerordentlich große Spanne, wir erkennen, um wieviel die verstaatlichte Großindustrie in der Steigerung der Produktivität der Gesamtwirtschaft Österreichs voraus ist.

„Der Staat muß dauernd Geld zuschießen!“ Wir sehen, daß von 1945 bis 1954 die ver-

staatlichten Betriebe aus Eigenmitteln Investitionen in einer Höhe von mehr als 3 Milliarden Schilling vorgenommen haben. Aus ERP-Krediten sind es bloß 2460 Millionen Schilling gewesen und an Bundesmitteln in der gleichen Zeit nur 286 Millionen. 52,9 Prozent der Investitionen kommen aus Eigenmitteln der verstaatlichten Wirtschaft. Der Bund hat nur 4,9 Prozent zugeschossen. (Abg. Rosa Jochmann: Hört! Hört!)

„Die verstaatlichte Wirtschaft leistet keine Steuern!“ Von 1950 bis 1954 sind die Steuerleistungen der verstaatlichten Unternehmungen auf das Dreifache gestiegen. „Ja, wieviel haben sie denn damals betragen?“ Das Jahr 1954 gibt Ihnen Auskunft. Der Rechnungsabschluß, der dem Haus vorgelegt wurde, zeigt, daß die Eingänge aus der Körperschaftsteuer 1083 Millionen Schilling betragen haben. Davon haben die verstaatlichten Betriebe allein 183 Millionen geleistet. Diese ungefähr 18prozentige Leistung an Körperschaftsteuer entspricht dem Verhältnis der verstaatlichten Industrie zur übrigen Industrie, wenn man die Größe in Betracht zieht.

Die Preispolitik ist ein sicher bemerkenswertes Kapitel für sich. Hohes Haus! Als Österreicher möchte ich sagen: Eigentlich muß man sich ein wenig schämen. Wie hat man doch dauernd — ich glaube, der Abg. Weinmayer war es — meinen Kollegen Appel und Czettel entgegengerufen: Sie setzen die Interessen Niederösterreichs aufs Spiel! Niederösterreicher aller Bundesländer, vereinigt euch! Man hat manchmal den Eindruck, daß die Interessen der Bundesrepublik Österreich etwas aufs Spiel gesetzt werden.

Wie sieht es denn mit den Preisen der verstaatlichten Wirtschaft aus? Der offizielle Großhandelsindex zeigt, daß Industriestoffe insgesamt im Vergleich zu 1937 eine Indexzahl von 1037 haben, das heißt also mehr als das Zehnfache des Preises der Vorkriegszeit.

Die Indexzahlen der einzelnen Produkte der verstaatlichten Betriebe:

Stabeisen 728, also das Siebenfache,

Grobblech 698, also nicht ganz das Siebenfache,

Aluminium 406, etwas über das Vierfache,

Braunkohle 658, das Sechseinhalbfache.

Sie sehen, die verstaatlichte, die eisen-schaffende Industrie, die eine entscheidende Schlüsselstellung einnimmt, von der die anderen Industrien abhängen, hat wesentlich niedrigere Großhandelspreise als die industriellen Durchschnittsgroßhandelspreise.

Und wir halten auch die Konkurrenz mit dem Ausland aus. Sie werden wahrscheinlich wissen, meine Damen und Herren, daß wir

nach der Bildung der Montanunion und der Schaffung eines gemeinsamen Marktes schon längst auf dem Boden lägen, wenn unsere verstaatlichte Industrie nicht so leistungsfähig, wenn unsere verstaatlichte Produktion im Vergleich zum Ausland nicht so billig wäre.

In Dollars berechnet zeigt sich, daß bei allen Eisen- und Stahlsorten die Inlandspreise Österreichs gegenwärtig niedriger sind als die Inlandspreise Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Italiens und der Schweiz. Bei Stabstahl und Walzdraht sind wir im Inlandspreis sogar billiger als die Vereinigten Staaten und Großbritannien, die eine wesentlich höhere Produktivität der Industrie haben. Wenn man sich einmal die Preissteigerungen ansieht, die in den fünf Jahren von 1950 bis heuer im Sommer stattgefunden haben, dann sind in dieser Zeit der allgemeinen Verteuerung in der Welt die Preise für Stabstahl in Österreich nur um 27 Prozent gestiegen, in Frankreich aber um 48 Prozent, in Deutschland um 55 Prozent und in Belgien um 50 Prozent.

Im Jahre 1950 war Deutschland in Stabstahl das billigste Land Europas. Gegenwärtig sind wir es. Wir haben die Konkurrenz ausgehalten und die anderen geschlagen. Seit 1953 hat es bei uns keine Preiserhöhung gegeben, während es in Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, der Schweiz, Großbritannien und den Vereinigten Staaten Preissteigerungen gegeben hat, in der benachbarten Schweiz um nicht weniger als 20 Prozent.

Hohes Haus! Wer eine Spur von Objektivität zeigt, der muß zugeben, daß diese verstaatlichten Betriebe ein ungeheurer Gewinnposten für unsere Republik sind, daß sie die größte Bedeutung für die Konjunktursicherung und für die Förderung der österreichischen Volkswirtschaft haben.

Wenn Sie davon sprachen, daß es Mißstände gibt, dann gestatten Sie mir die Bemerkung: Mißstände gibt es überall. Aber deren Aufdeckung ist bei der verstaatlichten Industrie Sache des Rechnungshofes, dessen Autorität und Korrektheit niemand bestreitet; und es ist Sache des Parlamentes, über eventuelle Mißstände zu diskutieren. Zeigen Sie mir, wer Mißstände in der Privatwirtschaft kontrolliert und aufzeigt! Wenn solche Mißstände in der Privatwirtschaft so groß werden, daß ganze Industrien zusammenbrechen, dann kann Vater Staat kommen und die Pleite sozialisieren, wie wir es in der Vergangenheit schon oft erlebt haben; nicht nur in Österreich, sondern auch anderswo.

Eines der sozialen Argumente ist: „Die verstaatlichte Wirtschaft, das ist das Königreich Waldbrunner, da herrscht die Allmacht des Staates gegenüber dem Arbeiter. Und es

gibt nichts Schlimmeres, als bloß einen staatlichen Unternehmer zu haben an Stelle der vielen privaten Unternehmer. Der Arbeiter wird zum Sklaven, der dem Terror des Staatsbetriebes unterworfen ist.“ Haben Sie vielleicht davon gehört, meine Damen und Herren, daß Waldbrunner oder die Direktoren der verstaatlichten Betriebe sehr große Sorgen haben, Arbeiter für diese „Sklavenschinderbuden“ zu finden? Im allgemeinen erleben wir, daß der Drang zu den verstaatlichten Betrieben außerordentlich groß ist. Die Arbeiter wünschen, eine Stellung in Staatsbetrieben oder in verstaatlichten Unternehmungen zu bekommen, und sie wissen warum: weil die Lohnpolitik und die Sozialleistungen besser sind und weil die Sicherheit größer ist als in der Privatwirtschaft.

Ich habe bei der Durchsicht alter ÖVP-Literatur aus dem Jahre 1949 den Kasamas gefunden. Sein Buch heißt: „Programm Österreich“. Dort sagt er genau voraus, daß die Löhne in der verstaatlichten Wirtschaft schlechter sein werden als in der privaten. Aber er hat falsch vorausgesagt. Das monatliche Durchschnittseinkommen des österreichischen Arbeiters dürfte jetzt zwischen 1200 und 1400 S liegen. In den verstaatlichten Unternehmungen kommt zum Beispiel in der Eisen- und Stahlindustrie bei einem Durchschnittsstundenlohn von 9,20 S ein wesentlich höherer Monatsverdienst heraus.

Koplenig hat von Überstundenschindereien gesprochen. Lassen Sie mich freimütig sagen, daß die Betriebsräte und die Gewerkschaften sehr oft den Kollegen in den Betrieben sagen: Reißt euch nicht so sehr um die Überstunden! Aber der Drang danach, Überstunden zu machen, noch besseren Verdienst zu haben, ist in der Arbeiterschaft sehr stark. (*Abg. Koplenig: Weil die normalen Löhne zu niedrig sind!*) Die Arbeitsbedingungen sind dort zum Glück im allgemeinen so gut, daß sich die Arbeiter solche Überstundenleistungen zutrauen können. Das ist nicht die Folge des Drucks des Unternehmens, sondern im allgemeinen eine verständliche, wenn auch, wie ich glaube, von den Gewerkschaften gar nicht begrüßte Tendenz in der Arbeiterschaft selbst.

Wir kommen also in der verstaatlichten Industrie zu einem durchschnittlichen Monateinkommen von 1600 bis 2000 S und in den kontinuierlichen Warmbetrieben der verstaatlichten Industrie noch zu höheren Durchschnittsbezügen. Ich rede keineswegs von Spitzenleistungen. Mißverstehen Sie mich nicht! Die Arbeit in diesen Betrieben ist schwer, und die Arbeiter leisten ihr Äußerstes. Aber sie haben dafür auch die Genugtuung, daß

ihnen der Staat als Unternehmer verständnisvoller entgegenkommt, als das im allgemeinen bei Privatunternehmern der Fall ist. In den verstaatlichten Betrieben gibt es zusätzliche Sozialleistungen, die besser sind als anderswo; noch vor dem vollen Wirksamwerden des ASVG. haben wir hier Betriebszuschüsse zu den Renten, die die Alten davor sichern, unter das Existenzminimum zu geraten.

Von den Arbeitern der verstaatlichten Industrie hört man im allgemeinen sehr wenig über Druck und Terror. Da hat der Herr Abg. Weinmayer besonders über diesen Druck geklagt. Minister Waldbrunner aber war zum Beispiel in keiner Betriebsversammlung der Eisenbahner, damit ja nicht der Eindruck entsteht, der Chef versuche auf die Bediensteten einen Druck auszuüben. Aber der Überchef, unser Bundeskanzler Raab, war in einer Eisenbahnerversammlung. Nur haben die Eisenbahner der ÖVP halt nicht so viele Stimmen gegeben als der Partei des nicht anwesenden Ministers Waldbrunner. Es kommt nicht darauf an, ob Raab oder Waldbrunner in die Versammlung gehen, sondern für die Arbeiter sind die Leistungen entscheidend. Bei den Betriebsrats- und Vertrauensmännerwahlen haben die Arbeiter eindeutig Stellung bezogen.

Meine Damen und Herren! Man hört sehr viel von der Gefahr der staatlichen Monopolbildung, und man übersieht dabei, daß der Monopolismus eine allgemeine Erscheinung in der Welt ist. Es kommt eben darauf an, daß entsprechende Kontrollen geschaffen werden. Private Monopole haben Sie bisher nicht unter eine Kontrolle bekommen können. Diese Privatmonopole haben die Welt — nicht nur Österreich — in katastrophale Wirtschaftskrisen hineingestürzt. Wir wollen daher, daß große monopolähnliche Unternehmungen, von denen das Wohl und Wehe unseres Staates und unseres Volkes abhängt, öffentliches Eigentum sind und unter der demokratischen Kontrolle des Volkes stehen. Eine Kontrolle durch die Volksvertretung sichert dabei auch das Kontrollrecht der Opposition.

Wenn man erklärt, daß die verstaatlichte Wirtschaft den Weg zur politischen Diktatur bereite, dann gestatten Sie mir eine geschichtliche Frage. Ist Ihnen bekannt, daß eine faschistische Bewegung irgendwo in der Welt durch die verstaatlichte Industrie bezahlt und eine faschistische Diktatur von ihr ausgerichtet worden wäre? In Österreich ist der Faschismus von der Alpine Montan unterstützt worden, die damals privat war, und in Deutschland von Thyssen und der westdeutschen Schwerindustrie. Und wenn

Sie sagen, die verstaatlichte Wirtschaft führe zur kommunistischen Diktatur, dann verwechseln Sie Ursache und Wirkung. Nirgendwo hat die verstaatlichte Wirtschaft eine kommunistische Diktatur herbeigeführt. Aber kommunistische Diktaturen haben ein totales Wirtschaftsmonopol geschaffen, das von beiden großen Parteien dieses Hauses abgelehnt wird. *(Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.)*

Für die Zukunft wünschen wir, Hohes Haus, in diesem Bereiche eine Reihe sehr großer Reformen. Wir sind nicht zufrieden. Man wird sich ernsthaft den Kopf darüber zerbrechen müssen, welche Unternehmungsform für die verstaatlichten Betriebe angemessen ist; die Rechtsform der Aktiengesellschaft ist für diese Art von Unternehmungen nicht geeignet und dabei kann es nicht bleiben. Wir sind weiters der Meinung, daß gerade in der verstaatlichten Wirtschaft die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten stärker gesichert sein muß, daß auch eine Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gefunden werden muß.

Wir Sozialisten meinen, daß bei einer nüchternen und sachlichen Betrachtung die Volksvertretung allen Grund hat, das Geleistete anzuerkennen und den Arbeitern und Angestellten sowie der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe Glückwunsch und Dank für ihre Leistungen auszusprechen. Und nicht zuletzt drängt es mich, meine Damen und Herren, zu sagen: Die Arbeiter draußen würden es uns nicht verzeihen, wenn wir nicht dem am meisten angefeindeten Mann, der heute auch von seinen Koalitionsfreunden fast nur Kritik gehört hat, dem Bundesminister Waldbrunner, im Namen der Arbeiter den Dank aussprechen. *(Starker Beifall bei den Sozialisten.)*

Die gesamte Arbeiterschaft Österreichs weiß sehr genau, was sie an der Verstaatlichung hat. Ein Vergleich der Entwicklung in der Ersten und der Zweiten Republik, eine Bilanz am zehnten Gründungstag der Ersten und der Zweiten Republik zeigen das deutlich. In der Ersten Republik war am zehnten Gründungstag im Jahre 1928 eine geschlossene Front des Bürgerblocks an der Regierung. Es bestand ein einheitlicher Block der Großunternehmer gegen die Arbeiter. Sie haben von einem Wegräumen der sozialen Schutzgesetze nicht nur geredet. Sie erinnern sich doch wohl, meine Damen und Herren: In der Zweiten Republik hat gerade die verstaatlichte Industrie diese Unternehmerfront gegen die Arbeiter gesprengt. Es gibt heute keinen solchen geschlossenen Unternehmerblock gegen die Arbeiterschaft. Wir haben auch keinen Abbau der Sozialpolitik. Es

kann sich niemand vermessen, den „revolutionären Schutt“ der Sozialversicherung wegzuräumen. Wir haben keinen Wohlstandsindex bei der Altersrente, wie ihn weiland der Bundeskanzler Prälats Seipel erfunden hat. Wir haben das ASVG., wir haben den sozialen Aufbau und den sozialen Fortschritt. *(Abg. Altenburger: Doch nicht durch Sie!)* Nein, sondern durch die Arbeiterschaft. *(Abg. Altenburger: Sie waren in der Zeit gar nicht hier! Da waren Sie im Ausland!)* Herr Abg. Altenburger, es wird nicht einmal das ärgste Krakeelen eines gewerkschaftlichen Außenseiters *(Abg. Altenburger: Schämen Sie sich!)* die große Masse der Arbeiter und Angestellten daran hindern, zu erkennen, daß es in erster Linie die Sozialisten waren, die den Arbeitern diese Erfolge gesichert haben. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Altenburger: Schämen Sie sich! Eine Schande für Sie, daß Sie damals nicht aufgebaut haben!)* Die gesamte österreichische Arbeiterschaft *(Abg. Altenburger: Ich werde Ihnen schon antworten!)*, die österreichische Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit weiß, daß es nicht einzelne waren, die für sie etwas errungen haben oder ihnen etwas geschenkt haben. *(Abg. Altenburger verläßt seinen Platz und begibt sich zur Präsidentenestrade. — Abg. Uhlir: Das Häferl ist übergegangen! — Heiterkeit bei der SPÖ.)* Auch der Präsident Böhm, der die überwältigende Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vertritt, hat die Erfolge nicht in eigener Machtvollkommenheit geschaffen, sondern die Arbeiter selber waren es. Kein kleiner Emigrant hat die Dinge gemacht oder gehindert. Aber ich möchte den Abg. Altenburger warnen, wieder mit dem Schimpfwort zu drohen, das ihn selber in ein schlechtes Licht rückt.

Wir konstatieren, daß sich die Arbeiterschaft zur Gänze ihre Erfolge selber errungen hat. *(Beifall bei der SPÖ.)* Die Arbeiterschaft weiß, daß ein starker gemeinwirtschaftlicher Sektor die Grundlage unseres demokratischen und sozialen Wohlfahrtsstaates ist. Auf der Grundlage dieses starken Sektors der verstaatlichten Wirtschaft, auf der Grundlage der österreichischen Gemeinwirtschaft geht der materielle und kulturelle Aufstieg der arbeitenden Menschen vor sich. *(Starker Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Böhm: Zum Wort hat sich der Herr Abg. Altenburger gemeldet. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Ich erteile es ihm. *(Abg. Dr. Pittermann: Pro oder kontra? Kontra-pro! — Weitere Zwischenrufe.)*

Abg. Altenburger: Zur Beruhigung des Herrn Abg. Pittermann: Zu den Leistungen der

Arbeiter und Angestellten in den verstaatlichten Betrieben pro, zu den Ausführungen Ihres letzten Redners kontra! (*Bravo!-Rufe bei der SPÖ.*)

Meine verehrten Frauen und Männer! Wenn wir in dieser Form beginnen, nach zehn Jahren Aufbau unseres Staates gegenüberzustellen: hier die verstaatlichte Industrie, hier die Privatwirtschaft!, dann müßte ich fast sagen: Herr Abg. Czernetz, wären Sie lieber nicht zurückgekommen. (*Erregte Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Sie sind zurückgekommen, als wir zum Teil aufgebaut hatten. (*Abg. Lackner: Pfui, schämen Sie sich!*) Und wir lassen uns diesen Aufbau nicht in der Form stören (*Abg. Weikhart: Wir aber auch nicht in der Form!*), daß wir nunmehr die Klassenformen wieder auftauchen lassen, die für Sie anscheinend den ewigen Bestandteil ihrer veralteten Geistigkeit darstellen. (*Abg. Rosa Jochmann: Wem sagen Sie das? — Anhaltende Zwischenrufe bei den Sozialisten. — Abg. Weikhart: Altenburger ist ein alter Stänkerer!*)

Ich stelle das deswegen fest, weil das Loblied auf die verstaatlichte Industrie, das nunmehr von einem Vertreter ... (*Abg. Rosa Jochmann: Das sagen Sie als Katholik und Christ?*) Schauen Sie, Kollegin Jochmann, Sie werden sich nicht damit decken. Sie haben auch Opfer gebracht, Sie waren 1945 hier und Sie wissen, wie wir aufgebaut haben. (*Abg. Weikhart: Er war auch da!*)

Es ist aber unfair, in dieser Weise einen Mann zu erwähnen, wie es für uns Dr. Seipel war. Dr. Seipel hat hier im Hause eine wirtschaftliche Situation zu einer Zeit gemeistert, als Sie zum Teil Schwierigkeiten gemacht haben (*Beifall bei der ÖVP — Zwischenrufe bei der SPÖ*), mit genau so wenig Milde, wie sie der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe dort walten lassen kann, wo er die Existenz der Betriebe zu verantworten hat. Ich glaube, „keine Milde“ war ein Begriff gegenüber jenen, die an den Nerven des Staates rüttelten und die zum Untergang des Staates beigetragen haben. (*Abg. Lackner: „Du sollst nicht töten!“ heißt es in der Bibel! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir haben es bisher vermieden, über Personen zu sprechen, die in dieser Zeit auf Ihrer Seite nicht gerade zum Zusammenarbeiten beigetragen haben. Wenn Sie aber wollen, daß wir historische Entwicklungen besprechen, wenn Sie die Frage erörtern wollen, von der Abg. Czernetz gesprochen hat, wenn Sie diese Zeit der Gegenüberstellung der Klassen heraufbeschwören wollen, genau in dem Zeitpunkt, wo wir zehn Jahre aufgebaut und zehn Jahre der Zusammenarbeit im Parlament hinter uns haben,

dann weise ich diesen Weg als sehr gefährlich, zumindest vom Standpunkt der Volkspartei, zurück, und zwar deswegen, weil zum Teil die verstaatlichte Industrie ohne entsprechende Absatzgebiete in der Privatwirtschaft allein auch keinen Bestand hat. Wenn daher die Privatwirtschaft als solche ein Abnehmer der verstaatlichten Industrie ist, so können Sie die beiden Dinge nicht in der Form der Klasse gegenüberstellen.

Nachdem Sie so ein Loblied auf den Herrn Bundesminister Waldbrunner gehalten haben, darf ich Ihnen sagen: Wenn wir eine verstaatlichte Industrie haben, wenn überhaupt eine Verlebung, eine Verstärkung der Wirtschaft eingetreten ist, so verdanken wir dies letzten Endes der politischen Reife unseres ganzen Volkes und nicht zuletzt einer Wirtschaftspolitik, die ihre Wurzel nicht in Ihrem Klassenkampf, die ihre Wurzel nicht in der Gemeinwirtschaft und die ihre Wurzel nicht in der verstaatlichten Industrie hat, sondern die auf der eigenen Initiative beruht, auf der persönlichen Freiheit des Menschen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube daher, daß wir als Volkspartei ruhig einen Vergleich aushalten können, den Vergleich zwischen der verstaatlichten Industrie, die mit Unterstützung des Staates und mit vieler Hilfe des Staates und mit einer arbeitswilligen Arbeiter- und Angestellten-schaft zweifellos in ihrem Sektor ihre Pflicht erfüllt und mitgearbeitet hat, und der Privatwirtschaft. Aber zum Schluß zu sagen, daß die Privatwirtschaft versagt, daß die Arbeiter und Angestellten in der Privatwirtschaft einem Arbeitgeber ausgeliefert sind, der geradezu das Umding der Gegenwart darstellt, Ihrem alten Geist von einem Arbeitgeber, der die Peitsche schwingt, ich glaube, das haben Sie als Sozialisten nicht notwendig. Wir werden uns als Österreichische Volkspartei dagegen zur Wehr setzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir stehen als Arbeiter und Angestellte auch zu unserer Privatwirtschaft, zu einer Privatwirtschaft (*Abg. Rosa Jochmann: Sind Sie Gewerkschafts- oder Unternehmensekretär?*), die unter schwierigeren Voraussetzungen als mancher der Staatsbetriebe einen Betrieb halten und führen muß. (*Abg. Rosa Jochmann: Sind Sie Gewerkschaftsobmann oder Unternehmerobmann?*) Zu den Unternehmern gehören die, die sagen: Wir streiken nicht gegen die Gemeinde Wien, weil sie sozialistisch ist! (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pölzer: Eine Lüge!*) Ich habe den Zwischenruf nicht gemacht, Kollege Pölzer, der Zwischenruf kam eben von Ihrer Seite und der Zwischenruf war durch ... (*Abg. Pölzer: Weil das eine Lüge ist! Das habe ich nie gesagt! Schäm dich! Du kennst mich viel zu gut!*)

Präsident **Böhm** (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren, ich bitte um ein wenig Ruhe!

Abg. **Altenburger** (*fortsetzend*): Herr Abg. Pölzer, ich habe nie gesagt, daß es der Abg. Pölzer gesagt hat, sondern ich habe festgestellt, daß ich nicht zu jener Gruppe gehöre, die in einer anderen Form sagt: Hier kämpfe ich nicht! Das darf ich feststellen. (*Lebhafte Rufe und Gegenrufe.* — *Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*) Wir werden gegenüber der Privatwirtschaft gerade durch das, was Sie hier gesagt haben, in eine sehr schwierige Situation kommen.

Die Gegenüberstellung des besonders begünstigten Teiles der Arbeiterschaft in der verstaatlichten Industrie gegenüber jener in der Privatwirtschaft ... (*Zwischenrufe.*) Und jetzt frage ich Sie, wenn Sie sich an das gewerkschaftliche Empfinden ausgerechnet von mir gewandt haben, besonders wenn Sie das als Gewerkschaftler tun und behaupten — was hier vor kurzem geschehen ist —, daß die verstaatlichte Industrie geradezu eine Wunderwelt ist und in der Privatwirtschaft fast alles schlecht ist: Ja, wo stehen Sie da als Gewerkschaftler? (*Zwischenrufe.*) Herr Abg. Czernetz! Was Sie sagten, ist eine Anklage gegen den Gewerkschaftsbund, eine Anklage und der Versuch, die Verhältnisse in der Privatwirtschaft gegen die in der verstaatlichten Industrie auszuspielen! (*Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialisten.*)

Sie mögen als Sozialistische Partei, das verstehe ich, einen solchen Versuch unternehmen, weil Sie über manche Dinge in der verstaatlichten Industrie nicht gerne diskutieren. Aber ich glaube nicht, daß der Herr Bundesminister Waldbrunner daran ein allzu großes Interesse haben könnte und würde. Die Form des öffentlichen Verwalters Hitzinger, die Vermengung der Funktion als öffentlicher Verwalter mit der Versorgung eines großen Teiles seiner Verwandten, das Geschäft in sich durchzuführen usw. — das Material darüber hat der Herr Minister Waldbrunner, das Material hat der Herr Vizekanzler Schärf. Das Material haben auch andere. Das Material und die Kenntnisse besitzen auch die sozialistischen Betriebsräte der VÖEST. Gar so ein Wunder in der Interessenvertretung spielt sich dort nicht ab. Ich wollte das nur gesagt haben, damit Sie nicht dauernd ein falsches Bild voranstellen. Sie mögen selbst etwas Einkehr halten, ob alles gesund ist, was Sie als etwas Großes loben und scheinbar in Unkenntnis mancher Dinge zum Ausdruck gebracht haben.

Ich darf Ihnen auch sagen: So ist es auch nicht, daß gerade in der verstaatlichten Industrie so ein Spiegelbild der vollkommenen

Freiheit und der Demokratie vorhanden ist. Die Kollegen Freund und Thaler werden mir nicht böse sein: die Personalvertretungswahl bei den Eisenbahnern — na, Sie müssen auch überzeugt sein, daß dort nicht alles frei und alles unabhängig vom Ministerium und seiner möglichen Beeinflussung stattgefunden hat. Was reden Sie uns dauernd ein, wo Sie selbst wissen, daß es nicht so ist! (*Beifall bei der ÖVP.*) Daher glaube ich, daß man nicht so sehr von Freiheit sprechen sollte, die zum Teil nicht da ist, sondern daß man vielmehr zu dieser Freiheit kommen sollte, die der Wunsch und der Wille der Arbeiter und Angestellten und die Grundlage der Demokratie ist.

Hier haben wir ein großes Ersuchen an den Herrn Bundesminister Waldbrunner, daß er mehr verantwortlicher Bundesminister sein soll und weniger Vollzugsorgan dort und da einmal einer Personalvertretung, das andere Mal einer Akademikerverbindung, ein anderes Mal seiner Partei als Zentralsekretär. Es verquickt sich hier so vieles, und das wirkt sich dann so ungünstig auf den Begriff der Freiheit aus.

Vielleicht ist Minister Waldbrunner persönlich gar nicht so ein Anhänger jenes Systems, das sich nach unten auswirkt. Aber wenn man weiß, was in mancher Eisenbahnerwerkstätte, was in mancher Betriebsstätte vor sich geht, ja wenn es sogar so weit geht, daß man nicht einmal in die Gewerkschaft aufgenommen wird, wenn man nicht Angehöriger der Sozialistischen Partei ist ... (*Lebhafter Widerspruch bei den Sozialisten.* — *Abg. Dr. Pittermann: Altenburger, Sie werden aufgenommen!*) Ich weiß nicht, warum Sie sich über etwas aufregen, was gar kein Geheimnis ist! Der Herr Präsident Böhm als Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes und momentan auch hier des Hauses wird es nicht bestreiten können, daß ich ihm nicht nur die Meldung übermittelt habe, sondern ihn auch ersucht habe, daß es der überparteiliche Gewerkschaftsbund doch wenigstens ermöglichen sollte, daß jeder, der Mitglied beim Gewerkschaftsbund sein will, aufgenommen und nicht deswegen abgelehnt wird, weil er nicht Funktionär oder Mitglied der Sozialistischen Partei ist. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Merkwürdigerweise kommt Ihnen das so verwunderlich vor. Die Taten, die Sie setzen, kennen Sie wahrscheinlich gar nicht! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sie müssen sich doch zum Teil daran erinnern können! Dann bekehren Sie sich dazu und setzen Sie solche Taten in Zukunft nicht mehr! In der Vergangenheit haben Sie es getan. (*Abg. Lackner: Ein Antigewerkschafter ist Vizepräsident!*) Mit Ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit will ich

mich nicht vergleichen, denn Sie sind ein von der Sozialistischen Partei Geduldeter. (*Abg. Lackner: Sie sind ein Kapitalistenknecht!*) Das Kapital teile ich mit Ihnen, das ich besitze. (*Abg. Lackner: Sie reden ja nicht für die Arbeiter, Sie reden für die Unternehmer!*)

Präsident **Böhm**: Ich bitte den Herrn Abg. Lackner, sich zu mäßigen. Beschimpfungen müssen vermieden werden, sie sind nicht beweiskräftig.

Abg. **Altenburger** (*fortsetzend*): Auf dem Gewerkschaftskongreß bin ich auch mit den Stimmen der sozialistischen Gewerkschafter gewählt worden, und falls Sie sich geirrt haben, ändern Sie das! Ich muß nicht im Gewerkschaftsbund sein, aber die christlichen Arbeiter und Angestellten werden sich auch ohne Gewerkschaftsbund organisieren und ihre Interessen wahrnehmen können! (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich sage Ihnen das deswegen, denn wenn Sie hier davon reden oder mich fragen, wer das Kapital vertritt, dann mögen Sie sich zum Teil an Ihre eigene Brust klopfen, denn in Österreich ist heute der größte Kapitalist nicht der Kleingewerbetreibende oder der, den Sie gestern als Kapitalisten bezeichnet haben, sondern, wie es gerade vorhin gesagt wurde, der Herr Minister Waldbrunner. Er ist der größte Besitzer, der größte Verteidiger der verstaatlichten Industrie. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Und auch die Gemeinde Wien ist keine so ganz kleine, verarmte Gemeinde. (*Abg. Marchner: Altenburger, der Plauderer!*) Sie müssen nicht zuhören; gehen Sie hinaus, wenn es Ihnen nicht recht ist! Wenn es für Sie interessant ist, bleiben Sie da, das ist ganz Ihr Wille. (*Abg. Dr. Pittermann: Vielleicht reden Sie jetzt einmal zu dem Kapitel!*) Kollege Pittermann, ist stelle nur fest, daß es gerade kein schöner Zug ist, wenn Ihre Partei und die Vertreter Ihrer Partei, die hier sitzen, mich als Vertreter des Kapitals bezeichnen. Ich werde Ihnen nachweisen, daß viel mehr solche Vertreter heute in Ihrer Partei sind, zumindest aber nicht im Arbeiter- und Angestelltenbund. Daß wir aber auch in der Volkspartei letzten Endes Männer und Frauen haben, die über Kapital verfügen, das ist keine Schande, denn Kapital, ehrlich erworben und sozial angewandt, ist keine Schande! Es ist eher eine Schande, Kapital zu besitzen und es unsozial zu verwenden, was Sie zum Teil in manchen Dingen auch in der verstaatlichten Industrie gemacht haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir können nicht auf die Dauer sagen: Der große soziale Fortschritt ist in der verstaatlichten Industrie und der soziale Rück-

schritt in der Privatwirtschaft. Wir können nicht in jedem Privatbetrieb, so wie der Herr Minister Waldbrunner dort und da Gelegenheit hat, einen großen Sportplatz eröffnen oder soundso viele Broschüren mit soundso vielen Lichtbildern und Aufsätzen vom Aufstieg und der Leistung der verstaatlichten Industrie herausgeben. Denn das, was zum Beispiel hier für Propaganda ausgegeben wird, ist das Kapital der Privatwirtschaft, mit der sie leben und zum Teil die Arbeiter erhalten muß! Ich möchte aber auch feststellen, daß die Dinge so einfach nicht gehen. (*Abg. Dr. Pittermann: Da wird sich Mautner Markhof mit seinem „Bouchet“ nicht freuen!*) Schauen Sie, Mautner Markhof ist nicht mein Chef, und wenn er mein Chef und anständig und sozial wäre, wäre ich genau so gerne bei ihm als Arbeitnehmer wie beim Österreichischen Gewerkschaftsbund, über dessen sozialen Fortschritt ich als Angestellter nicht das größte Loblied im Namen meiner Kollegen im Gewerkschaftsbund singen kann.

Ich glaube daher, auch hier feststellen zu dürfen, daß der soziale Fortschritt, der soziale Aufstieg Österreichs nicht einzig und allein ein Ergebnis der verstaatlichten Industrie ist und daß es unrichtig ist, hier die Klassenfront so zu ziehen: hier Minister Waldbrunner mit der verstaatlichten Industrie, das Paradies Österreichs, und hier die private Wirtschaft, das Unsoziale, der Rückschritt. (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Sie haben es gesagt und auch so gegenübergestellt. Sie haben scheinbar so wenig Erinnerungsvermögen, daß ich Ihnen das wiederholen muß. Sie haben gesagt, daß der große Teil der Arbeiter und Angestellten in die verstaatlichte Industrie will, weil die Existenzmöglichkeit in der Privatwirtschaft nicht gegeben sei. Das haben Sie gesagt. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Es gibt aber nicht nur Arbeiter, es gibt auch sehr viele Betriebsräte, die lieber in der verstaatlichten Industrie sind als bei einer Privatfirma, denn so ein Betriebsrat in der verstaatlichten Industrie, wie bei der VÖEST, hat es angenehmer als ein Betriebsrat bei einer Firma mit 50 oder 60 Beschäftigten, wo er sich um jeden einzelnen Arbeitnehmer kümmern muß, wogegen er bei der VÖEST sehr viele Sitzungen in Wien oder anderswo absolvieren muß und sehr wenig Zeit hat, sich im Betrieb unmittelbar um die Nöte des einzelnen zu kümmern. Es ist verständlich, es ist begreiflich, daß ein Betriebsrat bei der VÖEST es angenehmer hat als ein Betriebsrat in einem Kleinbetrieb oder in der Privatwirtschaft.

Aber ich glaube, daß man das nicht als Verdienst des Betriebsrates ansehen kann, sondern ich achte den Betriebsrat eines Kleinbetriebes, den Betriebsrat in der Privat-

wirtschaft, der seine Pflicht erfüllt, zumindest gleich, wenn nicht mehr als den Betriebsrat in der verstaatlichten Industrie, der an und für sich andere Voraussetzungen und Möglichkeiten seiner Betätigung hat (*Zwischenrufe*) und der unter Umständen von Herrn Hitzinger, vom Herrn Generaldirektor, vom öffentlichen Verwalter sehr viele Begünstigungen bekommt, um doch dort und da vielleicht wegzusehen, wo er zusehen und Ordnung schaffen sollte.

Ich stelle das auch fest, damit Sie es wissen und verstehen, warum ich den verstaatlichten Betrieb und die Arbeit des Betriebsrates in der verstaatlichten Industrie jener in der Privatwirtschaft nicht so gegenüberstellen und sie gegeneinander ausspielen lasse und daß ich mich als christlicher Gewerkschaftler und auch als Vertreter der Österreichischen Volkspartei mutig hinter den kleinen Betriebsrat stelle, der opferwilliger und mühseliger mitarbeitet als so mancher, der in den verstaatlichten Betrieben als Betriebsrat tätig ist. (*Zwischenrufe*.)

Sie haben darüber gesprochen und festgestellt, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten in der verstaatlichten Industrie um so viel günstiger sind als in der Privatwirtschaft. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist wahr!*) Außerdem ist noch etwas zu untersuchen. Sie haben den Versuch unternommen ... (*Abg. Kysela: Ihre Rede sollte man vervielfältigen!*) Gern, wenn die „Arbeiter-Zeitung“ sie richtig bringt. Dann haben Sie wenigstens einmal etwas Gescheites in der „Arbeiter-Zeitung“! (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*) Vielleicht wäre dies besser als die Unannehmlichkeiten, die euch der Pollak bereitet. Vielleicht ist es auch besser, wenn der Leser eine andere Stimme in der eigenen Parteizeitung hört. (*Abg. Dr. Pittermann: Altenburger zum Chefredakteur machen!*) Kollege Pittermann! Man hat damit begonnen, den Altbundeskanzler Seipel in einer Form hier zu zitieren, die unanständig war, welche Art und Weise nicht unwidersprochen bleiben kann. Wir haben damit nicht begonnen. (*Abg. Weikhart: Was war hier unanständig?*) Man hat hier die Gegenüberstellung vorgebracht ... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann.*) Kollege Pittermann! Dann muß mehr Disziplin sein in Ihrem Klub! Man muß anerkennen, daß wir unsere Privatwirtschaft gegen eine solche Gegenüberstellung verteidigen und das Recht unserer Privatwirtschaft sicherstellen wollen, weil das für tausende Menschen, für Arbeiter und Angestellte die Existenz bedeutet und wir ... (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Seien Sie getrost, werte Frauen

und Männer von der Sozialistischen Partei: Wir wollen bei Gott nicht samt und sonders in der verstaatlichten Industrie untergehen oder in dieser verstaatlichten Industrie früher oder später unter Ihrem Knüppel stehen. Ich sage dies deshalb, weil wir grundsätzlich die Auffassung vertreten: Der Sprung von der verstaatlichten Industrie zur vollkommenen Abhängigkeit vom Staat — so wie wir es gar nicht weit von uns sehen, Sie haben ja gewisse Exkursionen mitgemacht, es ist nur eine Umformung der Gesellschaft und des Staates — ist nicht allzu groß, ist nicht allzu weit.

Verstehen Sie daher, warum wir von der Volkspartei im Grundsätzlichen als freie Menschen Gegner einer Form sind, die nur rascher und möglicherweise auch nur geringer Umstellungen bedürfte, um die so schwer erworbene Freiheit aller in diesem Staate verlieren zu können! Verstehen Sie dieses Gefühl, verstehen Sie doch auch wenigstens zum Teil unsere Auffassung gegen ein schönes Bild, wie Sie es uns da vor Augen halten, verstehen Sie, daß unter dieser Tarnkappe unter Umständen auch etwas anderes stecken kann, wenn man nicht schützend, wenn man nicht verteidigend auf dem Boden der privaten Interessen und der Persönlichkeit des einzelnen steht.

Sie haben einen schlechten Dienst getan, wenn Sie hier im Hause eine Aufspaltung der Arbeiterschaft in Gruppen versuchen! (*Abg. Czettel: Das haben Sie gemacht! Sie haben den Spieß umgekehrt!*) Schauen Sie, das haben Sie umgedreht, im Umdrehen sind Sie, Herr Czettel, ein Künstler. Ich bin neu dabei. Und daß Herr Abg. Czernetz geradezu als ein leuchtendes Beispiel auf dem Gebiete des Verdrehens und zum Teil der Demagogie gilt, das wissen wir ja. Wir hätten uns dagegen nicht so sehr zur Wehr gesetzt, aber daß gerade der Abg. Czernetz es sein muß, der den Bundeskanzler Seipel angreift, daß gerade er es sein muß, der den Bundeskanzler Seipel in dieser Art angreift, ist — nehmen Sie es zur Kenntnis, so oft Sie es tun — ... (*Andauernde Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Hat er die Altersunterstützung eingeführt oder nicht?*)

Präsident Böhm (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren, so kommen wir nicht weiter!

Abg. Altenburger (*fortsetzend*): Zwischen den damaligen wirtschaftlichen Voraussetzungen und den heutigen ist doch ein Unterschied. Ihr eigener Sozialminister Maisel hat vor kurzem festgestellt, daß der soziale Aufstieg nur durch eine geänderte wirtschaftliche Führung möglich war, und Ihre Redner zum ASVG. haben ja auch festgestellt, daß das ASVG. ein Ausdruck einer neuen, besseren

4242 88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955

Wirtschaftsform ist. Ja, wollen Sie die Zeit von damals mit der heutigen vergleichen, wollen Sie den Tiefstand und Ihre seinerzeitige parteimäßige Gewerkschaftsarbeit mit dem Wirken des heutigen überparteilichen Gewerkschaftsbundes vergleichen? Wollen Sie Ihre damalige Parteiarbeit, die nur einer Klasse diente und daher zum Teil sogar gegen den Staat gerichtet war, mit der heutigen Koalition vergleichen? Reden Sie doch nicht immer von gestern, bemühen Sie sich doch, das Heute und das Morgen zu sehen!

Wenn Sie solche Methoden praktizieren, dann werden wir als Volkspartei immer dagegen auftreten, weil wir mindestens das gleiche Recht in uns fühlen, uns vor anständige, ehrliche, bis zur Hingabe ihrer Gesundheit für dieses Land und seine Verpflichtungen kämpfende Menschen zu stellen, wie von mir aus Sie selber sich vor die Männer des Schutzbundes und andere Kreise stellen mögen. Wir lehnen es aber ab, daß Sie nur für sich ein solches Recht herausnehmen! Genau so wie Sie sich vor Renner und Ihre verdienten Funktionäre stellen, die ja für Sie geradezu tabu, unangreifbar sind, so können wir es unmöglich hinnehmen, daß Sie hier im Hause unsere Männer heruntersetzen und Ihre Schmutzkübel über sie ausleeren! Dagegen wehren wir uns, so etwas lassen wir uns von keinem Czernetz und auch von niemand anderem gefallen! Die Volkspartei steht vor jenen Männern, die ihre Pflicht erfüllt haben. (*Abg. Lackner: Das war ja keine Pflicht!*) Das lassen wir uns nicht gefallen!

Wir haben bei diesem Kapitel und auch schon im letzten und vorletzten Jahr angekündigt, daß die Volkspartei beim Kapitel Verkehr und verstaatlichte Betriebe eine ablehnende Haltung einnehmen kann. Wenn Sie glauben, oder wenn ein Teil von Ihnen glaubt, das Kapitel der verstaatlichten Industrie politisch und wirtschaftlich gegen die freie Wirtschaft ausspielen zu können, dann haben Sie damit dem Aufbau unseres Staates den schlechtesten Dienst geleistet.

Wir als Volkspartei stehen zu den Leistungen und anerkennen die Leistungen aller, die zum Aufbau beigetragen haben, wir lehnen es aber ab, daß Sie Ihre verstaatlichte Industrie als ein Musterstück des Opfersinnes herausstellen! Österreich wird leben, wenn alle ihre Pflicht erfüllen. Dazu mitzuhelfen rufen wir auch den Herrn Bundesminister Waldbrunner auf, damit wirklich Freiheit in der verstaatlichten Wirtschaft sei, damit dort die Demokratie noch etwas stärker verankert werde und damit auch in den unteren Organen das wirksam werde, was Sie als Ziel für die obersten Organe aufstellen!

Was wir verlangen, ist Anständigkeit gegenüber allen, die ihre Pflicht erfüllt haben, in der Gegenwart, aber auch in der Vergangenheit, und wir werden Ihren Angriffen, die Sie in dieser Art beginnen, nicht nur gegenüber treten, sondern werden, wenn Sie wollen, uns mit Ihnen darüber auch weiter auseinandersetzen. Ich möchte aber vor diesem Weg warnen, denn das wäre der Beginn zur Aufspaltung. Wir haben es aber nach den Mühsalen der letzten Jahre nicht notwendig, von Herrn Abg. Czernetz, seinen Leuten und derlei Gruppen auf einen Weg gedrängt zu werden, der den Bruder gegen den Bruder führt! (*Erregter Widerspruch bei der SPÖ.*)

Präsident Böhm (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe, meine Herren! So kann man nicht verhandeln!

Abg. Altenburger (*fortsetzend*): Ein Weg, der den Bruder gegen den Bruder führt! Wir warnen vor einer Entwicklung, die, wie Sie selber sagen, schon seinerzeit kein Glück für das Land war.

Wir wollen nicht auf die Dauer von jenen belehrt werden, die nach 1945 die Gemeinsamkeit, die wir aufgebaut haben, selber innerlich gar nicht bejaht haben. Ich spreche dies auch deswegen aus, denn es gibt manche unter Ihnen, die heute gar so belehrend auftreten, obwohl sie Gegner des gemeinsamen Gewerkschaftsbundes waren — und manche sind es ja heute noch. Es gibt eben viele, die in den Jahren seither nichts dazugelernt haben und die nun immer wieder auf das Frühere zurückkommen wollen und glauben, es könne nun wieder wie in der Vergangenheit die alte freie Gewerkschaftsbewegung unter der Führung und der Abhängigkeit von der SPÖ geben.

Ich glaube, daß es nicht gut ist, diesen Geist zu wecken. Wenn wir heute Fortschritte erreichen konnten, auch in der verstaatlichten Industrie, so nicht zuletzt deswegen, weil nun eine verantwortliche Gewerkschaftsbewegung die Interessen wahrnimmt. So ist es nicht, verehrte Frauen und Männer von der Sozialistischen Partei, daß der Herr Bundesminister Waldbrunner oder Ihre Partei von sich aus die sozial günstigen Voraussetzungen schufen. Der Herr Minister Maisel als Vorsitzender der Gewerkschaft der Metallarbeiter und unsere Funktionäre in den einzelnen Betrieben haben Schwierigkeiten genug, die Interessen der Arbeiter und Angestellten gegen dem Arbeitgeber Staat durchsetzen zu können.

Ich möchte also abschließend sagen: Wenn Sie die Gemeinsamkeit und die Zusammenarbeit aller wahren wollen, dann hinweg mit dem Geist des Abg. Czernetz, dann hinweg mit der Form, die Tatsachen der Vergangenheit umzudrehen und die Dinge hier so darzustellen,

als hätten diese Menschen ihre Pflicht nicht erfüllt, dann aber auch weg mit dem Versuch, die verstaatlichte Industrie gegen die Privatwirtschaft, die Arbeiter der einen gegen die der anderen auszuspielen! Wollen Sie gemeinsam arbeiten, dann werden wir als Volkspartei diese Gemeinsamkeit aufrechterhalten, wollen Sie das nicht, die Volkspartei — und das darf ich auch hinsichtlich der Gewerkschaft sagen ... (*Andauernde Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich habe diese Debatte nicht heraufbeschworen, aber Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß Sie als Sozialisten uns nicht auf die Dauer provozieren können; da dürfen Sie nicht glauben, daß wir schweigen. (*Andauernde erregte Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Wir haben in der Debatte keinen einzigen der Nichtanwesenden und auch kein verstorbene Mitglied zitiert, Sie aber haben es getan. Sie reißen Gräber auf und beschweren sich dann, wenn wir uns verteidigend vor solche Gräber stellen. Beschweren Sie sich also nicht darüber!

Den Herrn Abg. Pittermann als Obmann seines Klubs darf ich aber um folgendes ersuchen: Wenn Sie auf die Dauer hier die Zusammenarbeit wollen, dann stellen Sie Ihre Leute darauf ein. (*Abg. Weikhart: Das überlassen Sie uns! — Lebhaftige Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Wenn Sie es nicht wollen, dann können wir zum Kapitel verstaatlichte Betriebe und Verkehr noch stundenlang sprechen. (*Andauernde erregte Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.*) Sie werden uns nicht irritieren, in der Verteidigung unserer Interessen nicht behindern. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*) Sie werden uns nicht irritieren! Sie dürfen nicht den Versuch unternehmen, den einen Teil der Koalition in einer solchen Art zu behandeln, und wir sind es nicht gewohnt und wir wollen es auch nicht zur Kenntnis nehmen, daß einzelne aus der Gruppe der Sozialistischen Partei ein Gehaben an den Tag legen, das, wie ich glaube, nicht auf den Boden politischer Anständigkeit und politischer Loyalität gehört. Ich darf daher abschließend ... (*Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Haben Sie die Rede vom Weinmayer gehört?*) Ich werde nicht aufhören, bevor Sie nicht Ruhe geben! (*Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Prinke: Weikhart soll sich zum Wort melden, das geht viel rascher! — Heiterkeit.*)

Präsident Böhm (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte das Hohe Haus, so viel Ruhe zu bewahren, daß der Redner zu Ende kommen kann. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Abg. Altenburger (*fortsetzend*): Ich danke für Ihre Zustimmung, denn ich nehme zur Kenntnis, daß Sie daher mit meinen Aus-

führungen einverstanden sind. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Ich freue mich umso mehr darüber, weil Sie damit bekunden, daß wir als Volkspartei die gleiche Mitverantwortung in der verstaatlichten Industrie tragen wollen, weil Sie damit bekunden, daß die freie und die private Wirtschaft auch ihre Pflicht erfüllt hat, und weil Sie bekunden wollen, daß auch die verstaatlichten Betriebe nicht zu einer Zwingburg werden dürfen, sondern auf dem Boden der Freiheit zur Wahrung der Existenz des einzelnen stehen sollen, weil Sie also mit Ihrem Beifall, verehrte Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, bekunden wollen, daß Sie in Zukunft jene Haltung einnehmen werden, die wir von der Koalition erwarten und die im Interesse unseres Vaterlandes notwendig ist. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Böhm: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Dr. Pittermann.

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus! Die Geschäftsordnung gibt dem einzelnen Mitglied das Recht, sich zu persönlichen Feststellungen zu melden. Es gibt aber Situationen, wo es dem einzelnen persönlich nicht angenehm oder nicht erträglich erscheinen mag, selber Feststellungen zu machen, besonders dann, wenn es sich um die eigene Person handelt. Ich erfülle daher eine Solidaritätspflicht gegenüber meinem Freund Czernetz, wenn ich ungefähr beim gleichen Kapitel und bei dem gleichen Redner, bei dem es auch im Vorjahr zu einer höchst unerquicklichen Szene kam, endlich einmal zu einer bestimmten Feststellung das Wort ergreife.

Abg. Altenburger — das ist die einzige Polemik gegen seine Ausführungen — hat zuvor gesagt, es wäre besser gewesen, wenn der Abg. Czernetz nicht zurückgekommen wäre. Hohes Haus! Ich fühle mich veranlaßt, Ihnen einiges vom persönlichen Schicksal des Abg. Czernetz zu erzählen.

Der Abg. Czernetz hat zuletzt im Jahre 1938 dem illegalen Zentralkomitee der revolutionären Sozialisten angehört. Als die Nationalsozialisten einmarschierten, war es selbstverständlich, daß Czernetz' Name bereits auf der von der Gestapo vorbereiteten Liste der zu Verhaftenden stand. Die Nationalsozialisten wußten infolge ihrer Durchdringung in der damaligen Staatspolizei genau, welche Personen im politischen Leben der Untergrundbewegung zwischen 1934 und 1938 eine Rolle spielten. Der Herr Abg. Czernetz ist daher steckbrieflich verfolgt und gesucht worden. Er wurde kurze Zeit von seinen Freunden versteckt, bis es uns möglich war, ihm durch Vermittlung tschechischer Sozialdemokraten einen Paß zu verschaffen, der nicht für ihn

4244 88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955

bestimmt war, der aber auf ihn umgebaut wurde. Wir bekennen uns zu diesen Machinationen von damals.

Mit dem Paß ist es ihm gelungen, der Überwachung durch das Dritte Reich an der ehemaligen österreichischen Grenze zu entgehen. Er wurde aber bereits bei Betreten des Schweizer Gebietes festgehalten, weil die Paßfälschung noch nicht jene Vollendung aufwies, die dann später in der Untergrundbewegung gegen die nationalsozialistische Herrschaft von allen Untergrundgruppen entwickelt worden ist.

Es ist gelungen, den jetzigen Abg. Czernetz aus dem Schweizer Gefängnis frei zu bekommen. Er ist nach Frankreich gegangen und von dort nach England. Er hat uns von England aus wiederholt inständig gebeten, man möge sich seiner in Wien zurückgelassenen greisen Eltern annehmen. Wir haben getan, was in unserer Macht stand. Wir konnten leider nicht verhindern, daß die Eltern des heutigen Abg. Czernetz dasselbe Schicksal erlitten wie leider Gottes auch tausende und zehntausende andere damals in Österreich den Nationalsozialisten in die Hände gefallene Juden. Beide Elternteile des Abg. Czernetz wurden nach einer kurzen Hin- und Herschickerei und nach einer Anhaltung im Anhaltelager in Wien in eines der berüchtigten Vernichtungslager gebracht und dort in der Gaskammer hingerichtet.

Der Abg. Czernetz mußte — und ich glaube, die meisten Mitglieder des Hohen Hauses werden für die persönliche Situation Verständnis haben — in der sogenannten Sicherheit Londons tatenlos zuschauen, wie seine Eltern einem unerbittlichen Schicksal zum Opfer fielen, dem zu entgehen ihm persönlich mit Hilfe seiner Freunde gelungen war. Er hat sich, nachdem die nationalsozialistische Herrschaft in Österreich zusammengebrochen war, sofort um die Rückkehr nach Österreich beworben, und es war möglich, ihn bereits im November 1945 nach Wien zurückzubringen. Ich habe die Lebensverhältnisse in London im April des Jahres 1946 aus eigener Erfahrung kennenlernen können. Sie waren auch noch nicht auf dem heutigen Stand, aber sie waren unvergleichlich besser als das, was damals im November 1945 in Österreich dem sogenannten Normalverbraucher zu Gebote stand.

Als der Abg. Czernetz damals nach Österreich zurückkehrte, hatte er kein Heim, keine Wohnung, keine Möbel, nichts! Er lebte bei seinen Freunden, einmal da und einmal dort, bis es ihm gelungen war, endlich wieder ein Heim zu erhalten und auch seine Gattin zurückkommen zu lassen.

Er hat seit 1949 hier in diesem Haus einen Wahlkreis vertreten, der als einziger Wahl-

kreis in Wien vollständig unter russischer Herrschaft stand. Ich glaube, niemand in diesem Hause — auch seine Gegner nicht — kann dem Abg. Czernetz nachsagen, daß er in diesem Wahlkreis nicht genau so mutig und entschieden für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs eingetreten ist wie wir alle in Wahlkreisen, die unter anderer Besetzung standen.

Hohes Haus! In den Jahren von 1938 bis 1945 haben sich alle, die Gegner der nationalsozialistischen Herrschaft waren, zusammengefunden, um der geknechteten und getretenen Menschlichkeit in diesem Land wieder den Tag der Erlösung bereiten zu können. Wir haben damals in diesen Jahren über politische Grenzen hinweg, die uns früher separierten, derentwegen wir früher auf verschiedenen Seiten der Barrikaden standen, zusammengefunden in dem vielleicht nicht ausgesprochenen stillen Gelöbnis, daß wir, wenn in diesem Lande Freiheit und Unabhängigkeit wieder einkehren, niemals einen Rückfall in die Brutalität dieser Jahre dulden werden. *(Starker Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Ich kann abschließend nur sagen: Ich bedaure es, daß es einem Mann, der 1938 nur die Wahl gehabt hat zwischen Verlassen des Heimatlandes und den Gaskammern des Nationalsozialismus, zum Vorwurf gemacht wurde, sein Heimatland verlassen und seine Eltern schutzlos zurückgelassen zu haben. Ich glaube nicht, daß der Herr Abg. Altenburger einen solchen Vorwurf beabsichtigt hat, ich hoffe aber, daß meine Ausführungen dazu beitragen, daß man in diesem Hause endlich aufhört, das Wort „Emigrant“ mit einem Beigeschmack zu versehen, der leider sehr an die Zeit erinnert, als die Menschlichkeit in Österreich wenig im Kurs stand. *(Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Böhm**: Zu einer persönlichen Berichtigung hat sich der Herr Abg. Altenburger gemeldet.

Abg. **Altenburger**: Hohes Haus! Es lag mir vollkommen fern, dem Herrn Abg. Czernetz persönlich irgendwie nahezutreten; ich habe nur Antwort gegeben auf den Geist, den der Herr Abg. Czernetz zum Ausdruck gebracht hat. Ich habe nicht über seine Vergangenheit gesprochen, die ich kenne und über die es gar nichts zu sprechen gibt.

Ich habe es bedauert, daß gerade der Herr Abg. Czernetz in einer solchen Form über seine Gegner gesprochen hat. Ich habe es deswegen bedauert, weil ich erwartet habe, daß gerade der Herr Abg. Czernetz auf Grund seiner Erfahrungen mehr Verständnis für dieses neue Österreich zeigen wird. Ich bitte, Herr

Kollege Pittermann, es ist vollkommen irrig, das so persönlich auszulegen. Die Person des Abg. Czernetz stand nicht zur Diskussion, und es wurde darüber auch nicht diskutiert, sondern nur in sachlicher Weise über den Geist gesprochen, der zum Ausdruck gebracht wurde. Ich schließe mich dem Herrn Abg. Pittermann an; auch wir hoffen, daß dieser Geist in Zukunft dazu führt, nicht das Persönliche, sondern die gemeinsame Arbeit in den Vordergrund zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Böhm**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Bitte.

Spezialberichterstatter **Aigner** *(Schlußwort)*: Hohes Haus! Im Verlaufe der Debatte wurde von den Abg. Holzfeind und Genossen ein Entschließungsantrag eingebracht, der die Regelung der Feiertage für die Post- und Telegraphenbediensteten zum Inhalt hat. Ich nehme diesen Entschließungsantrag auf und bitte Sie, bei der Abstimmung über dieses Kapitel diesem Entschließungsantrag die Zustimmung zu geben.

Präsident **Böhm**: Damit ist die Aussprache über Gruppe X beendet.

Wir kommen nunmehr zur Behandlung der **Gruppe VII**: Kapitel 15: Soziale Verwaltung, Kapitel 28 Titel 9: Bundesapotheken, und Kapitel 28 Titel 10: Serotherapeutisches Institut.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abg. Weikhart. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Weikhart**: Hohes Haus! Der Bundesvoranschlag für das Jahr 1956 weist beim Kapitel 15: Soziale Verwaltung, Ausgaben von insgesamt 3.634,174.000 S und Einnahmen von insgesamt 1.358,171.000 S aus. Von den Ausgaben entfallen auf den Sachaufwand 3.475,377.000 S oder 95,6 Prozent und auf den Personalaufwand 158,797.000 S oder 4,4 Prozent.

Bei einem Vergleich mit den bezüglichen Ansätzen der ordentlichen Gebarung des Bundesvoranschlages 1955 ergibt sich somit eine Erhöhung der persönlichen Ausgaben um rund 24 Millionen Schilling oder 17,8 Prozent, eine Verminderung der sachlichen Ausgaben um rund 315,46 Millionen Schilling oder 8,3 Prozent, beziehungsweise eine Vermehrung der Einnahmen um rund 459,56 Millionen Schilling oder 51,1 Prozent.

Die aufgezeigten Differenzen gegenüber den Ansätzen 1955 sind, abgesehen von der Erhöhung des Personalaufwandes, deren Ursache auch hier in den ganzjährigen Auswirkungen der 3. Stufe des Nachziehverfahrens und getroffenen dienstrechtlichen Bestimmungen

für die Bundesbediensteten zu finden ist, im wesentlichen auf folgende Umstände zurückzuführen:

Erstens Minderausgaben bei Titel 2, Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung, hauptsächlich infolge Minderbedarfes an Bundesmitteln bei den Ansätzen der §§ 1 bis 3: Pensionsversicherung der Arbeiter, der Angestellten und knappschaftliche Pensionsversicherung; die Ursache dieser Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag 1955 liegt darin, daß dem Voranschlag 1956 ganz andere gesetzliche Voraussetzungen zugrunde liegen als dem des Jahres 1955.

Gemäß dem Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz 1953 hatte der Bund im Jahre 1955 in der Rentenversicherung einen unbedingten Beitrag von 20 Prozent des Rentenaufwandes zu leisten. Dieser feste Betrag ist aber im § 80 des ASVG. nicht mehr vorgesehen, vielmehr hängt der Bundesbeitrag nunmehr von der Höhe der Einnahmen der Pensionsversicherungsträger ab. Daraus ergibt sich zunächst, daß im Jahre 1956 in der Pensionsversicherung der Angestellten (Titel 2 § 2) und in der knappschaftlichen Pensionsversicherung (Titel 2 § 3) kein Bundesbeitrag anfällt.

In der Pensionsversicherung der Arbeiter ist der Minderbedarf an Bundesmitteln, abgesehen von der andersgearteten Konstruktion des Bundesbeitrages gemäß § 80 des ASVG., vor allem auf die Erhöhung der Versicherungsbeiträge gegenüber den bei Erstellung des Bundesvoranschlages für 1955 in Geltung gestandenen Beitragssätzen zurückzuführen. Dennoch beträgt der Bundesbeitrag für 1956 zur Pensionsversicherung der Arbeiter 820 Millionen Schilling und der Bundesbeitrag zu den Ausgleichszulagen 61,8 Millionen Schilling.

Dieser Bundesbeitrag wird sich aber in Kürze wesentlich erhöhen. Wenngleich die Pensionsversicherung der Angestellten sowohl für 1956 als auch für 1957 keine Bundeszuschüsse erhalten wird, beginnt mit dem Jahre 1958 die Leistung eines Bundesbeitrages, der nach vorsichtigen Schätzungen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger bereits 1960 den Betrag von 170,2 Millionen Schilling erreichen wird.

Für 1956 wird die Zahl der Rentner in der Pensionsversicherung der Arbeiter 451.300, in der Pensionsversicherung der Angestellten 150.700, in der land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherung 86.600, in der knappschaftlichen Pensionsversicherung 24.600, in der Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahner 14.700, insgesamt also 727.900 Rentner, erreichen. Für diese Rentner ist für das Jahr 1956 ein Gesamtaufwand von rund 4140 Millionen Schilling erforderlich.

Innerhalb von fünf Jahren, also bis zum Jahre 1960, rechnet man statt der bisherigen Gesamtzahl von 727.900 Rentnern mit einer Zunahme von rund 80.000, sodaß in fünf Jahren eine Rentnerzahl von über 800.000 erreicht sein wird. Mit der steigenden Rentnerzahl steigt auch der Aufwand; der staatliche Beitrag wird sich innerhalb von fünf Jahren nahezu verdoppeln und einschließlich der Ausgleichszulagen den Betrag von rund 1,7 Milliarden Schilling erreichen.

Beim Titel 3, Arbeitslosenversicherung, ist die Differenz der Minderausgaben beziehungsweise Mehreinnahmen gegenüber den Ansätzen 1955 darin zu finden, daß auch im Jahre 1956 mit einer allgemein zu erwartenden günstigen Wirtschafts- und Beschäftigungslage gerechnet wird. Der Durchschnittsstand an Unterstützungsempfängern wurde daher mit 100.000, also um 40.000 geringer angenommen als bei der Erstellung des Voranschlags für 1955.

Leider ist im Voranschlag 1956 unter Titel 5, Wohnungsfürsorge, für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds weder in der ordentlichen noch in der außerordentlichen Gebarung eine Dotation aus Bundesmitteln veranschlagt; bei den §§ 1 und 1 a sind lediglich Verrechnungsansätze vorgesehen, die zur Verrechnung von allenfalls im Laufe des nächsten Jahres möglichen Bundesbeiträgen dienen sollen.

Der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, bei dessen Verwaltung Anträge von Gemeinden und gemeinnützigen Bauvereinigungen auf Gewährung von Darlehen in der Gesamthöhe von rund 900 Millionen Schilling erliegen, wird daher nur über Eingänge aus den Wohnbauförderungsbeiträgen von rund 260 Millionen Schilling verfügen.

Ansonsten verweise ich das Hohe Haus auf den von mir als Berichterstatter vorgelegten detaillierten Spezialbericht.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat dieses Kapitel in der Sitzung vom 15. November dieses Jahres eingehend beraten und stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 15: Soziale Verwaltung, dem Kapitel 28 Titel 9: Bundesapotheken, samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag, und dem Kapitel 28 Titel 10: Serotherapeutisches Institut, samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag, des Bundesvoranschlags für das Jahr 1956 in der Fassung der Regierungsvorlage wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Präsident Böhm: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abg. Kindl. Ich erteile es ihm.

Abg. Kindl: Hohes Haus! Sehr geehrte Frauen und Herren! Die Sprecher der Regierungsparteien haben bisher das lustige Spiel entwickelt, zum Budget an und für sich pro, zum jeweiligen Kapitel, wenn ihm ein Minister der anderen Partei vorsteht, kontra zu sprechen. Bei mir wird es ziemlich klar sein, ich spreche sowohl zum Budget als auch zum Kapitel kontra.

Das Budget 1956 weist gegenüber 1955 eine Erhöhung um fast 5 Milliarden Schilling auf; es ist von rund 23 Milliarden auf 28 Milliarden gestiegen. Nun fällt einem dabei besonders auf, daß gerade die Gruppe Soziale Verwaltung als einzige Aufwandsgruppe einen wesentlichen Abstrich gegenüber 1955 aufzeigt. Der Anteil von 17,3 Prozent am Gesamtbudget ist für die Gruppe Soziale Verwaltung auf 13,7 Prozent für das Jahr 1956 gesunken.

Was die Arbeitslosenversicherung betrifft, wird von Regierungsseite ausgeführt, daß im Jahre 1956 durch die angenommene Vollbeschäftigung noch weniger Unterstützungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz ausbezahlt werden müssen.

Der Abstrich für den Posten Sozialversicherung wurde ja schon im vorhinein durch die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge im neuen ASVG. wettgemacht. Da im neuen ASVG. die Rente, auch die Mindestrente, nach dem Versicherungsprinzip auf Grund der geleisteten Beiträge errechnet und festgesetzt ist, kommen die Bezieher durch die abwechselnd vorgenommenen Lohn- und Preiserhöhungen in immer größeren Notstand, da man sich doch vorstellen kann, daß sich bei einem Rentenbezug von 460 S jede kleinste Preiserhöhung besonders auswirkt. Dasselbe trifft natürlich auch für kinderreiche Familien zu.

Wir haben daher schon vor längerer Zeit den Antrag gestellt, den Empfängern von Sozialrenten einen Zuschuß durch die Fürsorgeträger nicht nur auf 460 S, sondern bis zu 560 S zu gewähren. Wir wußten damals, daß die Gemeinden nie in der Lage sein werden, die nötigen Beträge aufzubringen. Deshalb haben wir beantragt, der Herr Finanzminister möge die nötigen Mittel aus dem ohnehin nicht mehr zu rechtfertigenden Bundespräzipium refundieren. Unser Antrag wurde damals niedergestimmt. Ich freue mich, daß inzwischen die Koalitionsregierung einer besseren Einsicht Raum gegeben hat; wie die Zeitungen berichten, soll nun die Überbrückungshilfe gewährt werden.

Aber auf eine Gruppe von Rentenempfängern möchte ich besonders hinweisen, an die man schon hätte denken müssen, bevor man Abstriche in der Gruppe Soziale Verwaltung vorgenommen hat. Es sind dies die Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen und -waisen. Seit

dem letzten Lohn- und Preisabkommen 1951 haben die Kriegsoferegebühren auf Grund des Kriegsoferversorgungsgesetzes keinerlei Ausgleich oder Erhöhung erfahren, obwohl sich die Lebenshaltungskosten seit dem Jahre 1951 wesentlich erhöht haben.

Ich muß heute feststellen, daß von den Sozialaufwendungen für die Kriegsofere im Jahre 1945 noch 45 Prozent aufgewendet wurden, 7,8 Prozent vom Gesamtbudget, während im Jahre 1955 vom Sozialaufwand nur mehr 27 Prozent und im Gesamtbudget nur mehr 4,4 Prozent vorgesehen sind.

Die Bundesregierung — ich sage betont, die Bundesregierung, denn ich mache das komische Spiel, auf den jeweiligen Minister loszuschlagen, nicht mit, wo doch gar nichts der Minister, sondern alles die Regierungskoalition festsetzt — hätte also gerade in diesem Jahr, da sie die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat, also wieder Soldaten für die Verteidigung des Vaterlandes will, die verdammte Pflicht gehabt, sich der Opfer der letzten zwei Kriege besonders anzunehmen. Denn wenn der werdende Soldat täglich den Dank des Vaterlandes für die Kriegsofere in Form von Nichtbeachtung, von Belassung in Not und Elend sieht, wird sein Wille, die Uniform anzuziehen, Waffen zu tragen und im Ernstfall das Vaterland zu verteidigen, nicht besonders groß sein.

Auch die Lösung der Frage der Entschädigung der ehemaligen Bundesheerangehörigen ist noch ausständig. Man kann doch nicht dauernd Verpflichtungen übernehmen und sie dann nie einlösen. Auch eine Kriegsgefangenenentschädigung hätte man mit einem bescheidenen Ansatzposten unterbringen müssen. Aber es sitzen eben in diesem Hause viel zu wenige von jenen, die Kriegsgefangenschaft und damit Sklavenarbeit mitgemacht haben.

Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, beschäftigen sich jedes Jahr einmal mit dem Opferfürsorgegesetz, um die Wiedergutmachung für die Opfer des Faschismus festzusetzen. Auch die Kriegsgefangenen, an die Sie nicht denken wollen, sind Opfer des Faschismus. Sie mußten wie Sklaven für Österreich Wiedergutmachungsarbeit leisten. Diese riesigen Posten von geleisteten Arbeitsstunden hat vor allem die Sowjetunion in ihre Reparationsforderungen bestimmteinkalkuliert.

Wenn man das Kapitel Soziale Verwaltung mit seinen Abstrichen gegenüber dem Vorjahr ansieht, das Nichtnachziehen der Renten für Kriegsofere seit 1951, und wenn man die bescheidenen Forderungen der Kriegsgefangenen dazurechnet, kommt man ungefähr auf die Summe, die für das neue Heer im Budget vorgesehen ist.

Es gab einmal die bekannte Volksbefragung: Kanonen oder Butter? Heute könnte man die

Rentner und vor allem die Kriegsofere fragen: Wollt ihr Renten oder Kanonen? Denn nur sie allein sollen verzichten, um die Summen einzusparen, für die man das heute schon umstrittene fragliche Heer aufstellen will, denn alle anderen Bevölkerungskreise würden sich dagegen wehren, wenn sie für das aufzustellende Heer Opfer bringen müßten. Sie konnten eben die Bevölkerung noch nicht davon überzeugen, daß ein Heer notwendig ist, und noch weniger davon, daß Sie den festen Willen haben, etwas Brauchbares zu schaffen. Denn auf das Parteigezänke um die vorgesehenen Posten im neuen Heer ist die Bevölkerung nicht neugierig. Die Rentner und Kriegsofere müssen eben die Benachteiligung hinnehmen, denn sie können sich nicht durch Streiks zur Wehr setzen, sind also nicht gefährlich und kein Problem für die Regierungskoalition.

Nun möchte ich noch ein anderes, sehr ernsthaftes Problem zur Sprache bringen. Am 6. Oktober dieses Jahres wurde in einer Werkhalle in Wien über einen 56jährigen Monteur Gericht gehalten. Was hat der Mann verbrochen? Er hat sich erlaubt, für die kommenden Betriebsratswahlen eine parteifreie Liste aufzustellen, da er mit den sozialistischen Vertretungen nicht zufrieden war. Anlaß zur Unzufriedenheit war, wie der Mann persönlich ausführt, die Straßenbahntarifierhöhung in Wien. Es dämmerte in diesem 56jährigen Mann, daß in der Entstehungszeit der Gewerkschaften wohl die damalige Sozialdemokratische Partei die Interessen der Arbeitnehmer gegen die Unternehmer voll vertreten hat, daß es in der Zweiten Republik aber, in der die Sozialistische Partei immer öfter und öfter als Unternehmer in Erscheinung tritt, unbedingt notwendig wäre, daß Betriebsräte und Gewerkschafter etwas parteiungebundener wären und auch etwas weniger unter dem Einfluß der Sozialistischen Partei stünden.

Die vom Gewerkschaftsbund gelenkte Betriebsversammlung sprach den Mann schuldig und verurteilte ihn praktisch zum Tode. Ja, zum Tode, denn er mußte seinen Arbeitsplatz verlassen. Arbeit bedeutet aber Brot, und Brot bedeutet Leben. Denn wo, glauben Sie, soll dieser Ausgestoßene noch Arbeit bekommen? In jedem Betrieb, in dem er sich um Arbeit bewerben wird, werden sich vor ihm die Tore schließen, denn jeder sozialistische Betriebsrat wird sein Nein sprechen.

Als die erste Empörung in der Öffentlichkeit zum Ausbruch kam, versuchte die Gewerkschaftsführung, das Ganze zu bagatellisieren. Die offizielle Stellungnahme sprach von einigen Hitzköpfen, die vorgeprellt sind, und damit, glaubte man, wäre der Fall erledigt. Man

versucht also, das Ganze als harmlos hinzustellen. Ich erinnere mich noch genau, und im Protokoll steht es auch zu lesen, welche Antwort ich vom Herrn Präsidenten Böhm anlässlich der vorjährigen Budgetdebatte bekam, als ich von vorkommenden Terrorfällen in Betrieben sprach. Er sagte, ihm sei nichts von solchen Fällen bekannt. Wenn solche Fälle vorkommen, möge ich ihm Mitteilung machen, er würde dagegen einschreiten. Ich möchte den Herrn Präsidenten fragen, ob er schon dagegen eingeschritten ist. Er hat ja in seiner großen Rede vor dem Gewerkschaftskongreß vom Fall Gräf & Stift gesprochen, also muß er davon wissen. Auf eine Anfrage von uns hat der Herr Justizminister geantwortet, daß das Antiterrorgesetz genüge, um Erhebungen der Staatsanwaltschaft wegen Erpressung und Terror einzuleiten.

So weit ist es also schon gekommen, daß ein langjähriges Gewerkschaftsmitglied zum Staatsanwalt gehen muß, um sich vor seiner eigenen Berufsvertretung zu schützen. Die Gewerkschaftsführung einschließlich ihres Vizepräsidenten, des Herrn Altenburger, hat diesem Terror die Mauer gemacht, um die Einigkeit im Gewerkschaftsbund nicht zu stören. Brausenden Beifall — berichten Zeitungen — und volle Zustimmung gab es beim Gewerkschaftskongreß in Wien bei den Ausführungen der Redner. (*Abg. Rosa Jochmann: Na also!*) Überall kam einhellige Meinung und einhelliger Wille klar zum Ausdruck. Diese Einhelligkeit scheint aber nur bei den Delegierten zu herrschen, denn die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes haben doch manches Mal eine andere Meinung. (*Abg. Rosa Jochmann: Das kommt vor!*)

Dies kam bei dem Straßenbahnerstreik in Wien ganz klar zum Ausdruck. Das ganze Beschwören der starken Gewerkschaftsführung, der bittende Aufruf der „Arbeiter-Zeitung“ in letzter Minute — alles half nichts, die Straßenbahner Wiens wollten eben nicht einsehen, daß nur in der Privatwirtschaft, vom Gewerkschaftsbund aus gesehen, Lohnforderungen erlaubt sind.

Die Stärke der Gewerkschaftsführung kam hier nicht zum Ausdruck. Sie kommt nur zum Ausdruck, wenn es sich um ein einzelnes Mitglied handelt, das sich getraut, irgendwie neue Gedanken zu haben. Hier kommt die große Tragik oder das Wiederholen klar zum Ausdruck. In der Entstehungszeit der Gewerkschaften waren diese Männer Revolutionäre. Sie wurden damals von den Kapitalisten so behandelt, sie wurden als Revolutionäre aus den Betrieben geworfen. Heute wiederholt dasselbe die starke Gewerkschaft. Wenn einer mit neuen Gedanken kommt, dann ist er ein

Revolutionär, dann stellt er sich gegen die Geschlossenheit, er muß auf die Straße! (*Widerspruch bei den Sozialisten.*) Ich kann Ihnen hunderte, hunderte solcher Beispiele sagen, aber es genügt ja dieser eine Fall Gräf & Stift, den die ganze Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen hat. Alle anderen Beispiele gehen unter, weil heute die Menschen die kleinste Sicherheit vorziehen und ihren Nacken beugen, bevor sie in die Öffentlichkeit gehen; das tägliche Brot stellen sie allen anderen Dingen vor. (*Abg. Wilhelmine Moik: Es können andere Zeiten kommen!*)

Anlässlich der Behandlung des Kapitels Justiz wurde wieder einmal die alte Platte aufgelegt und von den ÖVP-Bänken aus versucht, uns das Recht abzusprechen, von Demokratie zu reden. Man hält uns unsere Vergangenheit vor. Nun, was waren unsere Handlungen in der von Ihnen so oft zitierten Vergangenheit? Heute konnten wir einmal von der Opposition dem Spiel und dem Streit um die Vergangenheit richtig folgen.

Nun zur Klärung. Wenn wir schon dabei sind, wollen auch wir unsere Vergangenheit klären. (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr schön!*) Die von Ihnen so oft zitierte Vergangenheit bestand bei uns darin, daß wir Soldaten waren, daß wir unsere Pflicht getan haben, die wir meinten, dem Volk und unserer Heimat schuldig zu sein. Aber vielleicht ist es notwendig, vielen von Ihnen — wahrscheinlich den lautesten Zwischenrufern — etwas in ihre frühere Vergangenheit hineinzuleuchten, wie sie, nicht als Soldaten, sondern damals schon als Politiker die demokratische Republik Österreich zuschanden gemacht haben. Sie hätten damals als Politiker Demokraten sein können, aber sowohl die Linke als auch die Rechte kannte nur ein Ziel: die Macht, die alleinige Macht im Staate Österreich. (*Abg. Dr. Kraus: Sie wollten die Diktatur!*) Es gab für Sie damals keine demokratischen Spielregeln, sondern nur Terror, Gewalt und Waffen wurden gegen politisch Andersdenkende eingesetzt. (*Abg. Rosa Jochmann: Ausgerechnet Sie sagen das?*) Ihnen sage ich das aus diesem Grund: Wir Soldaten mußten im zweiten Weltkrieg die Zeche, die Sie in den dreißiger Jahren gemacht haben, bezahlen! (*Lebhafter Beifall bei der WdU.*) Aus diesem Grund ist es einmal notwendig, Ihnen das hier zu sagen. Sie wollen immer uns für diese Vergangenheit verantwortlich machen, die Frauen und Männer unter Ihnen aber, die für die Entwicklung in der Ersten Republik schon mitverantwortlich waren, müßten sich an die Brust klopfen und sagen: unsere Schuld! (*Abg. Dr. Kraus: Und nicht immer so wie die Pharisäer reden, Frau Rosa Joch-*

mann! — Abg. Rosa Jochmann: Sie können mich nicht beleidigen, Herr Dr. Kraus! Nehmen Sie das zur Kenntnis! Sie nicht!)

Herrn Abg. Strasser — er ist leider nicht hier — hat das makabre Schauspiel, wie er sich ausdrückte, erschüttert, als sich äußerste Linke und die von ihm so bezeichnete äußerste Rechte gegenseitig Massenmorde vorwarfen. Ich möchte ihm sagen — vielleicht übermitteln es ihm seine Kollegen —, was mich erschüttert. Mich erschüttert, daß es nach dem Zwischenspiel, das Sie geliefert haben, nur einem vernünftigen Mann, dem Herrn Abg. Pittermann, gelungen ist, das wieder etwas zu leimen. Es sieht so aus, als hätte sowohl die Partei des Herrn Abg. Strasser als auch die Österreichische Volkspartei nichts aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und als führten Sie uns nun den gleichen Weg, der auch der Weg der Ersten Republik war, denn die Erste Republik fiel Irrungen und Verwirrungen zum Opfer.

Im Jahre 1945 hätte es gegolten, nach den Warnungen der Vergangenheit den Weg in ein ehrliches, demokratisches Morgen zu finden. An diesem historischen Wendepunkt hätte die wiedererstandene Demokratie alle Chancen gehabt, sich als moralische Autorität zu entwickeln und ihre moralische Erstarkung unter Beweis zu stellen, wenn mit ihr das Recht eingezogen wäre, und auch Sie selbst durch das Respektieren der Grund- und Menschenrechte das Recht gegen jede Bedrückung verteidigt hätten. Aber politische Leidenschaft und Egoismus traten an Stelle des Rechtes in Erscheinung. Willkür wurde zu Gesetzesrecht erhoben, der Weg der Gewalt wurde fortgesetzt (*Abg. Rosa Jochmann: Das sagen ausgerechnet Sie!*), fortgesetzt, Frau Abg. Jochmann! Es sind aber keine Zeichen zu sehen, die einem die Hoffnung geben könnten, daß dieser Entwicklung Halt geboten würde. Dies, möchte ich dem Herrn Abg. Strasser sagen, erschüttert mich. Die Vergangenheit haben wir hinter uns. Die können wir nie mehr ändern, aber die Zukunft liegt vor uns, und um die muß einem heute in Österreich bange sein. Die Zukunft soll uns beschäftigen!

Bei jeder Gelegenheit, wenn es Ihnen, meine sehr geehrten Frauen und Herren der Regierungsparteien, paßt, so auch bei der Verabschiedung des ASVG., weisen Sie darauf hin, und zwar immer wieder, daß Österreich ein Sozialstaat sei und in der Sozialgesetzgebung führend dastehe. Sie verweisen immer auf kinder- und familienfördernde Maßnahmen. Wo aber ist ein Erfolg sichtbar?

Das Kinderproblem ist in Österreich mehr als brennend. Alarmierende Statistiken weisen

darauf hin, daß schon in einigen Jahrzehnten der Weiterbestand unserer Wirtschaft und unserer sozialen Einrichtungen gefährdet ist, wenn die Geburtenzahl so niedrig bleibt, wie sie derzeit ist.

Über den § 144 wird heftigst diskutiert. Bei der Sozialistischen Partei spricht man von einer Milderung des Paragraphen, bei der ÖVP kommt ein Verschärfungswille zum Ausdruck. Wir Freiheitlichen meinen dazu: Nicht der § 144 allein wird das große, entscheidende Problem unseres Volkstodes lösen. Es sind vielmehr zwei entscheidende Fragen zu lösen, um dem Willen zum Kind zum Durchbruch zu verhelfen. Die eine Frage ist die soziale, die natürlich dem materialistischen Denken entspringt. Mir sagte zum Beispiel vor kurzem ein Mittelschulprofessor aus Wien, der drei Kinder hat, folgendes: Mit jedem Jahr, mit dem meine Kinder größer werden, sinke ich sozial um eine Stufe ab. Kollegen von mir, deren Frauen auch in Stellung sind und die keine Kinder haben, zerbrechen sich jedes Jahr den Kopf, wohin die Urlaubsfahrt gehen soll. Die europäischen Urlaubsländer kennen sie bereits. Ich muß mir jedes Jahr den Kopf zerbrechen, was ich von meinen persönlichen Bedürfnissen noch abstreichen kann, um den steigenden Bedürfnissen meiner drei Kinder nachkommen zu können. Weiters — sagte er — mache ich mir heute schon Sorgen und Gedanken, wie die Zukunft aussehen wird, ob die Möglichkeit besteht, daß sie einen Beruf erlernen können, oder ob ich sie dann erwachsen zu Hause sitzen habe.

Hier taucht schon die zweite entscheidende Frage auf, die Sorge um die Zukunft, die hier zum Ausdruck gekommen ist. Sie sprechen davon, daß Sie den Sozialstaat geschaffen haben. Sie sprechen davon, daß durch ihre Taten und Maßnahmen das Staats- und Volksbewußtsein und damit der Glaube an eine bessere Zukunft geschaffen wurde. Sie sprechen von Hochkonjunktur, von wirtschaftlichem Wohlstand und steigendem Lebensstandard — was das österreichische Volk denkt, kommt hier in lautloser Antwort: Nur die Geburten- und Sterbeziffern bringen die Tatsache zum Ausdruck, daß wir bereits am Anfang sind, ein sterbendes Volk zu werden.

Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, sind heute die Verantwortlichen in diesem Staate. Machen Sie einen Schlußstrich! Zeigen Sie, daß es für Sie in diesem Staate keine Bevorzugten und keine Benachteiligten gibt, zeigen Sie, daß Gesetz und Recht für alle Bürger dieses Staates gleich sind! Gehen Sie ab von Proporz und Protektion, lassen Sie Können und

4250 88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955

Leistung entscheiden, geben Sie allen Menschen in diesem Lande das Gefühl, daß sie frei sind, dann wird der Glaube wieder kommen in unserem Volke, daß es sich lohnt, zu arbeiten und zu leben, und es Sünde wäre, wenn dieses Volk sterben würde! (*Beifall bei der WdU.*)

Präsident **Böhm**: Zum Worte kommt der Herr Abg. Elser.

Abg. **Elser**: Geschätzte Frauen und Herren! In der Gruppe Soziale Verwaltung finden wir den Niederschlag eines Teiles des Arbeits- und Sozialrechtes, der Funktionen der staatlichen Arbeitsämter, der allgemeinen Sozialgesetzgebung, dann auch einen materiellen Niederschlag, betreffend den sozialen Wohnhausbau, und schließlich auch das wichtigste Kapitel, die Volksgesundheit.

Der staatliche Sozialsektor spricht ungefähr 1½ Millionen Menschen an; die finanzgesetzlichen Ansätze dieses Sektors werden daher zwangsläufig zum Schicksal dieser Menschen. Während bei allen übrigen Budgetgruppen schließlich nur Sachgüter zur Behandlung und zur Beratung stehen, steht hier in der Gruppe Soziale Verwaltung im Mittelpunkt der Mensch, und das gibt dieser Budgetgruppe eine besondere Bedeutung für die arbeitenden Menschen unseres Landes. Kein Wunder, ja vollkommen verständlich, daß der sozialpolitische Sektor im Voranschlag des Staatshaushalts für das Jahr 1956 im Brennpunkt des öffentlichen Interesses liegt. Der nun zehnjährige Auf- und Ausbau der Sozialpolitik beziehungsweise der Sozialgesetzgebung führt meiner Ansicht nach zu einem durchaus fortschrittlichen Sozialsystem in der Zweiten Republik.

Ein besonderes Merkmal der österreichischen Sozialordnung ist darin zu erblicken, daß das staatliche Kapitel Soziale Verwaltung nicht nur das begreifliche Interesse der breiten Volksschichten der Unselbständigen, der Arbeiter und Angestellten erweckt, sondern in einem immer höheren Maße auch das Interesse der selbständigen Wirtschaftstreibenden findet. Und dies mit Recht, meine Damen und Herren. Die Kranken- und Unfallversicherung umfaßt ja bereits auch Hunderttausende von Gewerbetreibenden und Landwirten. Das Altersunterstützungsgesetz für die Gewerbetreibenden versucht — ich meine allerdings mit unzulänglichen Mitteln, mit unsozialen Methoden —, die Selbständigen in Handel und Gewerbe in einer obligatorischen Pensionsversicherung zusammenzufassen. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, sei mit aller Deutlichkeit und Klarheit gesagt, daß die Errichtung einer fortschrittlichen, echten, auf unmittelbaren Ansprüchen basie-

renden Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung der Selbständigen des Gewerbes eine der dringendsten sozialpolitischen Aufgaben der nächsten Zukunft bildet.

Um den sozialen Ring zu schließen, muß man allen Ernstes daran gehen, die bäuerlichen Betriebsinhaber ebenfalls in einer ordentlichen Altersversicherung zu erfassen.

Auf diesem Wege, geschätzte Frauen und Herren, wird die Zweite Republik die Ziele einer sozialen Sicherheit für alle arbeitenden Menschen erreichen. Allerdings, man vergesse bei sozialpolitischen Betrachtungen niemals, auf den gewichtigen Umstand hinzuweisen, daß das Hauptziel der sozialen Sicherheit die Sicherung der materiellen Existenz aller im Rahmen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung ist, das Recht auf Arbeit und auf ein menschenwürdiges Leben in Freiheit. Eine gut fundierte Schulbildung und eine gesicherte Zukunft für die nachrückende junge Generation, das sind die Grundkriterien der sozialen Sicherheit. Soziale Sicherheit bedeutet daher unter anderem auch eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens, eine Staats- und Wirtschaftspolitik, die den Lebensbedürfnissen aller Bürger zu dienen hat, nicht aber den egoistischen, volksfeindlichen Profitinteressen kleiner Minderheiten im Volke Vorschub leistet.

Man täusche sich nicht und sehe klar: Auch Österreich nähert sich immer mehr der wirtschaftlichen Situation, in der die profitwirtschaftlichen Bestrebungen nach den alten klassischen privatkapitalistischen Grundsätzen der kapitalistischen Volkskreise zwangsweise immer mehr den Widerspruch der Arbeiter und Angestellten in allen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung hervorrufen müssen. Auch eine fortschrittliche Sozialpolitik vermag solche soziale Spannungen nicht aufzuheben, im Gegenteil, meine Frauen und Herren, die Sozialgesetzgebung gerät ja selber in diesen Sozialkonflikt hinein. Die großkapitalistischen Schichten mit ihren Kartellen und Monopolen, ihren beherrschenden ökonomischen und politischen Positionen stellen sich mit ihren Profitbestrebungen der weiteren Aufwärtsentwicklung der Sozialgesetzgebung hemmend entgegen.

Diesen Prozeß können Sie in allen Ländern, in denen die kapitalistische Ordnung noch die Grundlage der Wirtschaft ist, feststellen und nicht nur in unserem Lande. Dem Kampf um die entsprechenden Anteile am Sozialprodukt kann sich auch die Sozialgesetzgebung nicht entziehen. Ein weiterer Aufstieg oder Stillstand der Sozialordnung wird entschieden im Kampf der Werktätigen um eine gerechte Neuordnung und Neuverteilung des Volks-

einkommens. Gewiß, unleugbar ist die Tatsache, daß der Ertrag der nationalen Volkswirtschaft allein bestimmend ist für das gesamte Leistungsrecht im Arbeits- und Sozialrecht. Die Erfolge der Lohn- und Sozialpolitik hängen ab vom Nettoertrag des gesamten Wirtschaftslebens und von der Art der Verteilung dieser Erträge.

Zusammenfassend sei hier betont: Das Wirtschaftspotential unseres Landes hat sich nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages weiter verstärkt. Produktion und Arbeitsproduktivität zeigen noch immer in erfreulicher Weise eine stete Aufwärtsentwicklung. Die Kartelle und die Monopole wie die Zoll- und Handelspolitik haben die positiven Auswirkungen dieser kraftvollen Wirtschaftspotenz für die breiten Konsumentenschichten und Lohn- und Gehaltsempfänger zum großen Teil allerdings leider zunichte gemacht. Die nimmersatten Profitstreber, nicht aber die angeblich so begehlichen Arbeiter und Angestellten sind die wahren Ursachen der jüngsten sozialen Spannungen und Kämpfe in Österreich.

Die soziale Gesetzgebung in unserem Lande ist natürlich ebenfalls von diesen wirtschaftlichen und sozialen Ereignissen berührt. Ich hielt es für notwendig, mit dieser Einleitung zu beginnen, damit man meine späteren Ausführungen nicht mißversteht.

Gestatten Sie mir nun, daß ich einige konkrete Versorgungsbereiche unserer Sozialordnung einer kurzen Analyse unterziehe. Ich komme zuerst auf die Verhältnisse der österreichischen Kriegsoffer zu sprechen. Sie fordern mit Recht eine Nachziehung ihrer kargen Rentenbezüge. Bekanntlich haben sie seit 1951 außer der 13. Monatsrente keinerlei Rentenerhöhung bekommen. Der Realwert ihrer Unterstützungssätze hat sich in den letzten Jahren und Monaten weiter vermindert. Ihre Forderungen nach einer Nachziehung sind daher meiner Meinung nach voll berechtigt, und ihre Erfüllung ist eine unbedingte Notwendigkeit und eine Pflicht der Volksvertretung. Das Finanzministerium darf sich keinerlei Ersparungen bei den Kriegsoffern machen. Wenn infolge der Verringerung der Zahl der Unterstützungsempfänger in diesem Bereich Ersparungen erzielt werden, dann müssen sie selbstverständlich zur Gänze wieder zur Versorgung der restlichen Gruppe herangezogen werden.

Ich bin daher der Auffassung, daß man auf diesem Weg schließlich, und zwar in der nächsten Zeit, den Forderungen der Kriegsoffer wird Rechnung tragen müssen.

Zum Versorgungsbereich der Arbeitslosen. Täuschen wir uns nicht, meine Damen und

Herren! Wir haben einen guten Beschäftigungsgrad, immerhin weist die österreichische Wirtschaft aber noch immer rund 100.000 Unterstützungsempfänger aus. Es ist klar: Jemand, der seinen Posten verliert, der in den Bereich der Arbeitslosigkeit hinuntergestoßen wird, der verliert mit einem Schlag mehr als die Hälfte, ja im allgemeinen im Durchschnitt zwei Drittel seines letzten Lohnes als Arbeiter oder Angestellter. Die Sätze der Arbeitslosenunterstützung sind ebenfalls seit Jahren nicht nachgezogen worden. Sie sind heute nicht mehr erträglich, das heißt sie sind nicht mehr auf einer solchen Höhe, daß man sagen kann, man vermöchte damit die primitivsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Daher ist auch eine Revision der Unterstützungssätze für die Arbeitslosen ein Gebot der Notwendigkeit und der Menschlichkeit.

Nun komme ich zu einem anderen Versorgungsbereich, zum Bereiche der bedauernswerten Opfer der faschistischen Verfolgung. Auch hier erfolgte eigentlich seit Jahren keine Nachziehung der Unterhaltsrente, aber auch nicht der Stammrente. Es ist ja kein Geheimnis, daß die Witwen und Waisen, vor allem die Witwen nach den hingerichteten und ermordeten Antifaschisten und Widerstandskämpfern, heute ein armseliges Leben führen. Wir wissen doch, daß die Witwen — ich ziehe bei dieser Betrachtung nur die Kategorie der Witwen heran — kein größeres Einkommen haben als monatlich rund 560 S, und sie leben ja nur von diesem Einkommen, wenigstens ist das bei der Mehrheit dieser Witwen der Fall. Ja, mit diesem Betrag gibt es für diese bedauernswerten Witwen natürlich nur ein sehr kärgliches Leben!

Ich glaube, in einer Zeit, in der sich die Volksvertretung mit dem Gedanken befaßt — aus verschiedenen Gründen, die ich nicht ohne weiteres zurückweisen möchte, vor allem auch von menschlichen Erwägungen ausgehend —, die seinerzeit schwer belasteten, schuldigen Nationalsozialisten zu amnestieren, ihnen die Möglichkeit zu geben, daß sie in ihre alten Stellungen zurückkehren, oder ihnen Nachzahlungen zu gewähren, wenn sie pensioniert worden sind, können es die Opfer der faschistischen Verfolgung unmöglich verstehen, daß sie zur selben Zeit mit ihren kargen Renten ihr Leben weiterfristen sollen. Es ist nicht nur ein Akt der Menschlichkeit, sondern es ist ein Akt der Pflichterfüllung der österreichischen Volksvertretung, daß sie diesem beschämenden Zustand gegenüber den politischen Opfern, gegenüber diesen Frauen, die doch ihr ganzes Lebensglück verloren haben, ehebaldigst ein Ende setzt.

Daher ersuche ich die Volksvertreter und appelliere an alle hier im Hause befindlichen

4252 88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955

Abgeordneten: Schaffen wir diese Frage endlich aus dem Weg; lösen wir das Problem der politisch Verfolgten endgültig! Die Toten können wir nicht mehr zum Leben erwecken und seelisches Leid können wir auch nicht beseitigen, lassen wir aber wenigstens diese Schichten nicht in ihrer jetzigen materiellen Not weitervegetieren. Das, glaube ich, muß jeder einsehen, der guten Willens ist.

Daher erhebe ich erneut — wie viele Abgeordnete auch aus den Reihen der Regierungsparteien — die Forderung: Schaffen wir endlich die rechtliche Wiedergutmachung, revidieren wir die unzulänglichen Unterstützungssätze der politischen Opfer, und wir werden damit auch der Befriedung unseres Landes den besten Dienst erweisen. Dann wird man vielleicht auch eher verstehen, wenn wir eine Amnestie der Menschlichkeit walten lassen gegenüber den Vergehen jener, von denen zwar nicht alle — das möchte ich betonen —, aber viele die Grundsätze der Menschlichkeit und der Freiheit mit Füßen getreten haben.

Ein anderes Kapitel ist die Gruppe der Altrentner, der Invaliden, Witwen und Waisen, die bereits berentet sind. Wir wissen, daß das ASVG. am 1. Jänner nächsten Jahres in Kraft tritt. Es berührt ja nur die kommenden Rentner, denn die derzeitigen Rentner wurden ja nach Ansicht der Mehrheit des Hauses endgültig auf dem Wege des sogenannten Rentenbemessungsgesetzes behandelt. Diese Entnivellierung hat sicherlich zirka 20 Prozent der Altrentner entsprechend nennenswerte Erhöhungen ihrer Renten gebracht, aber das Gros der Rentner ist ja durch die Bestimmungen des genannten Gesetzes entweder leer ausgegangen oder die Erhöhungen sind höchst unzulänglich. Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, daß es gerecht wäre, zu erklären, wie es ja wiederholt in diesem Hohen Haus geschieht, das Altersrentnerproblem sei endlich durch das Rentenbemessungsgesetz gelöst. Nein, wir dürfen in diesem unseren Staat, in unserem Volk nicht zweierlei Maßstäbe anwenden. Wir dürfen nicht zweierlei Recht setzen. Sie werden gleich verstehen, was ich darunter meine.

Wir haben mit Recht immer wieder betont, daß eine Angleichung der Altpensionisten im öffentlichen Sektor an die Neupensionisten schließlich ein Gebot der Gerechtigkeit ist. Das ist geschehen. Wir stehen heute vor der Situation, daß dieser Ausgleich — zwar nicht zu 100 Prozent, aber beinahe zu 90 Prozent — zwischen den Alt- und den Neupensionisten im öffentlichen Sektor Tatsache wurde. Dasselbe Recht verlangen die Männer und Frauen, die produktive Arbeit geleistet haben. Damit

will ich nicht sagen, daß die Arbeit der Menschen im Verwaltungssektor vielleicht geringer zu werten ist. Aber es muß ausgedrückt werden, daß die Männer und Frauen, die in den Arbeitsstätten, in den Büros Jahrzehnte, ja ein Leben lang gearbeitet haben, zumindest auf dasselbe Recht der Angleichung an die Neurentner oder die Angleichung im Sinne der Bestimmungen des ASVG. Anspruch haben.

Ich weiß, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, man wird diesen Ausgleich vielleicht aus verschiedenen Gründen, vor allem aus technischen Gründen nicht über den Weg einer völlig neuen Durchrechnung der Bezüge der Altrentner bewältigen. Das wird vielleicht großen Schwierigkeiten begegnen. Aber wenn man guten Willens ist, gibt es Möglichkeiten genug, hier einen Ausgleich zwischen jenen, die auf Grund schlechterer Rentenbestimmungen bereits berentet sind, und jenen, die ab 1. Januar ihre Rente erhalten werden, zu schaffen. Wissen Sie, daß auf Grund der verbesserten Bestimmungen des ASVG. die Diskrepanz zwischen den Alt- und Neurentnern erst recht anschaulich werden wird? Da wird es nicht einzelne, sondern hunderte und tausende Beispiele geben, daß jemand als Altrentner auf eine Arbeitszeit von etwa 40 und 50 Jahren zurückblicken kann und trotz des Rentenbemessungsgesetzes eine Rente von, sagen wir, 700 S bekommt. Nach den Bestimmungen des ASVG. wird jemand berentet, der auf ein Arbeitsleben von 15 Jahren zurückblicken kann, und er wird nach den verbesserten Bestimmungen 800, 900, 1000 S Rente erhalten. Wie sollen die Altrentner dieses Unrecht verstehen? Ich glaube, es genügt, wenn ich das in kurzen markanten Sätzen auseinandergesetzt habe.

Daher bitte ich: Schaffen Sie einen Ausgleich zwischen den Alt- und den kommenden Neurentnern im Sinne der Bestimmungen des ASVG.! Methoden gibt es verschiedene; darüber wollen wir heute nicht streiten. Aber es gibt Wege, um diesen Ausgleich auch ohne Durchrechnung der Renten zu vollziehen.

Weiters ist es notwendig, daß wir die Ausgleichszulage im ASVG. demnächst durch eine Novellierung abändern. Ich bin grundsätzlich für die eingeführte Ausgleichszulage, aber ich bin ein Gegner davon, daß man bezüglich dieser Ausgleichszulage Bestimmungen eingeführt hat, die eigentlich unser ganzes ASVG. — verzeihen Sie den Ausdruck — verschandeln. Ich meine die Regreßbestimmungen gegenüber den unterhaltspflichtigen Personen, daß diese Ausgleichszulage und die Anspruchsberechtigung den Fürsorgebestimmungen der Länder unterliegt. Das ist ein Zankapfel, den wir beseitigen wollen. Das ist eine

der nächsten Aufgaben der Sozialgesetzgebung. Wir wollen die Ausgleichszulage belassen, wir müssen sie aber erhöhen, damit sie die Funktion einer echten Mindestrente erfüllt. Das wollte ich in diesem Zusammenhang ebenfalls gesagt haben.

Ich freue mich, daß man — wie von verschiedenen Kollegen zum Ausdruck gekommen ist, und schließlich war es auch schon in der Presse zu lesen — den Rentenbeziehern und allen Unterstützungsempfängern auch die vom ÖGB geforderte Überbrückungshilfe gewährt. Das ist tatsächlich ein Weihnachtsgeschenk an jene, die mit jedem Schilling, ja ich möchte fast sagen, mit jedem Groschen rechnen müssen.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auch auf eine Forderung zurückkommen, die allseits erhoben wird, die Forderung nach Herabsetzung der Altersgrenze in der Rentenversicherung, und zwar bei den Männern von 65 auf 60 und bei den Frauen von 60 auf 55 Jahre. Ich höre jetzt schon die Antwort: Wo kämen wir denn da hin? Wir haben heute schon einen so gewaltigen Stock von Rentenbeziehern; wenn wir die Altersgrenze noch herabsetzten, wird der Anfall noch größer werden!

Gestatten Sie mir eine kurze Begründung für die Herabsetzung. Es ist richtig, geschätzte Frauen und Herren: Das Lebensalter hat sich in allen Kulturstaaen dank der Medizin, dank des Fortschrittes der Chirurgie und der therapeutischen Maßnahmen bedeutend erhöht. Aber die Krankheitsanfälligkeit ist stärker geworden. Wir leben in einer Zeit, in der die Losung „Tempo, Tempo!“ zur Schicksalslosung aller Menschen wird. Die Hast des Lebens, die Technisierung, die Rationalisierung aller Betriebsstätten, wo sich alles am laufenden Bande vollzieht, erfordern die stärkste Aufmerksamkeit des arbeitenden Menschen. Daher erleben wir im Rentensektor den Anschauungsunterricht, wie zwar das Lebensalter verlängert ist — was natürlich ein Passivum für die Rentenversicherung bedeutet —, müssen aber zur gleichen Zeit die leidige Tatsache feststellen, daß die Zahl der Bezieher von Invaliditätsrenten ein immer größeres Ausmaß annimmt, oder mit anderen Worten, daß nicht wenige in der Industrie, im Bergbau, in der Schwerindustrie arbeitende Menschen schon mit 50 Jahren invalid sind, mit ihren körperlichen Kräften zu Ende sind. Daher ist die Forderung nach Herabsetzung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahre für die Männer und von 60 auf 55 Jahre bei den Frauen vollauf berechtigt. Die Lasten und die finanziellen Erfordernisse dieser Mehrbelastungen wird das erhöhte Nationalprodukt zu tragen ermöglichen. Wir leben in einer Zeit, in der die Produktion einen geradezu ungeahnten Aufstieg erfährt, und auch

die Produktivität, das Leistungsvermögen des einzelnen steigt ununterbrochen. Das ist ja auch für die kommenden sozialen Maßnahmen entscheidend. Fürchten wir uns nicht, daß einst eine moderne Verkehrswirtschaft nicht imstande sein wird, die sozialen Lasten zu ertragen. Es ist klar, daß durch diese Entwicklung auch für den sozialen Sektor größere Beträge vom Sozialprodukt ohne Erschütterung der Währung, ohne Erschütterung der Wirtschaft und ohne unerträgliche Belastung der beitragsleistenden Personen abgezweigt werden können.

Eine andere Angelegenheit, die mir am Herzen liegt — viele Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsparteien kennen sie — ist die Angelegenheit der Zivilblinden. Ich weiß: Die Delegationen der Zivilblinden waren beim Herrn Bundeskanzler, waren bei den führenden Mandataren der Regierungsparteien und haben dort gebeten, daß man ihre menschlich so verständliche Forderung schließlich doch erfüllt. Ich kenne die Beschlüsse des Minister Rates, wo man erklärt hat, aus Gründen unserer Verfassung sei man nicht in der Lage, diese Frage auf Bundesebene zu lösen. Und man hat die Zivilblinden an die Länder verwiesen. Die Landeshauptleute haben bereits getagt und haben den Beschluß gefaßt, daß in den Bundesländern über den Weg der Sozialfürsorge in nächster Zeit entsprechende neue Einrichtungen und neue Bestimmungen zugunsten der Zivilblinden geschaffen werden. Ich bin nach wie vor der Auffassung: Für die Zivilblinden hätte man ohne weiteres auch eine Verfassungsänderung herbeiführen können. Das wäre nichts Erschütterndes. Eine bundeseinheitliche Regelung läge im Interesse dieser am schwersten betroffenen Bevölkerungsschicht, die schließlich nur nach einigen Tausenden zählt.

Zum Schluß meiner Betrachtung über konkrete Versorgungsbereiche kurz noch einiges zu den Kinderbeihilfen. Wir haben auf diesem Gebiet in unserem Lande in den letzten Jahren sehr viel getan. Wir haben Kinderbeihilfen eingeführt, wir haben diese Kinderbeihilfen erhöht. Leider sind sie durch die Verhältnisse auf dem Preissektor zum Teil wieder unzulänglich geworden. Ich gebe dem Vorredner recht, wenn er sagt, daß es an der Zeit wäre, die leider unzulänglich gewordenen Kinderbeihilfen zu erhöhen. Ich glaube, diese Forderung ist berechtigt. Berechtigt ist auch, daß die selbständigen Schichten die Einbeziehung des ersten Kindes fordern. Das im allgemeinen über die Versorgungsbereiche auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung.

Nun zu einigen bevölkerungspolitischen Problemen. Die Generaldebatte über das Budget 1956 stand im Zeichen bevölkerungspolitischer

Probleme, welche nach Ansicht verschiedener Sprecher das Leistungsrecht und das Leistungsvermögen in der Sozialversicherung gefährden, ja sie bangen geradezu um den Bestand der gesamten Sozialgesetzgebung, wenn die Geburtenrate, die angeblich in Österreich am niedrigsten ist, in Zukunft nicht eine entsprechende Erhöhung erfährt. Man sprach von Vergreisung des österreichischen Volkes, vom drohenden Volkstod. Wenn die Dinge so weitergehen, meinte der Kollege Abg. Prinke, so ist in 120 Jahren der letzte Österreicher gestorben.

Als ich Kollegen Prinke, den ich übrigens — auch als sehr positives und aktives Mitglied des Arbeiter- und Angestelltenbundes — sehr schätze, so sprechen hörte, ist mir sofort eine interessante Frage in den Sinn gekommen. Ich fragte mich: Wie ist es, wenn tatsächlich in 120 Jahren der letzte Österreicher zur Ruhe bestattet wird? Wer wird ihn begraben und welche Trauergemeinde wird am Grab stehen? (*Heiterkeit.* — *Abg. Dr. Reimann:* Die *Koalition!*) Werden es eventuell Angehörige slawischer Volksstämme oder vielleicht gar Angehörige der gelben Rasse sein? Ich will damit durchaus nicht die Ausführungen des Kollegen Prinke irgendwie ins Lächerliche ziehen. Ich will damit nur sagen, daß es über dieses Gebiet und über diese Gedanken Vorstellungen gibt, die auch in den Vortragsälen unserer Universitäten eine Rolle spielen. Man wird sich darüber einmal zwar kurz, aber gründlich aussprechen müssen. Diese verschiedenen bevölkerungspolitischen Auffassungen von Volksvertretern bedürfen meiner Ansicht nach tatsächlich einer Klärung.

Wenn die düsteren Prophezeiungen auf realen Grundlagen beruhen würden, dann stünde es tatsächlich schlecht um die Zukunft des österreichischen Volkes und nicht zuletzt seiner Altersversorgungseinrichtungen. Ich möchte daher in dem Zusammenhang auch noch einige Worte zur Frage der Vergreisung des österreichischen Volkes sagen.

Meine Damen und Herren! Zweifellos haben die Menschenverluste zweier Weltkriege die Volkskraft des österreichischen Volkes schwer beeinträchtigt. Vor allem die blutigen Verluste im zweiten Weltkrieg, die vor allem die junge Generation betrafen, haben die normale Alterspyramide in ihrem natürlichen Aufbau und in der Altersschichtung abnormal verändert. Das gebe ich zu, das ist unbestreitbar. Dazu kommt die große Kindersterblichkeit in den Nachkriegsjahren infolge des Hungers und Mangels an entsprechenden pflegerischen und volksgesundheitlichen Maßnahmen. Andererseits ging dank ausländischer Hilfe Hand in Hand mit dem materiellen Wiederaufbau von Wirtschaft und Verwaltung auch eine rasche

Besserung der sanitären, sozialpolitischen und volksgesundheitlichen Verhältnisse vor sich. Die Folge war, daß das Lebensalter im Durchschnitt auch bei uns in Österreich stieg. Dieser Steigerung des Lebensalters ist nun die Geburtenrate, geschätzte Frauen und Herren, nicht entsprechend gefolgt. Diese Tatsache ergibt für eine bestimmte Zeit, aber nicht für die Dauer eine Verbreiterung der oberen Jahrgänge und eine Schmälerung der unteren jüngeren Jahrgänge der Alterspyramide des österreichischen Volkes. Damit ist sicherlich — das kann auch ich nicht bestreiten — eine Art von Vergreisung gegeben.

Nun kommt aber die Schicksalsfrage: Wird dieser Alterungsprozeß von Dauer sein oder sich etwa noch verschlimmern? Bei ruhiger sachlicher Überprüfung dieser Frage kommt man auf Grund statistischer Unterlagen und mit Bezugnahme auf die derzeitige österreichische Geburtenrate von rund 15 bezogen auf 1000 Einwohner zu dem Ergebnis, daß die Vergreisungsmerkmale in der Altersschichtung noch einige Jahre vorhanden sein werden. Aber schon im Jahre 1960 wird das so gefürchtete Vergreisungsstadium im österreichischen Volkskörper langsam aber ständig zurückgedrängt. Österreich ist keineswegs ein Staat mit äußerst niedriger Geburtenrate. Das möchte ich einmal feststellen. Es gibt eine Reihe von Kulturstaaten, in denen es eine niedrigere Geburtenrate gibt als in Österreich. Die Ursachen vorübergehender Vergreisung des Volkes finden wir auch bei anderen Völkern. Sie werden ebenfalls überwunden werden.

Eines, meine Frauen und Herren, darf man nicht übersehen. Die Stabilität der Volkszahl oder ihre Vermehrung hängt bei geburten-schwachen Völkern nicht allein von der Geburtenrate ab, sondern auch von der Zuwanderung aus anderen Völkern. Auch eine andere Nationalitätenzugehörigkeit der Eingewanderten bildet keine besondere Gefahr — das wissen wir doch —, da sich der Assimilationsprozeß in der Regel rasch vollzieht. Es kommen nicht auf einmal Hunderttausende, sondern sie sickern zu Hunderten ein. Ich bin überzeugt: In der Zukunft wird sich viel mehr als bisher ein Menschenausgleich zwischen den geburtenstarken und den geburten-schwachen Völkern vollziehen, ohne Preisgabe des gegebenen Volkstums.

Nur keine übertriebene Angst! Die deutsch-sprechenden Völker verfügen über eine starke Vitalität. Das österreichische Volk wird nicht absterben, es wird auch in Zukunft leben als positives Mitglied der europäischen Völkerfamilie. Ich kann in diesem Rahmen die Ursachen der derzeitigen großen Geburtenüberschüsse asiatischer Völker nicht erörtern.

Mit dem Siege der Selbstbestimmung der asiatischen Völker, dem Ende des Kolonialismus, mit dem Wiederaufstieg einstiger großer Kulturvölker Asiens werden auch die gewaltigen Geburtenüberschüsse bei diesen eine Änderung erfahren. Davon bin ich überzeugt und mit mir auch andere Bevölkerungspolitiker.

Auch die alten Menschen, die versorgt sein wollen, werden immer mehr. Daher wird die Zahl der aktiv beschäftigten Personen immer kleiner, erklärt man. Auf diese Meinung habe ich schon einige Male zum Teil geantwortet. Ergänzend soll und muß bei dieser sozialpolitischen und finanziellen Betrachtung und Überlegung immer wieder klar gesagt werden: In der modernen, rationalisierten Verkehrswirtschaft ist durchaus nicht die Zahl der Beschäftigten maßgeblich, sondern die Produktionskraft der technischen und maschinellen Ausrüstung und die Produktivität der menschlichen Arbeit. In einer Zeit der Atomzertrümmerung, der friedlichen Nutzbarmachung der unerhörten gewaltigen neuen Energiequellen stehen wir vor einer entscheidenden Wende der Geschichte der Menschheit und ihres Wirtschaftslebens. Nur keine Scheuklappen, meine Damen und Herren! Sehen wir mutig und hoffnungsvoll hinaus in die Weiten der Kontinente und Weltmeere. Immer weniger Menschen werden Gewaltiges vollbringen. Der Maschinenroboter tritt an die Stelle des Menschen.

Eine Sorge besteht allerdings im Weltmaßstab: Es ist die Frage der Ernährung der Menschheit. Das starke Wachstum der Menschheit und nicht das Sterben der Völker schafft große Sozial- und Ernährungsprobleme. Die Geburtenüberschüsse — ich weiß, daß ich den Widerspruch der Kollegen von der Volkspartei hervorrufen werde, wenn ich diesen Gedanken ausspreche — werden einer Geburtenkontrolle weichen müssen. Die Schicksale der Völker werden in Zukunft nicht durch die Quantität, sondern durch die Qualität entschieden werden. Neue Ernährungsquellen müssen geschaffen werden. Hier gehen Rußland und seine Völker voran. Das ist zweifelsohne so, man kann es nicht leugnen. Steppen und Wüsten werden durch gigantische Bewässerungsanlagen und Aufforstungen wieder landwirtschaftlich nutzbar gemacht. In den Weltmeeren liegen bekanntlich gewaltige Nahrungsreserven, die bis heute mehr oder weniger völlig unausgenutzt sind.

Als letztes möchte ich mir hier eine kurze Betrachtung über die Familienpolitik gestatten. Die Volksvertretung hat auf diesem Gebiet — das sagte ich bereits und anerkannte es — Beachtliches geleistet: Kinderbeihilfen, Steuererleichterungen. Die von der Sozialisti-

schen Partei geforderten Geburtenbeihilfen und Heiratsdarlehen sind sicherlich wirksame Familienförderungsmaßnahmen, die man nicht unterschätzen soll. Eines aber soll ausgesprochen werden:

Der beste Familienschutz kann eine Unterentlohnung der Arbeiter und Angestellten nicht überbrücken. Der beste Familienschutz ist und bleibt eine voll befriedigende Realentlohnung der arbeitenden Menschen. Ebenfalls soll man sich keiner Täuschung hingeben in bezug auf die Auswirkung einer positiven Familienpolitik auf die Geburtenraten. Ich warne davor, solche Illusionen zu haben. Die immer größere Ergiebigkeit der Wirtschaft erhöht die Bedürfnisse der Menschen. Die steigende Produktion aller Arten von Gütern wäre sonst ein Widersinn und würde nur zu ökonomischen Krisen führen. Die Menschen, meine Damen und Herren, wollen besser leben, ihre Anforderungen werden immer größer. Der Wille zum Kind wird entscheidend von diesen Faktoren beeinflusst und nicht eventuell von seiten einer Familienpolitik. Das Recht auf Arbeit, ein entsprechendes ordentliches Realeinkommen, ein menschenwürdiges Wohnen und nicht zuletzt die Sicherung der Ausbildung der Kinder und die Sicherung ihrer späteren Existenz beherrschen das Denken in der Arbeiterfamilie. Das sind die Postulate, das sind schließlich die Gedankengänge, die in den Arbeiterfamilien vorherrschen. Sie beeinflussen auch entscheidend den Willen zum Kind. Auch hier ist nicht entscheidend die Quantität, sondern die Qualität. So liegen die wahren Dinge, und so werden sie sich entwickeln.

Zum Schluß noch einige Forderungen. Es ist an der Zeit, das österreichische Arbeitsrecht durch ein neuzeitliches Arbeitszeitgesetz zu ergänzen. Wir brauchen ein gutes Mutterschutzgesetz. Wir brauchen auch das längst fällige Hausbesorgergesetz und im Rahmen der Mitbestimmung der wirtschaftlichen Demokratie eine weitgehende zeitgemäße Novellierung des Betriebsrätegesetzes. Auch in der sozialen Gesetzgebung gilt der Satz: Was stillsteht, rostet! Die österreichischen Arbeiter und Angestellten und eine größere Zahl von Selbständigen in Gewerbe und Landwirtschaft erwarten den weiteren Ausbau der sozialen Sicherheit.

Die Kollegen von meiner Fraktion und ich stimmen für die Gruppe Soziale Verwaltung, und zwar aus dem einfachen Grund, weil wir es nicht verantworten können, in Bausch und Bogen die österreichische Sozialgesetzgebung im allgemeinen und im besonderen die Sozialversicherung einfach zu negieren und abzulehnen. Denn schöpferisch ist nicht der, der in der Negation lebt, schöpferisch ist der, der

4256 88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 16. Dezember 1955

anerkennt, was ist, und schließlich neue Wege weist. So wollen Sie unsere Zustimmung auffassen. Sie sollen aber auch wissen, daß wir keineswegs die Auffassung haben — das zeigt auch meine Rede —, daß die Sozialgesetzgebung und die Sozialordnung in Österreich etwa abgeschlossen ist. Nein, alles ist noch in Entwicklung, und dieser Entwicklungsprozeß beherrscht auch unsere Sozialordnung. Vieles gilt es zu verbessern und vor allem zu verbreitern. So wollen Sie unsere Zustimmung auffassen. Wir wollen positiv zur österreichischen Sozialpolitik stehen. Wir wollen positiv auch für ihre Verbreiterung, für ihre Bereicherung kämpfen, und daher stimmen wir bei diesem einzigen Kapitel, das die sozialen Bereiche der arbeitenden Menschen berührt, für diese Gruppe im Staatshaushalt.

Präsident **Böhm**: Ich breche nunmehr die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Samstag, 17. Dezember, 9 Uhr vormittag, ein. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Spezialdebatte über die Gruppe VII sowie die Behandlung der Gruppe VIII und, falls es die Zeit zulassen sollte, der Gruppe XI.

Es ist mir ein gemeinsamer Antrag 196/A der Abg. Kysela, Altenburger und Genossen, betreffend die Gewährung einer außerordentlichen Sonderzahlung zu den nach bundesgesetzlichen Vorschriften gewährten Renten, zugegangen. Einem mir zugekommenem Vorschlag entsprechend weise ich diesen Antrag dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Ich teile noch mit, daß der Ausschuß für soziale Verwaltung sofort nach der Haussitzung zusammentritt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 15 Minuten